

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

Brinkmann, Hartmann & Kollegen · Düsternbrooker Weg 45 · 24105 Kiel

Amtsgericht Kiel
Insolvenzgericht
Deliussstraße 22
24114 Kiel

KIEL

Düsternbrooker Weg 45
24105 Kiel
Telefon: +49 (0)431 55 42 80-0
Telefax: +49 (0)431 55 42 80-20
kiel@brinkmann-hartmann.de
www.brinkmann-hartmann.de

15.08.2013

10 IN 127/13

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Firma

Nordlicht Handels GmbH

überreiche ich als **Anlage** meinen Bericht zur ersten Gläubigerversammlung und zum Prüfungstermin.

Dr. Jens-Peter Hartmann

Rechtsanwalt

als Insolvenzverwalter

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

**Bericht
gemäß §156 InsO**

des Rechtsanwaltes
Dr. Jens-Peter Hartmann,
Düsternbrooker Weg 45, 24105 Kiel

vom 15.08.2013

in dem Insolvenzverfahren
über das Vermögen der Firma
Nordlicht Handels GmbH,
Bergstraße 14, 24103 Kiel,
vertreten durch die Geschäftsführer
Stefan und Katrin Berger,
wohnhaft: Mühlenkamp 22, 24113 Kiel

10 IN 127/13

Inhaltsverzeichnis

A. Bericht

- I. Vorbemerkung
- II. Rechtliche Verhältnisse
- III. Wirtschaftliche Lage und Insolvenzursachen
 - 1. Stand der Buchführung
 - 2. Geschäftliche Entwicklung
 - 3. Insolvenzursachen im Einzelnen
 - 4. Zahlungsunfähigkeit
 - 5. Überschuldung
- IV. Erhaltungsaussichten
- V. Aktivitäten des Verwalters
 - 1. Sicherungsmaßnahmen
 - 2. Personalmaßnahmen
 - 3. Mietverhältnisse
 - 4. Verwertungsmaßnahmen
 - 5. Anfechtung
 - 6. Rechtsstreitigkeiten
- VI. Insolvenzplan
- VII. Masse
 - 1. Aktivmasse
 - 2. Absonderungsrechte
 - 3. Masseforderungen
- VIII. Massebestand
- IX. Verfahrenskostendeckung
- X. Verfahrensaussichten und voraussichtliche Quote
- XI. Berichtsfrist

B. Anregungen für die Gläubigerversammlung

C. Hinweise zur Forderungsprüfung

Anlagen

- Forderungstabelle
- Einnahmen-/Ausgabenrechnung
- Kontoauszug Treuhandkonto

A. Bericht

I. Vorbemerkung

Am 14.01.2013 stellte die Nordlicht Handels GmbH, vertreten durch ihre Geschäftsführer Stefan und Katrin Berger, beim Amtsgericht Kiel Eigenantrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens wegen Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung. Das Verfahren wurde beim Insolvenzgericht des Amtsgerichts Kiel zum Aktenzeichen **10 IN 127/13** in das Insolvenzregister aufgenommen. Die Schuldnerin erklärte im Rahmen des Eigenantrages, dass sie seit Dezember 2012 nicht mehr in der Lage sei, ihre fälligen Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Insbesondere seien erhebliche Rückstände gegenüber der Kieler Volksbank eG, verschiedenen Sozialversicherungsträgern sowie einer Vielzahl von Warenlieferanten aufgelaufen. Die Liquiditätsslage sei seit dem vierten Quartal 2012 angespannt gewesen und habe sich im Laufe des Januar 2013 weiter verschlechtert.

Am 28.01.2013 stellte die Kieler Volksbank eG gleichfalls Insolvenzantrag wegen rückständiger Darlehensraten und eines überzogenen Kontokorrentkredits. Das Verfahren wurde zum gerichtlichen Aktenzeichen 10 IN 142/13 geführt. Die Kieler Volksbank eG machte geltend, dass die Schuldnerin seit Oktober 2012 keine Tilgungsleistungen auf das Betriebsmitteldarlehen (Nr. 1010 2345 67) und den Investitionskredit (Nr. 1010 8901 23) mehr erbracht habe. Der Kontokorrentkredit mit einem Kreditrahmen von 45.000,00 EUR sei vollständig ausgeschöpft und weise zum Zeitpunkt der Antragstellung einen negativen Saldo von 47.234,18 EUR auf. Die Bank habe der Schuldnerin mit Schreiben vom 18.12.2012 eine letzte Frist zur Regulierung der Rückstände bis zum 15.01.2013 gesetzt, die fruchtlos verstrichen sei.

Am 15.02.2013 stellte die DAK-Gesundheit Insolvenzantrag wegen rückständiger Sozialversicherungsbeiträge für den Zeitraum Juli bis Dezember 2012 in Höhe von 18.740,00 EUR. Das Verfahren erhielt das Aktenzeichen 10 IN 168/13. Am 08.03.2013 stellte schließlich die IKK Nord gleichfalls Insolvenzantrag wegen rückständiger Sozialversicherungsbeiträge für den Zeitraum September bis Dezember 2012 in Höhe von 12.450,00 EUR. Das Verfahren erhielt das Aktenzeichen 10 IN 205/13. Beide Sozialversicherungsträger machten geltend, dass die Schuldnerin ihre laufenden Beitragspflichten seit Monaten nicht mehr erfülle und trotz mehrfacher Mahnungen und Vollstreckungsandrohungen keine Zahlungen geleistet habe.

Insolvenzrichter Dr. Thomas Wendt erklärte mit Beschluss vom 15.03.2013 das Insolvenzantragsverfahren zum Aktenzeichen 10 IN 127/13 zum führenden Aktenzeichen und verband die übrigen Antragsverfahren hiermit. Die Verbindung erfolgte gemäß § 3 InsO in Verbindung mit § 147 ZPO, da sämtliche Anträge denselben Schuldner betrafen und kein sachlicher Grund für eine getrennte Verfahrensführung bestand. Die Gläubigeranträge wurden im Rahmen des verbundenen Verfahrens als zusätzliche Beitrittsbegründungen behandelt.

Mit Beschluss vom 18.01.2013 beauftragte das Insolvenzgericht mich, ein Gutachten über die Vermögensverhältnisse der Schuldnerin zu erstellen und die Voraussetzungen für die Eröffnung des Insolvenzverfahrens zu prüfen. Auf meine Anregung hin wurden am 25.01.2013 Sicherungsmaßnahmen gemäß § 21 InsO angeordnet. Ich wurde zum vorläufigen Insolvenzverwalter mit Zustimmungsvorbehalt gemäß § 21 Abs. 2 Nr. 2 InsO bestellt. Gleichzeitig ordnete das Gericht ein allgemeines Verfügungsverbot gemäß § 21 Abs. 2 Nr. 2, 2. Alt. InsO an. Ferner wurde der Schuldnerin unter Hinweis auf § 97 InsO die Verpflichtung auferlegt, mir sämtliche Auskünfte zu erteilen und alle erforderlichen Unterlagen herauszugeben.

Im Rahmen meiner Tätigkeit als vorläufiger Insolvenzverwalter habe ich die Betriebsstätten der Schuldnerin in Augenschein genommen, die Geschäftsunterlagen gesichtet und gesichert,

Gespräche mit den Geschäftsführern Stefan und Katrin Berger geführt sowie die wirtschaftliche Lage der Schuldnerin eingehend geprüft. Die Geschäftsführer haben dabei kooperativ mitgewirkt und die erforderlichen Unterlagen, soweit vorhanden, zur Verfügung gestellt. Allerdings war die Buchführung ab Oktober 2012 lückenhaft, was die Ermittlung der genauen Vermögenslage erschwerte.

Unter dem 22.04.2013 habe ich mein Gutachten erstattet und die Eröffnung des Insolvenzverfahrens empfohlen. Ich habe festgestellt, dass die Schuldnerin sowohl zahlungsunfähig im Sinne des § 17 InsO als auch überschuldet im Sinne des § 19 InsO ist. Das Gutachten wurde dem Gericht am 23.04.2013 übermittelt. Der gutachterlichen Empfehlung folgend hat Insolvenzrichter Dr. Wendt das Insolvenzverfahren mit Beschluss vom 01.06.2013 eröffnet und mich zum Insolvenzverwalter bestellt. Im Eröffnungsbeschluss wurde der Berichts- und Prüfungstermin gemäß §§ 29, 156 InsO auf den 15.08.2013 bestimmt. Angesichts der überschaubaren Anzahl von Gläubigern – weniger als 40 – hatte ich angeregt, den Berichts- und Prüfungstermin zusammenzulegen. Das Gericht ist dieser Anregung gefolgt.

Gemäß § 156 InsO habe ich der Gläubigerversammlung über die wirtschaftliche Lage des Schuldners und ihre Ursachen zu berichten. Ich habe darzulegen, ob Aussichten bestehen, das Unternehmen des Schuldners im Ganzen oder in Teilen zu erhalten, welche Möglichkeiten für einen Insolvenzplan bestehen und welche Auswirkungen jeweils für die Befriedigung der Gläubiger eintreten würden. Auf mein Eröffnungsgutachten vom 22.04.2013 nehme ich insoweit ergänzend Bezug. Der vorliegende Bericht ist gleichzeitig der Bericht zum allgemeinen Prüfungstermin gemäß § 176 InsO.

II. Rechtliche Verhältnisse

Die Schuldnerin wurde durch Gesellschaftsvertrag vom 18.04.2008 als „Nordlicht Textilhandel & Vertrieb GmbH“ mit Sitz in Kiel gegründet und am 12.05.2008 in das Handelsregister des Amtsgerichts Kiel unter HRB 12847 KI eingetragen. Die Firma wurde später in „Nordlicht Handels GmbH“ geändert; die Eintragung der Firmaänderung erfolgte am 15.03.2010. Der Sitz der Gesellschaft befindet sich in der Bergstraße 14, 24103 Kiel. Die Anschrift entspricht zugleich der postalischen Adresse des Hauptgeschäfts „Nordlicht Modehaus“, das bis zur Betriebseinstellung in der Holstenstraße 78 betrieben wurde. Die Bergstraße 14 diente als formaler Verwaltungssitz.

Gegenstand der Gesellschaft ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages der Groß- und Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung und Accessoires, der Betrieb von Einzelhandelsgeschäften, der Online-Handel sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 50.000,00 EUR und ist voll eingezahlt. Die Gesellschaftsanteile verteilen sich wie folgt: Herr Stefan Berger, geboren am 12.03.1971, hält 60 % der Geschäftsanteile (Nennbetrag 30.000,00 EUR). Frau Katrin Berger, geborene Lohmann, geboren am 28.09.1975, hält 40 % der Geschäftsanteile (Nennbetrag 20.000,00 EUR). Die Gesellschafter sind miteinander verheiratet und führen die gemeinsame Wohnanschrift Mühlenkamp 22, 24113 Kiel. Die Einlagen wurden bei Gründung vollständig in bar auf das Geschäftskonto der Gesellschaft bei der Kieler Volksbank eG eingezahlt.

Herr Stefan Berger ist seit Gründung der Gesellschaft alleiniger Geschäftsführer. Er verfügt über langjährige Erfahrung im Textileinzelhandel und war vor der Gründung der Schuldnerin als Abteilungsleiter bei einem großen Modehaus in Hamburg tätig. Frau Katrin Berger wurde mit

Gesellschafterbeschluss vom 15.12.2009 zur weiteren Geschäftsführerin bestellt; die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 08.01.2010. Frau Berger übernahm schwerpunktmäßig den kaufmännischen Bereich einschließlich Buchführung und Personalwesen. Beide Geschäftsführer sind einzelvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Soweit mir zum Zeitpunkt der Berichterstattung bekannt ist, sind über das Vermögen der Gesellschafter derzeit keine Insolvenzverfahren anhängig. Aus dem Grundbuchamt Kiel ergibt sich, dass die Eheleute Berger Miteigentümer einer Immobilie in der Friedrich-Hebbel-Straße 11, 24113 Kiel, sind. Auf dieser Immobilie lastet eine Grundschuld zugunsten der Sparkasse Kiel in Höhe von 180.000,00 EUR. Ob aus dieser Immobilie Vollstreckungsmöglichkeiten bestehen, bedarf noch der weiteren Prüfung. Ich behalte mir die eingehende Prüfung von Haftungsansprüchen gegen die Geschäftsführer gemäß § 64 GmbHG sowie § 15a InsO ausdrücklich vor.

Die Schuldnerin betrieb bei Antragstellung drei Einzelhandelsgeschäfte in Kiel sowie einen Online-Shop und ein Zentrallager:

a) „Nordlicht Modehaus“, Holstenstraße 78, 24103 Kiel (Hauptgeschäft, ca. 280 qm Verkaufsfläche auf zwei Etagen, Monatsmiete 4.200,00 EUR, Vermieter: Hausverwaltung Petersen OHG, Mietvertrag vom 01.04.2008, befristet bis 31.03.2018). Das Modehaus war der umsatzstärkste Standort und erzielte etwa 55 % des Gesamtumsatzes. Es lag in der Fußgängerzone der Kieler Innenstadt in direkter Nachbarschaft zu weiteren Bekleidungsgeschäften. Die Geschäftsausstattung umfasste hochwertige Regalsysteme, Umkleidekabinen, ein Kassensystem sowie eine moderne Beleuchtungsanlage. Der Warenwert bei Eröffnung des Insolvenzverfahrens betrug laut Inventur ca. 48.000,00 EUR (Einkaufspreise).

b) „Nordlicht Outlet“, Rendsburger Landstraße 115, 24113 Kiel (Lagerverkauf, ca. 180 qm, Monatsmiete 2.100,00 EUR, Vermieter: Privat, Mietvertrag vom 01.06.2009, unbefristet mit 6 Monaten Kündigungsfrist). Das Outlet diente dem Abverkauf von Restposten und Saisonware zu reduzierten Preisen. Es erzielte etwa 20 % des Gesamtumsatzes und wurde mit zwei Mitarbeiterinnen in Teilzeit betrieben. Die Ausstattung war einfacher gehalten als im Modehaus und umfasste vorwiegend Kleiderstände und einfache Regalsysteme.

c) „Nordlicht am Hafen“, Am Germaniahafen 3, 24143 Kiel (Touristengeschäft, saisonal betrieben, ca. 120 qm, Monatsmiete 2.800,00 EUR, Vermieter: Tatenberger Immobilien GmbH, Mietvertrag vom 01.04.2011, befristet bis 31.03.2016). Dieses Geschäft wurde im Sommer 2011 eröffnet und richtete sich vornehmlich an Touristen und Kreuzfahrtpassagiere. Es wurde überwiegend saisonal von April bis Oktober betrieben. Die Mietkosten standen in keinem angemessenen Verhältnis zum erzielten Umsatz, zumal der Standort bereits vor der Insolvenz als unwirtschaftlich eingeschätzt wurde. Der Vermieter hatte das Mietverhältnis bereits vor Verfahrenseröffnung wegen Mietrückständen fristlos gekündigt.

d) Online-Shop unter der Domain www.nordlicht-mode.de (seit 2011, Shopify-basiert). Der Online-Handel wurde im Sommer 2011 aufgenommen. Die Investitionskosten für die Entwicklung und Einrichtung des Shops beliefen sich auf ca. 85.000,00 EUR und wurden durch einen Investitionskredit der Kieler Volksbank eG finanziert. Der Shop war bereits im Dezember 2012 faktisch eingestellt worden, da keine neuen Bestellungen mehr bearbeitet wurden. Die Domain war zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung noch aktiv und wies einen gewissen Kundenstammwert auf.

e) Lager, Wellseedamm 46, 24145 Kiel (ca. 400 qm, Monatsmiete 1.600,00 EUR, Vermieter: Hausverwaltung Wellsee, Mietvertrag vom 01.01.2009, unbefristet mit 3 Monaten Kündigungsfrist). Das Lager diente der Vorhaltung des Warenbestandes für alle Standorte und den Online-Versand. Zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung befanden sich dort Warenvorräte mit einem geschätzten

Buchwert von ca. 65.000,00 EUR (Verkehrswert wesentlich geringer).

III. Wirtschaftliche Lage und Insolvenzursachen

1. Stand der Buchführung

Die Buchführung der Schuldnerin wurde durch das Steuerberatungsbüro Hansen & Partner, Kiel, erstellt. Bis einschließlich September 2012 lag eine geordnete Buchführung vor. Die monatlichen betriebswirtschaftlichen Auswertungen (BWA) wurden bis September 2012 fristgerecht erstellt und dem Steuerberater zur Aufbereitung vorgelegt. Für die Monate Oktober bis Dezember 2012 sowie das laufende Jahr 2013 konnte mir lediglich eine unvollständige betriebswirtschaftliche Auswertung vorgelegt werden, deren Aussagekraft erheblich eingeschränkt ist. Die Belege für diesen Zeitraum lagen zwar überwiegend vor, waren aber nicht geordnet und nicht vollständig verbucht.

Die Jahresabschlüsse für die Geschäftsjahre 2008 bis 2011 wurden ordnungsgemäß erstellt und im elektronischen Bundesanzeiger gemäß §§ 325, 326 HGB veröffentlicht. Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2012 wurde nicht mehr fertiggestellt. Die Steuerkanzlei Hansen & Partner hat das Mandat zum 31.12.2012 niedergelegt, da die Schuldnerin die Honorarverbindlichkeiten in Höhe von 8.400,00 EUR nicht mehr bedienen konnte. Die steuerlichen Erklärungen für das Geschäftsjahr 2012 – insbesondere die Umsatzsteuererklärung und die Körperschaftsteuererklärung – standen zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung noch aus. Ich habe einen Steuerberater mit der nachträglichen Erstellung der ausstehenden Erklärungen beauftragt.

Im Rahmen meiner Überprüfung der Buchführung habe ich festgestellt, dass die Warenwirtschaft der Schuldnerin erhebliche Mängel aufwies. Ein systematisches Warenwirtschaftssystem war nicht implementiert. Die Bestandserfassung erfolgte lediglich auf Basis der Jahresinventuren, ohne laufende Fortschreibung. Dies führte dazu, dass Überbestände nicht rechtzeitig erkannt und Abschreibungsbedarf nicht zeitnah identifiziert wurde. Darüber hinaus fehlte eine kostenträgerbezogene Auswertung nach Standorten, sodass die Rentabilität der einzelnen Filialen nicht ohne Weiteres ermittelt werden konnte.

2. Geschäftliche Entwicklung

Die Schuldnerin erwirtschaftete in den vergangenen Geschäftsjahren folgende Ergebnisse (Angaben in EUR, gerundet):

Jahr	Umsatz	Wareneinsatz	Personal	Sonstige Aufw.	Ergebnis
2008	420.000	210.000	85.000	98.000	+27.000
2009	580.000	284.000	112.000	125.000	+59.000
2010	745.000	358.000	168.000	155.000	+64.000
2011	890.000	445.000	215.000	198.000	+32.000
2012	720.000	382.000	228.000	210.000	-100.000
2013*	185.000	98.000	95.000	88.000	-96.000

* Geschäftsjahr 2013 bis einschließlich Mai 2013 (vorläufig)

Die vorstehende Tabelle zeigt, dass die Schuldnerin in den Geschäftsjahren 2008 bis 2011 ein stetiges Umsatzwachstum erzielen konnte. Im Gründungsjahr 2008 erzielte die Gesellschaft mit einem einzigen Standort – dem „Nordlicht Modehaus“ in der Holstenstraße – bereits einen Umsatz

von 420.000,00 EUR und ein positives Ergebnis von 27.000,00 EUR. Die Umsatzentwicklung war insbesondere auf die schrittweise Expansion zurückzuführen: Nach dem erfolgreichen Start des Hauptgeschäfts wurde im Frühjahr 2009 das „Nordlicht Outlet“ in der Rendsburger Landstraße eröffnet, das vor allem dem Abverkauf von Restposten und Saisonware diente und zusätzliche Umsatzpotenziale erschloss.

Das Geschäftsjahr 2010 verlief mit einem Umsatz von 745.000,00 EUR und einem Ergebnis von 64.000,00 EUR am erfolgreichsten. Der Zuwachs war auf eine steigende Stammkundschaft, die zunehmende Bekanntheit der Marke „Nordlicht“ in der Region Kiel sowie eine gelungene Sortimentsgestaltung zurückzuführen. In diesem Jahr wurden auch die ersten Planungen für eine weitere Expansion – die Eröffnung eines dritten Standortes am Germaniahafen sowie der Einstieg in den Online-Handel – vorangetrieben.

Im Jahr 2011 erfolgte die Expansion an den Standort „Nordlicht am Hafen“ am Germaniahafen sowie der Start des Online-Handels über einen Shopify-basierten Webshop. Beide Expansionsschritte wurden überwiegend fremdfinanziert. Die Kieler Volksbank eG gewährte hierfür ein Betriebsmitteldarlehen in Höhe von 120.000,00 EUR sowie einen Investitionskredit für den Online-Shop in Höhe von 85.000,00 EUR. Während der Umsatz mit 890.000,00 EUR einen Höchststand erreichte, fiel das operative Ergebnis bereits auf 32.000,00 EUR, da die Kostenstruktur überproportional gewachsen war. Die Personalkosten stiegen um 28 % auf 215.000,00 EUR, die sonstigen Aufwendungen um 58 % auf 198.000,00 EUR.

Das Geschäftsjahr 2012 markierte den endgültigen Wendepunkt. Der Gesamtumsatz fiel auf 720.000,00 EUR, was einem Rückgang von 19 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Gleichzeitig blieb die Kostenstruktur nahezu unverändert hoch. Die Personalkosten stiegen sogar leicht auf 228.000,00 EUR, da die im Vorjahr eingestellten Mitarbeiter für den Hafen-Standort ganzjährig beschäftigt wurden, obwohl der Standort nur saisonal rentabel war. Das Ergebnis betrug -100.000,00 EUR. Die Liquiditätsreserven der Gesellschaft waren damit vollständig aufgezehrt. Die Gesellschafterkonten wiesen zum 31.12.2012 einen negativen Saldo von ca. 48.000,00 EUR auf, was auf die Entnahmen der Gesellschafter in den Vorjahren zurückzuführen war.

Für die ersten fünf Monate des Geschäftsjahres 2013 ergab sich ein vorläufiger Umsatz von lediglich 185.000,00 EUR bei gleichzeitig laufenden Fixkosten in Höhe von 183.000,00 EUR, was einem operativen Verlust von ca. 96.000,00 EUR entspricht. Eine Fortführung des Geschäftsbetriebes war unter diesen Umständen wirtschaftlich nicht mehr darstellbar.

3. Insolvenzursachen im Einzelnen

Die Insolvenz der Schuldnerin ist auf ein Zusammenwirken mehrerer Faktoren zurückzuführen, die im Folgenden im Einzelnen dargestellt werden:

a) Überambitionierte Expansion

Die Eröffnung des dritten Standorts „Nordlicht am Hafen“ im Jahr 2011 stellte sich rückblickend als wesentliche Fehlentscheidung heraus. Der Mietvertrag sah eine Monatsmiete von 2.800,00 EUR vor, was für einen Standort mit überwiegend saisonalem Betrieb (April bis Oktober) zu einem dauerhaften Kostendruck führte. Während der Wintermonate von November bis März generierte der Standort nahezu keinen Umsatz, die Mietkosten fielen jedoch weiterhin an. Auf das Geschäftsjahr gerechnet beliefen sich die Mietkosten für diesen Standort allein auf 33.600,00 EUR, denen ein geschätzter Nettoumsatzbeitrag von lediglich 80.000,00 EUR gegenüberstand.

b) Fehlinvestition Online-Shop

Die Investitionen in den Aufbau und die Einrichtung des Online-Shops beliefen sich auf ca.

85.000,00 EUR und wurden überwiegend fremdfinanziert. Die erwarteten Umsatzziele wurden bei Weitem nicht erreicht. Der Online-Umsatz betrug im gesamten Zeitraum seines Betriebs (Sommer 2011 bis Dezember 2012) lediglich ca. 45.000,00 EUR brutto, was nicht einmal die Hälfte der Investitionskosten deckte. Die Schuldnerin war dem enormen Wettbewerbsdruck durch große Online-Händler wie Zalando, Amazon und About You nicht gewachsen. Die fehlende Sichtbarkeit im Internet und das geringe Marketingbudget für Online-Werbung führten zu einem nicht tragfähigen Geschäftsmodell im E-Commerce-Bereich.

c) Umsatzrückgang durch Online-Konkurrenz

Neben den eigenen Online-Aktivitäten litt die Schuldnerin auch im stationären Handel unter der zunehmenden Konkurrenz durch Online-Händler. Der Textileinzelhandel in der Kieler Innenstadt verzeichnete nach Angaben des Einzelhandelsverbandes Schleswig-Holstein im Jahr 2012 einen Rückgang der Passantenfrequenz um ca. 12 %. Der steigende Anteil des Online-Handels am gesamten Bekleidungsumsatz in Deutschland – von 15 % im Jahr 2010 auf 23 % im Jahr 2012 – führte zu einem spürbaren Kundenrückgang im stationären Handel.

d) Unzureichende Warenwirtschaft

Wie bereits unter Ziffer 1. dargestellt, verfügte die Schuldnerin über kein leistungsfähiges Warenwirtschaftssystem. Dies führte zu erheblichen Überbeständen, die – insbesondere bei Saisonware – hohe Abschreibungen nach sich zogen. Zum 31.12.2012 betrug der Wareneinsatz 382.000,00 EUR bei einem Umsatz von 720.000,00 EUR, was einer Rohgewinnmarge von lediglich 47 % entspricht. Im Branchendurchschnitt lag die Rohgewinnmarge bei ca. 55 %. Die Differenz von 8 Prozentpunkten ist ganz überwiegend auf überhöhte Lagerabschreibungen zurückzuführen.

e) Gesellschafter-Entnahmen trotz Krise

Die Gesellschafter Stefan und Katrin Berger haben in den Jahren 2011 und 2012 Entnahmen in Höhe von insgesamt ca. 96.000,00 EUR (je ca. 48.000,00 EUR pro Jahr) getätigt. Diese Entnahmen erfolgten, obwohl die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft sich bereits erkennbar verschlechterte. Die Entnahmen belasteten die Liquidität der Gesellschaft zusätzlich und trugen dazu bei, dass die Zahlungsfähigkeit früher verloren ging, als dies bei geringeren Entnahmen der Fall gewesen wäre. Ob die Entnahmen in den Jahren 2011 und 2012 unter dem Gesichtspunkt des § 64 GmbHG anfechtbar sind, wird derzeit geprüft.

f) Überhöhte Mietkosten

Die Gesamtmietkosten für die drei Standorte, das Lager und die anteiligen Nebenkosten beliefen sich auf ca. 10.700,00 EUR monatlich bzw. 128.400,00 EUR jährlich. Bei einem rückläufigen Umsatz von 720.000,00 EUR im Jahr 2012 machten die Mietkosten allein ca. 17,8 % des Gesamtumsatzes aus. Im Branchendurchschnitt des Textileinzelhandels liegt die Mietkostenquote bei ca. 10-12 % des Umsatzes. Die überhöhte Mietkostenbelastung war eine unmittelbare Folge der Expansionsstrategie der Jahre 2009 bis 2011.

g) Rückstände bei Sozialversicherungsbeiträgen

Seit Juli 2012 wurden die Sozialversicherungsbeiträge für die Arbeitnehmer nicht mehr vollständig an die zuständigen Einzugsstellen abgeführt. Die Rückstände beliefen sich zum Zeitpunkt der Antragstellung auf insgesamt ca. 31.190,00 EUR (DAK-Gesundheit: 18.740,00 EUR, IKK Nord: 12.450,00 EUR). Die Nichtabführung der Sozialversicherungsbeiträge stellte zugleich eine Straftat gemäß § 266a StGB dar. Ob gegen die Geschäftsführer strafrechtliche Ermittlungen aufgenommen wurden, ist mir nicht bekannt.

4. Zahlungsunfähigkeit

Die Zahlungsunfähigkeit der Schuldnerin im Sinne des § 17 InsO lag spätestens seit Dezember 2012 vor. Zu diesem Zeitpunkt überstiegen die fälligen Verbindlichkeiten der Schuldnerin deren liquide Mittel und kurzfristig realisierbaren Vermögenswerte bei Weitem. Der Liquide-Mittel-Bestand belief sich zum 31.12.2012 auf lediglich 3.240,00 EUR (Bankguthaben). Dem standen fällige Verbindlichkeiten in Höhe von ca. 185.000,00 EUR gegenüber. Die Deckungsquote betrug damit weniger als 2 %, was nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGH, Urteil vom 24.05.2005, IX ZR 123/04) eindeutig für eine Zahlungsunfähigkeit spricht.

Im Einzelnen bestanden zum 31.12.2012 folgende fällige Verbindlichkeiten (Auszug):

Gläubiger	Fällig seit	Betrag (EUR)
Kieler Volksbank eG (Raten)	Okt 2012	18.500,00
Kieler Volksbank eG (KK)	Dez 2012	2.234,18
DAK-Gesundheit	Aug 2012	10.480,00
IKK Nord	Okt 2012	6.200,00
Modewelt Grosshandel GmbH	Sep 2012	28.400,00
Fashion Forward KG	Nov 2012	22.100,00
Tatenberger Immobilien GmbH	Jun 2012	25.200,00
Hansen & Partner StB	Okt 2012	8.400,00
Stadtwerke Kiel AG	Okt 2012	3.800,00
Sonstige	diverse	59.686,00
Summe fällige		185.000,18

Die Schuldnerin war nicht in der Lage, diese Verbindlichkeiten innerhalb einer angemessenen Frist von höchstens drei Wochen im Wesentlichen zu begleichen. Auch nach dem Eigenantrag am 14.01.2013 verschlechterte sich die Liquiditätslage weiter, da der Geschäftsbetrieb in reduziertem Umfang weitergeführt wurde und die laufenden Kosten die Einnahmen überstiegen.

5. Überschuldung

Darüber hinaus war die Schuldnerin zum Zeitpunkt der Antragstellung überschuldet im Sinne des § 19 InsO. Die Überschuldungsbilanz zum 31.12.2012 stellt sich nach meinen Ermittlungen wie folgt dar:

Position	Buchwert (EUR)	Liquidationswert (EUR)
Sachanlagen (Ausstattung)	42.000,00	14.000,00
Warenbestand	98.000,00	35.000,00
Forderungen a. LuL	12.000,00	6.000,00
Bankguthaben	3.240,00	3.240,00
Sonstige Vermögenswerte	8.000,00	2.000,00
Summe Aktiva	163.240,00	60.240,00

Position	Buchwert (EUR)	Liquidationswert (EUR)
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten		250.000,00
Verbindlichkeiten a. LuL		148.000,00
Steuerverbindlichkeiten		50.580,00
SV-Rückstände		31.190,00
Mietrückstände		55.800,00
Sonstige Verbindlichkeiten		44.430,00
Summe Passiva		580.000,00
Uüberschuldung		-519.760,00

Die vorstehende Aufstellung zeigt, dass selbst bei Zugrundelegung der Buchwerte eine Überschuldung vorlag, da die Verbindlichkeiten von 580.000,00 EUR die Buchwerte der Aktiva in Höhe von 163.240,00 EUR um 416.760,00 EUR überstiegen. Bei Zugrundelegung der realistischeren Liquidationswerte ergibt sich eine Überschuldung von 519.760,00 EUR. Eine positive Fortführungsprognose, die gemäß § 19 Abs. 2 InsO eine Überschuldung ausschließen könnte, lag zu keinem Zeitpunkt nach Oktober 2012 vor.

IV. Erhaltungsaussichten

Gemäß § 156 Abs. 1 Satz 1 InsO habe ich zu prüfen, ob Aussichten bestehen, das Unternehmen der Schuldnerin im Ganzen oder in Teilen zu erhalten. Hierzu habe ich im Zeitraum von Februar bis April 2013 intensive Prüfungen vorgenommen und Gespräche mit potenziellen Investoren, dem Vermieter des Hauptgeschäfts sowie den Geschäftsführern der Schuldnerin geführt.

Ich bin zu dem Ergebnis gelangt, dass eine Fortführung des Geschäftsbetriebes der Schuldnerin – weder im Ganzen noch in Teilen – wirtschaftlich darstellbar ist. Im Einzelnen stellt sich die Bewertung der einzelnen Betriebsstätten wie folgt dar:

Das **Hauptgeschäft „Nordlicht Modehaus“** in der Holstenstraße hätte grundsätzlich als einziger Standort unter Umständen fortgeführt werden können. Allerdings wäre hierfür eine erhebliche Kapitalzuführung für die Neubestockung des Warenlagers sowie die Finanzierung der laufenden Kosten während einer Restrukturierungsphase erforderlich gewesen. Ich habe bei drei potenziellen Investoren aus dem Textileinzelhandel angefragt. Keiner der angesprochenen Interessenten war bereit, das Geschäft fortzuführen. Die ablehnenden Stellungnahmen deckten sich in der Einschätzung, dass der Standort in der Kieler Innenstadt angesichts des wachsenden Online-Handels und der sinkenden Passantenfrequenz keine hinreichende Rentabilität erwarten lasse.

Das **„Nordlicht Outlet“** war als reiner Abverkaufskanal konzipiert und nicht eigenständig lebensfähig. Das **„Nordlicht am Hafen“** war bereits vor der Verfahrenseröffnung geschlossen. Der **Online-Shop** hatte sich als nicht wettbewerbsfähig erwiesen. Auch eine Übertragung des Geschäftsbetriebs als Ganzes (§ 160 Abs. 2 Nr. 1 InsO) kam mangels kaufbereiter Interessenten

nicht in Betracht.

Ich empfehle daher, den Geschäftsbetrieb der Schuldnerin endgültig stillzulegen und die vorhandenen Vermögenswerte im Wege der Einzelverwertung zu veräußern. Die Gläubigerversammlung wird um einen entsprechenden Beschluss gebeten.

V. Aktivitäten des Verwalters

1. Sicherungsmaßnahmen

Unmittelbar nach meiner Bestellung zum vorläufigen Insolvenzverwalter am 18.01.2013 habe ich folgende Sicherungsmaßnahmen eingeleitet: Am 21.01.2013 habe ich alle drei Betriebsstätten der Schuldnerin persönlich in Augenschein genommen und den Warenbestand sowie die Geschäftsausstattung fotodokumentiert. Die Kassen wurden versiegelt und die Täglichen Einnahmen auf ein neu eingerichtetes Treuhandkonto bei der Kieler Volksbank eG umgeleitet. Am 22.01.2013 wurden die Kontovollmachten der Geschäftsführer bei sämtlichen Bankverbindungen widerrufen. Die noch vorhandenen Bankguthaben in Höhe von insgesamt 12.400,00 EUR wurden auf das Treuhandkonto transferiert.

Am 01.02.2013 wurde das Lager am Wellseedamm 46 gesichert und ein Bestandsverzeichnis erstellt. Die Warenbestände im Lager hatten einen geschätzten Buchwert von ca. 65.000,00 EUR. Der tatsächliche Verkehrswert lag nach meiner Einschätzung bei ca. 25.000,00 bis 30.000,00 EUR, da es sich ganz überwiegend um ältere Saisonware und Restposten handelte, die nur zu Ausverkaufspreisen veräußerbar waren. Am 15.02.2013 begann ich mit der systematischen Ermittlung der Buchführungslage der Schuldnerin.

2. Personalmaßnahmen

Zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung am 01.06.2013 beschäftigte die Schuldnerin **12 Mitarbeiter**, davon 8 in Vollzeit und 4 in Teilzeit. Die Mitarbeiter verteilten sich auf die Standorte wie folgt: 6 Mitarbeiter im Modehaus Holstenstraße (4 Vollzeit, 2 Teilzeit), 2 Mitarbeiterinnen im Outlet Rendsburger Landstraße (beide Teilzeit), 2 Mitarbeiter am Hafen-Standort (beide Vollzeit, bereits freigestellt) sowie 2 Mitarbeiter im Lager/Versand (beide Vollzeit). Ein Betriebsrat war nicht gebildet worden, da in den Einzelbetrieben jeweils weniger als 5 ständig wahlberechtigte Arbeitnehmer beschäftigt waren.

Sämtlichen 12 Mitarbeitern wurde mit Schreiben vom 30.06.2013 unter Einhaltung der jeweiligen gesetzlichen oder vertraglichen Kündigungsfristen gekündigt. Die Kündigungen wurden den Mitarbeitern persönlich übergeben bzw. per Einschreiben/Rückschein zugestellt. Die Kündigungsfristen betrugen je nach Betriebszugehörigkeit zwischen einem und drei Monaten. Die Mitarbeiter des Hafen-Standorts waren bereits seit dessen Schließung am 15.06.2013 freigestellt. Für den Insolvenzgeldzeitraum vom 01.03.2013 bis 31.05.2013 wurden die Anträge bei der Agentur für Arbeit Kiel gestellt. Die Agentur hat die Insolvenzgeldzahlungen für sämtliche Mitarbeiter bewilligt und ausgezahlt.

3. Mietverhältnisse

Das **Mietverhältnis „Nordlicht am Hafen“** war bereits vor Verfahrenseröffnung durch fristlose Kündigung des Vermieters Tatenberger Immobilien GmbH wegen Mietrückständen beendet worden. Der Standort wurde am 15.06.2013 geräumt und die Schlüssel an den Vermieter übergeben. Restliche Einrichtungsgegenstände wurden in das Lager verbracht.

Das **Mietverhältnis „Nordlicht Modehaus“** habe ich gemäß § 109 InsO zum nächstmöglichen Termin gekündigt. Die Mietkosten für Juni, Juli und August 2013 in Höhe von insgesamt 12.600,00 EUR stellen Masseforderungen gemäß § 55 Abs. 2 Nr. 2 InsO dar. Die Räumung erfolgte am 31.08.2013.

Das **Mietverhältnis „Nordlicht Outlet“** wurde ebenfalls gekündigt. Die Mietkosten für Juni und Juli 2013 (4.200,00 EUR) sind Masseforderungen. Der Räumungsverkauf im Outlet wurde bis Ende September 2013 fortgeführt. Das **Lagermietverhältnis** am Wellseedamm läuft vorerst weiter, da die verbleibenden Warenbestände noch verwertet werden müssen. Die Mietkosten von monatlich 1.600,00 EUR belasten die Masse.

4. Verwertungsmaßnahmen

Ich habe im Berichtszeitraum folgende Verwertungsmaßnahmen eingeleitet bzw. durchgeführt:

a) Räumungsverkauf: In den Geschäften Modehaus und Outlet wurde ab Juni 2013 ein Räumungsverkauf durchgeführt. Die Preise wurden schrittweise reduziert (zunächst 30 %, später 50 % und zuletzt 70 % auf den Originalpreis). Der Räumungsverkauf im Modehaus erbrachte Erlöse in Höhe von ca. 18.000,00 EUR. Der Räumungsverkauf im Outlet wird voraussichtlich bis Ende September 2013 fortgeführt und hat bisher ca. 8.500,00 EUR erbracht.

b) Geschäftsausstattung: Die Verwertung der Geschäftsausstattung des Modehauses (Regalsysteme, Kassensystem, Beleuchtung, Umkleidekabinen, Schaufensterdekoration) ist für Oktober 2013 über den Auktionator „Schleswig-Holstein Auktionen“ geplant. Der Schätzwert beträgt ca. 12.000,00 bis 16.000,00 EUR.

c) Domain und Kundenstamm: Die Domain www.nordlicht-mode.de einschließlich des zugehörigen Kundenstamms (ca. 2.800 registrierte Online-Kunden) soll an einen Dritten veräußert werden. Es liegen zwei Kaufinteressenten vor. Der erwartete Erlös liegt bei ca. 4.000,00 bis 6.000,00 EUR.

d) Warenbestand im Lager: Die Verwertung der im Lager verbliebenen Warenbestände (geschätzter Verkehrswert: 20.000,00 bis 25.000,00 EUR) wird nach Abschluss der Räumungsverkäufe in den Geschäften erfolgen. Voraussichtlich im ersten Halbjahr 2014.

5. Anfechtung

Im Rahmen meiner Anfechtungsprüfung gemäß §§ 129 ff. InsO habe ich festgestellt, dass die Schuldnerin im Zeitraum Juli bis Dezember 2012 Zahlungen an die DAK-Gesundheit in Höhe von insgesamt 8.200,00 EUR und an die IKK Nord in Höhe von 5.600,00 EUR geleistet hat. Diese Zahlungen erfolgten zu einem Zeitpunkt, als die Schuldnerin bereits zahlungsunfähig war. Ich beabsichtige, diese Zahlungen gemäß § 130 InsO (kongruente Deckung) oder § 131 InsO (inkongruente Deckung) anzufechten und die Erstattung an die Insolvenzmasse zu verlangen.

Darüber hinaus werden die Gesellschafter-Entnahmen in den Jahren 2011 und 2012 auf eine mögliche Anfechtbarkeit gemäß § 134 InsO (unentgeltliche Leistungen) sowie Haftungsansprüche gemäß § 64 GmbHG geprüft.

6. Rechtsstreitigkeiten

Zum Zeitpunkt der Berichterstattung sind keine Rechtsstreitigkeiten anhängig. Die geplanten Anfechtungsklagen gegen die DAK-Gesundheit und die IKK Nord werden voraussichtlich im ersten Halbjahr 2014 erhoben.

VI. Insolvenzplan

Die Erstellung eines Insolvenzplans gemäß §§ 217 ff. InsO kommt vorliegend nicht in Betracht. Ein Insolvenzplan setzt grundsätzlich voraus, dass eine Fortführung des Unternehmens oder eine anderweitige Regelung möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist. Wie unter Ziffer IV. dargestellt, bestehen keine Erhaltungsaussichten für den Geschäftsbetrieb der Schuldnerin. Auch ein Liquidationsplan, der lediglich eine andere Verteilung der Masse zum Gegenstand hätte, verspricht gegenüber einer Regelabwicklung keine Vorteile für die Gläubiger. Ein übertragender Sanierungsansatz scheitert am Fehlen eines Erwerbers. Die Gläubigerversammlung wird daher gebeten, von der Erstellung eines Insolvenzplans abzusehen.

VII. Masse

1. Aktivmasse

Die Aktivmasse gemäß §§ 35, 36 InsO setzt sich nach dem derzeitigen Stand der Verwertung wie folgt zusammen:

Position	Geschätzter Erlös	Status
Bankguthaben (Eröffnung)	12.400,00	realisiert
Räumungsverkauf Modehaus	18.000,00	teilw. realisiert
Räumungsverkauf Outlet	12.000,00	laufend
Verwertung Ausstattung (Auktion)	14.000,00	geplant (Okt 13)
Verwertung Domain/Kundenstamm	5.000,00	geplant (Nov 13)
Verwertung Warenbestand Lager	22.000,00	geplant (H1/2014)
Anfechtungsansprüche DAK	8.200,00	geplant
Anfechtungsansprüche IKK	5.600,00	geplant
Haftungsansprüche GF	noch offen	in Prüfung
Sonstige	3.000,00	diverse
Summe (geschätzt)	ca. 100.200,00	

2. Absonderungsrechte

Die Kieler Volksbank eG beansprucht ein Absonderungsrecht an den Forderungen der Schuldnerin (Globalzession) sowie am Warenbestand (Sicherungsübereignung). Die Sicherungsrechte bestehen an den zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung vorhandenen Waren und Forderungen. Der Verwertungserlös aus dem Warenbestand steht daher – abzüglich des Kostenbeitrags gemäß § 171 Abs. 2 InsO (Feststellungskostenbeitrag 4 % und Verwertungskostenbeitrag 5 % zzgl. USt) – vorrangig der Kieler Volksbank eG zu. Verhandlungen über eine einvernehmliche Regelung der Absonderungsrechte laufen.

3. Masseforderungen

An Masseforderungen gemäß § 55 InsO sind bisher angefallen:

Position	Betrag (EUR)
Miete Modehaus 06-08/2013	12.600,00
Miete Outlet 06-07/2013	4.200,00
Miete Lager 06/2013 ff.	1.600,00/Monat
Verwaltervergütung (gesch.)	45.000,00
Gerichtskosten	8.000,00
Summe (gesch.)	ca. 78.000,00

VIII. Massebestand

Der aktuelle Massebestand zum Stichtag 31.07.2013 beläuft sich auf:

Konto	IBAN	Saldo (EUR)
Treuhandkonto Kieler Volksbank eG	DE89 2109 0007 0012 3456 78	-5.339,55
Anderkonto Sparkasse Kiel	DE54 2105 0170 0098 7654 32	0,00

Der Massebestand ist derzeit noch gering, da die wesentlichen Verwertungsmaßnahmen (Auktion der Geschäftsausstattung, Verwertung Domain, Warenlager) erst in den nächsten Monaten realisiert werden. Zum Nachweis des Massebestandes überreiche ich als Anlagen eine Einnahmen-/Ausgabenrechnung sowie den aktuellen Kontoauszug des Treuhandkontos.

IX. Verfahrenskostendeckung

Die Verfahrenskosten gemäß § 54 InsO (Gerichtskosten und Verwaltervergütung einschließlich Auslagen) werden nach derzeitiger Schätzung ca. 53.000,00 EUR betragen. Die Verfahrenskosten sind durch die erwarteten Verwertungserlöse gedeckt. Eine Einstellung des Verfahrens mangels Masse gemäß § 207 InsO oder eine Anzeige der Masseunzulänglichkeit gemäß § 208 InsO ist nicht zu erwarten.

X. Verfahrensaussichten und voraussichtliche Quote

Nach meiner vorläufigen Einschätzung wird eine Befriedigung der nicht nachrangigen Insolvenzgläubiger (§ 38 InsO) in einer Größenordnung von ca. 8 bis 12 % zu erwarten sein. Dies setzt voraus, dass die geplanten Verwertungsmaßnahmen und Anfechtungsklagen erfolgreich verlaufen. Die endgültige Quote hängt insbesondere von den Ergebnissen der Anfechtungsklagen gegen die Sozialversicherungsträger sowie den Haftungsansprüchen gegen die Geschäftsführer ab.

Ich gehe davon aus, dass das Verfahren voraussichtlich eine Dauer von mindestens zwei bis drei Jahren haben wird, da die geplanten Rechtsstreitigkeiten erfahrungsgemäß längere Zeit in Anspruch nehmen. Eine frühere Beendigung wäre nur bei einer vergleichweisen Einigung mit sämtlichen Beteiligten möglich.

XI. Berichtsfrist

Für die Vorlage meines nächsten turnusgemäßen Berichtes habe ich mir vorsorglich den 15.12.2013 vorgemerkt, sofern ich nicht zuvor abschließend berichten kann. Ich bitte, mir eine entsprechende Frist einzuräumen.

B. Anregungen für die Gläubigerversammlung

Die Gläubigerversammlung wird gebeten, über folgende Beschlussvorschläge zu beschließen:

1. Stilllegung des Geschäftsbetriebes

Die Gläubigerversammlung beschließt gemäß § 157 Satz 1 InsO, dass der Geschäftsbetrieb der Schuldnerin endgültig stillgelegt wird. Die vorhandenen Vermögenswerte sind im Wege der Einzelverwertung bestmöglich zu verwerten. Der Insolvenzverwalter wird ermächtigt, sämtliche hierfür erforderlichen Rechtsgeschäfte vorzunehmen.

2. Beauftragung des Insolvenzverwalters mit der Verwertung

Der Insolvenzverwalter wird beauftragt, die Verwertung der Insolvenzmasse durchzuführen. Er wird insbesondere ermächtigt, die Geschäftsausstattung über einen Auktionator zu verwerten, die Domain und den Kundenstamm freihändig zu veräußern sowie den Warenbestand im Lager zu verwerten.

3. Ermächtigung zur Führung von Rechtsstreitigkeiten

Der Insolvenzverwalter wird ermächtigt, Anfechtungsklagen gegen die DAK-Gesundheit und die IKK Nord zu erheben sowie Haftungsansprüche gegen die Geschäftsführer gemäß § 64 GmbHG und § 15a InsO geltend zu machen. Er wird ferner ermächtigt, Vergleiche in diesen Angelegenheiten abzuschließen.

4. Kein Gläubigerausschuss

Von der Bildung eines Gläubigerausschusses gemäß § 68 InsO wird abgesehen. Die Zahl der Gläubiger und der Umfang der Masse rechtfertigen die Bildung eines Ausschusses nicht.

5. Berichtspflicht

Der Insolvenzverwalter wird verpflichtet, dem Gericht turnusgemäß halbjährlich über den Fortgang des Verfahrens zu berichten.

C. Hinweise zur Forderungsprüfung

Im heutigen allgemeinen Prüfungstermin werden die zur Tabelle angemeldeten Forderungen gemäß §§ 174 ff. InsO geprüft. Die angemeldeten Forderungen sind in der beigefügten Forderungstabelle verzeichnet. Gegen die Feststellung einer Forderung können der Insolvenzverwalter oder die übrigen Gläubiger Widerspruch erheben (§ 178 InsO). Ein vom Insolvenzverwalter bestrittener Anspruch kann vom Gläubiger im Wege der Feststellungsklage (§ 179 InsO) beim zuständigen Gericht verfolgt werden.

Gläubiger, die ihre Forderungen noch nicht angemeldet haben, können dies auch nach dem allgemeinen Prüfungstermin nachholen (§ 177 InsO). Spätanmeldungen sind jedoch mit einem Kostenbeitrag gemäß § 177 Abs. 1 Satz 3 InsO verbunden.

Ich bitte die Gläubiger, die Forderungstabelle sorgfältig zu prüfen und mir etwaige Fehler oder Unstimmigkeiten unverzüglich mitzuteilen.

Kiel, den 15.08.2013

Dr. Jens-Peter Hartmann
Rechtsanwalt
als Insolvenzverwalter

Forderungstabelle

Zum Prüfungstermin vom 15.08.2013 wurden die nachfolgenden Forderungen angemeldet und geprüft. Die Gesamtsumme der angemeldeten Forderungen beträgt 580.000,00 EUR, wovon 510.200,00 EUR festgestellt und ca. 70.000,00 EUR bestritten wurden.

Nr.	Gläubiger	Forderung EUR	§	Status	Bemerkung
1	Kieler Volksbank eG	248.500,00	38	festgestellt	teilw. besichert; Globalzession, SÜ
2	Finanzamt Kiel-Nord	42.380,00	38	festgestellt	USt, LSt Rückstände 2011/2012
3	DAK-Gesundheit	18.740,00	38	festgestellt	SV-Beiträge 07-12/2012
4	IKK Nord	12.450,00	38	festgestellt	SV-Beiträge 09-12/2012
5	Modewelt Großhandel GmbH	34.200,00	38	festgestellt	Warenlieferungen
6	Fashion Forward KG	28.700,00	38	bestritten	Warenlieferungen; bestritten i.H.v. 3.900 EUR
7	Tatenberger Immobilien GmbH	38.400,00	38	festgestellt	Mietrückstand Hafen 03-12/2012
8	Hausverwaltung Petersen OHG	12.600,00	38	festgestellt	Mietrückstand Modehaus
9	Stadt Kiel (Gewerbesteuer)	8.200,00	38	festgestellt	GewSt 2011/2012
10	BARMER	6.340,00	38	festgestellt	SV-Beiträge
11	DHL Paket GmbH	4.800,00	38	festgestellt	Versandkosten Online-Shop
12	Telekom Deutschland GmbH	3.200,00	38	festgestellt	Telefon/Internet 08-12/2012
13	Stadtwerke Kiel AG	5.100,00	38	festgestellt	Strom/Gas alle Standorte
14	Hansen & Partner StB	8.400,00	38	festgestellt	Steuerberaterhonorar 2012
15	Versicherungskammer Nord	4.200,00	38	festgestellt	Betriebshaftpflicht
16	Berufsgenossenschaft Handel	3.800,00	38	festgestellt	BG-Beiträge 2012
17	Norddeutsche Textil AG	12.400,00	38	festgestellt	Warenlieferungen
18	Schmidt Verpackungen GmbH	2.800,00	38	festgestellt	Verpackungsmaterial
19	IT-Service Kiel GbR	6.200,00	38	festgestellt	Shopify-Anpassungen, Wartung
20	Werbeatelier Frisch	3.400,00	38	festgestellt	Werbemaßnahmen 2012
21	Sicherheitsdienst Küste GmbH	2.100,00	38	festgestellt	Objektbewachung Modehaus
22	Reinigungsdienst Sauber OHG	1.800,00	38	festgestellt	Gebäudereinigung
23	Hausverwaltung Wellsee	4.800,00	38	festgestellt	Mietrückstand Lager

Nr.	Gläubiger	Forderung EUR	§	Status	Bemerkung
24	Bürobedarf Möller e.K.	1.200,00	38	festgestellt	Büromaterial
25	Deutsche Rentenversicherung Nord	9.800,00	38	festgestellt	RV-Beiträge
26	Agentur für Arbeit Kiel	14.200,00	38	festgestellt	Insolvenzgeld-Rückforderung
27	UPS Deutschland Inc.	1.600,00	38	festgestellt	Versandkosten
28	Hermes Versand GmbH	2.200,00	38	festgestellt	Versandkosten
29	GLS Paketdienst GmbH	1.400,00	38	festgestellt	Versandkosten
30	Allianz Versicherung AG	3.600,00	38	bestritten	Sachversicherung; bestritten
31	Druckerei Nordlicht GmbH	2.400,00	38	festgestellt	Druckkosten Katalog
32	Rechtsanwalt Oliver Kruse	4.800,00	38	bestritten	Beratungskosten; bestritten
33	Messe- und Congress Kiel	1.800,00	38	festgestellt	Messestand Kieler Woche 2012
34	Schleswig-Holst. Sparkasse	6.400,00	38	festgestellt	Kreditkartenforderungen
35	Diverse Kleingläubiger (Sammelpos.)	15.380,00	38	festgestellt	unter 1.000 EUR je Gläubiger

Einnahmen- / Ausgabenrechnung

Berichtszeitraum: 01.06.2013 - 31.07.2013

Position	Einnahmen (EUR)	Ausgaben (EUR)
Guthabenübernahme	12.400,00	
Mietkaution Hafen (Rücküberstattung)	1.200,00	
Rücküberungsverkauf Outlet (anteilig)	4.800,00	
Insolvenzgeldumlage	1.240,00	
Zinsen	12,45	
Miete Modehaus 06-07/2013		8.400,00
Miete Outlet 06-07/2013		4.200,00
Miete Lager 06-07/2013		3.200,00
Gerichtskosten (Eröffnung)		2.500,00
Verwaltervorschuss (1.+2. Rate)		3.000,00
Gutachterhonorar		1.200,00
Steuerberater		850,00
Porto/Bürokosten		380,00
Bankgebühren		62,00
Summe Einnahmen	19.652,45	
Summe Ausgaben		23.792,00
Saldo	-4.139,55	

Kontoauszug Treuhandkonto

Kieler Volksbank eG · IBAN DE89 2109 0007 0012 3456 78

Berichtszeitraum: 01.06.2013 - 31.07.2013

Datum	Buchungstext	Soll (EUR)	Haben (EUR)	Saldo (EUR)
	Anfangsbestand		0,00	0,00
01.06.2013	Guthabenübernahme Geschäftskonto		12.400,00	12.400,00
05.06.2013	Mietkaution Hafen (Rückerstattung)		1.200,00	13.600,00
10.06.2013	Bankgebühren 06/2013	22,00		13.578,00
15.06.2013	Miete Modehaus 06/2013	4.200,00		9.378,00
15.06.2013	Miete Outlet 06/2013	2.100,00		7.278,00
15.06.2013	Miete Lager 06/2013	1.600,00		5.678,00
20.06.2013	Gerichtskosten (Eroffnung)	2.500,00		3.178,00
25.06.2013	Verwaltervorschuss 1. Rate	1.500,00		1.678,00
28.06.2013	Insolvenzgeldumlage Agentur f. Arbeit		1.240,00	2.918,00
01.07.2013	Räumungsverkauf Outlet (1. Abrechnung)		2.400,00	5.318,00
05.07.2013	Porto/Bürokosten	180,00		5.138,00
10.07.2013	Bankgebühren 07/2013	20,00		5.118,00
15.07.2013	Miete Modehaus 07/2013	4.200,00		918,00
15.07.2013	Miete Outlet 07/2013	2.100,00		-1.182,00
15.07.2013	Miete Lager 07/2013	1.600,00		-2.782,00
20.07.2013	Räumungsverkauf Outlet (2. Abrechnung)		2.400,00	-382,00
25.07.2013	Verwaltervorschuss 2. Rate	1.500,00		-1.882,00
28.07.2013	Gutachterhonorar Dr. Hartmann	1.200,00		-3.082,00
30.07.2013	Steuerberater (Abschlussarbeiten)	850,00		-3.932,00
31.07.2013	Porto/Bürokosten	200,00		-4.132,00
31.07.2013	Zinsen		12,45	-4.119,55
	Endbestand			-4.119,55

IV. Betriebsstätten im Einzelnen

Die Schuldnerin betrieb zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung insgesamt vier stationäre Geschäftslokale sowie einen Online-Shop. Das Hauptgeschäft unter der Bezeichnung "Nordlicht Modehaus" befand sich in der Holstenstraße 78, 24103 Kiel, in einer Mietfläche von ca. 280 Quadratmetern. Der monatliche Mietzins belief sich auf 4.200,00 EUR netto zuzüglich Nebenkostenvorauszahlungen in Höhe von 680,00 EUR. Das Mietobjekt war seit der Gründung der Gesellschaft im Jahre 2008 angemietet. Der Mietvertrag war auf zehn Jahre geschlossen worden und wäre ohne die Insolvenz erst zum 30.04.2018 ordentlich kündbar gewesen. Nach Verfahrenseröffnung wurde das Mietverhältnis gemäß § 109 Abs. 1 InsO zum nächstmöglichen Termin gekündigt. Die Räumung des Modehauses erfolgte am 31.08.2013. Der Vermieter, die Hausverwaltung Petersen OHG, hat Rückstände aus der Zeit vor Verfahrenseröffnung in Höhe von 12.600,00 EUR als Insolvenzforderung angemeldet. Darüber hinaus bestehen Masseforderungen für die Monate Juni bis August 2013 in Höhe von insgesamt 12.600,00 EUR netto.

Das zweite Geschäftslokal, das "Nordlicht Outlet", befand sich an der Rendsburger Landstraße 115, 24113 Kiel, mit einer Fläche von ca. 180 Quadratmetern und einem monatlichen Mietzins von 2.100,00 EUR netto. Dieses Geschäft diente vornehmlich dem Lagerverkauf und dem Abverkauf von Restposten und Auslaufmodellen. Die Lage war verkehrstechnisch günstig, jedoch litt das Outlet unter einer geringen Laufkundschaft, da die Rendsburger Landstraße nicht zu den primären Einkaufslagen zählt. Der Mietvertrag war auf fünf Jahre geschlossen worden und lief zum 31.12.2013 aus. Eine vorzeitige Räumung wurde nach Durchführung eines Räumungsverkaufs zum 30.09.2013 vereinbart. Die Masseforderungen für Miete belaufen sich auf 4.200,00 EUR für die Monate Juni und Juli 2013.

Die dritte Filiale, "Nordlicht am Hafen", Am Germaniahafen 3, 24143 Kiel, hatte eine Fläche von ca. 120 Quadratmetern bei einem Mietzins von 2.800,00 EUR monatlich. Dieses Geschäft war saisonal auf Touristen ausgerichtet und hatte seine Hauptumsatzzeiten in den Sommermonaten sowie während der Kieler Woche. Die Expansion in diesen Standort im Jahre 2011 stellt nach hiesiger Einschätzung eine der wesentlichen Insolvenzursachen dar, da der verhältnismäßig hohe Mietzins in keinem angemessenen Verhältnis zum saisonalen Umsatz stand. Die Umsatzzahlen für diesen Standort lagen im Jahre 2012 bei lediglich ca. 95.000,00 EUR, während die jährlichen Mietkosten einschließlich Nebenkosten ca. 38.000,00 EUR betrugen. Die Betriebsstillegung dieses Standortes erfolgte bereits am 15.06.2013, unmittelbar nach Verfahrenseröffnung. Der Vermieter, die Tatenberger Immobilien GmbH, hat Mietrückstände in Höhe von 38.400,00 EUR angemeldet.

Zusätzlich betrieb die Schuldnerin seit dem Jahre 2011 den Online-Shop www.nordlicht-mode.de auf der Shopify-Plattform. In diesen Online-Shop wurden in den Jahren 2011 und 2012 Investitionen in Höhe von insgesamt ca. 85.000,00 EUR getätigt, vornehmlich für Webdesign, Warenwirtschaftsanbindung, Suchmaschinenoptimierung und Marketingkampagnen. Die Erträge blieben hinter den Erwartungen zurück. Im Jahre 2012 erzielte der Online-Shop einen Umsatz von lediglich ca. 45.000,00 EUR bei Betriebskosten von ca. 28.000,00 EUR (Hosting, Wartung, Verpackungsmaterial, Versandkosten). Die Domain und der Kundenstamm wurden zwischenzeitlich verwertet.

Schließlich nutzte die Schuldnerin ein Lager am Wellseedamm 46, 24145 Kiel, mit einer Fläche von ca. 400 Quadratmetern zu einem monatlichen Mietzins von 1.600,00 EUR. Das Lager diente der Bevorratung sämtlicher Standorte sowie dem Versand der Online-Bestellungen. Zum Zeitpunkt der

Verfahrenseröffnung befanden sich dort Warenvorräte mit einem geschätzten Verkehrswert von ca. 35.000,00 EUR bis 45.000,00 EUR. Die Räumung des Lagers ist bis zum 31.12.2014 vorgesehen, da die Verwertung des verbliebenen Warenbestandes noch andauert.

V. Insolvenzursachen im Einzelnen

1. Expansion Standort "Nordlicht am Hafen"

Die im Jahre 2011 vorgenommene Expansion in den Standort Am Germaniahafen 3 stellt die erste wesentliche Insolvenzursache dar. Die Geschäftsführer Stefan und Katrin Berger hatten den Mietvertrag am 15.03.2011 abgeschlossen, ohne zuvor eine hinreichende Wirtschaftlichkeitsanalyse durchzuführen. Der Standort bot zwar in den Sommermonaten und insbesondere während der Kieler Woche eine erhöhte Kundenfrequenz, in den Wintermonaten Oktober bis April war der Umsatz jedoch äußerst gering. Die Jahresmiete einschließlich Nebenkosten belief sich auf ca. 38.000,00 EUR, was bei einem Jahresumsatz von lediglich ca. 95.000,00 EUR und einem Wareneinsatz von ca. 50% zu einem negativen Deckungsbeitrag führte. Bereits nach dem ersten Betriebsjahr hätte die Unwirtschaftlichkeit erkannt werden müssen.

Hinzu kamen Investitionen in die Ladeneinrichtung dieses Standortes in Höhe von ca. 22.000,00 EUR, die sich bei der späteren Verwertung als weitgehend wertlos erwiesen, da die Regalsysteme und Dekorationselemente individuell für die räumlichen Gegebenheiten angefertigt worden waren und nicht ohne erheblichen Aufwand anderweitig verwendet werden konnten.

2. Investitionen in den Online-Shop

Die in den Jahren 2011 und 2012 getätigten Investitionen in den Online-Shop www.nordlicht-mode.de in Höhe von insgesamt ca. 85.000,00 EUR stellen eine weitere wesentliche Insolvenzursache dar. Die Entscheidung, in den Online-Handel einzusteigen, war im Grundsatz nachvollziehbar, da sich das Konsumentenverhalten zunehmend in Richtung E-Commerce verschob. Die Umsetzung litt jedoch unter mehreren Defiziten. Zunächst wurde ein externes Webdesign-Büro aus Hamburg beauftragt, das ein aufwendiges, jedoch technisch unausgereiftes Shopsystem auf Shopify-Basis implementierte. Die Kosten für das Webdesign allein beliefen sich auf ca. 32.000,00 EUR. Die Anbindung an die bestehende Warenwirtschaft bereitete über Monate Probleme und verursachte zusätzliche Kosten von ca. 15.000,00 EUR. Weitere ca. 25.000,00 EUR wurden für Suchmaschinenoptimierung und Google-Ads-Kampagnen aufgewendet, die jedoch insgesamt enttäuschende Ergebnisse lieferten.

Der Online-Shop stand zudem in unmittelbarer Konkurrenz zu großen Plattformen wie Zalando, About You und Amazon Fashion, deren Marktdurchdringung ab 2012 sprunghaft anstieg. Ein mittelständischer Textilhändler mit begrenztem Sortiment und fehlender Markenbekanntheit konnte in diesem Wettbewerbsumfeld kaum bestehen. Die Retourenquote lag bei ca. 35%, was die ohnehin geringen Margen weiter schmälerte.

3. Umsatzrückgang durch Online-Konkurrenz

Der allgemeine Umsatzrückgang im stationären Textileinzelhandel traf die Schuldnerin ab dem Jahre 2012 mit voller Wucht. Während der Gesamtumsatz im Jahre 2011 noch bei ca. 890.000,00 EUR gelegen hatte, fiel er im Jahre 2012 auf ca. 720.000,00 EUR – ein Rückgang von ca. 19 Prozent. Betroffen waren insbesondere die Segmente Damenoberbekleidung und Accessoires, die traditionell die stärksten Umsätze erzielt hatten. Die Ursache lag neben dem allgemeinen Trend zum Online-Einkauf auch in der zunehmenden Preissensitivität der Kunden, die Angebote mehrerer

Online-Plattformen in Sekundenschnelle vergleichen konnten. Das Geschäftsmodell der Schuldnerin, das auf eine persönliche Beratung und gehobene Qualität setzte, verlor angesichts der Preisentwicklung im Online-Segment zunehmend an Attraktivität.

4. Unzureichende Warenwirtschaft

Die Buchführungsunterlagen zeigen, dass die Schuldnerin über keine professionelle Warenwirtschaft verfügte. Die Bestandsführung erfolgte teilweise manuell, teilweise über einfache Excel-Tabellen. Eine Artikelstammdatenpflege fand nur unzureichend statt. Dies führte zu erheblichen Überbeständen, insbesondere bei saisonaler Ware, die am Ende der Saison nur noch mit erheblichen Preisnachlässen abgesetzt werden konnte. Die jährlichen Abschreibungen auf Warenvorräte beliefen sich im Jahre 2012 auf ca. 42.000,00 EUR, was einer Abschreibungsquote von ca. 11 Prozent des Wareneinsatzes entspricht. Branchenkenner halten eine Quote von maximal 5 Prozent für akzeptabel.

Besonders nachteilig wirkte sich aus, dass die Geschäftsführung die Einkaufsvolumina für die Frühjahr/Sommer-Kollektion 2012 auf Basis der Umsatzentwicklung 2011 kalkuliert hatte, ohne den bereits erkennbaren Rückgang zu berücksichtigen. Die Folge war eine erhebliche Überbevorratung, die zu Liquiditätsengpässen im zweiten Halbjahr 2012 führte.

5. Gesellschafter-Entnahmen

Die Geschäftsführer und Gesellschafter Stefan und Katrin Berger tätigten in den Jahren 2011 und 2012 Entnahmen aus dem Gesellschaftsvermögen in Höhe von jeweils ca. 48.000,00 EUR pro Jahr, mithin insgesamt ca. 96.000,00 EUR. Diese Entnahmen erfolgten als monatliche Zahlungen in Höhe von jeweils 4.000,00 EUR und dienten der privaten Lebensführung der Gesellschafter. Während im Jahre 2011 die Ertragslage der Gesellschaft diese Entnahmen noch knapp trug (Jahresgewinn ca. 32.000,00 EUR), wirkten die Entnahmen im Jahre 2012 bei einem Jahresverlust von ca. 100.000,00 EUR liquiditätsschädigend. Es ist zu prüfen, ob hieraus Ansprüche gegen die Geschäftsführer gemäß § 64 GmbHG a.F. (nunmehr § 15b InsO) hergeleitet werden können.

6. Hohe Miet- und Fixkosten

Die Gesamtmietbelastung der Schuldnerin belief sich auf ca. 10.700,00 EUR monatlich (Modehaus 4.200 EUR, Outlet 2.100 EUR, Hafen 2.800 EUR, Lager 1.600 EUR), mithin ca. 128.400,00 EUR jährlich. Rechnet man die Nebenkostenvorauszahlungen hinzu, ergibt sich eine jährliche Mietbelastung von ca. 148.000,00 EUR. Bei einem Umsatz von 720.000,00 EUR im Jahre 2012 entsprach dies einer Mietkostenquote von ca. 20,6 Prozent, die weit über dem branchentypischen Wert von ca. 8-12 Prozent lag. Insbesondere die Kombination aus dem hochpreisigen Standort in der Holstenstraße und dem wenig frequentierten Touristengeschäft am Hafen erwies sich als nicht tragfähig.

7. Rückstände bei Sozialversicherungsbeiträgen

Ab Juli 2012 geriet die Schuldnerin in Rückstand mit der Abführung der Sozialversicherungsbeiträge. Dies betraf sowohl die Arbeitnehmeranteile als auch die Arbeitgeberanteile. Betroffen waren die Beiträge an die DAK-Gesundheit (18.740,00 EUR), die IKK

Nord (12.450,00 EUR) und die BARMER (6.340,00 EUR). Die Nichtabführung von Arbeitnehmeranteilen stellt gemäß § 266a StGB eine Straftat dar. Es obliegt der zuständigen Staatsanwaltschaft, ein etwaiges Ermittlungsverfahren einzuleiten. Aus insolvenzrechtlicher Sicht ist zu prüfen, ob die in den letzten drei Monaten vor dem Insolvenzantrag geleisteten Beitragszahlungen im Wege der Insolvenzanfechtung gemäß §§ 130, 131 InsO zurückgefordert werden können. Entsprechende Anfechtungsansprüche werden derzeit geprüft.

VI. Mitarbeiterverhältnisse

Zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung beschäftigte die Schuldnerin insgesamt 12 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, davon 8 in Vollzeit und 4 in Teilzeit. Die Verteilung auf die Standorte stellte sich wie folgt dar: Im Modehaus in der Holstenstraße waren 6 Beschäftigte tätig (4 Voll-, 2 Teilzeitkräfte), im Outlet an der Rendsburger Landstraße 2 Beschäftigte, im Geschäft am Hafen 2 Beschäftigte (davon eine saisonale Teilzeitkraft) sowie im Lager am Wellseedamm 2 Beschäftigte für Lager und Versand. Ein Betriebsrat bestand nicht, da in keiner der Betriebsstätten die für die Betriebsratswahl erforderliche Mindestzahl von fünf wahlberechtigten Arbeitnehmern erreicht wurde.

Sämtlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wurde nach Verfahrenseröffnung zum nächstzulässigen Termin gekündigt. Die Geschäftsführer Stefan und Katrin Berger, die als Organ der Gesellschaft keine Arbeitnehmer im Sinne des Kündigungsschutzgesetzes sind, haben ihre Tätigkeit für die Schuldnerin eingestellt. Die Kündigungsfristen richteten sich nach § 113 InsO und betrugen maximal drei Monate zum Monatsende. Die Kündigungen wurden am 30.06.2013 ausgesprochen. Insolvenzgeldansprüche bestehen für den Zeitraum vom 01.03.2013 bis zum 31.05.2013 (drei Monate vor Eröffnung). Die Bundesagentur für Arbeit hat die Insolvenzgeldansprüche bis auf zwei Fälle, in denen Nachfragen bestehen, bewilligt.

Eine Kündigungsschutzklage wurde von einer Mitarbeiterin, Frau Sandra Müller, erhoben. Frau Müller war seit 2009 im Modehaus tätig und berief sich auf den besonderen Kündigungsschutz nach dem Mutterschutzgesetz. Nach Prüfung der Rechtslage wurde ein Vergleich geschlossen, wonach Frau Müller eine Sozialabfindung in Höhe von 2.500,00 EUR aus der Masse erhält. Der Betrag wird als Masseforderung behandelt.

VII. Insolvenzanfechtung

Die Prüfung der Geschäftsunterlagen hat ergeben, dass in den letzten drei Monaten vor dem Insolvenzantrag (14.01.2013) mehrere Zahlungen geleistet wurden, die dem Grunde nach anfechtbar sein könnten. Es handelt sich im Wesentlichen um folgende Zahlungsvorgänge: An die DAK-Gesundheit wurden im November und Dezember 2012 Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von insgesamt 8.200,00 EUR geleistet, obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits eine inkongruente Deckung vorlag, da die Zahlungen erst nach Einleitung von Vollstreckungsmaßnahmen durch die DAK erfolgten. Die Anfechtung dieser Zahlungen gemäß § 131 Abs. 1 Nr. 1 InsO ist beabsichtigt.

Gegenüber der IKK Nord wurden im Oktober 2012 Zahlungen in Höhe von 5.600,00 EUR geleistet. Auch diese Zahlungen erfolgten nach Vollstreckungsandrohung und sind als inkongruent zu bewerten. Eine Anfechtung gemäß § 131 InsO wird vorbereitet.

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob die Gesellschafter-Entnahmen in den letzten zwei Jahren vor dem Insolvenzantrag gemäß § 135 Abs. 1 InsO angefochten werden können. Insoweit bestehen Ansprüche gegen Stefan Berger und Katrin Berger in Höhe von zusammen ca. 96.000,00 EUR. Die Erfolgsaussichten der Anfechtung hängen davon ab, ob die Entnahmen als Rückgewähr eines gesellschafterlichen Darlehens oder als Gewinnausschüttung zu qualifizieren sind. Eine vertiefte Prüfung ist eingeleitet.

Ferner bestehen mögliche Anfechtungsansprüche gegen den Warenlieferanten Fashion Forward KG. Dieser Gläubiger hat in den letzten sechs Monaten vor dem Insolvenzantrag Zahlungen in Höhe von ca. 12.000,00 EUR erhalten, obwohl der Geschäftsführung die drohende Zahlungsunfähigkeit zu diesem Zeitpunkt bekannt gewesen sein muss. Eine Anfechtung gemäß § 130 Abs. 1 InsO wird geprüft.

VIII. Versicherungsverhältnisse

Die Schuldnerin unterhielt zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung folgende Versicherungsverträge: Eine Betriebshaftpflichtversicherung bei der Allianz Versicherungs-AG mit einer Deckungssumme von 3.000.000,00 EUR für Personen- und Sachschäden (Versicherungsschein-Nr. AZ-BH-2008-447812). Die Jahresprämie betrug 2.340,00 EUR. Ferner bestand eine Inhaltsversicherung bei der HDI Versicherung AG mit einer Versicherungssumme von 250.000,00 EUR (Inventar und Warenvorräte), Versicherungsschein-Nr. HDI-IN-2010-881723, Jahresprämie 1.860,00 EUR. Eine Glasversicherung bei der VGH Versicherungen, eine Elektronikversicherung für die Kassen- und IT-Systeme sowie eine Rechtsschutzversicherung bei der ARAG SE waren ebenfalls vorhanden. Sämtliche Versicherungsverträge wurden nach Verfahrenseröffnung auf ihre Notwendigkeit geprüft. Die nicht mehr erforderlichen Verträge wurden gekündigt. Die Betriebshaftpflichtversicherung wird bis zum Abschluss der Verwertungsmaßnahmen aufrechterhalten.

IX. Absonderungsrechte im Einzelnen

Die Kieler Volksbank eG ist Inhaberin eines Absonderungsrechtes aufgrund einer Globalzession sämtlicher Forderungen der Schuldnerin aus Lieferungen und Leistungen sowie einer Sicherungsübereignung des Warenbestandes. Die Globalzessionsvereinbarung datiert vom 15.06.2010 und wurde im Zusammenhang mit der Gewährung des Betriebsmitteldarlehens über 120.000,00 EUR geschlossen. Die Sicherungsübereignung des Warenbestandes erfolgte am selben Tag. Der Investitionskredit über 85.000,00 EUR für den Online-Shop wurde am 12.09.2011 gewährt und durch die bestehenden Sicherheiten mitbesichert. Der Kontokorrentkredit belief sich auf einen Rahmen von 45.000,00 EUR. Die Gesamtforderung der Kieler Volksbank eG beträgt nach hiesiger Prüfung 248.500,00 EUR. Die Verwertung der Sicherungsgüter erfolgt durch den Insolvenzverwalter gemäß § 166 Abs. 1 InsO, da sich die sicherungsübereigneten Gegenstände im Besitz des Insolvenzverwalters befinden.

Die DBL Deutsche Berufsbekleidung Leasing GmbH macht ein Aussonderungsrecht hinsichtlich der geleasteten Regalsysteme im Outlet-Geschäft geltend. Nach Prüfung der Leasingverträge sind die geltend gemachten Eigentumsrechte dem Grunde nach berechtigt. Die Regalsysteme werden nach Räumung des Outlets zurückgegeben. Weitere Absonderungsrechte bestehen nicht.

X. Umsatzentwicklung – Gesamtdarstellung

Nachfolgend wird die Umsatz- und Ertragsentwicklung der Schuldnerin seit Gründung tabellarisch dargestellt. Die Werte basieren auf den vorliegenden Jahresabschlüssen für die Jahre 2008 bis 2011 sowie auf der vorläufigen BWA für das Wirtschaftsjahr 2012 und den vorläufigen Zahlen für das Rumpfgeschäftsjahr 2013 (01.01. bis 31.05.2013):

Jahr	Umsatz	Wareneinsatz	Personal	Sonst. Kosten	Ergebnis
2008	420.000	210.000	85.000	98.000	+27.000
2009	580.000	284.000	112.000	125.000	+59.000
2010	745.000	358.000	168.000	155.000	+64.000
2011	890.000	445.000	215.000	198.000	+32.000
2012	720.000	382.000	228.000	210.000	-100.000
2013 (bis 05)	185.000	98.000	95.000	88.000	-96.000

Aus der vorstehenden Übersicht ergibt sich, dass die Schuldnerin in den Gründungsjahren 2008 bis 2011 eine positive Entwicklung genommen hatte. Der Umsatz stieg von 420.000,00 EUR auf 890.000,00 EUR. Ab dem Jahr 2012 schlug die Entwicklung jedoch ins Negative um. Der Umsatzrückgang von ca. 19 Prozent gegenüber dem Vorjahr konnte durch Kostensenkungen nicht aufgefangen werden, zumal die Fixkosten (Miete, Personal) sich nicht in gleichem Maße reduzieren ließen. Das Rumpfgeschäftsjahr 2013 (Januar bis Mai) zeigt, dass sich der negative Trend ungebremsst fortsetzte. Die hochgerechneten Jahreswerte hätten einen Gesamtumsatz von lediglich ca. 440.000,00 EUR bei einem Verlust von über 200.000,00 EUR ergeben.

XI. Steuerliche Verhältnisse

Die steuerlichen Angelegenheiten der Schuldnerin werden durch das Steuerberatungsbüro Hansen & Kramer, Sophienblatt 12, 24103 Kiel, betreut. Die Buchführung der Schuldnerin lag zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung in folgendem Zustand vor: Die Jahresabschlüsse für die Jahre 2008 bis 2011 waren erstellt und beim Handelsregister hinterlegt. Der Jahresabschluss für 2012 war zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung noch nicht fertiggestellt. Die BWA für 2012 lag bis einschließlich September 2012 vor; für die Monate Oktober bis Dezember 2012 und das Rumpfgeschäftsjahr 2013 waren die Buchungssätze lückenhaft.

Die Umsatzsteuer-Voranmeldungen für die Monate Oktober 2012 bis Mai 2013 wurden zwar eingereicht, enthielten jedoch Schätzwerte, da die Buchhaltung nicht auf dem aktuellen Stand war. Das Finanzamt Kiel-Nord hat Rückstände bei der Umsatzsteuer und der Lohnsteuer für den Zeitraum 2011/2012 in Höhe von insgesamt 42.380,00 EUR als Insolvenzforderung angemeldet. Darüber hinaus hat die Stadt Kiel rückständige Gewerbesteuer für die Jahre 2011 und 2012 in Höhe von 8.200,00 EUR angemeldet.

Die Fertigstellung des Jahresabschlusses 2012 sowie die Erstellung der steuerlichen Erklärungen für 2012 und das Rumpfgeschäftsjahr 2013 werden durch das Steuerberatungsbüro Hansen & Kramer vorgenommen. Die voraussichtlichen Kosten belaufen sich auf ca. 4.500,00 EUR. Es ist damit zu rechnen, dass sich aus der Fertigstellung der steuerlichen Unterlagen möglicherweise Erstattungsansprüche gegenüber dem Finanzamt ergeben, insbesondere aus Vorsteuerüberhängen im Zusammenhang mit den Verwertungsmaßnahmen.

XII. Buchführungslage und Bestandsaufnahme

Die Buchführung der Schuldnerin wurde durch das Steuerberatungsbüro Hansen & Kramer, Sophienblatt 12, 24103 Kiel, betreut. Die Gesellschaft verwendete das Buchhaltungsprogramm DATEV Unternehmen online in Verbindung mit der Warenwirtschaftssoftware JTL-Wawi. Die Jahresabschlüsse für die Geschäftsjahre 2008 bis 2011 liegen vor und wurden beim Handelsregister des Amtsgerichts Kiel hinterlegt. Die Prüfung dieser Abschlüsse hat ergeben, dass sie im Wesentlichen den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen, wenngleich einige Kritikpunkte zu vermerken sind. Insbesondere wurden die Warenvorräte nicht jährlich inventarisiert, sondern lediglich auf Basis der Warenwirtschaftsdaten fortgeschrieben. Eine physische Inventur fand zuletzt im November 2010 statt. Die daraus resultierenden Bestandsdifferenzen wurden in den Folgejahren nicht bereinigt, was zu einer Überbewertung des Warenbestandes in der Bilanz zum 31.12.2011 um geschätzt ca. 25.000,00 EUR geführt haben dürfte.

Die Buchhaltung für das Geschäftsjahr 2012 war zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung nur bis einschließlich September 2012 auf aktuellem Stand. Für die Monate Oktober bis Dezember 2012 lagen die Belege ungeordnet in zwei Umzugskartons vor. Die Sortierung und Verbuchung dieser Belege wurde dem Steuerberatungsbüro übertragen. Für das Rumpfgeschäftsjahr 2013 (01.01. bis 31.05.2013) lagen lediglich Kontoauszüge der Geschäftskonten sowie einige Eingangsrechnungen vor. Eine geordnete Buchführung fand in diesem Zeitraum nicht mehr statt. Die Geschäftsführer haben auf Nachfrage mitgeteilt, dass die Buchhaltung ab Oktober 2012 "aus Zeitmangel und wegen der finanziellen Belastung" vernachlässigt worden sei.

Die Kassenführung in den stationären Geschäften erfolgte über elektronische Registrierkassen der Marke Casio SE-S400. Die Kassendaten wurden täglich auf USB-Sticks gesichert und monatlich dem Steuerberater übergeben. Stichproben haben ergeben, dass die Kassendaten für die Jahre 2008 bis 2011 vollständig vorhanden und ordnungsgemäß archiviert sind. Für das Jahr 2012 fehlen die Kassendaten für die Monate November und Dezember im Geschäft am Hafen sowie für Dezember 2012 im Outlet. Die fehlenden Daten lassen sich möglicherweise aus den Kontoauszügen der EC-Kartenterminals rekonstruieren.

XIII. Inventarisierung und Bewertung des Anlagevermögens

Position	Buchwert 31.12.2011	Gesch. Verkehrswert	Verwertungserlös
Ladeneinrichtung Modehaus	18.500,00	6.000,00	4.200,00
Ladeneinrichtung Outlet	8.200,00	2.500,00	1.800,00
Ladeneinrichtung Hafen	14.800,00	1.500,00	800,00
Kassensysteme (4 St.)	4.800,00	2.000,00	2.200,00
IT-Ausstattung (PCs, Drucker)	3.200,00	800,00	650,00
Schaufensterpuppen (12 St.)	2.400,00	500,00	450,00
Lagerregale Wellseedamm	5.600,00	2.000,00	1.600,00
Transporter VW Caddy	12.500,00	7.500,00	0 (Sicherungseig.)
Dekorationsmaterial	1.800,00	200,00	150,00
Büromöbel	3.100,00	1.200,00	950,00
Verpackungsmaschine	2.800,00	1.500,00	1.400,00
Summe	77.700,00	25.700,00	14.200,00

Die vorstehende Tabelle zeigt die erhebliche Differenz zwischen Buchwerten, geschätzten Verkehrswerten und tatsächlichen Verwertungserlösen. Die Buchwerte zum 31.12.2011 basieren auf den Anschaffungskosten abzüglich linearer Abschreibungen. Die geschätzten Verkehrswerte wurden im Rahmen der Eröffnungsinventur durch den vom Gericht bestellten Sachverständigen Dipl.-Ing. Rolf Martensen, öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger für die Bewertung von Inventar und Betriebseinrichtungen, ermittelt. Die tatsächlichen Verwertungserlöse liegen mit insgesamt 14.200,00 EUR noch unterhalb der Schätzwerte, was auf die schwierige Marktsituation für gebrauchte Ladenbaueinrichtungen zurückzuführen ist.

Der VW Caddy (Baujahr 2010, ca. 68.000 km) war sicherungsübereignet an die Kieler Volksbank eG. Die Verwertung erfolgte im Rahmen des Vergleichs mit der Volksbank und ist in dem dort dargestellten Pauschalbetrag von 18.000,00 EUR enthalten. Der Fahrzeugbrief wurde der Volksbank ausgehändigt. Das Fahrzeug wurde von der Volksbank eigenständig veräußert.

XIV. Warenvorräte – Detaillierte Bewertung

Kategorie	Menge (Stück)	EK-Wert	Gesch. VK-Wert
Damenoberbekleidung	ca. 4.200	62.000,00	35.000,00
Herrenoberbekleidung	ca. 1.800	28.000,00	15.000,00
Accessoires (Gürtel, Schals, etc.)	ca. 500	12.000,00	5.000,00
Taschen und Lederwaren	ca. 600	9.500,00	4.500,00
Schuhe	ca. 800	14.000,00	6.000,00
Kinderkleidung	ca. 1.200	8.500,00	3.500,00
Unterwäsche/Strümpfe	ca. 3.000	6.000,00	2.000,00
Bademode/Saisonware	ca. 900	5.500,00	1.500,00
Restposten/2. Wahl	ca. 2.000	4.500,00	800,00
Summe	ca. 17.000	150.000,00	73.300,00

Die vorstehende Aufstellung zeigt den Warenbestand zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung nach Kategorien. Die Einkaufswerte (EK-Wert) basieren auf den Einstandspreisen laut Warenwirtschaftssystem. Die geschätzten Verkaufswerte (VK-Wert) berücksichtigen die üblichen Abschläge für Insolvenzware von ca. 50-70 Prozent auf den Einkaufspreis. Die tatsächlich erzielten Verwertungserlöse lagen bei ca. 22.400,00 EUR brutto für die Hauptverwertung und ca. 1.480,00 EUR für die Restverwertung über TextilRecycling, mithin insgesamt ca. 23.880,00 EUR. Dies entspricht einer Verwertungsquote von ca. 16 Prozent bezogen auf den Einkaufswert oder ca. 33 Prozent bezogen auf den geschätzten Verkaufswert.

XV. Hinweise zur Forderungsprüfung

Die Forderungsprüfung gemäß § 176 InsO fand im Rahmen des Prüfungstermins am 15.08.2013 statt. Der Insolvenzverwalter hat sämtliche angemeldeten Forderungen vorab geprüft und zu jeder Forderung eine Stellungnahme vorbereitet. Die Prüfung erfolgte anhand der vorliegenden Buchführungsunterlagen, der Vertragsdokumentation, der Kontoauszüge und der von den Gläubigern eingereichten Belege. In den Fällen, in denen die angemeldete Forderungshöhe nicht mit den Buchführungsunterlagen übereinstimmte, wurde der Gläubiger vor dem Prüfungstermin kontaktiert und um ergänzende Nachweise gebeten. Sechs Gläubiger konnten die Differenzen aufklären, so dass eine Feststellung möglich war. Bei den verbleibenden bestrittenen Forderungen bestehen substantielle Einwendungen, die einer gerichtlichen Klärung bedürfen.

Der Insolvenzverwalter weist die Gläubiger darauf hin, dass bestrittene Forderungen gemäß § 179 Abs. 1 InsO innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach dem Prüfungstermin im Wege der Feststellungsklage verfolgt werden können. Sofern ein vollstreckbarer Titel für die Forderung vorliegt, obliegt es dem Insolvenzverwalter, den Widerspruch innerhalb dieser Frist durch Klage zu verfolgen (§ 179 Abs. 2 InsO). Vollstreckbare Titel liegen für keine der bestrittenen Forderungen vor.

XVI. Vollständigkeit der Buchführung

Die vom Insolvenzverwalter übernommene Buchführung der Nordlicht Handels GmbH umfasst den Zeitraum vom Geschäftsjahresbeginn 01.01.2013 bis zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Die Buchführung wurde mit der Software DATEV Kanzlei-Rechnungswesen geführt und war zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung im Wesentlichen aktuell. Die letzte gebuchte Periode war der Monat April 2013. Der Insolvenzverwalter hat die Buchführung für den Zeitraum Mai bis Juni 2013 nachgetragen und die erforderlichen Abschlussbuchungen vorgenommen.

Die Prüfung der Vollständigkeit ergab, dass die wesentlichen Geschäftsvorfälle ordnungsgemäß erfasst wurden. Es wurden jedoch folgende Unvollständigkeiten festgestellt: (1) Für den Zeitraum Januar bis März 2013 fehlten fünf Eingangsrechnungen der Fa. Baltic Trading KG im Gesamtbetrag von EUR 23.417,89. Diese konnten anhand der Kontoauszüge der Commerzbank rekonstruiert werden. (2) Die Kassenbuchführung wies im Februar 2013 eine Lücke von drei Tagen auf, in der Bareinnahmen von geschätzt EUR 1.200,00 bis EUR 1.800,00 nicht erfasst wurden. Eine Rekonstruktion war anhand der Tagesberichte des Kassensystems möglich. (3) Zwei Ausgangsrechnungen an die Firma Seewind Logistik GmbH (Rechnungsnummern NL-2013-0287 und NL-2013-0319) waren zwar im Rechnungsausgangsbuch vermerkt, jedoch nicht in der Finanzbuchhaltung erfasst. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf EUR 8.745,12 brutto.

Der Insolvenzverwalter hat die fehlenden Buchungen nachgeholt und den Jahresabschluss zum 30.06.2013 (Stichtag der Verfahrenseröffnung) erstellt. Die Bilanz weist eine Bilanzsumme von EUR 1.847.392,17 aus. Das Eigenkapital ist mit EUR -412.873,45 negativ, was die buchhaltungstechnische Überschuldung der Gesellschaft belegt. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen EUR 987.234,56, davon entfallen EUR 645.000,00 auf das Kontokorrentkreditlimit der Commerzbank und EUR 342.234,56 auf ein Investitionsdarlehen der KfW. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen belaufen sich auf EUR 723.891,23.

Daneben bestehen Rückstellungen für Prozessrisiken in Höhe von EUR 85.000,00 sowie Steuerrückstellungen von EUR 127.439,83. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden mit einem Gesamtbetrag von EUR 412.567,89 bilanziert, wobei der Insolvenzverwalter Einzelwertberichtigungen in Höhe von EUR 134.892,00 vorgenommen hat. Wesentliche Wertberichtigungen betreffen die Forderung gegen die Maritim Fischhandel OHG (EUR 67.000,00, Insolvenzantrag gestellt) sowie die Forderung gegen die Elbe Spedition GmbH (EUR 43.892,00, streitig).

XVII. Vermögensstatus zum Eröffnungszeitpunkt

Der Vermögensstatus zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung stellt sich wie folgt dar: Das Anlagevermögen umfasst Sachanlagen mit einem Buchwert von EUR 234.567,89 (Zeitwert geschätzt EUR 89.000,00 bis EUR 120.000,00), bestehend aus Lagerausrüstung, Büroeinrichtung, einem Gabelstapler Linde H30 (Bj. 2009) und einem Kühlfahrzeug Mercedes Sprinter 316 CDI (Bj. 2011). Immaterielle Vermögensgegenstände (Software-Lizenzen DATEV, SAP Business One) sind mit EUR 12.340,00 bilanziert, haben jedoch keinen verwertbaren Marktwert.

Das Umlaufvermögen besteht aus Warenvorräten (Buchwert EUR 345.678,12, Zeitwert geschätzt EUR 180.000,00 bis EUR 230.000,00), Forderungen (s.o. EUR 277.675,89 nach Wertberichtigung) und liquiden Mitteln von EUR 14.237,45 (Commerzbank Geschäftskonto) sowie einer Barkasse von EUR 1.873,22. Die Warenvorräte umfassen hauptsächlich Kühl- und Tiefkühlware, deren schnelle Verwertung geboten war. Der Insolvenzverwalter hat unmittelbar nach Eröffnung eine Bestandsaufnahme durch die Fa. Inventur-Service Nord GmbH durchführen lassen.

Die Verbindlichkeiten setzen sich aus gesicherten Forderungen (EUR 645.000,00 Commerzbank, besichert durch Globalzession und Sicherungsübereignung Warenlager) und ungesicherten Verbindlichkeiten (EUR 1.279.038,07) zusammen. Unter den ungesicherten Verbindlichkeiten sind Sozialversicherungsbeiträge (EUR 87.234,56) und Lohnsteuer (EUR 34.891,23) als Masseverbindlichkeiten einzustufen, soweit sie nach dem Eröffnungsantrag fällig geworden sind.

XVIII. Protokoll der Gläubigerversammlung

Die Gläubigerversammlung gemäß § 156 InsO fand am 15.08.2013, 10:00 Uhr, im Saal 214 des Amtsgerichts Kiel statt. Vorsitzender Richter: Richter am Amtsgericht Dr. Hans-Werner Krause. Protokollführerin: Justizangestellte Frau Monika Sievers.

Anwesend waren: Der Insolvenzverwalter Dr. Jens-Peter Hartmann, Rechtsanwältin Frau Dr. Julia Bergmann als Vertreterin der Commerzbank AG, Herr Klaus Detlefsen als Vertreter des Finanzamtes Kiel-Nord, Herr Karl-Heinz Weber (Weber Transporte GmbH), Frau Sabine Müller (Agentur für Arbeit Kiel), Herr Erik Andersen (Ocean Harvest A/S, per Vollmacht vertreten durch RA Dr. Stefan Brix), sowie sechs weitere Gläubiger bzw. deren Vertreter. Die Gläubiger vertraten insgesamt 78,3 % der festgestellten Forderungssumme.

Tagesordnung:

TOP 1: Bericht des Insolvenzverwalters gemäß § 156 Abs. 1 InsO. Der Insolvenzverwalter erstattete mündlich Bericht über die wirtschaftliche Lage der Schuldnerin, die Ursachen der Insolvenz und die bisherigen Maßnahmen. Er führte aus, dass die Insolvenz auf den Verlust eines Großkunden (Maritim Fischhandel OHG, selbst insolvent) und eine unzureichende Eigenkapitalausstattung zurückzuführen sei. Die Betriebsfortführung sei gesichert, die Verwertungsaussichten seien positiv.

TOP 2: Beschlussfassung über die Einsetzung eines Gläubigerausschusses gemäß § 68 InsO. Auf Antrag der Commerzbank AG wurde einstimmig beschlossen, einen Gläubigerausschuss einzusetzen. Als Mitglieder wurden gewählt: Dr. Michael Brandt (Commerzbank AG), Sabine Müller (Agentur für Arbeit Kiel) und Karl-Heinz Weber (Weber Transporte GmbH). Die Gewählten nahmen die Wahl an.

TOP 3: Beschlussfassung über die Fortführung oder Stilllegung des Geschäftsbetriebs. Der Insolvenzverwalter empfahl die vorläufige Fortführung des Betriebs mit dem Ziel einer übertragenden Sanierung. Nach Diskussion, in der insbesondere die Vertreterin der Commerzbank auf die Kosten der Betriebsfortführung hinwies und eine zeitliche Befristung anregte, wurde folgender Beschluss gefasst: Die Betriebsfortführung wird für einen Zeitraum von zunächst sechs Monaten genehmigt. Der Gläubigerausschuss wird ermächtigt, die Frist um jeweils drei Monate zu verlängern, sofern die wirtschaftlichen Voraussetzungen weiterhin gegeben sind. Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen (repräsentierend 72,1 % der vertretenen Forderungen), 2 Enthaltungen.

TOP 4: Verschiedenes. Herr Detlefsen (Finanzamt) erkundigte sich nach dem Stand der Rückstände bei Lohnsteuer und Umsatzsteuer. Der Insolvenzverwalter teilte mit, dass die laufenden Steuerverpflichtungen seit Verfahrenseröffnung ordnungsgemäß erfüllt werden. Die Rückstände vor Verfahrenseröffnung seien zur Tabelle anzumelden. Ende der Gläubigerversammlung: 11:45 Uhr.

XIX. Sicherungsrechte Dritter – Übersicht

Der Insolvenzverwalter hat sämtliche von Dritten geltend gemachten Sicherungsrechte erfasst und geprüft. Die nachfolgende Übersicht gibt den Stand der Absonderungsrechte wieder:

Gläubiger	Sicherungsgegenstand	Gesicherter Betrag	Status
Commerzbank AG	Globalzession Forderungen	EUR 645.000,00	Anerkannt
Commerzbank AG	Sicherungsübereignung Warenlage(s.o.)		Anerkannt
Commerzbank AG	Sicherungsübereignung Kuehlfahrzeug(s.o.)		Anerkannt
KfW Bankengruppe	Bürgschaft Land S-H (EUR 80.000)	EUR 342.234,56	Anerkannt
Sparkasse Kiel	Verpfändung Festgeld (aufgelöst)	EUR 0,00	Erledigt
Finanzamt Kiel-Nord	Steuerpfandrecht	EUR 234.567,89	Bestritten

Die Commerzbank AG hat ihre Sicherungsrechte durch Vorlage der Sicherungsverträge vom 15.03.2010 nachgewiesen. Der Insolvenzverwalter hat die Globalzession und die Sicherungsübereignungen als wirksam anerkannt. Die Verwertung der Sicherungsgegenstände erfolgt durch den Insolvenzverwalter gemäß § 166 Abs. 1 InsO. Die Commerzbank hat dem zugestimmt.

Die KfW Bankengruppe hat ein Investitionsdarlehen von EUR 342.234,56 gewährt, das teilweise durch eine Bürgschaft des Landes Schleswig-Holstein in Höhe von EUR 80.000,00 abgesichert ist. Das Land hat die Bürgschaft bereits in Anspruch genommen und den Betrag an die KfW gezahlt. Der Rückgriffsanspruch des Landes wurde als Insolvenzforderung zur Tabelle angemeldet.

Das vom Finanzamt geltend gemachte Steuerpfandrecht an den Vermögensgegenständen der Schuldnerin gemäß § 322 AO hat der Insolvenzverwalter bestritten, da das Pfandrecht erst nach dem Insolvenzantrag entstanden ist und daher gemäß § 88 InsO als unwirksam gilt. Das Finanzamt hat gegen die Bestreitung bisher keine gerichtlichen Schritte eingeleitet.

XX. Rechtsgrundlagen und Verfahrenshinweise

Das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Nordlicht Handels GmbH richtet sich nach den Vorschriften der Insolvenzordnung (InsO) in der zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung geltenden Fassung. Anwendbar ist die InsO in der Fassung vom 05.10.1994 (BGBl. I S. 2866), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte vom 15.07.2013 (BGBl. I S. 2379). Soweit das ESUG (Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen vom 07.12.2011) Regelungen enthält, die auf das vorliegende Verfahren anwendbar sind, wurden diese berücksichtigt.

Die Pflichten des Insolvenzverwalters ergeben sich insbesondere aus §§ 56 ff. InsO. Der Insolvenzverwalter ist dem Insolvenzgericht gegenüber zur Rechnungslegung verpflichtet (§ 66 InsO) und unterliegt der Aufsicht des Insolvenzgerichts (§ 58 InsO). Der vorliegende Bericht dient der Erfüllung der Berichtspflicht gemäß § 156 InsO in Verbindung mit der Pflicht zur regelmäßigen Information der Gläubiger.

Der Insolvenzverwalter weist darauf hin, dass die in diesem Bericht enthaltenen Schätzungen und Prognosen auf dem zum Berichtszeitpunkt verfügbaren Kenntnisstand beruhen und im weiteren Verfahrensverlauf Anpassungen unterliegen können. Dies gilt insbesondere für die Verwertungserlöse, die Verteilungsquote und die voraussichtliche Verfahrensdauer.

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

Brinkmann, Hartmann & Kollegen · Düsternbrooker Weg 45 · 24105 Kiel

Amtsgericht Kiel
Insolvenzgericht
Deliussstraße 22
24114 Kiel

KIEL
Düsternbrooker Weg 45
24105 Kiel
Telefon: +49 (0)431 55 42 80-0
Telefax: +49 (0)431 55 42 80-20
kiel@brinkmann-hartmann.de
www.brinkmann-hartmann.de

15.12.2013

10 IN 127/13

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Firma

Nordlicht Handels GmbH

überreiche ich als **Anlage** meinen turnusgemäßen Bericht.

Dr. Jens-Peter Hartmann

Rechtsanwalt

als Insolvenzverwalter

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

1. Turnusgemäßiger Bericht

des Rechtsanwaltes
Dr. Jens-Peter Hartmann,
Düsternbrooker Weg 45, 24105 Kiel

vom 15.12.2013

in dem Insolvenzverfahren
über das Vermögen der Firma
Nordlicht Handels GmbH,
Bergstraße 14, 24103 Kiel,
vertreten durch die Geschäftsführer
Stefan und Katrin Berger,
wohnhaft: Mühlenkamp 22, 24113 Kiel

10 IN 127/13

Inhaltsverzeichnis

A. Bericht

I. Vorbemerkung

II. Verfahrensfortgang

1. Verwertung der Geschäftsausstattung
2. Verwertung Domain und Kundenstamm
3. Räumungsverkäufe
4. Mietverhältnisse
5. Personalabwicklung
6. Buchführung und steuerliche Angelegenheiten

III. Absonderungsrechte

IV. Anfechtbare Rechtshandlungen

V. Gläubiger-Forderungen

VI. Massebestand

VII. Berichtsfrist

Anlagen

A. Bericht

I. Vorbemerkung

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Nordlicht Handels GmbH (Az. 10 IN 127/13) erstatte ich hiermit meinen ersten turnusgemäßen Zwischenbericht. Auf meinen Bericht gemäß § 156 InsO vom 15.08.2013 sowie auf die Beschlüsse der Gläubigerversammlung vom selben Tage nehme ich Bezug. Die Gläubigerversammlung hatte die Stilllegung des Geschäftsbetriebes der Schuldnerin beschlossen und mich mit der Einzelverwertung der Vermögenswerte beauftragt.

In der Berichtsperiode vom August bis Dezember 2013 konnte die Verwertung der wesentlichen Vermögenswerte der Schuldnerin deutlich vorangetrieben werden. Insbesondere wurde die Geschäftsausstattung des Modehauses über einen Auktionator verwertet, die Domain und der Kundenstamm an einen Dritten veräußert und die Räumungsverkäufe in den verbliebenen Geschäften abgeschlossen. Über die Einzelheiten berichte ich nachfolgend.

II. Verfahrensfortgang

1. Verwertung der Geschäftsausstattung

Am 15.10.2013 wurde die Geschäftsausstattung des ehemaligen Modehauses in der Holstenstraße 78 über den Auktionator „Schleswig-Holstein Auktionen“ (Inhaber: Herr Klaus Petersen, Eckernförde) im Wege einer öffentlichen Versteigerung verwertet. Zur Versteigerung kamen insgesamt 87 Positionen, darunter hochwertige Regalsysteme der Firma Tegometall (24 Regalmodule), ein Kassensystem POS X-Market 2000, eine moderne LED-Beleuchtungsanlage (36 Spots und 12 Deckenleuchten), vier Umkleidekabinen mit Ganzkörperspiegeln, Schaufensterdekoration, Kleiderständer (42 Stück verschiedener Bauart), Garderobenständer, Sitzmöbel sowie diverse Einrichtungsgegenstände des täglichen Geschäftsbetriebes.

Die Versteigerung wurde im Auktionshaus Schleswig-Holstein Auktionen in Eckernförde durchgeführt. Insgesamt nahmen 23 Bieter an der Versteigerung teil, darunter mehrere Einzelhändler aus dem Kieler Raum sowie ein Ladenbauunternehmen aus Hamburg. Der Gesamterlös der Versteigerung belief sich auf **14.200,00 EUR** brutto. Dies lag im Rahmen meiner vorherigen Schätzung von 12.000,00 bis 16.000,00 EUR. Die werthaltigsten Positionen waren die Regalsysteme (4.800,00 EUR), das Kassensystem (2.200,00 EUR) und die Beleuchtungsanlage (1.800,00 EUR). Die übrigen Positionen erzielten Einzelerlöse zwischen 20,00 und 450,00 EUR.

Das Auktionatorhonorar beträgt vereinbarungsgemäß 12 % des Bruttoerlöses zuzüglich Umsatzsteuer, mithin 1.704,00 EUR netto (2.027,76 EUR brutto). Der Nettoerlös für die Insolvenzmasse nach Abzug des Auktionatorhonorars beträgt somit 12.172,24 EUR. Die Auszahlung ist auf dem Treuhandkonto eingegangen.

2. Verwertung Domain und Kundenstamm

Am 20.11.2013 konnte die Domain www.nordlicht-mode.de einschließlich des zugehörigen Kundenstamms (ca. 2.800 registrierte Online-Kunden mit E-Mail-Adressen, Kaufhistorie und Kundenprofilen) an die Firma **Baltic Fashion Online GmbH**, Hamburg, veräußert werden. Der Kaufpreis beträgt **5.500,00 EUR**. Der Kaufvertrag wurde am 18.11.2013 unterzeichnet. Die technische Übertragung der Domain sowie die Herausgabe der Kundendatenbank erfolgten am 25.11.2013. Die datenschutzrechtlichen Anforderungen gemäß BDSG wurden bei der Übertragung berücksichtigt.

Im Vorfeld hatte ich insgesamt vier potenzielle Käufer angesprochen. Die Baltic Fashion Online GmbH legte das höchste Angebot vor. Ein weiterer Interessent hatte 4.200,00 EUR geboten, die beiden übrigen Anfragen verliefen ergebnislos. Der erzielte Preis liegt im Rahmen der Schätzung aus meinem Bericht vom 15.08.2013 (4.000,00 bis 6.000,00 EUR). Die Baltic Fashion Online GmbH beabsichtigt, die Domain für einen eigenen Online-Modehandel in der Region Schleswig-Holstein zu nutzen.

3. Räumungsverkäufe

a) Modehaus Holstenstraße

Der Räumungsverkauf im Modehaus wurde bis zur Räumung am 31.08.2013 fortgeführt. In den letzten Wochen wurden die Rabatte auf bis zu 70 % auf den Originalpreis erhöht. Insgesamt erzielte der Räumungsverkauf im Modehaus Erlöse in Höhe von ca. 18.200,00 EUR brutto. Ein Restbestand an Ware, der nicht mehr verkauft werden konnte, wurde in das Lager am Wellseedamm verbracht. Die Räumung der Geschäftsräume wurde am 31.08.2013 abgeschlossen. Die Schlüssel wurden an die Hausverwaltung Petersen OHG übergeben. Ein Übergabeprotokoll wurde erstellt.

b) Outlet Rendsburger Landstraße

Der Räumungsverkauf im Outlet wurde bis zum 30.09.2013 fortgeführt. Die erzielten Erlöse beliefen sich auf insgesamt ca. 12.600,00 EUR brutto. Die Räumung der Geschäftsräume erfolgte am 30.09.2013. Auch hier wurde ein Übergabeprotokoll erstellt. Die verbliebenen Waren – überwiegend ältere Restposten mit geringem Restwert – wurden in das Zentrallager verbracht.

c) Online-Shop Restabwicklung

Im Zuge der Abwicklung des Online-Shops konnten noch Restguthaben von Zahlungsdienstleistern (PayPal, Klarna) in Höhe von insgesamt 2.100,00 EUR vereinnahmt werden. Die Auszahlungen erfolgten nach Prüfung der Salden und Rückabwicklung offener Retouren. Sämtliche Online-Shop-Aktivitäten sind damit abgeschlossen.

4. Mietverhältnisse

Sämtliche Mietverhältnisse für die Geschäftsräume sind zwischenzeitlich beendet. Die Räumung des Modehauses erfolgte am 31.08.2013, die Räumung des Outlets am 30.09.2013. Der Standort „Nordlicht am Hafen“ war bereits vor Verfahrenseröffnung geräumt worden. Lediglich das **Lagermietverhältnis am Wellseedamm 46** besteht weiterhin, da die dort eingelagerten Warenreste noch verwertet werden müssen. Die monatliche Miete von 1.600,00 EUR belastet die Masse weiterhin. Ich strebe eine Räumung des Lagers bis spätestens Ende 2014 an.

An Massemietforderungen gemäß § 55 Abs. 2 Nr. 2 InsO sind im Berichtszeitraum insgesamt angefallen: Miete Modehaus August 2013 (4.200,00 EUR), Miete Lager August bis Dezember 2013 (5 x 1.600,00 EUR = 8.000,00 EUR), insgesamt also 12.200,00 EUR. Zuzüglich der bereits im Vorbericht genannten Massemietforderungen belaufen sich die gesamten Massemietkosten auf ca. 29.000,00 EUR. Angesichts der Notwendigkeit, das Lager für die Warenverwertung weiterhin vorzuhalten, war eine frühere Beendigung des Lagermietverhältnisses nicht möglich.

5. Personalabwicklung

Die Kündigung aller 12 Mitarbeiter erfolgte mit Schreiben vom 30.06.2013. Die Kündigungen zum 15.07.2013 wurden sämtlich unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfristen ausgesprochen. Sämtliche Arbeitsverhältnisse sind zwischenzeitlich beendet. Die längste Kündigungsfrist von drei Monaten betraf zwei langjährige Mitarbeiterinnen des Modehauses (Frau Schmidt und Frau Müller), deren Arbeitsverhältnisse zum 30.09.2013 endeten.

Gegen die Kündigungen wurden keine Kündigungsschutzklagen erhoben. Das Insolvenzgeld für den Zeitraum März bis Mai 2013 wurde von der Agentur für Arbeit Kiel für alle 12 Mitarbeiter bewilligt und ausgezahlt. Die Lohnabrechnungen für den Insolvenzgeldzeitraum wurden durch das beauftragte Lohnbüro erstellt. Die Sozialkassen erhielten die vorgeschriebenen Meldungen. Offene Urlaubsansprüche wurden im Rahmen der Kündigungsfristen abgegolten bzw. durch Freistellung abgegolten. Die Personalabwicklung ist damit vollständig abgeschlossen.

6. Buchführung und steuerliche Angelegenheiten

Ich habe das Steuerberatungsbüro Meier & Kollegen, Kiel, mit der Erstellung der ausstehenden Steuererklärungen für das Geschäftsjahr 2012 sowie der laufenden steuerlichen Betreuung des Insolvenzverfahrens beauftragt. Die Umsatzsteuer-Jahreserklärung 2012 und die Körperschaftsteuererklärung 2012 befinden sich in Vorbereitung. Aufgrund der lückenhaften Buchführung ab Oktober 2012 gestaltet sich die Erstellung der Erklärungen als aufwendig. Ich gehe davon aus, dass die Erklärungen bis März 2014 fertiggestellt werden können.

Die Umsatzsteuer-Voranmeldungen für den Zeitraum der vorläufigen Insolvenzverwaltung (Januar bis Mai 2013) sowie für die Zeit seit Verfahrenseröffnung (Juni bis Dezember 2013) wurden fristgerecht beim Finanzamt Kiel-Nord eingereicht. Die Umsatzsteuer auf die Verwertungserlöse wurde ordnungsgemäß abgeführt. Das Finanzamt hat die Voranmeldungen bisher ohne Beanstandung entgegengenommen.

III. Absonderungsrechte

Die Kieler Volksbank eG beansprucht nach wie vor ein Absonderungsrecht an den bei Verfahrenseröffnung vorhandenen Warenbeständen der Schuldnerin auf Grundlage der Sicherungsübereignung vom 15.06.2010. Ferner macht die Bank ein Absonderungsrecht an den Forderungen der Schuldnerin aus Lieferung und Leistung auf Grundlage der Globalzession vom selben Datum geltend.

Die Verwertung der sicherungsübereigneten Waren erfolgte nach vorheriger Abstimmung mit dem Rechtsanwalt der Kieler Volksbank eG, Herrn Dr. Markus Friedrichs (Kanzlei Friedrichs & Partner, Kiel). Der aus dem Räumungsverkauf erzielte Erlös unterliegt grundsätzlich dem Absonderungsrecht der Bank. Gemäß § 170 Abs. 1 InsO steht der Insolvenzmasse ein Kostenbeitrag in Höhe von 9 % des Verwertungserlöses (4 % Feststellungskostenbeitrag gemäß § 171 Abs. 2 Satz 1 InsO, 5 % Verwertungskostenbeitrag gemäß § 171 Abs. 2 Satz 2 InsO) zuzüglich Umsatzsteuer auf den Verwertungskostenbeitrag zu.

Die Verhandlungen mit der Kieler Volksbank eG über eine einvernehmliche Regelung der Absonderungsrechte sind noch nicht abgeschlossen. Die Bank hat angeboten, auf einen Teil ihrer Absonderungsansprüche zu verzichten, wenn eine pauschale Abfindung gezahlt wird. Ich erwarte, dass eine Einigung im ersten Halbjahr 2014 erzielt werden kann.

IV. Anfechtbare Rechtshandlungen

Wie in meinem Bericht vom 15.08.2013 angekündigt, habe ich die anfechtbaren Rechtshandlungen der Schuldnerin eingehend geprüft. Ich habe festgestellt, dass die Schuldnerin in der Zeit ihrer Zahlungsunfähigkeit – d.h. ab Juli 2012 – folgende Zahlungen an Sozialversicherungsträger geleistet hat, die der Insolvenzanfechtung unterliegen:

a) DAK-Gesundheit: Im Zeitraum Juli bis November 2012 wurden Zahlungen in Höhe von insgesamt 8.200,00 EUR geleistet. Diese Zahlungen erfolgten in einem Zeitraum, in dem die Schuldnerin bereits zahlungsunfähig war und die DAK-Gesundheit Kenntnis von der drohenden Zahlungsunfähigkeit hatte oder hätte haben müssen. Die Anfechtung stützt sich auf § 130 Abs. 1 Nr. 1 InsO (kongruente Deckung bei Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit). Ich beabsichtige, die Anfechtungsklage im ersten Quartal 2014 zu erheben.

b) IKK Nord: Im Zeitraum September bis November 2012 wurden Zahlungen in Höhe von insgesamt 5.600,00 EUR geleistet. Die Anfechtung stützt sich ebenfalls auf § 130 Abs. 1 Nr. 1 InsO. Ich werde die IKK Nord zunächst außergerichtlich zur Rückzahlung auffordern, bevor eine Klage erhoben wird.

c) Gesellschafter-Entnahmen: Die Prüfung der Gesellschafter-Entnahmen der Jahre 2011 und 2012 dauert an. Aufgrund der lückenhaften Buchführung ist die genaue Höhe der Entnahmen noch nicht abschließend verifiziert. Nach vorläufiger Einschätzung dürften die Entnahmen im Bereich von 96.000,00 EUR liegen.

V. Gläubiger-Forderungen

Im allgemeinen Prüfungstermin vom 15.08.2013 wurden die zur Tabelle angemeldeten Forderungen geprüft. Insgesamt wurden Forderungen in Höhe von ca. 580.000,00 EUR angemeldet. Davon wurden 510.200,00 EUR festgestellt und ca. 70.000,00 EUR bestritten. Die wesentlichen Bestreitungen betreffen:

- Fashion Forward KG: Forderung in Höhe von 28.700,00 EUR angemeldet, bestritten in Höhe von 3.900,00 EUR (Differenzen bei der Warenrücksendung).
- Allianz Versicherung AG: Forderung in Höhe von 3.600,00 EUR angemeldet, vollständig bestritten (Kündigung des Versicherungsvertrages unklar).
- Rechtsanwalt Oliver Kruse: Forderung in Höhe von 4.800,00 EUR angemeldet, vollständig bestritten (Beratungsleistung für Gesellschafter, nicht für die Gesellschaft).
- Diverse Teilbestreitungen bei Kleingläubigern: ca. 57.500,00 EUR bestritten.

Ich verweise auf die in den Anlagen beigefügte aktualisierte Forderungstabelle. Gegen die Bestreitungen wurden bisher keine Feststellungsklagen erhoben.

VI. Massebestand

Der Massebestand zum Stichtag 15.12.2013 beläuft sich auf:

Konto	Betrag (EUR)
Treuhandkonto Kieler Volksbank eG	38.732,00

Der Massebestand hat sich gegenüber dem Vorbericht deutlich erhöht. Dies ist auf die realisierten Verwertungserlöse aus der Auktionsversteigerung (14.200,00 EUR), dem Verkauf der Domain (5.500,00 EUR), den Räumungsverkäufen (ca. 30.800,00 EUR) sowie der Online-Shop-Abwicklung (2.100,00 EUR) zurückzuführen. Dem stehen die laufenden Massekosten (Mieten, Gerichtskosten, Verwaltungsvorgütung, Steuerberater, Bürokosten) gegenüber.

Zum Nachweis des vorgenannten Massebestandes überreiche ich als Anlagen eine Einnahmen-/Ausgabenrechnung für den Berichtszeitraum August bis Dezember 2013 sowie eine

Kopie des letzten Treuhandkontoauszuges.

VII. Berichtsfrist

Für die Vorlage meines nächsten turnusgemäßen Berichtes habe ich mir vorsorglich den 15.06.2014 vorgemerkt, sofern ich nicht zuvor abschließend berichten kann. Im nächsten Berichtszeitraum stehen insbesondere die Verwertung der im Lager verbliebenen Warenreste, die Verhandlungen mit der Kieler Volksbank eG über die Absonderungsrechte sowie die Einleitung der Anfechtungsklagen an.

Kiel, den 15.12.2013

Dr. Jens-Peter Hartmann

Rechtsanwalt

als Insolvenzverwalter

Einnahmen- / Ausgabenrechnung

Berichtszeitraum: 01.08.2013 - 15.12.2013

Position	Einnahmen (EUR)	Ausgaben (EUR)
Rüumungsverkauf Modehaus (Inventar)	3.200,00	
Rüumungsverkauf Modehaus (Restware)	2.800,00	
Restposten Outlet (gesamt)	6.600,00	
Rüumungsverkauf Outlet (Abschluss)	2.500,00	
Verwertung Geschüftsausstattung (Auktion)	14.200,00	
Verwertung Domain + Kundenstamm	5.500,00	
Online-Shop Restabwicklung	2.100,00	
Rüumungsverkauf Modehaus (Schaufenster)	1.400,00	
Zinsen	12,00	
Miete Modehaus 08/2013		4.200,00
Miete Lager 08-12/2013		8.000,00
Gerichtskosten (Nachschuss)		1.000,00
Verwaltervorschuss 3. Rate		2.000,00
Auktionatorhonorar		1.800,00
Steuerberater		1.200,00
Porto/Bürokosten		400,00
Bankgebühren		100,00
Summe Einnahmen	38.312,00	
Summe Ausgaben		18.700,00
Saldo	19.612,00	

Kontoauszug Treuhandkonto

Kieler Volksbank eG · IBAN DE89 2109 0007 0012 3456 78

Berichtszeitraum: 01.08.2013 - 31.12.2013

Datum	Buchungstext	Soll (EUR)	Haben (EUR)	Saldo (EUR)
	Anfangsbestand		-5.339,55	-5.339,55
01.08.2013	Räumungsverkauf Modehaus (Inventar)		3.200,00	-2.139,55
05.08.2013	Räumungsverkauf Modehaus (Restware)		2.800,00	660,45
10.08.2013	Bankgebühren 08/2013	20,00		640,45
15.08.2013	Miete Modehaus 08/2013	4.200,00		-3.559,55
15.08.2013	Miete Lager 08/2013	1.600,00		-5.159,55
20.08.2013	Restposten Outlet (Schlussabrechnung)		4.100,00	-1.059,55
01.09.2013	Räumungsverkauf Modehaus (Schaufenster)		1.400,00	340,45
05.09.2013	Porto/Bürokosten	180,00		160,45
10.09.2013	Bankgebühren 09/2013	20,00		140,45
15.09.2013	Miete Lager 09/2013	1.600,00		-1.459,55
20.09.2013	Räumungsverkauf Outlet (Abschluss)		2.500,00	1.040,45
01.10.2013	Verwertung Geschäftsausstattung (Auktionator)		14.200,00	15.240,45
05.10.2013	Auktionatorhonorar Schleswig-Holstein Auktionen	1.800,00		13.440,45
10.10.2013	Bankgebühren 10/2013	20,00		13.420,45
15.10.2013	Miete Lager 10/2013	1.600,00		11.820,45
20.10.2013	Online-Shop Abwicklung (Restguthaben)		2.100,00	13.920,45
01.11.2013	Steuerberater	1.200,00		12.720,45
10.11.2013	Bankgebühren 11/2013	20,00		12.700,45
15.11.2013	Miete Lager 11/2013	1.600,00		11.100,45
20.11.2013	Verwertung Domain + Kundenstamm		5.500,00	16.600,45
01.12.2013	Verwaltervorschuss 3. Rate	2.000,00		14.600,45
05.12.2013	Porto/Bürokosten	200,00		14.400,45
10.12.2013	Bankgebühren 12/2013	20,00		14.380,45
15.12.2013	Miete Lager 12/2013	1.600,00		12.780,45
15.12.2013	Gerichtskosten (Nachschuss)	1.000,00		11.780,45

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE
- 51 -

Datum	Buchungstext	Soll (EUR)	Haben (EUR)	Saldo (EUR)
31.12.2013	Zinsen		12,00	11.792,45
	Endbestand			11.792,45

a) Verwertungsmaßnahmen im Einzelnen

Die Verwertung der Geschäftsausstattung des Modehauses in der Holstenstraße sowie des Outlets an der Rendsburger Landstraße wurde am 15.10.2013 durch den Auktionator Dipl.-Kfm. Marcus Sievert, öffentlich bestellter und vereidigter Auktionator, Kiel, durchgeführt. Die Versteigerung fand in den Räumlichkeiten des ehemaligen Modehauses statt und umfasste insgesamt 187 Positionen. Versteigert wurden unter anderem: 12 Kleiderständer verschiedener Ausführungen (Erlös gesamt: 1.840,00 EUR), 8 Umkleidekabinen mit Spiegeln und Vorhängen (Erlös: 960,00 EUR), 4 Kassentische mit integrierten Kassensystemen (Erlös: 2.200,00 EUR), 3 Schaufensterpuppen-Sätze (Erlös: 450,00 EUR), diverse Regaleinbauten, Beleuchtungssysteme und Dekorationselemente. Der Gesamterlös der Versteigerung belief sich auf 14.200,00 EUR brutto.

Die Verwertung der Domain www.nordlicht-mode.de einschließlich des Kundenstamms (ca. 2.800 registrierte Online-Kunden mit E-Mail-Adressen und Bestellhistorie) erfolgte am 20.11.2013 durch einen Verkauf an die Firma Küstenmode GmbH, Flensburg, die einen ähnlichen Online-Shop betreibt. Nach einem Bieterverfahren, an dem drei Interessenten teilnahmen, wurde ein Kaufpreis von 5.500,00 EUR erzielt. Der Kaufvertrag umfasste die Domain, den Kundenstamm (unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorgaben nach BDSG) sowie das bestehende Shopify-Setup einschließlich der Produktdatenbank. Der Erwerber übernahm keine Verbindlichkeiten aus dem laufenden Shopify-Abo.

Die Räumungsverkäufe im Outlet an der Rendsburger Landstraße wurden im Zeitraum vom 01.09.2013 bis zum 30.09.2013 durchgeführt. Die Preisnachlässe betrugen zwischen 50 und 80 Prozent auf den ursprünglichen Verkaufspreis. Der Gesamterlös aus dem Räumungsverkauf belief sich auf 8.500,00 EUR. Verbleibende Restbestände in Höhe von ca. 12.000 Stück (Bekleidung und Accessoires) wurden in das Lager am Wellseedamm verbracht und werden dort einer weiteren Verwertung zugeführt. Ein Angebot der Firma TextilRecycling Nord GmbH über 0,80 EUR/kg liegt vor, wird aber zunächst zurückgestellt, da höhere Verwertungserlöse durch stückweisen Verkauf erwartet werden.

b) Personalabwicklung im Einzelnen

Sämtliche 12 Arbeitsverhältnisse wurden nach Verfahrenseröffnung gekündigt. Die Kündigungen wurden am 30.06.2013 ausgesprochen, wobei die Kündigungsfristen sich nach § 113 InsO richteten. Die längste Kündigungsfrist betrug drei Monate zum Monatsende (für die drei Mitarbeiterinnen mit mehr als zehn Jahren Betriebszugehörigkeit), die kürzeste einen Monat zum Monatsende (für die zwei Mitarbeiter mit weniger als zwei Jahren Betriebszugehörigkeit). Im Einzelnen haben folgende Mitarbeiter das Unternehmen verlassen: Frau Petra Johannsen (Filialleitung Modehaus, seit 2008, Kündigung zum 30.09.2013), Frau Sandra Müller (Verkäuferin Modehaus, seit 2009, Vergleich geschlossen), Herr Jan-Hendrik Thiel (Verkäufer Modehaus, seit 2010, Kündigung zum 30.09.2013), Frau Anja Brodersen (Verkäuferin Modehaus TZ, seit 2011, Kündigung zum 31.07.2013), Frau Birgit Lüdemann (Verkäuferin Modehaus TZ, seit 2008, Kündigung zum 30.09.2013), Herr Markus Ehlert (Verkäufer Outlet, seit 2011, Kündigung zum 31.07.2013), Frau Lisa Clasen (Verkäuferin Outlet, seit 2012, Kündigung zum 31.07.2013), Frau Nina Berg (Verkäuferin Hafen, seit 2011, Kündigung zum 31.07.2013), Herr Tobias Frahm (Verkäufer Hafen TZ, saisonal seit 2012, Kündigung zum 31.07.2013), Herr Dennis Köster (Lager/Versand, seit 2011, Kündigung zum 31.08.2013), Frau Martina Haack (Lager/Versand, seit 2010, Kündigung zum 30.09.2013) und Herr Kevin Schnoor (geringfügig beschäftigt, Aushilfe Versand, seit 2012, Kündigung zum 31.07.2013).

Insolvenzgeld wurde von der Bundesagentur für Arbeit für den Zeitraum 01.03.2013 bis 31.05.2013 bewilligt. Die Gesamtsumme des Insolvenzgeldes belief sich auf ca. 47.200,00 EUR. Zwei Mitarbeiterinnen (Frau Brodersen und Frau Clasen) hatten zunächst Rückfragen der Agentur bezüglich ihrer Beschäftigungszeiten zu klären, diese konnten jedoch zwischenzeitlich ausgeräumt werden. Die Kündigungsschutzklage der Frau Müller wurde, wie bereits erwähnt, durch Vergleich beigelegt.

c) Stand der Buchführung und steuerliche Angelegenheiten

Die Aufarbeitung der Buchführung wurde dem Steuerberatungsbüro Hansen & Kramer, Sophienblatt 12, 24103 Kiel, übertragen. Die Buchführung der Schuldnerin wies zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung erhebliche Lücken auf. Die laufende Buchführung war bis einschließlich September 2012 auf dem aktuellen Stand. Für die Monate Oktober 2012 bis Mai 2013 lagen lediglich Belege in ungeordneter Form vor. Die Sortierung und Verbuchung dieser Belege wird voraussichtlich bis zum Frühjahr 2014 abgeschlossen sein. Die geschätzten Kosten für die Aufarbeitung belaufen sich auf ca. 4.500,00 EUR.

Die Umsatzsteuer-Voranmeldungen für den Zeitraum ab Oktober 2012 müssen berichtigt werden, da die ursprünglich abgegebenen Meldungen auf Schätzungen beruhten. Es ist zu erwarten, dass sich aus den Berichtigungen sowohl Nachzahlungen als auch Erstattungsansprüche ergeben. Insbesondere die Vorsteuerbeträge aus den Verwertungsmaßnahmen (Auktionatorhonorar, Mietnebenkosten, Steuerberatung) dürften zu Erstattungsansprüchen führen.

Der Jahresabschluss 2012 ist in Arbeit und wird voraussichtlich bis Ende März 2014 fertiggestellt sein. Die Körperschaftsteuer- und Gewerbesteuererklärungen für 2012 sowie die entsprechenden Erklärungen für das Rumpfgeschäftsjahr 2013 werden im Anschluss daran erstellt. Das Finanzamt Kiel-Nord hat dem Insolvenzverwalter eine Fristverlängerung für die Abgabe der steuerlichen Erklärungen bis zum 30.06.2014 gewährt.

d) Absonderungsrechte – Detaildarstellung

Die Kieler Volksbank eG macht aus dem Betriebsmitteldarlehen vom 15.06.2010 über ursprünglich 120.000,00 EUR sowie dem Investitionskredit vom 12.09.2011 über ursprünglich 85.000,00 EUR Absonderungsrechte geltend. Die Absonderungsrechte beruhen auf einer am 15.06.2010 vereinbarten Globalzession sämtlicher Forderungen der Schuldnerin aus Lieferungen und Leistungen sowie einer am selben Tag vereinbarten Sicherungsübereignung des Warenbestandes. Darüber hinaus besteht eine Sicherungsübereignung des Firmenfahrzeugs (VW Caddy, Bj. 2010). Der Kontokorrentkredit über 45.000,00 EUR ist durch dieselben Sicherheiten mitbesichert. Die Gesamtforderung der Volksbank beträgt 248.500,00 EUR (Restvaluta Betriebsmitteldarlehen: ca. 95.000 EUR, Restvaluta Investitionskredit: ca. 78.000 EUR, Kontokorrent: 45.000 EUR, Zinsen und Kosten: ca. 30.500 EUR).

Die Verwertung der sicherungsübereigneten Gegenstände erfolgt durch den Insolvenzverwalter gemäß § 166 Abs. 1 InsO, da sich die Gegenstände im Besitz des Insolvenzverwalters befinden. Der Insolvenzverwalter hat die Verwertung an sich gezogen und die Volksbank hiervon gemäß § 168 InsO unterrichtet. Die Volksbank hat dem Verwertungsverfahren nicht widersprochen, sich jedoch das Recht vorbehalten, bei einer ihrer Auffassung nach unangemessenen Verwertung die Eigenverwertung gemäß § 168 Abs. 3 InsO zu beantragen.

Die zedierten Forderungen der Schuldnerin aus Lieferungen und Leistungen beliefen sich zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung auf ca. 18.500,00 EUR. Hiervon konnten bislang ca. 12.400,00 EUR eingezogen werden. Die restlichen Forderungen in Höhe von ca. 6.100,00 EUR sind nach Einschätzung des Insolvenzverwalters überwiegend uneinbringlich, da es sich um Forderungen gegen Privatpersonen handelt, die teilweise bestritten sind und deren gerichtliche Durchsetzung in

keinem Verhältnis zum Forderungsbetrag stehen würde.

Die Verwertung der Sicherungsgüter wird voraussichtlich einen Gesamt erlös von ca. 55.000-65.000 EUR erbringen (Warenbestand, Forderungseinzug, Fahrzeug). Hiervon stehen der Insolvenzmasse gemäß § 170 Abs. 1 InsO der Feststellungskostenbeitrag (4%) und der Verwertungskostenbeitrag (5%) zuzüglich Umsatzsteuer zu. Dies ergibt einen Massebeitrag von ca. 5.940-7.020 EUR netto zuzüglich 19% USt.

e) Gläubigerübersicht und Forderungsprüfung

Zum Prüfungstermin am 15.08.2013 waren insgesamt 35 Forderungsanmeldungen eingegangen. Die Gesamtsumme der angemeldeten Forderungen beläuft sich auf ca. 580.000,00 EUR. Hiervon wurden ca. 510.000,00 EUR vom Insolvenzverwalter festgestellt und ca. 70.000,00 EUR bestritten. Die bestrittenen Forderungen betreffen im Wesentlichen Teilbeträge von sechs Gläubigern, bei denen entweder die Höhe der Forderung streitig ist oder Gegenansprüche bestehen.

Die wesentlichen bestrittenen Positionen sind: (1) Fashion Forward KG – angemeldete Forderung 28.700,00 EUR, bestritten in Höhe von 3.900,00 EUR wegen Mängelrügen (fehlerhafte Nähverarbeitung bei 200 Damenblusen). (2) Tatenberger Immobilien GmbH – angemeldete Forderung 38.400,00 EUR, bestritten in Höhe von 5.600,00 EUR wegen behaupteter Mängel an der Mietsache. (3) Werbeagentur Küstenkreativ – angemeldete Forderung 8.900,00 EUR, bestritten in Höhe von 3.200,00 EUR wegen nicht erbrachter Teilleistungen. (4) Diverse Kleingläubiger – bestrittene Teilbeträge von zusammen ca. 57.300,00 EUR aus unterschiedlichen Rechtsgründen.

Die Forderungsprüfung wurde ordnungsgemäß durchgeführt. Sämtliche angemeldeten Forderungen wurden anhand der vorliegenden Buchführungsunterlagen, Verträge und Rechnungen überprüft. In den Fällen, in denen keine ausreichenden Unterlagen vorlagen, wurden die Gläubiger zur Vorlage weiterer Nachweise aufgefordert. Bestrittene Forderungen können gemäß § 179 Abs. 1 InsO im Wege der Feststellungsklage verfolgt werden. Bislang hat kein Gläubiger eine solche Klage erhoben.

f) Mietverhältnisse – Übersicht

Standort	Miete/Mon.	Kündigung	Räumung	Masseforderung
Modehaus Holstenstr.	4.200,00	01.06.2013	31.08.2013	12.600,00
Outlet Rendsburger L.	2.100,00	01.06.2013	30.09.2013	4.200,00
Hafen Germaniahafen	2.800,00	vor Eröffnung	15.06.2013	0,00
Lager Wellseedamm	1.600,00	30.06.2014	31.12.2014	30.400,00
Summe	10.700,00			47.200,00

Die vorstehende Übersicht zeigt die Mietverhältnisse der Schuldnerin im Überblick. Die Gesamtmietbelastung betrug 10.700,00 EUR monatlich (ohne Nebenkosten). Sämtliche Mietverhältnisse wurden nach Verfahrenseröffnung gemäß § 109 InsO gekündigt. Die Masseforderungen aus den Mietverhältnissen belaufen sich auf insgesamt ca. 47.200,00 EUR. Dieser Betrag berücksichtigt die Miete ab Verfahrenseröffnung bis zur jeweiligen Räumung. Für das Lager am Wellseedamm, das bis zum 31.12.2014 genutzt wird, ist die längste Nutzungszeit und damit die höchste Masseforderung zu verzeichnen.

g) Korrespondenz mit Gläubigern – Auswahl

Im Berichtszeitraum wurde umfangreiche Korrespondenz mit den Gläubigern geführt. Nachfolgend werden die wesentlichen Vorgänge zusammengefasst:

Kieler Volksbank eG: Rechtsanwalt Dr. Markus Friedrichs hat mit Schreiben vom 18.08.2013 die Herausgabe der sicherungsübereigneten Warenvorräte verlangt. Der Insolvenzverwalter hat mit Schreiben vom 25.08.2013 unter Verweis auf § 166 Abs. 1 InsO die Verwertungsbefugnis an sich gezogen und die Volksbank gleichzeitig gemäß § 168 InsO über die beabsichtigte Verwertung informiert. In der Folge fanden am 12.09.2013 und 08.10.2013 persönliche Gespräche zwischen dem Insolvenzverwalter und Herrn Dr. Friedrichs statt, in denen die Verwertungsstrategie erörtert wurde. Die Volksbank hat ihre Zustimmung zur Verwertung durch den Verwalter erteilt, sich jedoch ein Mitspracherecht bei der Preisfindung vorbehalten.

DAK-Gesundheit: Die DAK hat mit Schreiben vom 02.07.2013 die Rückstände bei den Sozialversicherungsbeiträgen in Höhe von 18.740,00 EUR zur Insolvenztabelle angemeldet. Gleichzeitig hat die DAK auf die strafrechtliche Relevanz der Nichtabführung von Arbeitnehmeranteilen gemäß § 266a StGB hingewiesen und mitgeteilt, dass eine Strafanzeige gegen die ehemaligen Geschäftsführer erstattet wurde. Der Insolvenzverwalter hat die Anfechtungsansprüche gemäß § 131 InsO geprüft und die DAK mit Schreiben vom 15.10.2013 außergerichtlich zur Rückzahlung von 8.200,00 EUR aufgefordert. Die DAK hat mit Schreiben vom 12.11.2013 die Rückzahlung abgelehnt.

Tatenberger Immobilien GmbH: Die Tatenberger Immobilien GmbH, vertreten durch die Rechtsanwälte Wanke & Rothe, Hamburg, hat am 05.07.2013 Mietrückstände in Höhe von 38.400,00 EUR angemeldet. Der Insolvenzverwalter hat die Forderung in Höhe von 5.600,00 EUR bestritten, da die Schuldnerin Gegenansprüche wegen Schäden an der Mietsache (Feuchtigkeitsschäden im Kellerbereich des Geschäftslokals Am Germaniahafen 3) geltend gemacht hatte. Die Tatenberger Immobilien hat die Gegenansprüche mit Schreiben vom 20.09.2013 zurückgewiesen. Eine Einigung steht noch aus.

h) Bankenkorrespondenz und Kontenabwicklung

Die Schuldnerin unterhielt zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung folgende Bankverbindungen: (1) Geschäftskonto bei der Kieler Volksbank eG, Kontonummer 0012 3456 78, IBAN DE89 2109 0007 0012 3456 78, Guthaben bei Eröffnung: 3.241,56 EUR (nach Verrechnung mit dem Kontokorrentkredit verblieb eine Forderung der Volksbank). (2) Geschäftskonto bei der Sparkasse Kiel, Kontonummer 0098 7654 32, IBAN DE54 2105 0170 0098 7654 32, Guthaben bei Eröffnung: 8.422,18 EUR. (3) PayPal-Konto für den Online-Shop, Guthaben bei Eröffnung: 736,26 EUR.

Sämtliche Bankverbindungen wurden nach Verfahrenseröffnung auf den Insolvenzverwalter umgestellt. Die Geschäftskonten wurden nach Einziehung der ausstehenden Zahlungseingänge aufgelöst. Das PayPal-Konto wurde nach Überweisung des Restguthabens auf das Treuhandkonto geschlossen. Der Insolvenzverwalter führt ein Treuhandkonto bei der Kieler Volksbank eG sowie ein Anderkonto bei der Sparkasse Kiel. Sämtliche Zahlungseingänge und -ausgänge des Verfahrens werden über diese Konten abgewickelt.

Die Kontoauszüge werden monatlich archiviert und dem Bericht als Anlage beigelegt. Bis zum Berichtsdatum 15.12.2013 sind insgesamt 47 Buchungen auf dem Treuhandkonto und 12 Buchungen auf dem Anderkonto zu verzeichnen. Die Einzelheiten ergeben sich aus dem beigelegten Kontoauszug.

h) Detailbericht Betriebsfortführung

Die Betriebsfortführung in der Phase nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens erfolgte auf Grundlage des vom Insolvenzverwalter erstellten Fortführungsplans. Dieser sah eine stufenweise Reduzierung des Geschäftsbetriebs vor, wobei die wesentlichen Kundenbeziehungen aufrechterhalten werden sollten, um die Verwertungsaussichten für einen möglichen Unternehmensverkauf zu optimieren. Die Personalstärke wurde von zunächst 23 Mitarbeitern auf 14 Mitarbeiter reduziert. Die Entlassung von neun Mitarbeitern erfolgte nach ordnungsgemäßer Konsultation des Betriebsrats und unter Beachtung der gesetzlichen Kündigungsfristen.

Der Umsatz im Berichtszeitraum belief sich auf EUR 234.891,23, was einem Rückgang von ca. 35 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres entspricht. Dieser Rückgang war erwartet und resultiert aus dem Verlust mehrerer Großkunden, die nach Bekanntwerden der Insolvenz ihre Geschäftsbeziehungen eingestellt haben. Insbesondere die Firma Küstenfisch Vertriebs GmbH (bisher ca. 18 % des Umsatzes) und die EDEKA Nord Handelsgesellschaft mbH (ca. 12 % des Umsatzes) haben ihre Bestellungen vollständig eingestellt. Die verbliebenen Kunden, insbesondere die REWE Markt GmbH und kleinere Gastronomiebetriebe, konnten gehalten werden.

Die Aufwendungen der Betriebsfortführung beliefen sich im Berichtszeitraum auf EUR 198.567,45, so dass ein positiver Deckungsbeitrag von EUR 36.323,78 erzielt wurde. Die wesentlichen Kostenpositionen entfallen auf Personalkosten (EUR 112.345,67), Miete und Nebenkosten für die Lager- und Büroräume (EUR 18.900,00), Energiekosten einschließlich Kühlung (EUR 23.456,78), Versicherungen (EUR 4.567,89), Fahrzeugkosten (EUR 8.923,45) und sonstige betriebliche Aufwendungen (EUR 30.373,66). Der Insolvenzverwalter weist darauf hin, dass die Energiekosten aufgrund des Kühlbedarfs der Handelsware überproportional hoch sind.

Im Rahmen der Betriebsfortführung wurden die bestehenden Lieferantenverträge neu verhandelt. Mit der Fa. Ocean Harvest A/S (Hauptlieferant, Dänemark) konnte eine verkürzte Zahlungsfrist von 14 Tagen bei 2 % Skonto vereinbart werden. Die Lieferungen erfolgen gegen Vorkasse, was die Liquiditätsplanung erheblich belastet, aber die Warenversorgung sichert. Mit den übrigen Lieferanten (Nordkap Fischerei GmbH, Südwest Feinkost GmbH) konnten vergleichbare Vereinbarungen getroffen werden.

i) Rechtsstreitigkeiten im Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum waren folgende Rechtsstreitigkeiten anhängig: (1) Klage der Maritim Fischhandel OHG auf Feststellung einer Forderung in Höhe von EUR 67.000,00 (LG Kiel, Az. 5 O 234/13). Der Insolvenzverwalter hat die Forderung bestritten, da die zugrundeliegenden Lieferungen nicht vollständig erbracht wurden. Die mündliche Verhandlung ist für den 15.01.2014 terminiert. (2) Klage des ehemaligen Geschäftsführers Rolf Petersen auf Zahlung ausstehender Geschäftsführergehaltsforderungen (EUR 34.500,00, ArbG Kiel Az. 3 Ca 567/13). Der Insolvenzverwalter hat eingewandt, dass die Gehaltsforderungen für den Zeitraum vor Antragstellung nachrangige Insolvenzforderungen darstellen.

(3) Der Insolvenzverwalter hat seinerseits Anfechtungsklage gegen den ehemaligen Geschäftsführer Rolf Petersen erhoben (§§ 130, 133 InsO) wegen einer Zahlung von EUR 45.000,00 an die diesem nahestehende Petersen Unternehmensberatung GmbH am 15.04.2013,

mithin innerhalb der kritischen Frist von drei Monaten vor Antragstellung. Nach vorläufiger Einschätzung des Insolvenzverwalters sind die Erfolgsaussichten dieser Anfechtungsklage als gut einzuschätzen, da die Zahlungsunfähigkeit der Schuldnerin zum Zeitpunkt der Zahlung bereits vorlag und dem Geschäftsführer bekannt gewesen sein muss.

j) Liquiditätsplanung und Cashflow-Analyse

Der Insolvenzverwalter hat für den Berichtszeitraum eine detaillierte Liquiditätsplanung erstellt. Die Planung basiert auf dem fortgeführten Geschäftsbetrieb und berücksichtigt die erwarteten Verwertungserlöse. Die nachfolgende Übersicht zeigt die tatsächliche Liquiditätsentwicklung:

Monat	Anfangsbestand	Einnahmen	Ausgaben	Endbestand
Jul 2013	EUR 14.237,45	EUR 45.678,90	EUR 38.234,56	EUR 21.681,79
Aug 2013	EUR 21.681,79	EUR 52.345,67	EUR 41.567,89	EUR 32.459,57
Sep 2013	EUR 32.459,57	EUR 89.234,56	EUR 45.678,90	EUR 76.015,23
Okt 2013	EUR 76.015,23	EUR 41.234,56	EUR 36.789,12	EUR 80.460,67
Nov 2013	EUR 80.460,67	EUR 38.567,89	EUR 34.123,45	EUR 84.905,11
Dez 2013	EUR 84.905,11	EUR 35.891,23	EUR 32.456,78	EUR 88.339,56

Die Liquiditätsentwicklung zeigt, dass der Geschäftsbetrieb zu jedem Zeitpunkt über ausreichende Mittel zur Bedienung der laufenden Masseverbindlichkeiten verfügte. Der Anstieg im September 2013 resultiert aus dem Erlös der Verwertung verderblicher Waren (EUR 45.000,00 Pauschalverkauf an Rungis Express GmbH). Ab Oktober 2013 stabilisierte sich der Cashflow auf einem Niveau, das die Fortführung des Betriebs ohne Liquiditätsengpässe ermöglichte.

Die wesentlichen Einnahmequellen im Berichtszeitraum waren: Erlöse aus dem laufenden Geschäftsbetrieb (EUR 234.891,23), Verwertung verderblicher Waren (EUR 45.000,00) und Forderungseinzüge (EUR 23.061,32). Die Hauptausgaben entfielen auf Personalkosten (EUR 112.345,67), Miete und Nebenkosten (EUR 37.800,00), Energiekosten (EUR 23.456,78) und Wareneinkauf (EUR 45.248,25).

Der Insolvenzverwalter weist darauf hin, dass die Liquiditätsplanung für das erste Halbjahr 2014 einen rückläufigen Trend erwarten lässt, da nach dem Abschluss der Verwertung verderblicher Waren und dem Wegfall weiterer Kunden die laufenden Einnahmen sinken werden. Die Betriebsfortführung bleibt jedoch wirtschaftlich vertretbar, solange die übertragende Sanierung innerhalb des geplanten Zeitrahmens realisiert werden kann.

k) Versicherungsverhältnisse

Der Insolvenzverwalter hat die Versicherungsverhältnisse der Schuldnerin gesichtet und wie folgt geordnet:

Betriebshaftpflichtversicherung (Allianz Versicherungs-AG, Vertragsnr. 1234-5678-90): Deckungssumme EUR 5.000.000,00 für Personen- und Sachschäden, EUR 1.000.000,00 für Vermögensschäden. Jahresprämie EUR 4.567,89. Der Vertrag wurde für die Dauer der Betriebsfortführung aufrechterhalten und zum 31.12.2014 (Betriebsübergang) gekündigt.

Transportversicherung (HDI Global SE, Vertragsnr. 9876-5432-10): Deckungssumme EUR 500.000,00 je Sendung. Jahresprämie EUR 2.345,67. Der Vertrag wurde zum 31.12.2013 gekündigt, da nach Verwertung der verderblichen Waren der Transport eigener Waren eingestellt wurde.

Gebäudeversicherung (Verantwortung des Vermieters, nicht der Schuldnerin). Elektronikversicherung (Zurich Versicherungs-AG): Pauschaldeckung für EDV-Ausstattung, Jahresprämie EUR 890,00. Gekündigt zum 30.06.2014. Kfz-Haftpflicht und Kasko Mercedes Sprinter (DEVK): Jahresprämie EUR 1.567,89. Gekündigt nach Verwertung des Fahrzeugs im März 2014.

D&O-Versicherung (Organhaftpflicht): Es bestand keine D&O-Versicherung für den Geschäftsführer der Schuldnerin. Dies erschwert die Durchsetzung von Organhaftungsansprüchen, da der Geschäftsführer über kein ausreichendes Privatvermögen verfügt. Vertrauensschadenversicherung: Es bestand keine Vertrauensschadenversicherung.

I) Anlage: Ergänzende Erläuterungen zur Masseentwicklung

Die Masseentwicklung im zweiten Berichtszeitraum war geprägt von der Parallelität der Betriebsfortführung und der beginnenden Verwertung. Während die laufenden Einnahmen aus dem Geschäftsbetrieb die unmittelbaren Betriebskosten deckten, flossen die Verwertungserlöse (insbesondere aus dem Verkauf verderblicher Waren) der freien Masse zu.

Der Insolvenzverwalter hat ein internes Controlling-System eingerichtet, das eine monatliche Überwachung der Liquiditätsentwicklung ermöglicht. Dieses System umfasst eine fortlaufende Soll-Ist-Analyse der Einnahmen und Ausgaben, eine rollende 3-Monats-Liquiditätsplanung sowie eine Deckungsbeitragsrechnung für den fortgeführten Geschäftsbetrieb. Die Ergebnisse werden dem Gläubigerausschuss monatlich zur Verfügung gestellt.

Die Soll-Ist-Analyse zeigt für den Berichtszeitraum eine positive Abweichung von EUR 12.345,67 gegenüber der Planung. Dies ist im Wesentlichen auf höhere als erwartete Erlöse aus dem Räumungsverkauf der verderblichen Waren zurückzuführen. Der Deckungsbeitrag der Betriebsfortführung war in jedem Monat positiv, was die Entscheidung zur Fortführung stützt.

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

Brinkmann, Hartmann & Kollegen · Düsternbrooker Weg 45 · 24105 Kiel

Amtsgericht Kiel
Insolvenzgericht
Deliussstraße 22
24114 Kiel

KIEL
Düsternbrooker Weg 45
24105 Kiel
Telefon: +49 (0)431 55 42 80-0
Telefax: +49 (0)431 55 42 80-20
kiel@brinkmann-hartmann.de
www.brinkmann-hartmann.de

15.06.2014

10 IN 127/13

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Firma

Nordlicht Handels GmbH

überreiche ich als **Anlage** meinen turnusgemäßen Bericht.

Dr. Jens-Peter Hartmann

Rechtsanwalt

als Insolvenzverwalter

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

2. Turnusgemäßiger Bericht

des Rechtsanwaltes
Dr. Jens-Peter Hartmann,
Düsternbrooker Weg 45, 24105 Kiel

vom 15.06.2014

in dem Insolvenzverfahren
über das Vermögen der Firma
Nordlicht Handels GmbH,
Bergstraße 14, 24103 Kiel,
vertreten durch die Geschäftsführer
Stefan und Katrin Berger,
wohnhaft: Mühlenkamp 22, 24113 Kiel

10 IN 127/13

Inhaltsverzeichnis

A. Bericht

I. Vorbemerkung

II. Verfahrensfortgang

1. Verwertung Warenbestand Lager
2. Vergleich mit Kieler Volksbank eG
3. Anfechtung IKK Nord
4. Anfechtungsklage DAK-Gesundheit
5. Lager Wellseedamm
6. Steuerliche Angelegenheiten
7. Haftungsprüfung Geschäftsführer

III. Absonderungsrechte

IV. Massebestand

V. Quote und Verfahrensaussichten

VI. Berichtsfrist

Anlagen

A. Bericht

I. Vorbemerkung

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Nordlicht Handels GmbH (Az. 10 IN 127/13) erstatte ich hiermit meinen zweiten turnusgemäßen Zwischenbericht. Auf meine vorherigen Berichte vom 15.08.2013 und 15.12.2013 nehme ich Bezug. Der vorliegende Bericht umfasst den Berichtszeitraum Januar bis Mai 2014.

Im Berichtszeitraum konnten wesentliche Fortschritte bei der Verwertung der noch vorhandenen Vermögenswerte und bei der Regulierung der Absonderungsrechte erzielt werden. Insbesondere wurde der Warenbestand im Lager verwertet, eine einvernehmliche Regelung mit der Kieler Volksbank eG über die Absonderungsrechte erzielt und die außergerichtliche Anfechtung gegenüber der IKK Nord erfolgreich abgeschlossen. Darüber hinaus wurde die Anfechtungsklage gegen die DAK-Gesundheit erhoben.

II. Verfahrensfortgang

1. Verwertung Warenbestand Lager

Der im Lager am Wellseedamm 46 eingelagerte Warenbestand wurde im Februar 2014 in zwei Tranchen verwertet. Bei den Waren handelte es sich ganz überwiegend um ältere Saisonware verschiedener Marken (Tom Tailor, s.Oliver, Gerry Weber, Cecil u.a.), Restposten aus dem Räumungsverkauf sowie Accessoires und Modeaccessoires. Eine detaillierte Inventurliste war im Dezember 2013 erstellt worden und umfasste ca. 4.200 Einzelpositionen mit einem Buchwert von ca. 65.000,00 EUR.

Die **erste Tranche** wurde am 01.02.2014 an die Firma Textilrecycling Nord GmbH, Neumünster, veräußert. Diese Tranche umfasste ca. 2.800 Positionen älterer Saisonware, die zu einem Pauschalpreis von 8.400,00 EUR brutto veräußert wurde. Die Ware wurde am 05.02.2014 vom Käufer abgeholt. Der Kaufvertrag sah eine sofortige Bezahlung bei Abholung vor. Die Zahlung ging ordnungsgemäß ein.

Die **zweite Tranche** umfasste die höherwertigen Restbestände (ca. 1.400 Positionen neuerer Kollektion) und wurde am 28.02.2014 an die Firma „Mode-Markt Holstein GmbH“, Rendsburg, zum Preis von 14.000,00 EUR brutto veräußert. Der Gesamterlös aus der Warenverwertung im Lager beläuft sich damit auf **22.400,00 EUR brutto**. Im Verhältnis zum Buchwert der Waren (65.000,00 EUR) entspricht dies einer Verwertungsquote von ca. 34 %, was im Bereich des bei Insolvenzverfahren Üblichen liegt.

Der Bruttoerlös von 22.400,00 EUR enthält Umsatzsteuer in Höhe von 19 %, mithin einen Nettoerlös von 18.823,53 EUR. Die Umsatzsteuer wurde an das Finanzamt abgeführt. Ein Teil des Nettoerlöses steht aufgrund des Absonderungsrechtes der Kieler Volksbank eG (Sicherungsübereignung) vorrangig dieser zu. Die Aufteilung ist Gegenstand der unter Ziffer 2 dargestellten Vergleichsverhandlungen.

2. Vergleich mit der Kieler Volksbank eG

Am 15.04.2014 konnte eine einvernehmliche Regelung mit der Kieler Volksbank eG über die Absonderungsrechte und die Verteilung der Verwertungserlöse erzielt werden. Die Verhandlungen wurden unter meiner Beteiligung mit dem Rechtsanwalt der Bank, Herrn Dr. Markus Friedrichs

(Kanzlei Friedrichs & Partner, Kiel), geführt.

Die Kieler Volksbank eG hatte auf Grundlage der Globalzession und der Sicherungsübereignung Absonderungsrechte an sämtlichen Forderungen und Warenvorräten der Schuldnerin geltend gemacht. Die Bank bezifferte ihre Gesamtforderung auf 248.500,00 EUR, davon entfielen 120.000,00 EUR auf das Betriebsmitteldarlehen, 85.000,00 EUR auf den Investitionskredit (Online-Shop) und 43.500,00 EUR auf den Kontokorrentkredit.

Die Vergleichsvereinbarung sieht im Wesentlichen Folgendes vor: Die Bank verzichtet auf die Geltendmachung ihrer Absonderungsrechte gegen Zahlung einer **Pauschale von 18.000,00 EUR** an die Insolvenzmasse. Die Bank behält sich vor, ihre ungesicherte Restforderung als Insolvenzforderung geltend zu machen. Die Pauschale berücksichtigt, dass der Verwertungserlös aus den sicherungsübereigneten Waren und zedierten Forderungen deutlich unter dem Nennbetrag der gesicherten Forderungen lag. Die Bank trug dem Rechnung, dass eine Einzelabrechnung der Absonderungsrechte aufwändig gewesen wäre und zu einem vergleichbaren wirtschaftlichen Ergebnis geführt hätte.

Die Pauschale in Höhe von 18.000,00 EUR wurde am 15.04.2014 auf dem Treuhandkonto gutgeschrieben. Ich halte die Vergleichsvereinbarung für angemessen, da der Kostenbeitrag gemäß §§ 170, 171 InsO bei Einzelabrechnung voraussichtlich einen ähnlichen Betrag ergeben hätte, die Pauschalierung jedoch den Verwaltungsaufwand erheblich reduziert.

3. Anfechtung IKK Nord

Die IKK Nord wurde mit Schreiben vom 15.01.2014 außergerichtlich zur Rückzahlung der im Zeitraum September bis November 2012 geleisteten Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von insgesamt 5.600,00 EUR aufgefordert. Die Anfechtung wurde auf § 130 Abs. 1 Nr. 1 InsO (kongruente Deckung bei Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit) gestützt. Die IKK Nord bestritt zunächst die Anfechtung dem Grunde nach und machte geltend, zum Zeitpunkt der Zahlungen keine Kenntnis von der Zahlungsunfähigkeit der Schuldnerin gehabt zu haben.

Nach längeren Verhandlungen konnte am 01.07.2014 eine außergerichtliche Einigung erzielt werden. Die IKK Nord verpflichtete sich, einen Betrag in Höhe von **4.200,00 EUR** an die Insolvenzmasse zu zahlen. Dies entspricht 75 % des ursprünglichen Anfechtungsbetrages. Der Abschlag von 25 % erschien angemessen, da die Beweislage hinsichtlich der Kenntnis der IKK Nord von der Zahlungsunfähigkeit nicht eindeutig war. Die Zahlung ist am 15.07.2014 auf dem Treuhandkonto eingegangen.

4. Anfechtungsklage DAK-Gesundheit

Am 15.01.2014 habe ich beim Amtsgericht Kiel Anfechtungsklage gegen die DAK-Gesundheit erhoben (Az. 117 C 42/14). Mit der Klage wird die Rückzahlung der im Zeitraum Juli bis November 2012 geleisteten Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von insgesamt 8.200,00 EUR verlangt. Die Klage wird auf § 130 Abs. 1 Nr. 1 InsO gestützt.

Die DAK-Gesundheit hat die Klage durch ihre Rechtsabteilung (Abteilung Forderungseinzug) bestreiten lassen. Sie macht geltend, dass die Zahlungen der Schuldnerin im Zeitraum Juli und August 2012 zu einem Zeitpunkt erfolgt seien, als die Zahlungsunfähigkeit noch nicht eingetreten gewesen sei. Sie bestreitet ferner die Kenntnis von der Zahlungsunfähigkeit auch für den späteren Zeitraum.

Ein Verhandlungstermin ist für Februar 2015 angesetzt worden. Ich bin zuversichtlich, dass die Klage zumindest für die Zahlungen ab September 2012 Erfolg haben wird, da die Schuldnerin zu

diesem Zeitpunkt bereits erhebliche Rückstände gegenüber mehreren Gläubigern aufwies und die DAK-Gesundheit als erfahrene Einzugsstelle die Zahlungsschwierigkeiten hätte erkennen müssen.

5. Lager Wellseedamm

Das Lager am Wellseedamm 46 wird weiterhin angemietet. Nach der vollständigen Verwertung des Warenbestandes im Februar 2014 wird das Lager derzeit nur noch für die Lagerung vereinzelter Restgegenstände (Archivmaterial, Buchungsunterlagen, einige Einrichtungsgegenstände des Hafen-Standorts) genutzt. Ich beabsichtige, das Lager bis spätestens 31.12.2014 vollständig zu räumen und das Mietverhältnis zu beenden. Die monatliche Miete von 1.600,00 EUR belastet die Masse weiterhin. Eine vorzeitige Räumung scheiterte bisher an der Notwendigkeit, die Geschäftsunterlagen gemäß den handels- und steuerrechtlichen Aufbewahrungsfristen (§§ 257 HGB, § 147 AO) ordnungsgemäß zu archivieren.

6. Steuerliche Angelegenheiten

Die Umsatzsteuer-Jahreserklärung 2012 wurde zwischenzeitlich vom beauftragten Steuerberatungsbüro Meier & Kollegen erstellt und beim Finanzamt Kiel-Nord eingereicht. Das Finanzamt hat den Bescheid noch nicht erlassen. Nach vorläufiger Berechnung könnte sich aus der Umsatzsteuer-Jahreserklärung 2012 ein Erstattungsanspruch zugunsten der Masse ergeben, da die Vorsteuerbeträge aus den letzten Warenlieferungen die geschuldete Umsatzsteuer übersteigen.

Die Körperschaftsteuererklärung 2012 befindet sich noch in Bearbeitung. Die laufenden Umsatzsteuer-Voranmeldungen für das Insolvenzverfahren werden fristgerecht eingereicht.

7. Haftungsprüfung Geschäftsführer

Die Prüfung von Haftungsansprüchen gegen die Geschäftsführer Stefan und Katrin Berger ist weitgehend abgeschlossen. Ich habe festgestellt, dass Herr Stefan Berger als allein handelnder Geschäftsführer in der Zeit nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit (ab Dezember 2012) und möglicherweise bereits nach Eintritt der materiellen Insolvenzreife (ab Oktober 2012) noch Zahlungen in Höhe von ca. 32.000,00 EUR veranlasst hat, die nicht mit der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes vereinbar waren.

Hierzu zählen insbesondere: Zahlungen an Lieferanten für bereits gelieferte Waren (ca. 18.000,00 EUR), Mietvorauszahlungen (ca. 8.000,00 EUR) sowie Gesellschafter-Entnahmen im Dezember 2012 (ca. 6.000,00 EUR). Diese Zahlungen verstoßen gegen das Zahlungsverbot gemäß § 64 Satz 1 GmbHG und begründen einen Erstattungsanspruch der Gesellschaft gegen die Geschäftsführer.

Darüber hinaus besteht ein Anspruch wegen verspäteter Insolvenzantragstellung gemäß § 15a InsO. Die Insolvenzreife trat nach meinen Ermittlungen spätestens am 31.10.2012 ein. Der Eigenantrag wurde erst am 14.01.2013 gestellt. Die Verzögerung von ca. 10 Wochen über die dreiwöchige Antragsfrist hinaus hat zu einer Vertiefung der Insolvenz und einer Schmälerung der Befriedigungsaussichten der Gläubiger geführt.

Ich beabsichtige, eine Haftungsklage gegen Herrn Stefan Berger im zweiten Halbjahr 2014 zu erheben. Ob auch Frau Katrin Berger in Anspruch genommen wird, bedarf noch der abschließenden Prüfung. Ihre Rolle in der Geschäftsführung war auf den kaufmännischen Bereich beschränkt; die maßgeblichen operativen Entscheidungen traf Herr Berger.

III. Absonderungsrechte

Die Absonderungsrechte der Kieler Volksbank eG sind durch die unter Ziffer II.2 dargestellte Vergleichsvereinbarung vom 15.04.2014 abschließend geregelt. Weitere Absonderungsrechte bestehen nicht. Die DBL Deutsche Berufsbekleidung Leasing GmbH hatte Eigentumsvorbehalt an Regalsystemen geltend gemacht, diesen Anspruch aber nach Prüfung der Unterlagen nicht weiterverfolgt, da die betreffenden Regalsysteme nicht mehr identifizierbar waren.

IV. Massebestand

Der Massebestand zum Stichtag 31.05.2014 beläuft sich auf:

Konto	Betrag (EUR)
Treuhandkonto Kieler Volksbank eG	72.500,00

Der Massebestand hat sich gegenüber dem Vorbericht (38.732,00 EUR) um 33.768,00 EUR erhöht. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Warenverwertungserlöse (22.400,00 EUR), die VB-Vergleichspauschale (18.000,00 EUR) und die IKK-Anfechtungseinigung (4.200,00 EUR) zurückzuführen. Dem stehen die laufenden Massekosten (insbesondere Lagermiete, RA-Kosten, Steuerberater) gegenüber.

V. Quote und Verfahrensaussichten

Nach meiner vorläufigen Einschätzung wird die Befriedigungsquote für die nicht nachrangigen Insolvenzgläubiger (§ 38 InsO) voraussichtlich im Bereich von **8 bis 12 %** liegen. Die Quote hängt insbesondere von folgenden Faktoren ab: dem Ausgang der Anfechtungsklage gegen die DAK-Gesundheit, dem Ergebnis der geplanten Haftungsklage gegen den Geschäftsführer Stefan Berger und der Höhe der endgültig festgestellten Insolvenzforderungen.

Die Verwertung der wesentlichen Vermögenswerte der Schuldnerin ist nunmehr weitgehend abgeschlossen. Weitere Massemehrungen sind in erster Linie aus den laufenden Rechtsstreitigkeiten (Anfechtungsklage DAK, Haftungsklage Berger) zu erwarten. Ich gehe davon aus, dass das Verfahren noch eine Dauer von mindestens zwei bis drei Jahren haben wird, da die gerichtlichen Verfahren erfahrungsgemäß längere Zeit in Anspruch nehmen. Eine Teilverteilung gemäß § 187 InsO ist zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht sinnvoll, da noch wesentliche Massemehrungen zu erwarten sind.

VI. Berichtsfrist

Für die Vorlage meines nächsten turnusgemäßen Berichtes habe ich mir vorsorglich den 15.12.2014 vorgemerkt. Im nächsten Berichtszeitraum stehen insbesondere die Räumung des Lagers, die Einleitung der Haftungsklage gegen Herrn Berger sowie die weitere Bearbeitung der DAK-Anfechtungsklage an.

Kiel, den 15.06.2014

Dr. Jens-Peter Hartmann

Rechtsanwalt

als Insolvenzverwalter

Einnahmen- / Ausgabenrechnung

Berichtszeitraum: 01.01.2014 - 31.05.2014

Position	Einnahmen (EUR)	Ausgaben (EUR)
Verwertung Warenbestand (1. Tranche)	8.400,00	
Verwertung Warenbestand (2. Tranche)	14.000,00	
Vergleich Kieler Volksbank (Pauschale)	18.000,00	
IKK Nord (Anfechtungseinigung)	4.200,00	
Zinsen	18,00	
Miete Lager 01-05/2014		8.000,00
RA-Kosten (Anfechtungsklage DAK)		1.800,00
Verwaltervorschuss 4. Rate		2.000,00
Steuerberater		600,00
Porto/Bürokosten		440,00
Bankgebühren		100,00
Summe Einnahmen	44.618,00	
Summe Ausgaben		12.940,00
Saldo	31.678,00	

Kontoauszug Treuhandkonto

Kieler Volksbank eG · IBAN DE89 2109 0007 0012 3456 78

Berichtszeitraum: 01.01.2014 - 31.05.2014

Datum	Buchungstext	Soll (EUR)	Haben (EUR)	Saldo (EUR)
	Anfangsbestand		38.732,00	38.732,00
10.01.2014	Bankgebühren 01/2014	20,00		38.712,00
15.01.2014	Miete Lager 01/2014	1.600,00		37.112,00
20.01.2014	RA-Kosten (Anfechtungsklage DAK)	1.800,00		35.312,00
01.02.2014	Verwertung Warenbestand Lager (1. Tranche)		8.400,00	43.712,00
10.02.2014	Bankgebühren 02/2014	20,00		43.692,00
15.02.2014	Miete Lager 02/2014	1.600,00		42.092,00
28.02.2014	Verwertung Warenbestand Lager (2. Tranche)		14.000,00	56.092,00
01.03.2014	Steuerberater	600,00		55.492,00
10.03.2014	Bankgebühren 03/2014	20,00		55.472,00
15.03.2014	Miete Lager 03/2014	1.600,00		53.872,00
01.04.2014	Porto/Bürokosten	220,00		53.652,00
10.04.2014	Bankgebühren 04/2014	20,00		53.632,00
15.04.2014	Vergleich Kieler Volksbank (Pauschale an Masse)		18.000,00	71.632,00
15.04.2014	Miete Lager 04/2014	1.600,00		70.032,00
01.05.2014	Verwaltervorschuss 4. Rate	2.000,00		68.032,00
10.05.2014	Bankgebühren 05/2014	20,00		68.012,00
15.05.2014	Miete Lager 05/2014	1.600,00		66.412,00
31.05.2014	Zinsen		18,00	66.430,00
	Endbestand			66.430,00

a) Warenverwertung aus dem Lager

Die Verwertung der im Lager am Wellseedamm 46 befindlichen Warenvorräte wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt. Zum 01.01.2014 befanden sich noch Warenvorräte mit einem geschätzten Verkehrswert von ca. 30.000,00 bis 35.000,00 EUR im Lager. Die Verwertung erfolgte auf mehreren Wegen: Ein Teilbestand von ca. 3.500 Teilen hochwertiger Damenoberbekleidung (Winterkollektion 2012/2013) wurde im Februar 2014 an einen Textilgroßhändler, die Firma Restposten-Zentrale Nord GmbH, Rendsburg, zu einem Pauschalpreis von 12.800,00 EUR brutto verkauft. Dies entsprach einem Durchschnittspreis von ca. 3,66 EUR pro Stück bei einem ursprünglichen Einkaufspreis von durchschnittlich ca. 18,00 EUR. Weitere ca. 1.200 Teile (Accessoires, Gürtel, Schals, Taschen) wurden über die Online-Plattform eBay Kleinanzeigen in mehreren Chargen zu Gesamterlösen von 4.200,00 EUR veräußert. Herrenoberbekleidung im Wert von ca. 5.400,00 EUR wurde an den Second-Hand-Laden "Fundgrube" in Kiel-Gaarden verkauft. Der Gesamtbruttoerlös aus der Warenverwertung beläuft sich damit auf 22.400,00 EUR.

Die Verwertung des verbliebenen Warenbestandes ist noch nicht abgeschlossen. Im Lager befinden sich noch ca. 5.000 Teile minderwertiger Qualität sowie stark saisonale Ware (Bademode, Sommerkleider), deren Verwertung in den Sommermonaten vorgesehen ist. Der geschätzte Verwertungserlös für diese Restbestände beträgt ca. 3.000,00 bis 5.000,00 EUR. Sollte eine Einzelverwertung nicht gelingen, wird auf das Angebot der Firma TextilRecycling Nord GmbH (à 0,80 EUR/kg) zurückgegriffen.

b) Vergleich mit der Kieler Volksbank eG

Am 15.04.2014 konnte nach mehrmonatigen Verhandlungen ein Vergleich mit der Kieler Volksbank eG über die Verwertung der Absonderungsrechte geschlossen werden. Die Verhandlungen gestalteten sich insofern schwierig, als die Volksbank zunächst auf einer Eigenverwertung der sicherungsübereigneten Warenvorräte bestand. Unter Hinweis auf § 166 Abs. 1 InsO konnte der Insolvenzverwalter die Verwertung jedoch an sich ziehen. Der Vergleich sieht im Wesentlichen vor, dass aus dem Verwertungserlös der Warenvorräte und der abgetretenen Forderungen ein Pauschalbetrag von 18.000,00 EUR an die Insolvenzmasse abgeführt wird. Dies umfasst den Kostenbeitrag gemäß § 170 Abs. 1 InsO (Feststellungskosten in Höhe von 4%) sowie den Verwertungskostenbeitrag gemäß § 170 Abs. 1 InsO (Verwertungskosten in Höhe von 5%) jeweils zuzüglich Umsatzsteuer. Der Vergleich wird als angemessen angesehen, da er das Risiko einer langwierigen Auseinandersetzung vermeidet und der Masse einen planbaren Zufluss sichert.

Rechtsanwalt Dr. Markus Friedrichs, Kanzlei Friedrichs & Partner, der die Kieler Volksbank eG vertritt, hat den Vergleich für seine Mandantin gebilligt. Die Volksbank verzichtet im Gegenzug auf die Geltendmachung weiterer Ansprüche gegen die Insolvenzmasse im Zusammenhang mit den Absonderungsrechten. Die Forderung der Volksbank in Höhe von 248.500,00 EUR verbleibt als Insolvenzforderung in der Tabelle, soweit sie nicht durch die Verwertung der Sicherheiten gedeckt ist.

c) Anfechtungsverfahren

Die Anfechtungsklage gegen die DAK-Gesundheit wegen Zahlungen in Höhe von 8.200,00 EUR, die im November und Dezember 2012 geleistet wurden, wurde am 15.01.2014 beim Amtsgericht Kiel unter dem Aktenzeichen 25 C 412/14 eingereicht. Die Klage stützt sich auf § 131 Abs. 1 Nr. 1 InsO (inkongruente Deckung). Die DAK-Gesundheit hat die Forderung bestritten und beruft sich darauf, dass die Zahlungen im Rahmen des üblichen Geschäftsverkehrs und auf Grundlage einer Ratenzahlungsvereinbarung erfolgt seien. Der Insolvenzverwalter ist der Auffassung, dass die Ratenzahlungsvereinbarung nach Vollstreckungsandrohung zustande kam und daher eine inkongruente Deckung darstellt. Ein Termin zur mündlichen Verhandlung ist auf den 15.07.2014 bestimmt worden.

Gegen die IKK Nord wurde am 15.03.2014 außergerichtlich ein Anfechtungsanspruch in Höhe von 5.600,00 EUR geltend gemacht. Die IKK Nord hat zunächst jede Rückzahlungsverpflichtung abgelehnt. Nach weiteren Verhandlungen konnte am 01.07.2014 eine außergerichtliche Einigung erzielt werden, wonach die IKK Nord einen Betrag von 4.200,00 EUR an die Insolvenzmasse zahlt. Der Vergleich wurde am 15.07.2014 durch Zahlung erfüllt. Die verbleibende Differenz von 1.400,00 EUR wird angesichts des Prozessrisikos und der Verfahrenskosten als angemessener Nachlass betrachtet.

d) Lagerfläche und Mietverhältnis

Das Mietverhältnis für die Lagerfläche am Wellseedamm 46 besteht unverändert fort. Der monatliche Mietzins beträgt 1.600,00 EUR netto. Die Räumung des Lagers ist bis zum 31.12.2014 vorgesehen. Die Aufrechterhaltung des Mietverhältnisses ist erforderlich, da sich dort noch die zu verwertenden Warenvorräte befinden. Darüber hinaus dient das Lager als Aufbewahrungsort für die Geschäftsunterlagen der Schuldnerin, die gemäß den handels- und steuerrechtlichen Aufbewahrungsfristen (§ 257 HGB, § 147 AO) für bis zu zehn Jahre aufzubewahren sind. Es wird geprüft, ob die Unterlagen nach Räumung des Lagers kostengünstiger in einem Aktenlager eingelagert werden können. Die Firma Iron Mountain hat ein Angebot für die Einlagerung von ca. 40 Umzugskartons zu einem monatlichen Preis von 120,00 EUR abgegeben.

Die Masseforderungen aus dem Mietverhältnis belaufen sich für den Zeitraum Juni 2013 bis Juni 2014 auf insgesamt 19.200,00 EUR (12 Monate × 1.600,00 EUR). Für das zweite Halbjahr 2014 werden weitere Masseforderungen in Höhe von ca. 9.600,00 EUR erwartet. Die Gesamtbelastung der Masse durch die Lagermiete beträgt somit voraussichtlich ca. 30.400,00 EUR. Diese Kosten werden durch die zu erwartenden Verwertungserlöse aus den Warenvorräten mehr als gedeckt.

e) Steuerliche Angelegenheiten – Detailbericht

Die Fertigstellung des Jahresabschlusses 2012 konnte zum 31.03.2014 abgeschlossen werden. Der Jahresabschluss weist einen Jahresfehlbetrag von 100.247,33 EUR aus. Das Eigenkapital der Gesellschaft war zum 31.12.2012 vollständig aufgezehrt; es bestand eine bilanzielle Überschuldung in Höhe von 48.247,33 EUR. Auf Basis des Jahresabschlusses 2012 wurden die Körperschaftsteuer- und Gewerbesteuererklärungen erstellt und am 28.04.2014 beim Finanzamt Kiel-Nord eingereicht. Aufgrund des Verlustvortrages aus Vorjahren und des Jahresfehlbetrages 2012 ergibt sich keine Körperschaftsteuerzahllast. Ein verbleibender Verlustvortrag in Höhe von ca. 68.000,00 EUR steht zur Verfügung, ist jedoch aufgrund der Einstellung des Geschäftsbetriebes praktisch wertlos.

Die Umsatzsteuer-Voranmeldungen für die Monate Oktober 2012 bis Mai 2013 wurden berichtigt und am 30.04.2014 eingereicht. Aus den Berichtigungen ergibt sich per Saldo eine Umsatzsteuer-Nachzahlung in Höhe von 2.340,00 EUR für den Zeitraum Oktober bis Dezember 2012 (Insolvenzforderung) sowie eine Erstattung in Höhe von 1.280,00 EUR für den Zeitraum Januar bis Mai 2013 (Masseforderung/Erstattungsanspruch). Die Verrechnung erfolgt durch das Finanzamt.

Die Umsatzsteuer-Jahreserklärung 2013 für das Rumpfgeschäftsjahr (01.01. bis 31.05.2013 – Insolvenzforderungszeitraum, sowie 01.06. bis 31.12.2013 – Massezeitraum) wird derzeit erstellt und soll bis zum 30.06.2014 eingereicht werden. Es wird erwartet, dass sich aus den Vorsteuerbeträgen der Verwertungsmaßnahmen im zweiten Halbjahr 2013 ein Erstattungsanspruch zugunsten der Masse ergibt.

f) Forderungstabelle – Veränderungen

Gegenüber dem Vorbericht haben sich folgende Änderungen in der Forderungstabelle ergeben: Die Forderung der DAK-Gesundheit in Höhe von 18.740,00 EUR bleibt festgestellt. Jedoch ist zu berücksichtigen, dass die anhängige Anfechtungsklage bei Erfolg zu einer Rückzahlung von 8.200,00 EUR an die Masse führen würde. Die Forderung der Fashion Forward KG in Höhe von 28.700,00 EUR ist weiterhin in Höhe von 3.900,00 EUR bestritten. Verhandlungen über einen Vergleich laufen. Zwei neue Forderungsanmeldungen sind eingegangen: Die Berufsgenossenschaft Handel und Warenlogistik hat Beitragsrückstände in Höhe von 2.340,00 EUR angemeldet (festgestellt), und die IHK zu Kiel hat Beiträge für 2012/2013 in Höhe von 480,00 EUR angemeldet (festgestellt).

Die Gesamtsumme der angemeldeten Forderungen hat sich damit auf ca. 582.820,00 EUR erhöht. Die Summe der festgestellten Forderungen beträgt ca. 512.820,00 EUR. Die bestrittenen Forderungen belaufen sich unverändert auf ca. 70.000,00 EUR.

Es ist darauf hinzuweisen, dass die endgültige Quotenberechnung erst nach Abschluss sämtlicher Verwertungs- und Anfechtungsmaßnahmen erfolgen kann. Eine vorläufige Quotenschätzung ergibt sich wie folgt: Bei einer geschätzten verteilbaren Masse von ca. 50.000,00 bis 70.000,00 EUR und festgestellten Insolvenzforderungen von ca. 510.000,00 EUR resultiert eine voraussichtliche Quote von ca. 10 bis 14 Prozent. Die Bandbreite ist relativ groß, da der Ausgang der Anfechtungsklage und der möglichen Haftungsklage gegen den Geschäftsführer noch ungewiss ist.

g) Verfahrenskosten – Zwischenübersicht

Position	Betrag EUR	Status
Gerichtskosten (Vorschuss)	3.500,00	gezahlt
Gerichtskosten (Rest gesch.)	4.500,00	offen
Verwaltervergütung (Vorschuss)	5.000,00	gezahlt
Verwaltervergütung (gesch. Rest)	18.000,00	offen
Steuerberatung Hansen & Kramer	4.500,00	teilw. gezahlt
Auktionatorhonorar Sievert	1.800,00	gezahlt
Prozesskosten DAK-Klage	1.200,00	gezahlt
Aktenlagerung Iron Mountain	1.440,00/Jahr	laufend
Versicherungen (Rest)	800,00	gezahlt
Porto, Telefon, Kopien	680,00	laufend
Bankgebühren Treuhandkonto	240,00/Jahr	laufend

Die Gesamtkosten des Verfahrens werden nach derzeitigem Stand auf ca. 42.000,00 bis 48.000,00 EUR geschätzt. Die größte Position bildet die Vergütung des Insolvenzverwalters, die gemäß § 63 InsO in Verbindung mit der InsVV nach der Berechnungsgrundlage bemessen wird. Bei einer Insolvenzmasse zum Zeitpunkt der Beendigung des Verfahrens von geschätzt ca. 100.000,00 bis 120.000,00 EUR beträgt die Regelvergütung ca. 18.000,00 bis 21.000,00 EUR (zuzüglich Auslagen und USt). Zuschläge nach § 3 InsVV kommen in Betracht für die Verwertung von Absonderungsgut (§ 1 Abs. 2 Nr. 1 InsVV) sowie für die Prozessführung.

h) Korrespondenz mit dem Insolvenzgericht

Im Berichtszeitraum fanden zwei Besprechungen mit dem zuständigen Insolvenzrichter Dr. Thomas Wendt statt. In der Besprechung am 15.01.2014 wurde der Stand der Verwertungsmaßnahmen erörtert. Der Richter hat die bisherige Verfahrensführung als sachgerecht bewertet und den Insolvenzverwalter aufgefordert, die Anfechtungsklage gegen die DAK-Gesundheit zügig einzureichen. In der Besprechung am 20.04.2014 wurde über den Vergleich mit der Kieler Volksbank eG berichtet. Das Gericht hat den Vergleich als angemessen gebilligt.

Darüber hinaus hat der Insolvenzverwalter gemäß § 58 Abs. 1 Satz 2 InsO dem Insolvenzgericht eine Zwischenübersicht über den Massebestand und die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben vorgelegt. Das Gericht hat auf dieser Grundlage die Fortführung des Verfahrens genehmigt und den Berichtstermin auf den 15.06.2014 festgesetzt.

i) Arbeitsergebnis der Anfechtungsprüfung

Anfechtungsgegner	Betrag	Rechtsgrund	Status
DAK-Gesundheit	8.200,00	§ 131 Abs. 1 Nr. 1	Klage eingereicht
IKK Nord	5.600,00	§ 131 Abs. 1 Nr. 1	außergerichtl. Einigung
Stadtwerke Kiel AG	3.200,00	§ 130 / § 142	nicht verfolgt (Bargesch.)
Telekom Deutschl. GmbH	1.800,00	§ 130	nicht verfolgt (gering)
Lohnzahlungen (div.)	28.000,00	§ 130	nicht verfolgt (Rspr.)
Gesellsch.-Entnahmen	12.000,00	§ 64 GmbHG	über Haftungsklage
Fashion Forward KG	12.000,00	§ 130	nicht verfolgt (Vergleich)

Die vorstehende Übersicht zeigt sämtliche geprüften Anfechtungstatbestände und das Ergebnis der Prüfung. Von den insgesamt sieben geprüften Sachverhalten wurden zwei im Wege der Klage bzw. außergerichtlichen Einigung verfolgt (DAK und IKK), einer über die Haftungsklage (Gesellschafter-Entnahmen), und vier als nicht verfolgungswürdig eingestuft. Die Gesamtsumme der geprüften Anfechtungsansprüche beträgt ca. 70.800,00 EUR. Hiervon werden voraussichtlich ca. 10.000-14.000 EUR realisiert (DAK + IKK + anteilig Berger), was einer Realisierungsquote von ca. 14-20 Prozent der geprüften Beträge entspricht. Diese Quote liegt im Rahmen dessen, was in vergleichbaren Insolvenzverfahren erzielt wird.

g) Verwertung Warenlager – Detailbericht

Die Verwertung des Warenlagers erfolgte in drei Phasen: In der ersten Phase (August bis September 2013) wurden sämtliche Kühl- und Tiefkühlwaren mit kurzem Mindesthaltbarkeitsdatum an den Großhändler Rungis Express GmbH zu einem Pauschalpreis von EUR 45.000,00 veräußert. Dies entspricht ca. 38 % des Buchwerts dieser Warengruppe, liegt jedoch über dem erwarteten Erlös, da der Käufer die Logistikkosten übernommen hat.

In der zweiten Phase (Oktober bis Dezember 2013) wurden die haltbaren Waren (Konserven, Trockenwaren, Gewürze) im Rahmen eines gesteuerten Abverkaufs über die bestehenden Kundenkanäle vertrieben. Der Erlös belief sich auf EUR 78.234,56 bei einem Buchwert von EUR 112.000,00. Die Verwertungsquote von 69,8 % ist als zufriedenstellend zu bewerten, zumal keine Sonderrabatte über 20 % gewährt werden mussten.

In der dritten Phase (Januar 2014) wurde der Restbestand im Wege einer öffentlichen Versteigerung durch das Auktionshaus Norddeutsche Industrieauktionen GmbH verwertet. Der Erlös betrug EUR 12.567,89 für Waren mit einem Buchwert von EUR 43.678,12 (Verwertungsquote 28,8 %). Die niedrige Quote erklärt sich daraus, dass es sich überwiegend um Spezialartikel mit begrenztem Abnehmerkreis handelte.

Der Gesamterlös aus der Warenverwertung beträgt somit EUR 135.802,45 bei einem Gesamtbuchwert von EUR 273.678,12. Die durchschnittliche Verwertungsquote von 49,6 % liegt im üblichen Rahmen für Insolvenzverfahren im Lebensmittelhandel. Die Verwertung des Anlagevermögens wird im folgenden Bericht gesondert dargestellt.

h) Genehmigung des Gläubigerausschusses

Der Gläubigerausschuss hat in seiner Sitzung vom 18.12.2013 die vorgenannten Verwertungsmaßnahmen einstimmig genehmigt. Darüber hinaus hat der Gläubigerausschuss den Insolvenzverwalter ermächtigt, die Verhandlungen mit potentiellen Interessenten für den Erwerb des Geschäftsbetriebs fortzuführen. Die Mitglieder des Gläubigerausschusses – Herr Dr. Michael Brandt (Commerzbank AG), Frau Sabine Müller (Agentur für Arbeit Kiel), Herr Karl-Heinz Weber (Fa. Weber Transporte GmbH) – haben die bisherige Amtsführung des Insolvenzverwalters als sachgerecht und wirtschaftlich bewertet.

Im Rahmen der Sitzung wurde auch die Frage der Fortführung des Mietverhältnisses für die Geschäftsräume Am Hafen 17 erörtert. Der Mietvertrag mit der Kieler Hafenimmobilien GmbH & Co. KG läuft noch bis zum 31.12.2015 bei einer monatlichen Miete von EUR 6.300,00 zzgl. Nebenkosten. Der Gläubigerausschuss hat beschlossen, dass das Mietverhältnis zunächst fortgeführt werden soll, um die Option eines Unternehmensverkaufs einschließlich des Standorts offenzuhalten. Eine Kündigung soll erfolgen, sobald feststeht, dass eine Übernahme des Mietvertrags durch einen Erwerber nicht realisierbar ist.

i) Gutachten zur Immobilienbewertung

Der vom Insolvenzverwalter beauftragte Sachverständige Dipl.-Ing. Werner Behrens hat das Gutachten zur Bewertung der Mietvertragsrechte und der eingebauten Kühlanlage am Standort Am Hafen 17, 24103 Kiel, vorgelegt. Das Gutachten kommt zu folgenden Ergebnissen:

Die Gewerbeimmobilie Am Hafen 17 umfasst eine Lagerfläche von 480 m², eine Kühlkammer (120 m², -18 Grad C), eine Tiefkühlkammer (60 m², -25 Grad C), Büroflächen von 85 m² sowie Sozialräume (45 m²). Die Gesamtmietfläche beträgt 790 m². Die vereinbarte Nettokaltmiete von EUR 6.300,00 monatlich entspricht einem Quadratmeterpreis von EUR 7,97/m², was für den Standort und die Ausstattung als marktgerecht einzustufen ist.

Die Kühlanlage (Hersteller: Bitzer, Typ: Verbundanlage 4x4FES-5Y, Installationsjahr 2008) hat einen Wiederbeschaffungswert von ca. EUR 85.000,00. Der Zeitwert unter Berücksichtigung des Alters und des Zustands wird auf EUR 35.000,00 bis EUR 45.000,00 geschätzt. Ein separater Ausbau der Anlage ist technisch möglich, würde jedoch Kosten von EUR 12.000,00 bis EUR 18.000,00 verursachen und den Zeitwert um die Ausbaurkosten mindern.

Der Sachverständige empfiehlt daher, die Kühlanlage nicht separat zu verwerten, sondern im Rahmen einer übertragenden Sanierung mit dem Mietvertrag zusammen an einen Erwerber zu übertragen. Der Mehrwert der Kühlanlage für einen Erwerber, der den Standort als Kühllager weiternutzen möchte, liegt bei EUR 40.000,00 bis EUR 50.000,00. Für einen Erwerber ohne Kühlbedarf hat die Anlage keinen wirtschaftlichen Wert.

Die Gutachterkosten belaufen sich auf EUR 3.450,00 netto und sind als Masseverbindlichkeit beglichen worden.

j) Umweltrechtliche Prüfung

Der Insolvenzverwalter hat eine umweltrechtliche Prüfung des Betriebsstandorts Am Hafen 17 durchführen lassen. Hintergrund ist die Tatsache, dass auf dem Gelände Kühlmittel (R404A) und Reinigungschemikalien gelagert wurden. Die Prüfung durch das Ingenieurbüro Nordische Umweltgutachter GmbH ergab folgende Ergebnisse:

(1) Die Kühlanlage verwendet das Kältemittel R404A (ca. 45 kg Füllmenge). Die jährliche Dichtigkeitsprüfung wurde zuletzt am 12.01.2013 durchgeführt und ergab keine Leckagen. Die Kühlanlage entspricht den Anforderungen der F-Gase-Verordnung (EU) Nr. 517/2014. Der Insolvenzverwalter hat die regelmaessige Wartung während der Betriebsfortführung sichergestellt.

(2) Reinigungschemikalien (Chlor- und Tensidbasis) wurden in einem abgeschlossenen Chemikalienlager mit Auffangwanne vorschriftsmäßig gelagert. Die Bestände wurden nach Beendigung der Betriebsfortführung fachgerecht durch die Fa. Nordische Entsorgung GmbH entsorgt. Die Entsorgungskosten betrugen EUR 876,54.

(3) Altlasten im Boden des Betriebsgeländes konnten nicht festgestellt werden. Das Gelände liegt im Hafengebiet und unterliegt der regelmäßigen Überwachung durch das Staatliche Umweltamt. Der letzte Bodenuntersuchungsbericht vom Juni 2012 weist keine Kontaminationen aus.

(4) Der Insolvenzverwalter hat die ordnungsgemäße Rückgabe des Betriebsgeländes an den Vermieter sichergestellt. Ein gemeinsames Übergabeprotokoll wurde am 15.01.2015 erstellt. Der Vermieter hat bestätigt, dass das Gelände in ordnungsgemäßem Zustand übergeben wurde.

k) Zusammenarbeit mit Behörden

Im Berichtszeitraum fand eine umfangreiche Zusammenarbeit mit verschiedenen Behörden statt. Das Gewerbeaufsichtsamt Kiel hat den Betrieb am 12.09.2013 im Rahmen einer routinemaßigen Überprüfung besichtigt. Es wurden keine Beanstandungen festgestellt. Die Einhaltung der lebensmittelrechtlichen Vorschriften (Verordnung (EG) Nr. 852/2004) war gewährleistet.

Das Veterinäramt des Kreises Kiel hat die Kühlkette überprüft und die ordnungsgemäße Temperaturführung bestätigt. Die Temperaturprotokolle der Kühlräume werden seit Verfahrenseröffnung vom Insolvenzverwalter aufbewahrt. Die Industrie- und Handelskammer zu Kiel wurde über das Insolvenzverfahren informiert und hat die Abmeldung des Gewerbebetriebs nach dem Betriebsübergang bestätigt.

Die Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit Kiel war intensiv. Die Agentur hat Insolvenzgeld für die gekündigten Mitarbeiter bewilligt und die entsprechenden Rückforderungsansprüche als Insolvenzforderung angemeldet. Frau Sabine Müller als Vertreterin der Agentur im Gläubigerausschuss hat die Belange der Arbeitnehmer im Verfahren wirksam vertreten.

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

Brinkmann, Hartmann & Kollegen · Düsternbrooker Weg 45 · 24105 Kiel

Amtsgericht Kiel
Insolvenzgericht
Deliussstraße 22
24114 Kiel

KIEL
Düsternbrooker Weg 45
24105 Kiel
Telefon: +49 (0)431 55 42 80-0
Telefax: +49 (0)431 55 42 80-20
kiel@brinkmann-hartmann.de
www.brinkmann-hartmann.de

15.12.2014

10 IN 127/13

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Firma

Nordlicht Handels GmbH

überreiche ich als **Anlage** meinen turnusgemäßen Bericht.

Dr. Jens-Peter Hartmann

Rechtsanwalt

als Insolvenzverwalter

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

3. Turnusgemäßiger Bericht

des Rechtsanwaltes
Dr. Jens-Peter Hartmann,
Düsternbrooker Weg 45, 24105 Kiel

vom 15.12.2014

in dem Insolvenzverfahren
über das Vermögen der Firma
Nordlicht Handels GmbH,
Bergstraße 14, 24103 Kiel,
vertreten durch die Geschäftsführer
Stefan und Katrin Berger,
wohnhaft: Mühlenkamp 22, 24113 Kiel

10 IN 127/13

Inhaltsverzeichnis

A. Bericht

I. Vorbemerkung

II. Verfahrensfortgang

1. Lagerräumung Wellseedamm
2. DAK-Anfechtungsklage
3. Haftungsklage Stefan Berger
4. Fashion Forward KG – Vergleich
5. Mietverhältnisse
6. Steuerliche Angelegenheiten

III. Massebestand

IV. Voraussichtliche Quote

V. Berichtsfrist

Anlagen

A. Bericht

I. Vorbemerkung

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Nordlicht Handels GmbH (Az. 10 IN 127/13) erstatte ich hiermit meinen dritten turnusgemäßen Zwischenbericht. Auf meine vorherigen Berichte vom 15.08.2013, 15.12.2013 und 15.06.2014 nehme ich Bezug.

Im Berichtszeitraum konnte die Räumung des Lagers am Wellseedamm abgeschlossen werden, sodass fortan keine laufenden Mietkosten mehr anfallen. Darüber hinaus wurde die Haftungsklage gegen den ehemaligen Geschäftsführer Stefan Berger erhoben und der Forderungsstreit mit der Fashion Forward KG vergleichsweise beigelegt. Die Anfechtungsklage gegen die DAK-Gesundheit ist weiterhin anhängig; ein Verhandlungstermin ist für Februar 2015 anberaumt.

II. Verfahrensfortgang

1. Lagerräumung Wellseedamm

Das Lager am Wellseedamm 46 in 24145 Kiel wurde am 31.12.2014 vollständig geräumt und an den Vermieter, die Hausverwaltung Wellsee, zurückgegeben. Die Räumung umfasste die Überführung der verbliebenen Geschäftsunterlagen in ein Archivlager bei der Firma Aktenvernichtung Nord GmbH in Kiel (Monatskosten: 45,00 EUR), die Entsorgung nichtverkaufsfähiger Waren und Gegenstände über ein Entsorgungsunternehmen sowie die Herrichtung der Räume für die Übergabe. Ein Räumungsprotokoll wurde unter Beteiligung des Vermieters erstellt und unterzeichnet.

Die bei Mietvertragsabschluss geleistete Mietkaution in Höhe von 4.800,00 EUR (drei Monatsmieten) wurde mit den rückständigen Mietforderungen des Vermieters verrechnet. Die Hausverwaltung Wellsee hatte für den Zeitraum vor der Verfahrenseröffnung Mietrückstände in Höhe von 4.800,00 EUR als Insolvenzforderung angemeldet. Die Verrechnung der Kautions mit den Insolvenzforderungen des Vermieters war gemäß § 108 Abs. 1 InsO in Verbindung mit den mietvertraglichen Regelungen zulässig. Damit sind sämtliche Mietverhältnisse der Schuldnerin endgültig beendet. Laufende Mietkosten fallen fortan nicht mehr an, was die Masse erheblich entlastet.

Die Gesamtkosten für die Lagermiete seit Verfahrenseröffnung beliefen sich auf insgesamt 30.400,00 EUR (19 Monate à 1.600,00 EUR). Hinzu kamen Nebenkosten und die Entsorgungskosten in Höhe von ca. 1.200,00 EUR. Rückblickend war die Fortführung des Lagermietverhältnisses für die Warenbestandsverwertung und die ordnungsgemäße Archivierung der Geschäftsunterlagen zwingend erforderlich.

2. DAK-Anfechtungsklage

Die Anfechtungsklage gegen die DAK-Gesundheit (AG Kiel, Az. 117 C 42/14) befindet sich weiterhin im Vorverfahren. Die DAK-Gesundheit hat die Klageerwiderung fristgerecht eingereicht und die Ansprüche dem Grunde und der Höhe nach bestritten. Insbesondere bestreitet die DAK-Gesundheit, zum Zeitpunkt der empfangenen Zahlungen Kenntnis von der Zahlungsunfähigkeit der Schuldnerin gehabt zu haben. Sie beruft sich darauf, dass die Zahlungen im Zeitraum Juli bis August 2012 vor Eintritt der Zahlungsunfähigkeit erfolgt seien.

Ich habe in meiner Replik dargelegt, dass die Zahlungsunfähigkeit der Schuldnerin spätestens ab September 2012 vorlag, da zu diesem Zeitpunkt die Deckungslücke bereits über 10 % der fälligen Verbindlichkeiten betrug. Die DAK-Gesundheit hätte als professionelle Einzugsstelle aus den mehrfachen Mahnläufen und den verspäteten Teilzahlungen auf eine zumindest drohende Zahlungsunfähigkeit schließen müssen. Ein Verhandlungstermin ist auf den Februar 2015 angesetzt worden. Ich bin zuversichtlich, dass die Klage zumindest für die Zahlungen ab September 2012 Erfolg haben wird.

3. Haftungsklage Stefan Berger

Am 15.09.2015 habe ich beim Amtsgericht Kiel Haftungsklage gegen den ehemaligen Geschäftsführer Stefan Berger erhoben (Az. 113 C 285/14). Der Streitwert beträgt 32.000,00 EUR. Die Klage stützt sich auf § 64 Satz 1 GmbHG (Ersatzpflicht für Zahlungen nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit bzw. Überschuldung) sowie auf § 15a Abs. 4 InsO in Verbindung mit § 823 Abs. 2 BGB (Insolvenzverschleppung).

Im Einzelnen wird Herrn Berger vorgeworfen, in der Zeit nach Eintritt der Insolvenzreife (ab Oktober 2012) bis zur Verfahrenseröffnung (01.06.2013) Zahlungen in Höhe von ca. 32.000,00 EUR veranlasst zu haben, die nicht mit der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes vereinbar waren. Hierzu zählen Zahlungen an Warenlieferanten (ca. 18.000,00 EUR), Mietvorauszahlungen (ca. 8.000,00 EUR) und Gesellschafter-Entnahmen (ca. 6.000,00 EUR).

Herr Berger hat die Ansprüche über seinen Rechtsanwalt, RA Oliver Kruse, Kiel, dem Grunde und der Höhe nach bestritten. Er lässt vortragen, dass die Zahlungen im ordnungsgemäßen Geschäftsbetrieb erforderlich gewesen seien und dass er zum Zeitpunkt der Zahlungen noch von einer Sanierungsmöglichkeit ausgegangen sei. Ferner bestreitet er die Höhe des geltend gemachten Erstattungsanspruchs. Ein erster Verhandlungstermin steht noch aus.

4. Fashion Forward KG – Vergleich

Die bestrittene Forderung der Fashion Forward KG konnte durch einen außergerichtlichen Vergleich beigelegt werden. Die Fashion Forward KG hatte eine Forderung in Höhe von 28.700,00 EUR für Warenlieferungen an die Schuldnerin im Zeitraum August bis November 2012 angemeldet. Ich hatte die Forderung in Höhe von 3.900,00 EUR bestritten, da nach meinen Ermittlungen Warenrücksendungen in dieser Höhe erfolgt waren, die von der Fashion Forward KG nicht berücksichtigt worden waren.

Im Rahmen des Vergleichs wurde die Forderung auf **24.800,00 EUR** festgestellt. Die Fashion Forward KG verzichtete auf den bestrittenen Teilbetrag. Die Feststellung der Forderung in dieser Höhe wurde in der Forderungstabelle nachgetragen.

Die Kündigung der Mitarbeiter erfolgte seinerzeit zum 15.07.2013 unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfristen. Sämtliche Arbeitsverhältnisse sind zwischenzeitlich vollständig abgewickelt.

5. Mietverhältnisse

Wie unter Ziffer 1 dargestellt, sind sämtliche Mietverhältnisse der Schuldnerin mit der Räumung des Lagers am 31.12.2014 beendet. Die Schuldnerin verfügt über keine gemieteten Räume mehr. Die Geschäftsunterlagen werden in einem externen Archivlager zu geringen Kosten aufbewahrt.

6. Steuerliche Angelegenheiten

Die Umsatzsteuer-Jahreserklärung 2012 wurde vom Finanzamt Kiel-Nord veranlagt. Es ergab sich kein Erstattungsanspruch, da die geschuldete Umsatzsteuer die Vorsteuerbeträge knapp überstieg. Die Körperschaftsteuererklärung 2012 wurde eingereicht und veranlagt. Eine Körperschaftsteuer fiel aufgrund des negativen Ergebnisses nicht an. Die laufenden steuerlichen Verpflichtungen des Insolvenzverfahrens werden ordnungsgemäß erfüllt.

III. Massebestand

Der Massebestand zum Stichtag 30.11.2014 beläuft sich auf:

Konto	Betrag (EUR)
Treuhandkonto Kieler Volksbank eG	56.798,00

Der Massebestand ist gegenüber dem Vorbericht (72.500,00 EUR) zurückgegangen, was auf die laufenden Massekosten – insbesondere die Lagermiete von 11.200,00 EUR für Juni bis November 2014 sowie die Anwaltskosten für die Haftungsklage in Höhe von 3.200,00 EUR – zurückzuführen ist. Im nächsten Berichtszeitraum werden keine Mietkosten mehr anfallen.

IV. Voraussichtliche Quote

Die voraussichtliche Befriedigungsquote für die Insolvenzgläubiger (§ 38 InsO) liegt unverändert bei ca. 8 bis 12 %. Der Wegfall der Mietkosten wird die Masse künftig weniger belasten. Die endgültige Quote hängt weiterhin maßgeblich vom Ausgang der DAK-Anfechtungsklage und der Haftungsklage gegen Herrn Berger ab.

V. Berichtsfrist

Für die Vorlage meines nächsten turnusgemäßen Berichtes habe ich mir vorsorglich den 15.06.2015 vorgemerkt.

Kiel, den 15.12.2014

Dr. Jens-Peter Hartmann

Rechtsanwalt

als Insolvenzverwalter

Einnahmen- / Ausgabenrechnung

Berichtszeitraum: 06/2014 - 11/2014

Position	Einnahmen (EUR)	Ausgaben (EUR)
Vortrag	72.482,00	
Zinsen	18,00	
Miete Lager 06-11/2014		9.600,00
RA-Kosten Haftungsklage Berger		3.200,00
Steuerberater		800,00
Porto/Bürokosten		420,00
Bankgebühren		82,00
Entsorgungskosten Lager		1.200,00
Archivlagerkosten (anteilig)		400,00
Summe Einnahmen	72.500,00	
Summe Ausgaben		15.702,00
Saldo	56.798,00	

Kontoauszug Treuhandkonto

Kieler Volksbank eG · IBAN DE89 2109 0007 0012 3456 78

Berichtszeitraum: 01.06.2014 - 31.12.2014

Datum	Buchungstext	Soll (EUR)	Haben (EUR)	Saldo (EUR)
	Anfangsbestand		72.482,00	72.482,00
10.06.2014	Bankgebühren 06/2014	14,00		72.468,00
15.06.2014	Miete Lager 06/2014	1.600,00		70.868,00
01.07.2014	IKK Nord (Anfechtungseinigung)		4.200,00	75.068,00
10.07.2014	Bankgebühren 07/2014	14,00		75.054,00
15.07.2014	Miete Lager 07/2014	1.600,00		73.454,00
01.08.2014	Porto/Bürokosten	200,00		73.254,00
10.08.2014	Bankgebühren 08/2014	14,00		73.240,00
15.08.2014	Miete Lager 08/2014	1.600,00		71.640,00
01.09.2014	Steuerberater	400,00		71.240,00
10.09.2014	Bankgebühren 09/2014	14,00		71.226,00
15.09.2014	Miete Lager 09/2014	1.600,00		69.626,00
15.09.2014	RA-Kosten Haftungsklage Berger	3.200,00		66.426,00
10.10.2014	Bankgebühren 10/2014	12,00		66.414,00
15.10.2014	Miete Lager 10/2014	1.600,00		64.814,00
10.11.2014	Bankgebühren 11/2014	12,00		64.802,00
15.11.2014	Miete Lager 11/2014	1.600,00		63.202,00
01.12.2014	Porto/Bürokosten	220,00		62.982,00
10.12.2014	Bankgebühren 12/2014	12,00		62.970,00
15.12.2014	Miete Lager 12/2014	1.600,00		61.370,00
31.12.2014	Lagerkaution (Verrechnung mit Mietrückstand)		0,00	61.370,00
31.12.2014	Zinsen		18,00	61.388,00
	Endbestand			61.388,00

a) Abschluss der Lagerräumung

Die Räumung des Lagers am Wellseedamm 46 konnte planmäßig zum 31.12.2014 abgeschlossen werden. Die letzten verbliebenen Warenvorräte wurden im November 2014 an die Firma TextilRecycling Nord GmbH zu einem Kilogrammpreis von 0,80 EUR verkauft. Das Gewicht der restlichen Ware betrug ca. 1.850 kg, so dass ein Erlös von 1.480,00 EUR erzielt wurde. Die Geschäftsunterlagen der Schuldnerin wurden in 42 Umzugskartons verpackt und bei der Firma Iron Mountain Document Management GmbH eingelagert. Die monatlichen Lagerkosten betragen 120,00 EUR. Die handels- und steuerrechtlichen Aufbewahrungsfristen laufen für die ältesten Unterlagen (Gründungsjahr 2008) erst im Jahre 2018 ab. Die Einlagerung ist daher noch für mehrere Jahre erforderlich.

Die Übergabe der Lagerfläche an den Vermieter erfolgte am 02.01.2015. Ein Übergabeprotokoll wurde erstellt. Der Vermieter hat keine über die normale Abnutzung hinausgehenden Schäden geltend gemacht. Die Mietkaution in Höhe von 3.200,00 EUR (zwei Monatsmieten) wurde vom Vermieter zurückerstattet und der Insolvenzmasse am 15.01.2015 gutgeschrieben.

b) Abschluss der IKK-Anfechtung

Wie bereits im Vorbericht dargestellt, konnte die außergerichtliche Einigung mit der IKK Nord über den Anfechtungsanspruch in Höhe von 5.600,00 EUR am 01.07.2014 geschlossen werden. Die vereinbarte Vergleichssumme von 4.200,00 EUR ging am 15.07.2014 auf dem Treuhandkonto des Insolvenzverwalters ein. Die Angelegenheit ist damit abgeschlossen. Der Vergleichsbetrag ist in der beigefügten Einnahmen- und Ausgabenrechnung unter der Position "Anfechtungserlöse" ausgewiesen.

In der Gesamtbetrachtung der bisherigen Anfechtungsbemühungen ist festzuhalten, dass aus der IKK-Anfechtung ein Betrag von 4.200,00 EUR realisiert werden konnte. Die Anfechtungsklage gegen die DAK-Gesundheit ist weiterhin vor dem Amtsgericht Kiel unter dem Aktenzeichen 25 C 412/14 anhängig. Ein Urteil wird im ersten Quartal 2015 erwartet.

c) Stand des DAK-Rechtsstreits

Im Rechtsstreit gegen die DAK-Gesundheit (Az. 25 C 412/14, AG Kiel) hat am 15.07.2014 die mündliche Verhandlung stattgefunden. Das Gericht hat die Parteien darauf hingewiesen, dass es die Klage für überwiegend begründet hält, soweit die Zahlungen nach Vollstreckungsandrohung geleistet wurden. Die DAK hat daraufhin um Schriftsatzfrist bis zum 30.09.2014 gebeten, die vom Gericht gewährt wurde. Im Schriftsatz vom 28.09.2014 hat die DAK neue Einwendungen erhoben und insbesondere vorgetragen, dass ein Teil der Zahlungen (2.100,00 EUR) auf eine frühere Ratenzahlungsvereinbarung vom Mai 2012 zurückgehe, die noch vor Eintritt der Zahlungsunfähigkeit geschlossen worden sei. Der Insolvenzverwalter hat hierzu mit Schriftsatz vom 30.10.2014 Stellung genommen und dargelegt, dass auch diese Vereinbarung inkongruent sei, da sie auf Druck der Vollstreckungsandrohung zustande gekommen sei. Ein Urteil wird nunmehr für März 2015 erwartet.

Die Prozesskosten belaufen sich bislang auf ca. 1.200,00 EUR (Gerichtskosten und eigene Anwaltskosten). Bei einem Obsiegen sind diese von der DAK zu erstatten. Soweit die DAK im Falle des Unterliegens Berufung einlegen sollte, wäre das Landgericht Kiel zuständig. Die Erfolgsaussichten der Klage werden nach wie vor als überwiegend positiv eingeschätzt.

d) Verwertungsübersicht – Gesamtdarstellung

Maßnahme	Zeitraum	Erlös EUR	Status
Bankguthaben Eröffnung	06/2013	12.400,00	erledigt
Verwertung Geschäftsunterlagen	10/2013	14.200,00	erledigt
Verwertung Domain/Kundenstamm	11/2013	5.500,00	erledigt
Onlineshop-Abwicklung	09-11/2013	2.100,00	erledigt
Räumungsverkauf Outlet	09/2013	8.500,00	erledigt
Warenverwertung Lager (Hauptposten)	02/2014	22.400,00	erledigt
Warenverwertung Lager (Rest)	11/2014	1.480,00	erledigt
Forderungseinzug (Kundenforderungen)	06/2013-12/2013	12.400,00	erledigt
Mietkaution Lager	01/2015	3.200,00	ausstehend
VB-Vergleich Massebeitrag	04/2014	18.000,00	erledigt
IKK-Anfechtung Vergleich	07/2014	4.200,00	erledigt
DAK-Anfechtung (1. Instanz)	anhängig	6.100,00	offen
Summe realisiert		101.280,00	
Summe offen		9.300,00	

Die vorstehende Tabelle gibt eine Gesamtübersicht über sämtliche Verwertungsmaßnahmen und Einnahmen der Insolvenzmasse seit Verfahrenseröffnung. Insgesamt konnten bislang 101.280,00 EUR realisiert werden. Weitere ca. 9.300,00 EUR stehen noch aus (Mietkaution Lager und

DAK-Anfechtung). Die Verwertungsquote bezogen auf die ursprünglichen Buchwerte des Anlagevermögens (ca. 77.700 EUR) und der Warenvorräte (ca. 150.000 EUR) beträgt ca. 44 Prozent, was für ein Insolvenzverfahren im Textileinzelhandel als überdurchschnittlich zu bewerten ist.

Der wesentliche Teil der Verwertungsmaßnahmen ist damit abgeschlossen. Die noch ausstehenden Positionen werden voraussichtlich im ersten Halbjahr 2015 eingehen. Im Anschluss daran wird sich der Fokus des Verfahrens auf die Prozessführung (DAK-Anfechtung, mögliche Haftungsklage) und die Vorbereitung der Schlussrechnung verlagern.

e) Aufbewahrung der Geschäftsunterlagen

Die Geschäftsunterlagen der Schuldnerin wurden in 42 Umzugskartons bei der Firma Iron Mountain Document Management GmbH, Lager Kiel-Süd, eingelagert. Die Kartons enthalten: Jahresabschlüsse und BWAs (2008-2013), Buchführungsbelege (sortiert nach Monaten und Konten), Personalakten (12 Mitarbeiter plus Geschäftsführer), Mietverträge und Korrespondenz mit Vermietern, Kreditverträge und Bankkorrespondenz, Versicherungsunterlagen, Korrespondenz mit Lieferanten, steuerliche Unterlagen und Finanzamtsbescheide, Gesellschaftsvertrag und Handelsregistrauszüge, Kassendaten auf USB-Sticks (2008-2012), sowie Verfahrensakten des Insolvenzverwalters.

Die handels- und steuerrechtlichen Aufbewahrungsfristen gemäß § 257 HGB und § 147 AO betragen für Buchungsbelege und Geschäftsbriefe sechs Jahre, für Jahresabschlüsse, Bücher und Inventare zehn Jahre. Die Fristen beginnen mit dem Schluss des Kalenderjahres, in dem die letzte Eintragung in das Buch gemacht, das Inventar, die Eröffnungsbilanz, der Jahresabschluss oder der Lagebericht aufgestellt, der Handels- oder Geschäftsbrief empfangen oder abgesandt worden oder der Buchungsbeleg entstanden ist. Für die Unterlagen des Gründungsjahres 2008 läuft die Aufbewahrungsfrist demnach bis Ende 2018.

f) Geplante Haftungsklage gegen den Geschäftsführer

Der Insolvenzverwalter hat die Möglichkeit einer Haftungsklage gegen den ehemaligen Geschäftsführer Stefan Berger gemäß § 64 GmbHG a.F. eingehend geprüft. Die Prüfung erstreckte sich auf sämtliche Zahlungen, die nach dem geschätzten Zeitpunkt der Zahlungsunfähigkeit (spätestens Oktober 2012) von dem Geschäftskonto der Schuldnerin geleistet wurden. Hierzu wurden die Kontoauszüge der Monate Oktober 2012 bis Mai 2013 Buchung für Buchung ausgewertet.

Im Ergebnis konnten Zahlungen in Höhe von insgesamt ca. 78.000,00 EUR identifiziert werden, die nach dem Zeitpunkt der materiellen Insolvenz geleistet wurden. Hiervon sind jedoch ca. 46.000,00 EUR als privilegierte Zahlungen gemäß § 64 Satz 2 GmbHG a.F. zu qualifizieren (Zahlungen, die mit der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes vereinbar waren, insbesondere Lohnzahlungen, Energiekosten und Mietzahlungen für die noch operativ genutzten Standorte). Der verbleibende, nicht privilegierte Betrag von ca. 32.000,00 EUR setzt sich zusammen aus: Mietzahlungen für den unwirtschaftlichen Standort am Hafen (8.400,00 EUR), IT-Dienstleistungen für den defizitären Online-Shop (4.800,00 EUR), Gesellschafter-Entnahmen (12.000,00 EUR) und sonstige nicht betriebsnotwendige Zahlungen (6.800,00 EUR).

Die Klage wird voraussichtlich im Frühjahr 2015 eingereicht werden. Die Erfolgsaussichten werden als gut eingeschätzt, da der Zeitpunkt der Zahlungsunfähigkeit durch das Sachverständigengutachten belegt ist und die beanstandeten Zahlungen klar abgrenzbar sind. Es wird ein Streitwert von 32.000,00 EUR angesetzt.

g) Masseentwicklung – Grafische Darstellung

Monat	Eingang	Ausgang	Saldo
Jun 2013	12.400,00	0,00	12.400,00
Jul 2013	2.100,00	5.800,00	8.700,00
Aug 2013	3.400,00	6.200,00	5.900,00
Sep 2013	8.500,00	3.800,00	10.600,00
Okt 2013	14.200,00	4.200,00	20.600,00
Nov 2013	5.500,00	2.800,00	23.300,00
Dez 2013	2.112,00	1.712,00	23.700,00
Jan 2014	0,00	1.200,00	22.500,00
Feb 2014	12.800,00	1.400,00	33.900,00
Mar 2014	4.200,00	1.600,00	36.500,00
Apr 2014	18.000,00	1.200,00	53.300,00
Mai 2014	2.400,00	1.800,00	53.900,00
Jun 2014	1.500,00	1.200,00	54.200,00
Jul 2014	4.200,00	1.400,00	57.000,00
Aug-Sep 2014	5.400,00	3.200,00	59.200,00
Okt-Nov 2014	1.480,00	2.800,00	57.880,00
Dez 2014	3.200,00	4.580,00	56.500,00

Die vorstehende monatliche Aufstellung zeigt die Masseentwicklung im Detail. Die Masseeingeänge konzentrieren sich auf die Monate Oktober 2013 (Versteigerung der Geschäftsausstattung: 14.200 EUR), Februar 2014 (Warenverwertung Lager: 12.800 EUR) und April 2014 (VB-Vergleich Massebeitrag: 18.000 EUR). Die laufenden Masseausgaben bewegen sich relativ konstant bei ca. 1.200-2.000 EUR monatlich und umfassen im Wesentlichen Mietkosten für das Lager, Steuerberatungskosten, Aktenlagerung und Verwaltungskosten.

Ab dem vierten Quartal 2014 übersteigen die monatlichen Ausgaben regelmäßig die Einnahmen, da die wesentlichen Verwertungserlöse bereits vereinnahmt wurden und die laufenden Verwaltungskosten die Masse belasten. Dieser Trend wird sich fortsetzen, bis die letzten offenen Positionen (DAK-Anfechtung, mögliche Berger-Haftungsklage) realisiert sind.

g) Anfechtungsrechtliche Prüfung

Der Insolvenzverwalter hat im Berichtszeitraum eine umfassende Prüfung der in den letzten drei Monaten vor Antragstellung sowie im vorläufigen Insolvenzverfahren geleisteten Zahlungen durchgeführt. Geprüft wurden insgesamt 487 Zahlungsausgänge mit einem Gesamtvolumen von EUR 1.234.567,89. Dabei wurden folgende potentiell anfechtbare Rechtshandlungen identifiziert:

(1) Zahlung an die Petersen Unternehmensberatung GmbH vom 15.04.2013 in Höhe von EUR 45.000,00: Die Anfechtung gemäß § 133 Abs. 1 InsO ist bereits klageweise geltend gemacht worden (siehe Bericht 2). Die Zahlungsempfängerin ist dem ehemaligen Geschäftsführer nahestehend, so dass die Vermutung des Gläubigerbenachteiligungsvorsatzes greift. Der Prozess ist beim LG Kiel anhängig.

(2) Zahlung an den Vermieter Kieler Hafenimmobilien GmbH & Co. KG vom 28.04.2013 in Höhe von EUR 18.900,00 (Mietrückstände für Januar bis März 2013): Diese Zahlung erfolgte auf rückständige Mietforderungen und ist grundsätzlich gemäß § 130 Abs. 1 Nr. 1 InsO als kongruente Deckung anfechtbar, sofern die Zahlungsunfähigkeit zum Zeitpunkt der Zahlung vorlag. Nach derzeitigem Kenntnisstand lag die Zahlungsunfähigkeit spätestens seit Februar 2013 vor. Der Insolvenzverwalter hat den Vermieter außergerichtlich zur Rückzahlung aufgefordert; eine Reaktion steht noch aus.

(3) Zahlungen an die Finanzverwaltung (Finanzamt Kiel-Nord) im April und Mai 2013 in Gesamthöhe von EUR 67.891,23 (Rückständige Umsatzsteuer und Lohnsteuer): Diese Zahlungen sind gemäß § 130 InsO anfechtbar. Der Insolvenzverwalter hat das Finanzamt aufgefordert, die empfangenen Beträge zur Insolvenztabelle anzumelden. Das Finanzamt hat mit Schreiben vom 12.02.2014 mitgeteilt, dass die Beträge nicht freiwillig erstattet werden.

(4) Zahlung an die Baltic Trading KG vom 03.05.2013 in Höhe von EUR 34.567,89: Diese Zahlung erfolgte auf eine fällige Warenlieferung und stellt eine kongruente Deckung dar. Eine Anfechtung gemäß § 130 Abs. 1 Nr. 2 InsO kommt in Betracht, sofern dem Zahlungsempfänger die Zahlungsunfähigkeit bekannt war. Hierfür liegen derzeit keine hinreichenden Anhaltspunkte vor. Der Insolvenzverwalter hat gleichwohl ein außergerichtliches Anfechtungsschreiben versandt, um die Verjährung zu hemmen.

h) Personalmaßnahmen – Detailbericht

Im Berichtszeitraum wurden die folgenden Personalmaßnahmen durchgeführt: Der Personalbestand wurde von 14 auf 12 Mitarbeiter reduziert. Die Kündigungen betrafen Herrn Dirk Johannsen (Lagerarbeiter, seit 01.03.2011) und Frau Kerstin Wilms (Buchhaltung, seit 15.09.2009). Die Kündigungen erfolgten betriebsbedingt unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfristen (§ 113 InsO: 3 Monate zum Monatsende).

Name	Position	Eintrittsdatum	Kündigung	Ende
D. Johannsen	Lagerarbeiter	01.03.2011	28.02.2014	31.05.2014
K. Wilms	Buchhaltung	15.09.2009	28.02.2014	31.05.2014

Der Betriebsrat wurde vor Ausspruch der Kündigungen gemäß § 102 BetrVG angehört. Der Betriebsrat hat der Kündigung des Herrn Johannsen zugestimmt, der Kündigung der Frau Wilms jedoch widersprochen, da er die Sozialauswahl als fehlerhaft rügte. Der Insolvenzverwalter hat die Kündigung gleichwohl ausgesprochen, da der Widerspruch unbegründet ist: Frau Wilms war die einzige Mitarbeiterin in der Buchhaltung, so dass eine Sozialauswahl nicht in Betracht kam. Die Buchhaltung wird künftig extern durch die Kanzlei Steuerberater Möller & Partner, Kiel, wahrgenommen.

Die übrigen 12 Mitarbeiter wurden über den Stand des Insolvenzverfahrens und die Verhandlungen über eine übertragende Sanierung informiert. Die Stimmung unter den Mitarbeitern ist nach Einschätzung des Insolvenzverwalters verhalten optimistisch. Die Arbeitsmoral ist gut, die Krankheitsquote liegt mit 4,2 % im branchendurchschnittlichen Bereich.

Die Lohn- und Gehaltszahlungen für den Berichtszeitraum wurden fristgerecht geleistet. Die Sozialversicherungsbeiträge und die Lohnsteuer wurden ordnungsgemäß abgeführt. Die Personalkosten im Berichtszeitraum betrugen: Bruttogehälter EUR 89.234,56; Arbeitgeberanteile Sozialversicherung EUR 17.234,56; Berufsgenossenschaft EUR 2.345,67; Sonstige Personalkosten EUR 1.234,56; Summe Personalkosten: EUR 110.049,35.

i) Ergebnis Betriebsprüfung Finanzamt

Das Finanzamt Kiel-Nord hat mit Prüfungsanordnung vom 15.11.2013 eine Betriebsprüfung für die Veranlagungszeiträume 2010 bis 2012 angeordnet. Die Prüfung wurde durch Herrn Betriebsprüfer Jochen Ahlbrecht durchgeführt und am 28.03.2014 abgeschlossen.

Die wesentlichen Feststellungen der Betriebsprüfung sind: (1) Körperschaftsteuer 2010: Keine Beanstandungen. (2) Körperschaftsteuer 2011: Erhöhung des Gewinns um EUR 12.345,00 aufgrund nicht anerkannter Bewirtungskosten (EUR 5.678,00) und verdeckter Gewinnausschüttung an den Gesellschafter (EUR 6.667,00, Pkw-Nutzung ohne Fahrtenbuch). Resultierende Mehrsteuern: EUR 1.851,75.

(3) Körperschaftsteuer 2012: Erhöhung des Gewinns um EUR 8.234,00 aufgrund nicht anerkannter Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Der Insolvenzverwalter hat gegen diesen Punkt Einspruch eingelegt, da die Rückstellungen nach Auffassung des Steuerberaters dem Grunde und der Höhe nach berechtigt waren.

(4) Umsatzsteuer 2010-2012: Keine wesentlichen Beanstandungen. Eine geringfügige Korrektur der Vorsteueraufteilung für gemischt genutzte Gegenstände ergab eine Nachforderung von EUR 456,78.

(5) Gewerbesteuer 2010-2012: Die Änderungen bei der Körperschaftsteuer wirken sich auf den Gewerbeertrag aus. Die Gewerbesteuer-Nachforderung beträgt insgesamt EUR 1.234,56. Die Gesamtnachforderung aus der Betriebsprüfung beläuft sich auf EUR 3.543,09 und wurde als Insolvenzforderung zur Tabelle angemeldet.

j) Ergänzende Feststellungen zur Buchführung

Im Rahmen der fortlaufenden Prüfung der Buchführungsunterlagen hat der Insolvenzverwalter im Berichtszeitraum weitere Erkenntnisse gewonnen. Die Buchführung der Schuldnerin wies für das Geschäftsjahr 2012 folgende Auffälligkeiten auf: (1) Die Kassenführung war nicht durchgängig ordnungsgemäß. An insgesamt 17 Tagen fehlten die Kassennachweise. Der Insolvenzverwalter hat die fehlenden Tage anhand der Tagesberichte des elektronischen Kassensystems rekonstruiert.

(2) Im Dezember 2012 wurde ein Barkauf einer Espressomaschine (EUR 2.800,00) als Betriebsausgabe verbucht, obwohl das Gerät nach den vorliegenden Unterlagen in der Privatwohnung des Geschäftsführers aufgestellt wurde. Der Insolvenzverwalter hat diesen Vorgang als verdeckte Gewinnausschüttung qualifiziert und den Steuerberater entsprechend informiert.

(3) Die Debitorenbuchhaltung wies zum 31.12.2012 überfällige Forderungen von EUR 89.234,56 aus, die nicht wertberichtigt waren. Nach Einschätzung des Insolvenzverwalters hätte eine ordnungsgemäße Wertberichtigung zu einer früheren Erkennung der wirtschaftlichen Schieflage geführt.

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

Brinkmann, Hartmann & Kollegen · Düsternbrooker Weg 45 · 24105 Kiel

Amtsgericht Kiel
Insolvenzgericht
Deliussstraße 22
24114 Kiel

KIEL
Düsternbrooker Weg 45
24105 Kiel
Telefon: +49 (0)431 55 42 80-0
Telefax: +49 (0)431 55 42 80-20
kiel@brinkmann-hartmann.de
www.brinkmann-hartmann.de

15.06.2015

10 IN 127/13

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Firma

Nordlicht Handels GmbH

überreiche ich als **Anlage** meinen turnusgemäßen Bericht.

Dr. Jens-Peter Hartmann

Rechtsanwalt

als Insolvenzverwalter

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

4. Turnusgemäßiger Bericht

des Rechtsanwaltes
Dr. Jens-Peter Hartmann,
Düsternbrooker Weg 45, 24105 Kiel

vom 15.06.2015

in dem Insolvenzverfahren
über das Vermögen der Firma
Nordlicht Handels GmbH,
Bergstraße 14, 24103 Kiel,
vertreten durch die Geschäftsführer
Stefan und Katrin Berger,
wohnhaft: Mühlenkamp 22, 24113 Kiel

10 IN 127/13

Inhaltsverzeichnis

A. Bericht

I. Vorbemerkung

II. Verfahrensfortgang

1. DAK-Anfechtung: Urteil AG Kiel
2. DAK legt Berufung ein
3. Haftungsklage Stefan Berger
4. Fashion Forward KG – Abschluss
5. Steuerliche Angelegenheiten

III. Aktualisierte Forderungstabelle

IV. Massebestand

V. Voraussichtliche Quote

VI. Berichtsfrist

Anlagen

A. Bericht

I. Vorbemerkung

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Nordlicht Handels GmbH (Az. 10 IN 127/13) erstatte ich hiermit meinen vierten turnusgemäßen Zwischenbericht. Auf meine vorherigen Berichte nehme ich Bezug. Der vorliegende Bericht umfasst den Berichtszeitraum Dezember 2014 bis Mai 2015.

Im Berichtszeitraum konnte ein erstes Urteil in der Anfechtungsklage gegen die DAK-Gesundheit erzielt werden. Das Amtsgericht Kiel hat der Klage teilweise stattgegeben und die DAK-Gesundheit zur Rückzahlung von 6.100,00 EUR nebst Zinsen verurteilt. Die DAK-Gesundheit hat allerdings Berufung eingelegt. Die Haftungsklage gegen Stefan Berger ist weiterhin anhängig.

II. Verfahrensfortgang

1. DAK-Anfechtung: Urteil AG Kiel

Mit **Urteil vom 15.03.2015** hat das Amtsgericht Kiel (Az. 117 C 42/14) der Anfechtungsklage gegen die DAK-Gesundheit teilweise stattgegeben. Die DAK-Gesundheit wurde verurteilt, einen Betrag in Höhe von **6.100,00 EUR** nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit an die Insolvenzmasse zurückzuzahlen.

Das Gericht folgte meiner Argumentation, dass die Zahlungen im Zeitraum September bis November 2012 in einem Zeitraum erfolgten, in dem die Schuldnerin bereits zahlungsunfähig war und die DAK-Gesundheit dies wusste oder hätte wissen müssen. Das Gericht stützte seine Entscheidung auf § 130 Abs. 1 Nr. 1 InsO und führte aus, dass die DAK-Gesundheit aufgrund der mehrfachen Mahnungen und der verspäteten Teilzahlungen Kenntnis von der Zahlungsunfähigkeit der Schuldnerin hatte. Das Gericht legte den Beginn der Zahlungsunfähigkeit auf September 2012 fest, da zu diesem Zeitpunkt die Deckungslücke erstmals 10 % der fälligen Verbindlichkeiten überschritt.

Die weitergehende Klage wurde abgewiesen, soweit Zahlungen im Juli und August 2012 betroffen waren. Das Gericht gelangte zu der Einschätzung, dass die Zahlungsunfähigkeit zu diesem frühen Zeitpunkt noch nicht vorlag. Die abgewiesenen Zahlungen beliefen sich auf 2.100,00 EUR. Die Kostenentscheidung folgte dem Verhältnis des Obsiegens (75 % Kläger, 25 % Beklagte).

2. DAK legt Berufung ein

Die DAK-Gesundheit hat gegen das Urteil des AG Kiel fristgerecht **Berufung** beim Landgericht Kiel eingelegt. Das Berufungsverfahren wird unter dem Aktenzeichen **4 S 78/15** geführt. In der Berufungsbegründung wiederholt die DAK-Gesundheit im Wesentlichen ihr erstinstanzliches Vorbringen und rügt die Beweiswürdigung des Amtsgerichts hinsichtlich der Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit. Sie trägt ferner vor, dass die Teilzahlungen gerade gegen eine Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit sprächen, da ein zahlungsunfähiger Schuldner in der Regel gar keine Zahlungen mehr leiste.

Ich habe die Berufungserwiderung eingereicht und die erstinstanzliche Argumentation vertieft. Insbesondere habe ich darauf hingewiesen, dass die Teilzahlungen gerade Ausdruck der Zahlungsunfähigkeit waren, da die Schuldnerin nicht in der Lage war, die vollen Beiträge zu leisten. Das Landgericht hat einen Termin zur mündlichen Verhandlung auf den 15.02.2016 angesetzt.

3. Haftungsklage Stefan Berger

Die Haftungsklage gegen Stefan Berger (AG Kiel, Az. 113 C 285/14) ist weiterhin anhängig. Herr Berger hat durch seinen Rechtsanwalt Oliver Kruse die Klageschrift umfassend erwidert. Er bestreitet weiterhin die Insolvenzreife vor Dezember 2012 und macht geltend, dass er aufgrund seiner kaufmännischen Erfahrung von einer Sanierungsmöglichkeit ausgegangen sei. Ein Termin zur mündlichen Verhandlung steht noch aus. Das Gericht hat einen schriftlichen Hinweis gemäß § 139 ZPO erteilt, in dem es auf die Möglichkeit eines Vergleichs hingewiesen hat.

4. Fashion Forward KG – Abschluss

Der Vergleich mit der Fashion Forward KG ist vollzogen. Die Forderung wurde endgültig auf 24.800,00 EUR festgestellt und in der Forderungstabelle entsprechend vermerkt. Die Angelegenheit ist damit abgeschlossen.

5. Steuerliche Angelegenheiten

Das Finanzamt Kiel-Nord hat die Umsatzsteuer-Jahreserklärung 2012 veranlagt. Ein Erstattungsanspruch besteht nicht. Die laufenden steuerlichen Verpflichtungen des Insolvenzverfahrens werden weiterhin ordnungsgemäß erfüllt. Die Umsatzsteuer auf die Verwertungserlöse des Insolvenzverfahrens wurde fristgerecht abgeführt.

III. Aktualisierte Forderungstabelle

Die nachfolgende Forderungstabelle berücksichtigt den Vergleich mit der Fashion Forward KG und die Feststellung der zuvor bestrittenen Teilforderung. Die Gesamtsumme der festgestellten Insolvenzforderungen beträgt nunmehr **508.400,00 EUR**.

Forderungstabelle

Die nachfolgende aktualisierte Forderungstabelle berücksichtigt den Vergleich mit der Fashion Forward KG. Die Gesamtsumme der festgestellten Forderungen beträgt nunmehr 508.400,00 EUR.

Nr.	Gläubiger	Forderung EUR	§	Status	Bemerkung
1	Kieler Volksbank eG	248.500,00	38	festgestellt	teilw. besichert; Globalzession, SÜ
2	Finanzamt Kiel-Nord	42.380,00	38	festgestellt	USt, LSt Rückstände 2011/2012
3	DAK-Gesundheit	18.740,00	38	festgestellt	SV-Beiträge 07-12/2012
4	IKK Nord	12.450,00	38	festgestellt	SV-Beiträge 09-12/2012
5	Modewelt Großhandel GmbH	34.200,00	38	festgestellt	Warenlieferungen
6	Fashion Forward KG	24.800,00	38	festgestellt	Vergleich; festgestellt auf 24.800 EUR
7	Tatenberger Immobilien GmbH	38.400,00	38	festgestellt	Mietrückstand Hafen 03-12/2012
8	Hausverwaltung Petersen OHG	12.600,00	38	festgestellt	Mietrückstand Modehaus
9	Stadt Kiel (Gewerbsteuer)	8.200,00	38	festgestellt	GewSt 2011/2012

Nr.	Gläubiger	Forderung EUR	§	Status	Bemerkung
10	BARMER	6.340,00	38	festgestellt	SV-Beiträge
11	DHL Paket GmbH	4.800,00	38	festgestellt	Versandkosten Online-Shop
12	Telekom Deutschland GmbH	3.200,00	38	festgestellt	Telefon/Internet 08-12/2012
13	Stadtwerke Kiel AG	5.100,00	38	festgestellt	Strom/Gas alle Standorte
14	Hansen & Partner StB	8.400,00	38	festgestellt	Steuerberaterhonorar 2012
15	Versicherungskammer Nord	4.200,00	38	festgestellt	Betriebshaftpflicht
16	Berufsgenossenschaft Handel	3.800,00	38	festgestellt	BG-Beiträge 2012
17	Norddeutsche Textil AG	12.400,00	38	festgestellt	Warenlieferungen
18	Schmidt Verpackungen GmbH	2.800,00	38	festgestellt	Verpackungsmaterial
19	IT-Service Kiel GbR	6.200,00	38	festgestellt	Shopify-Anpassungen, Wartung
20	Werbeatelier Frisch	3.400,00	38	festgestellt	Werbemaßnahmen 2012
21	Sicherheitsdienst Küste GmbH	2.100,00	38	festgestellt	Objektbewachung Modehaus
22	Reinigungsdienst Sauber OHG	1.800,00	38	festgestellt	Gebäudereinigung
23	Hausverwaltung Wellsee	4.800,00	38	festgestellt	Mietrückstand Lager
24	Bürobedarf Möller e.K.	1.200,00	38	festgestellt	Büromaterial
25	Deutsche Rentenversicherung Nord	9.800,00	38	festgestellt	RV-Beiträge
26	Agentur für Arbeit Kiel	14.200,00	38	festgestellt	Insolvenzgeld-Rückforderung
27	UPS Deutschland Inc.	1.600,00	38	festgestellt	Versandkosten
28	Hermes Versand GmbH	2.200,00	38	festgestellt	Versandkosten
29	GLS Paketdienst GmbH	1.400,00	38	festgestellt	Versandkosten
30	Allianz Versicherung AG	3.600,00	38	bestritten	Sachversicherung; bestritten
31	Druckerei Nordlicht GmbH	2.400,00	38	festgestellt	Druckkosten Katalog
32	Rechtsanwalt Oliver Kruse	4.800,00	38	bestritten	Beratungskosten; bestritten
33	Messe- und Congress Kiel	1.800,00	38	festgestellt	Messestand Kieler Woche 2012
34	Schleswig-Holst. Sparkasse	6.400,00	38	festgestellt	Kreditkartenforderungen
35	Diverse Kleingläubiger (Sammelpos.)	15.380,00	38	festgestellt	unter 1.000 EUR je Gläubiger

IV. Massebestand

Der Massebestand zum Stichtag 31.05.2015 beläuft sich auf:

Konto	Betrag (EUR)
Treuhandkonto Kieler Volksbank eG	62.916,00

Der Massebestand ist gegenüber dem Vorbericht (56.798,00 EUR) leicht gestiegen. Da keine Mietkosten mehr anfallen, belaufen sich die laufenden Massekosten auf ein Minimum (Steuerberater, Porto, Bankgebühren, Archivlager).

V. Voraussichtliche Quote

Die voraussichtliche Befriedigungsquote für die Insolvenzgläubiger liegt unverändert bei ca. **8 bis 12 %**. Die endgültige Quote hängt weiterhin maßgeblich vom Ausgang des Berufungsverfahrens der DAK-Gesundheit und der Haftungsklage gegen Herrn Berger ab.

VI. Berichtsfrist

Für die Vorlage meines nächsten turnusgemäßen Berichtes habe ich mir vorsorglich den 15.12.2015 vorgemerkt.

Kiel, den 15.06.2015

Dr. Jens-Peter Hartmann

Rechtsanwalt

als Insolvenzverwalter

Einnahmen- / Ausgabenrechnung

Berichtszeitraum: 12/2014 - 05/2015

Position	Einnahmen (EUR)	Ausgaben (EUR)
Vortrag	56.798,00	
Zinsen	22,00	
Steuerberater		600,00
Porto/Bürokosten		340,00
Bankgebühren		64,00
Archivlager		270,00
Summe Einnahmen	56.820,00	
Summe Ausgaben		1.274,00
Saldo	55.546,00	

Kontoauszug Treuhandkonto

Kieler Volksbank eG · IBAN DE89 2109 0007 0012 3456 78

Berichtszeitraum: 01.01.2015 - 31.05.2015

Datum	Buchungstext	Soll (EUR)	Haben (EUR)	Saldo (EUR)
	Anfangsbestand		56.798,00	56.798,00
15.01.2015	Bankgebühren 01/2015	12,00		56.786,00
15.02.2015	Bankgebühren 02/2015	12,00		56.774,00
01.03.2015	Steuerberater	300,00		56.474,00
15.03.2015	Bankgebühren 03/2015	12,00		56.462,00
01.04.2015	Porto/Bürokosten	180,00		56.282,00
15.04.2015	Bankgebühren 04/2015	12,00		56.270,00
01.05.2015	Steuerberater	300,00		55.970,00
15.05.2015	Bankgebühren 05/2015	12,00		55.958,00
31.05.2015	Zinsen		22,00	55.980,00
	Endbestand			55.980,00

a) Urteil im DAK-Rechtsstreit

Im Rechtsstreit gegen die DAK-Gesundheit (Az. 25 C 412/14, AG Kiel) hat das Amtsgericht Kiel am 15.03.2015 Urteil verkündet. Die Klage wurde teilweise stattgegeben. Die DAK wurde verurteilt, an die Insolvenzmasse einen Betrag von 6.100,00 EUR nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu zahlen. Die Abweisung im Übrigen betrifft den Betrag von 2.100,00 EUR, hinsichtlich dessen das Gericht der Argumentation der DAK gefolgt ist, dass die zugrunde liegende Ratenzahlungsvereinbarung vom Mai 2012 vor Eintritt der materiellen Insolvenz geschlossen worden sei und daher keine inkongruente Deckung darstelle.

Das Urteil ist detailliert begründet und stützt die Rechtsauffassung des Insolvenzverwalters im Wesentlichen. Insbesondere hat das Gericht ausgeführt, dass die Zahlungen im November und Dezember 2012 in Höhe von zusammen 6.100,00 EUR nach einer Vollstreckungsandrohung der DAK vom 18.10.2012 geleistet worden seien und daher als inkongruente Deckung gemäß § 131 Abs. 1 Nr. 1 InsO anzusehen seien. Die Zahlungsunfähigkeit der Schuldnerin zum Zeitpunkt der Zahlungen sei durch das Sachverständigengutachten des vorläufigen Insolvenzverwalters vom 22.04.2013 hinreichend belegt.

Die DAK-Gesundheit hat am 30.06.2015 Berufung gegen das Urteil eingelegt. Die Berufung richtet sich allein gegen die Verurteilung zur Zahlung von 6.100,00 EUR. Die Berufungsbegründungsfrist läuft bis zum 30.08.2015. Die Berufung wird vom Insolvenzverwalter als aussichtslos eingeschätzt, da das erstinstanzliche Urteil in sich schlüssig begründet ist und die vom Gericht zugrunde gelegte Rechtsprechung des BGH eindeutig ist (vgl. BGH, Urt. v. 11.02.2010 – IX ZR 104/07).

b) Einleitung der Haftungsklage gegen den Geschäftsführer

Nach umfangreicher Prüfung der Geschäftsunterlagen und der Kontoauszüge wurde am 15.09.2015 Klage gegen den ehemaligen Geschäftsführer Stefan Berger beim Amtsgericht Kiel eingereicht (Az. 23 C 1045/15). Die Klage stützt sich auf § 64 Satz 1 GmbHG a.F. (Haftung für verbotene Zahlungen nach Eintritt der materiellen Insolvenz). Der Streitwert beträgt 32.000,00 EUR. Im Einzelnen werden folgende Zahlungen beanstandet, die nach dem Zeitpunkt der Zahlungsunfähigkeit (geschätzt: spätestens Oktober 2012) geleistet wurden: Mietzahlungen an die Tatenberger Immobilien GmbH für den Standort am Hafen in Höhe von 8.400,00 EUR (November 2012 bis Januar 2013), Zahlungen an den IT-Dienstleister für den Online-Shop in Höhe von 4.800,00 EUR, Gesellschafter-Entnahmen in Höhe von 12.000,00 EUR (Oktober 2012 bis Januar 2013) sowie sonstige nicht dringende Zahlungen in Höhe von 6.800,00 EUR.

Der Beklagte, anwaltlich vertreten durch Rechtsanwalt Oliver Kruse, Kiel, hat die Klageschrift am 12.10.2015 erhalten. Eine Klageerwiderung steht noch aus. Die Klageerwiderungsfrist läuft bis zum 15.12.2015. Der Insolvenzverwalter schätzt die Erfolgsaussichten der Klage als gut ein, da die Zahlungsunfähigkeit zum relevanten Zeitpunkt durch das Sachverständigengutachten belegt ist und die beanstandeten Zahlungen nicht unter die Ausnahmetatbestände des § 64 Satz 2 GmbHG a.F. fallen.

c) Vergleich mit Fashion Forward KG

Im Berichtszeitraum konnte eine Einigung mit dem Gläubiger Fashion Forward KG, Hamburg, erzielt werden. Die Fashion Forward KG hatte Forderungen in Höhe von 28.700,00 EUR aus Warenlieferungen angemeldet. Der Insolvenzverwalter hatte diese Forderungen in Höhe von 3.900,00 EUR bestritten, da Gegenansprüche aus Mängelrügen bestanden (Lieferung von Ware mit Materialfehlern im Umfang von ca. 200 Stück Damenblusen mit fehlerhafter Nähverarbeitung). Nach außergerichtlicher Verhandlung wurde die Forderung einvernehmlich auf 24.800,00 EUR festgestellt. Die Fashion Forward KG hat auf den bestrittenen Teilbetrag von 3.900,00 EUR verzichtet. Die Forderungstabelle wird entsprechend angepasst.

d) Prüfung weiterer Anfechtungsansprüche

Neben den bereits durchgesetzten Anfechtungsansprüchen gegen die DAK-Gesundheit und die IKK Nord hat der Insolvenzverwalter die Möglichkeit weiterer Anfechtungen geprüft. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass über die bereits geltend gemachten Ansprüche hinaus keine weiteren wirtschaftlich sinnvollen Anfechtungen in Betracht kommen. Im Einzelnen wurden folgende potenzielle Anfechtungssachverhalte geprüft und als nicht verfolgungswürdig eingestuft:

(1) Zahlungen an die Stadtwerke Kiel AG in Höhe von ca. 3.200,00 EUR im Zeitraum November 2012 bis Januar 2013. Diese Zahlungen erfolgten zwar in der kritischen Phase, stellten jedoch Bargeschäfte gemäß § 142 InsO dar, da die Stadtwerke im Gegenzug die Energieversorgung aufrechterhielten. Eine Anfechtung wäre daher voraussichtlich nicht erfolgreich.

(2) Zahlungen an die Telekom Deutschland GmbH in Höhe von ca. 1.800,00 EUR. Auch hier handelt es sich um Bargeschäfte (Telefon-/Internetversorgung gegen laufende Zahlung). Zudem steht der geringe Betrag in keinem angemessenen Verhältnis zum Prozessrisiko und den Verfahrenskosten.

(3) Lohnzahlungen an die Mitarbeiter in Höhe von insgesamt ca. 28.000,00 EUR für die Monate November und Dezember 2012. Die Anfechtung von Lohnzahlungen ist nach der Rechtsprechung des BAG und des BGH an strenge Voraussetzungen geknüpft und in der Praxis nur selten erfolgreich. Der Insolvenzverwalter sieht hiervon ab.

(4) Gesellschafter-Entnahmen in Höhe von ca. 12.000,00 EUR (Oktober 2012 bis Januar 2013). Diese werden nicht im Wege der Insolvenzanfechtung, sondern über die Haftungsklage gemäß § 64 GmbHG a.F. geltend gemacht, da dies prozessual vorteilhafter ist.

e) Massebestand – Detailberechnung

Position	Zugang EUR	Abgang EUR
Vortrag 01.01.2015		
Massebestand 31.12.2014	72.500,00	
DAK-Urteil 1. Instanz (Erlös)	6.100,00	
Mietkaution Rückerstattung Lager	3.200,00	
Berger-Raten H1/2015 (3 x 500)	1.500,00	
Zinserträge	180,00	
Steuerberatung (Resthonorar)		1.200,00
Aktenlagerung (H1/2015)		720,00
Prozesskosten DAK (Berufung)		600,00
Porto, Büro, Bank		360,00
Massebestand 15.06.2015	83.500,00	2.880,00
Saldo	84.200,00	

Der Massebestand hat sich im Berichtszeitraum von 72.500,00 EUR auf 84.200,00 EUR erhöht. Die wesentlichen Zugänge resultieren aus dem erstinstanzlichen Urteil im DAK-Anfechtungsverfahren (6.100,00 EUR), der Rückerstattung der Mietkaution für das Lager am Wellseedamm (3.200,00 EUR) sowie den Berger-Raten für das erste Halbjahr 2015 (1.500,00 EUR). Auf der Ausgabenseite sind die laufenden Verwaltungskosten zu verzeichnen, die sich in einem überschaubaren Rahmen bewegen.

f) Vergleichsverhandlungen mit Tatenberger Immobilien

Die Forderung der Tatenberger Immobilien GmbH in Höhe von 38.400,00 EUR ist weiterhin in Höhe von 5.600,00 EUR bestritten. Die Rechtsanwälte Wanke & Rothe, Hamburg, die die Tatenberger Immobilien vertreten, haben mit Schreiben vom 12.03.2015 mitgeteilt, dass ihre Mandantin auf der vollständigen Feststellung der Forderung bestehe. Die von der Schuldnerin geltend gemachten Gegenansprüche wegen Feuchtigkeitsschäden im Kellerbereich seien unbegründet, da die Schäden auf eine unsachgemäße Nutzung der Räumlichkeiten durch die Schuldnerin zurückzuführen seien.

Der Insolvenzverwalter hat die Sachlage nochmals geprüft und hält die Gegenansprüche weiterhin für begründet. Ein unabhängiger Bausachverständiger, Dipl.-Ing. Rolf Martensen, wurde mit einer gutachtlichen Stellungnahme beauftragt. Das Gutachten vom 20.04.2015 kommt zu dem Ergebnis, dass die Feuchtigkeitsschäden auf einen baulichen Mangel (fehlende Horizontalsperre) zurückzuführen sind und nicht von der Schuldnerin verursacht wurden. Die Kosten für die Beseitigung der Schäden werden auf ca. 8.200,00 EUR geschätzt, übersteigen mithin den bestrittenen Betrag von 5.600,00 EUR.

Der Insolvenzverwalter hat das Gutachten mit Schreiben vom 30.04.2015 an die Rechtsanwälte Wanke & Rothe übersandt und einen Vergleich vorgeschlagen, wonach die Forderung auf 32.800,00 EUR festgestellt wird (Abzug von 5.600,00 EUR als Gegenansprüche). Eine Reaktion steht noch aus.

g) Steuerliche Entwicklung – USt-Erklärungen 2014

Die Umsatzsteuer-Jahreserklärung 2014 für den Massezeitraum wurde am 28.02.2015 eingereicht. Aus der Erklärung ergibt sich ein Vorsteuerguthaben in Höhe von 480,00 EUR, das im März 2015 erstattet wurde. Das Guthaben resultiert aus Vorsteuerbeträgen auf Steuerberatungskosten, Aktenlagerung und Verwaltungsausgaben.

Die Körperschaftsteuer-Erklärung 2013 für das Rumpfgeschäftsjahr wurde ebenfalls eingereicht. Aufgrund des Verlustvortrages ergibt sich keine Steuerzahllast. Der Verlustvortrag beträgt nunmehr ca. 164.000,00 EUR (kumulierte Verluste 2012 und 2013). Da die Schuldnerin keinen Geschäftsbetrieb mehr unterhielt, ist der Verlustvortrag wirtschaftlich wertlos.

Das Finanzamt Kiel-Nord hat mit Bescheid vom 15.04.2015 die Körperschaftsteuer 2012 auf 0,00 EUR festgesetzt. Gegen diesen Bescheid hat der Insolvenzverwalter Einspruch eingelegt, da die Verlustvorträge seiner Auffassung nach höher ausfallen müssten. Der Einspruch betrifft die Frage, ob bestimmte Rückstellungen für drohende Verluste aus Mietverhältnissen gewinnmindernd zu berücksichtigen sind. Die potenzielle Erstattung beträgt ca. 3.000-4.000,00 EUR und hängt von der steuerlichen Würdigung ab.

h) Prüfung der Geschäftsführerhaftung – Katrin Berger

Neben der Haftungsklage gegen Stefan Berger wurde auch die Haftung der Mitgeschäftsführerin Katrin Berger gemäß § 64 GmbHG a.F. geprüft. Katrin Berger war seit dem 01.01.2010 als Geschäftsführerin bestellt. Sie war vorrangig für den Einkauf und die Personalverwaltung zuständig, während Stefan Berger die Finanzen und die strategische Ausrichtung verantwortete.

Die Prüfung hat ergeben, dass eine Haftungsklage gegen Katrin Berger zwar dem Grunde nach möglich wäre, die Erfolgsaussichten jedoch geringer einzuschätzen sind als im Fall des Stefan Berger. Zum einen ist die Darlegungslast für die Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit bei einer Mitgeschäftsführerin, die nicht für die Finanzen zuständig war, höher. Zum anderen verfügt Frau Berger nach Auskunft ihres Rechtsanwaltes, Frau RAin Sabine Feldmann, Kiel, über kein nennenswertes Vermögen. Eine Klage würde daher voraussichtlich zwar zu einem Titel führen, die Vollstreckung wäre jedoch aussichtslos.

Der Insolvenzverwalter hat sich daher entschieden, zunächst die Haftungsklage gegen Stefan Berger zu verfolgen und eine Klage gegen Katrin Berger nur dann einzureichen, wenn sich deren wirtschaftliche Verhältnisse ändern sollten oder wenn die Klage gegen Stefan Berger erfolglos bleibt. Diese Vorgehensweise schont die Masse und vermeidet unnötige Prozesskosten.

g) Verwertung Fuhrpark und Betriebsausstattung

Die Verwertung des Fuhrparks und der Betriebsausstattung wurde im Berichtszeitraum weitgehend abgeschlossen. Im Einzelnen wurden folgende Vermögensgegenstände verwertet:

Kühlfahrzeug Mercedes Sprinter 316 CDI (Baujahr 2011, Laufleistung 87.432 km): Das Fahrzeug wurde nach Einholung von drei Vergleichsangeboten an die Fa. Nordische Kühltransporte GmbH zum Preis von EUR 18.500,00 netto veräußert. Der Buchwert betrug EUR 23.456,00. Das Fahrzeug war sicherungsübereignet an die Commerzbank AG, so dass der Erlös nach Abzug der Feststellungskosten (4 % = EUR 740,00) und der Verwertungskosten (5 % = EUR 925,00) in Höhe von EUR 16.835,00 an die Commerzbank ausgekehrt wurde.

Gabelstapler Linde H30 (Baujahr 2009): Verwertung über die Plattform Maschinensucher.de zum Preis von EUR 8.900,00 netto. Es lagen insgesamt sieben Gebote vor, das Höchstgebot wurde angenommen. Der Buchwert betrug EUR 12.345,00. Der Erlös fließt in die freie Masse.

Büroeinrichtung (Schreibtische, Stühle, Aktenschränke, EDV-Ausstattung): Pauschalverkauf an die Fa. Büromöbel Recycling Nord GmbH zum Preis von EUR 3.200,00. Der Buchwert betrug EUR 34.567,00. Die erhebliche Differenz erklärt sich aus dem geringen Marktwert gebrauchter Büromöbel und der Tatsache, dass die EDV-Ausstattung (Server, Arbeitsplätze) teilweise veraltet war.

Kühlanlage (stationär, Lagerraum Am Hafen 17): Die Kühlanlage konnte nicht separat verwertet werden, da sie fest mit dem Mietobjekt verbunden ist und ein Ausbau unwirtschaftlich wäre. Im Rahmen der Verhandlungen über die Rückgabe des Mietobjekts wurde mit dem Vermieter vereinbart, dass die Kühlanlage im Objekt verbleibt. Der Vermieter hat im Gegenzug auf Rückbauforderungen in Höhe von geschätzt EUR 15.000,00 verzichtet.

Der Gesamterlös aus der Verwertung von Fuhrpark und Betriebsausstattung beträgt EUR 30.600,00 bei einem Gesamtbuchwert von EUR 70.368,00. Die Verwertungsquote von 43,5 % liegt im erwarteten Bereich. Der Gläubigerausschuss hat die Verwertungsergebnisse in seiner Sitzung vom 18.03.2014 zur Kenntnis genommen und als wirtschaftlich vertretbar bewertet.

h) Gutachten Warenbewertung

Der Sachverständige für Lebensmittelbewertung, Herr Dipl.-oec. Friedrich Claussen, hat im Auftrag des Insolvenzverwalters ein Gutachten über den Restwert der verbliebenen Warenvorräte erstellt. Das Gutachten vom 12.05.2014 kommt zu folgenden Ergebnissen:

Die zum Bewertungsstichtag vorhandenen Warenvorräte umfassten: Tiefkühlware (Fisch, Meeresfrüchte): 3.450 kg, Buchwert EUR 34.500,00, geschätzter Verwertungswert EUR 17.250,00 bis EUR 24.150,00. Kühlware (frische Fischprodukte): 890 kg, Buchwert EUR 8.900,00, Verwertungswert EUR 0,00 (Mindesthaltbarkeitsdatum überschritten, Entsorgung erforderlich). Konserven und Trockenwaren: Buchwert EUR 12.340,00, Verwertungswert EUR 8.638,00 bis EUR 11.106,00. Gewürze und Feinkost: Buchwert EUR 6.780,00, Verwertungswert EUR 3.390,00 bis EUR 5.424,00.

Der Sachverständige weist darauf hin, dass die Verwertung von Tiefkühlware zeitnah erfolgen muss, um den Wert zu erhalten. Eine längere Lagerung erhöht die Energiekosten und mindert den Handelswert. Für die frische Kühlware empfiehlt der Sachverständige die sofortige fachgerechte Entsorgung durch einen zertifizierten Entsorgungsbetrieb. Die Entsorgungskosten werden auf EUR 1.200,00 bis EUR 1.800,00 geschätzt.

Der Insolvenzverwalter hat auf Grundlage des Gutachtens folgende Maßnahmen eingeleitet: (1) Sofortige Entsorgung der verdorbenen Kühlware durch die Fa. Nordische Entsorgung GmbH (Kosten: EUR 1.456,78). (2) Angebot der Tiefkühlware an drei spezialisierte Grosshändler. (3) Fortsetzung des Abverkaufs der haltbaren Waren über die bestehenden Kundenkanäle.

i) Vertragliche Verpflichtungen – Abwicklung

Der Insolvenzverwalter hat sämtliche vertraglichen Verpflichtungen der Schuldnerin erfasst und geordnet. Im Einzelnen bestanden zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung folgende Verträge:

Mietvertrag Gewerbeimmobilie Am Hafen 17 (Kieler Hafenimmobilien GmbH & Co. KG): Laufzeit bis 31.12.2015, Miete EUR 6.300,00 netto/Monat. Vertrag wurde im Rahmen der übertragenden Sanierung auf die Käuferin übertragen. Leasingvertrag Kopierer (Xerox Financial Services): Laufzeit bis 30.06.2014, monatliche Rate EUR 234,56. Vertrag wurde zum nächstmöglichen Termin gekündigt (§ 103 InsO). Kosten der vorzeitigen Beendigung: EUR 702,00.

Wartungsvertrag Kühlanlage (Kälte-Klima Nord GmbH): Jährliche Wartung EUR 2.400,00. Fortgeführt bis zum Betriebsübergang. Reinigungsvertrag (Gebauedereinigung Petersen & Sohn): Monatlich EUR 890,00. Gekündigt zum 31.12.2014. Softwarelizenzen (DATEV, SAP Business One): DATEV-Lizenz (EUR 456,00/Monat) fortgeführt für Buchhaltungszwecke, SAP-Lizenz (EUR 890,00/Monat) zum 30.09.2013 gekündigt, da nicht mehr benötigt.

Telekommunikationsvertrag (Telekom Deutschland GmbH): Festnetz und Internet, monatlich EUR 189,90. Fortgeführt bis zum Betriebsübergang. Gesamtkosten der vorzeitigen Vertragsbeendigung: EUR 4.567,46. Diese Kosten sind als Masseverbindlichkeiten beglichen worden.

j) Kommunikation mit Vertragspartnern

Nach Abschluss der übertragenden Sanierung hat der Insolvenzverwalter sämtliche wesentlichen Vertragspartner der Schuldnerin über den Betriebsübergang informiert. Die Reaktionen waren überwiegend positiv. Insbesondere die Hauptlieferanten Ocean Harvest A/S und Nordkap Fischerei GmbH haben die Fortsetzung der Geschäftsbeziehung mit der Käuferin signalisiert.

Die Küstenfisch Vertriebs GmbH, die ihre Geschäftsbeziehung nach Bekanntwerden der Insolvenz beendet hatte, hat Interesse an einer Wiederaufnahme der Geschäftsbeziehung mit der Käuferin bekundet. Der Insolvenzverwalter hat diesen Kontakt an die Käuferin weitergeleitet.

Die EDEKA Nord Handelsgesellschaft mbH hat dem Insolvenzverwalter mitgeteilt, dass sie grundsätzlich bereit sei, die Belieferung durch die Käuferin wieder aufzunehmen, sofern diese die Qualitätsstandards und die Lieferfähigkeit der Nordlicht Handels GmbH erreiche. Der Insolvenzverwalter hat auch diesen Kontakt an die Käuferin weitergeleitet.

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

Brinkmann, Hartmann & Kollegen · Düsternbrooker Weg 45 · 24105 Kiel

Amtsgericht Kiel
Insolvenzgericht
Deliusstraße 22
24114 Kiel

KIEL
Düsternbrooker Weg 45
24105 Kiel
Telefon: +49 (0)431 55 42 80-0
Telefax: +49 (0)431 55 42 80-20
kiel@brinkmann-hartmann.de
www.brinkmann-hartmann.de

15.12.2015

10 IN 127/13

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Firma

Nordlicht Handels GmbH

überreiche ich als **Anlage** meinen turnusgemäßen Bericht.

Dr. Jens-Peter Hartmann

Rechtsanwalt

als Insolvenzverwalter

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

5. Turnusgemäßiger Bericht

des Rechtsanwaltes
Dr. Jens-Peter Hartmann,
Düsternbrooker Weg 45, 24105 Kiel

vom 15.12.2015

in dem Insolvenzverfahren
über das Vermögen der Firma
Nordlicht Handels GmbH,
Bergstraße 14, 24103 Kiel,
vertreten durch die Geschäftsführer
Stefan und Katrin Berger,
wohnhaft: Mühlenkamp 22, 24113 Kiel

10 IN 127/13

Inhaltsverzeichnis

A. Bericht

I. Vorbemerkung

II. Verfahrensfortgang

1. DAK-Berufungsverfahren
2. Haftungsklage Berger – Vergleichsverhandlungen
3. Erste Berger-Teilzahlung
4. Weitere Verwertungsmaßnahmen

III. Massebestand

IV. Voraussichtliche Quote

V. Berichtsfrist

Anlagen

A. Bericht

I. Vorbemerkung

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Nordlicht Handels GmbH (Az. 10 IN 127/13) erstatte ich hiermit meinen fünften turnusgemäßen Zwischenbericht. Auf meine vorherigen Berichte nehme ich Bezug.

Im Berichtszeitraum Juni bis November 2015 lag der Schwerpunkt auf dem laufenden DAK-Berufungsverfahren und den Vergleichsverhandlungen in der Haftungsklage gegen Stefan Berger. Aus dem Berger-Komplex konnte bereits eine erste Teilzahlung realisiert werden.

II. Verfahrensfortgang

1. DAK-Berufungsverfahren

Das Berufungsverfahren der DAK-Gesundheit beim Landgericht Kiel (Az. 4 S 78/15) befindet sich in der Terminierungsphase. Das Landgericht hat einen Termin zur mündlichen Verhandlung auf den **15.02.2016** angesetzt. In der Berufungsbegründung wiederholt die DAK-Gesundheit im Wesentlichen ihr erstinstanzliches Vorbringen. Sie rügt insbesondere die Beweiswürdigung des Amtsgerichts hinsichtlich des Zeitpunkts des Eintritts der Zahlungsunfähigkeit und ihrer Kenntnis hiervon.

Ich habe in meiner Berufungserwiderung die Argumentation des erstinstanzlichen Urteils gestützt und vertieft. Insbesondere habe ich weitere Indizien für die Kenntnis der DAK-Gesundheit vorgetragen: Die DAK hatte im August 2012 bereits ein Mahnsystem aktiviert, das regelmäßige Zahlungserinnerungen an die Schuldnerin versandte. Die Tatsache, dass die Schuldnerin nur noch Teilzahlungen leistete, hätte der DAK als Indiz für die Zahlungsunfähigkeit dienen müssen. Ich bin zuversichtlich, dass die Berufung erfolglos bleiben wird.

2. Haftungsklage Berger – Vergleichsverhandlungen

In der Haftungsklage gegen Stefan Berger (AG Kiel, Az. 113 C 285/14) fand am 20.10.2015 ein Termin zur mündlichen Verhandlung statt. Das Gericht hat nach Erörterung der Sach- und Rechtslage einen **Vergleich** vorgeschlagen. Herr Berger hat sich grundsätzlich bereit erklärt, über einen Vergleich zu verhandeln, sofern die Zahlungsmodalitäten seinen wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragen.

In den anschließenden Vergleichsverhandlungen wurde erkennbar, dass Herr Berger über begrenzte finanzielle Mittel verfügt. Er ist derzeit als Angestellter in einem Kieler Modehaus tätig und erzielt ein monatliches Nettoeinkommen von ca. 2.400,00 EUR. Sein Rechtsanwalt Oliver Kruse hat vorgeschlagen, eine Ratenzahlungsvereinbarung über einen reduzierten Vergleichsbetrag abzuschließen. Die Verhandlungen über die Höhe des Vergleichsbetrages und die Zahlungsmodalitäten laufen.

Vorläufig hat Herr Berger als Zeichen seines guten Willens bereits eine freiwillige Teilzahlung in Höhe von 2.500,00 EUR an die Insolvenzmasse geleistet, die am 01.07.2015 auf dem Treuhandkonto eingegangen ist. Diese Zahlung wird auf einen künftigen Vergleichsbetrag angerechnet.

3. Weitere Verwertungsmaßnahmen

Weitere Verwertungsmaßnahmen sind derzeit nicht möglich. Das Verfahren ruht im Wesentlichen in Erwartung der gerichtlichen Entscheidungen (DAK-Berufung, Berger-Vergleich). Die laufenden Massekosten beschränken sich auf die Mindestaufwendungen für Steuerberatung, Bürokosten und Bankgebühren. Die Archivlagerkosten für die Geschäftsunterlagen belaufen sich auf monatlich 45,00 EUR.

III. Massebestand

Der Massebestand zum Stichtag 30.11.2015 beläuft sich auf **84.200,00 EUR**.

Konto	Betrag (EUR)
Treuhandkonto Kieler Volksbank eG	84.200,00

Der Anstieg gegenüber dem Vorbericht (62.916,00 EUR) ist im Wesentlichen auf die Zahlungen aus dem DAK-Urteil erster Instanz (6.824,00 EUR einschließlich Zinsen) und die freiwillige Teilzahlung des Herrn Berger (2.500,00 EUR) zurückzuführen.

IV. Voraussichtliche Quote

Die voraussichtliche Befriedigungsquote für die Insolvenzgläubiger liegt weiterhin bei ca. **8 bis 12 %**.

V. Berichtsfrist

Für die Vorlage meines nächsten turnusgemäßen Berichtes habe ich mir vorsorglich den 15.06.2016 vorgemerkt.

Kiel, den 15.12.2015

Dr. Jens-Peter Hartmann
Rechtsanwalt
als Insolvenzverwalter

Einnahmen- / Ausgabenrechnung

Berichtszeitraum: 06/2015 - 11/2015

Position	Einnahmen (EUR)	Ausgaben (EUR)
Vortrag	62.916,00	
DAK-Urteil 1. Instanz (6.100 + Zinsen)	6.824,00	
Berger-Teilzahlung	2.500,00	
Zinsen	16,00	
RA-Kosten Berufung DAK		1.800,00
Steuerberater		600,00
Porto/Bürokosten		320,00
Bankgebühren		64,00
Archivlager		270,00
Summe Einnahmen	72.256,00	
Summe Ausgaben		3.054,00
Saldo	69.202,00	

Kontoauszug Treuhandkonto

Kieler Volksbank eG · IBAN DE89 2109 0007 0012 3456 78

Berichtszeitraum: 01.06.2015 - 30.11.2015

Datum	Buchungstext	Soll (EUR)	Haben (EUR)	Saldo (EUR)
	Anfangsbestand		62.916,00	62.916,00
15.06.2015	DAK-Urteil (6.100 + Zinsen 724)		6.824,00	69.740,00
01.07.2015	Berger-Rate 07/2015 (Vorschuss auf Vergleich)		2.500,00	72.240,00
15.07.2015	RA-Kosten Berufungsverfahren DAK	1.800,00		70.440,00
01.08.2015	Steuerberater	300,00		70.140,00
15.08.2015	Bankgebühren 3. Quartal	32,00		70.108,00
01.09.2015	Porto/Bürokosten	160,00		69.948,00
01.10.2015	Steuerberater	300,00		69.648,00
15.11.2015	Bankgebühren 4. Quartal	32,00		69.616,00
30.11.2015	Porto/Bürokosten	160,00		69.456,00
30.11.2015	Zinsen		16,00	69.472,00
	Endbestand			69.472,00

a) Berufungsverfahren DAK-Gesundheit

Das Berufungsverfahren vor dem Landgericht Kiel (Az. 4 S 215/15) ist weiterhin anhängig. Die DAK-Gesundheit hat die Berufung am 30.08.2015 begründet und im Wesentlichen vorgetragen, das Amtsgericht habe den Zeitpunkt der materiellen Insolvenz fehlerhaft bestimmt. Die Zahlungsunfähigkeit sei nach Auffassung der DAK erst ab Januar 2013 eingetreten, da die Schuldnerin bis einschließlich Dezember 2012 noch über ausreichende Liquiditätsreserven verfügt habe. Der Insolvenzverwalter hat mit Berufungserwiderung vom 15.10.2015 dem entgegengetreten und auf die Liquiditätsanalyse des vorläufigen Insolvenzverwalters verwiesen, aus der sich eine Deckungslücke von ca. 15% bereits ab September 2012 ergebe. Das Landgericht hat Termin zur mündlichen Verhandlung auf den 15.02.2016 bestimmt.

Die Berufungskosten sind bislang überschaubar. Die eigenen Anwaltskosten für die Berufungsinstanz belaufen sich auf ca. 1.800,00 EUR, die Gerichtskosten auf ca. 600,00 EUR. Die Prozesskostensituation wird laufend beobachtet. Sollte die Berufung erfolglos bleiben, sind die Kosten von der DAK zu erstatten.

b) Haftungsklage gegen Stefan Berger – Verfahrensstand

Im Rechtsstreit gegen den ehemaligen Geschäftsführer Stefan Berger (Az. 23 C 1045/15, AG Kiel) hat der Beklagte mit Schriftsatz vom 14.12.2015, eingegangen beim Gericht am 15.12.2015, die Klageerwiderung eingereicht. Der Beklagte, vertreten durch Rechtsanwalt Oliver Kruse, Kiel, bestreitet die Klageforderung dem Grunde und der Höhe nach. Zur Begründung trägt er vor, dass er zum Zeitpunkt der streitgegenständlichen Zahlungen nicht von einer eingetretenen Zahlungsunfähigkeit ausgegangen sei. Vielmehr habe er auf eine Sanierung gehofft und Verhandlungen mit möglichen Investoren geführt. Ferner seien die Mietzahlungen an die Tatenberger Immobilien GmbH zur Abwendung einer Räumung und damit zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes erforderlich gewesen.

Der Insolvenzverwalter wird in seiner Replik darauf verweisen, dass die subjektive Hoffnung auf eine Sanierung den Geschäftsführer nicht von seiner Haftung nach § 64 GmbHG a.F. entbindet. Entscheidend ist nach ständiger Rechtsprechung des BGH, ob ein ordentlicher Geschäftsmann die Zahlungsunfähigkeit hätte erkennen müssen (BGH, Urt. v. 08.01.2001 – II ZR 88/99). Bei einer Deckungslücke von ca. 15% und Rückständen bei den Sozialversicherungsbeiträgen seit Juli 2012 war die Zahlungsunfähigkeit objektiv erkennbar. Ein Termin zur mündlichen Verhandlung steht noch nicht fest.

Die Gesamtforderung der Masse gegen Herrn Berger beträgt 32.000,00 EUR. Hinzu könnten weitere Ansprüche aus Gesellschafter-Entnahmen kommen. Diese werden derzeit noch geprüft und sind nicht Gegenstand der anhängigen Klage. Der Ausgang des Rechtsstreits ist für die weitere Verfahrensentwicklung von erheblicher Bedeutung, da ein Obsiegen den Massebestand deutlich erhöhen würde.

c) Massebestand und Verfahrensaussichten

Der aktuelle Massebestand beläuft sich zum 15.12.2015 auf 84.200,00 EUR. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum hat sich der Massebestand um ca. 11.700,00 EUR erhöht, was im Wesentlichen auf den Eingang des DAK-Anfechtungsbetrages in erster Instanz (6.100,00 EUR), die IKK-Vergleichszahlung (bereits im Vorjahr erfasst) sowie Berger-Teilzahlungen und Zinserträge zurückzuführen ist.

Die Verfahrensaussichten haben sich gegenüber dem Vorbericht nicht wesentlich verändert. Die erwartete Insolvenzquote wird nach wie vor auf ca. 8 bis 12 Prozent geschätzt. Eine genauere Prognose ist derzeit nicht möglich, da der Ausgang der Berufung im DAK-Verfahren und der Haftungsklage gegen Herrn Berger noch offen ist. Bei einem vollständigen Obsiegen in beiden Verfahren könnte die Quote am oberen Ende der Bandbreite liegen.

d) Forderungstabelle – Aktualisierung

Die Forderungstabelle hat sich gegenüber dem Vorbericht wie folgt verändert: Die Forderung der Fashion Forward KG wurde aufgrund des geschlossenen Vergleichs von 28.700,00 EUR auf 24.800,00 EUR reduziert und in dieser Höhe festgestellt. Die Forderung der DAK-Gesundheit bleibt in Höhe von 18.740,00 EUR festgestellt; die aus dem Anfechtungsurteil resultierenden 6.100,00 EUR werden als Massezufluss verbucht und berühren die Tabellenforderung nicht. Die Gesamtsumme der festgestellten Insolvenzforderungen beträgt nunmehr ca. 508.400,00 EUR.

Im Berichtszeitraum ist keine neue Forderungsanmeldung eingegangen. Die bestrittenen Forderungen belaufen sich nach dem Vergleich mit Fashion Forward noch auf ca. 66.100,00 EUR. Von den bestrittenen Forderungen entfallen ca. 5.600,00 EUR auf die Tatenberger Immobilien GmbH und ca. 3.200,00 EUR auf die Werbeagentur Küsten kreativ. Die restlichen bestrittenen Beträge verteilen sich auf diverse Kleingläubiger. Feststellungsklagen wurden bislang in keinem Fall erhoben.

Der Insolvenzverwalter weist darauf hin, dass Gläubiger, deren Forderungen bestritten sind und die nicht innerhalb einer angemessenen Frist Feststellungsklage erheben, bei der Schlussverteilung nicht berücksichtigt werden können (§ 189 Abs. 1 InsO). Den betroffenen Gläubigern wurde dies mit Schreiben vom 20.10.2015 mitgeteilt. Eine Reaktion steht in den meisten Fällen noch aus.

e) Prognose zur Verfahrensdauer

Das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Nordlicht Handels GmbH läuft nunmehr seit dem 01.06.2013, mithin seit ca. zweieinhalb Jahren. Die wesentlichen Verwertungsmaßnahmen sind abgeschlossen. Der zeitliche Schwerpunkt des Verfahrens hat sich auf die Prozessführung und die Beitreibung von Ansprüchen verlagert.

Die voraussichtliche Verfahrensdauer hängt im Wesentlichen von folgenden Faktoren ab: (1) Ausgang des DAK-Berufungsverfahrens (voraussichtlich H1/2016), (2) Verlauf der Haftungsklage gegen Stefan Berger (voraussichtlich 2016-2017), (3) Dauer einer etwaigen Ratenzahlung durch Herrn Berger (voraussichtlich 2-3 Jahre nach Abschluss des Rechtsstreits), (4) Abschluss der steuerlichen Angelegenheiten. Unter Berücksichtigung dieser Faktoren wird die Gesamtverfahrensdauer auf ca. 5 bis 7 Jahre geschätzt. Ein Abschluss des Verfahrens vor 2019 erscheint unrealistisch.

Der Insolvenzverwalter ist bestrebt, das Verfahren so zügig wie möglich abzuschließen. Verzögerungen, die auf der Seite des Verwalters liegen, sind nicht zu verzeichnen. Die verbleibende Verfahrensdauer ist im Wesentlichen durch die Dauer der gerichtlichen Verfahren und die Ratenzahlungsdauer bestimmt.

f) Kommunikation mit den Gesellschaftern

Im Berichtszeitraum fanden mehrere Kontakte mit den ehemaligen Gesellschaftern Stefan und Katrin Berger statt. Am 15.09.2015 wurden beide Gesellschafter im Zusammenhang mit der Haftungsklage gegen Stefan Berger informiert. Katrin Berger hat mitgeteilt, dass sie derzeit als Teilzeitangestellte in einer Boutique in der Holstenstraße tätig sei und ein monatliches Nettoeinkommen von ca. 1.200,00 EUR erziele. Stefan Berger ist weiterhin als Automobilverkäufer bei einem Kieler Autohaus beschäftigt.

Rechtsanwalt Oliver Kruse, der Stefan Berger vertritt, hat in einem Telefonat am 20.10.2015 signalisiert, dass sein Mandant grundsätzlich vergleichsbereit sei, die Klageforderung von 32.000,00 EUR jedoch für überhöht halte. Herr Kruse hat eine Vergleichssumme von 10.000,00 EUR vorgeschlagen, die in monatlichen Raten von 300,00 EUR gezahlt werden solle. Der Insolvenzverwalter hat dieses Angebot als unzureichend zurückgewiesen. Es wird erwartet, dass das Gericht im Rahmen der mündlichen Verhandlung einen Vergleichsvorschlag unterbreiten wird.

g) Aufbewahrung – Kosten und Optimierung

Die monatlichen Kosten für die Aktenlagerung bei Iron Mountain betragen 120,00 EUR, mithin jährlich 1.440,00 EUR. Seit der Einlagerung im Januar 2015 sind damit Gesamtkosten von ca. 1.320,00 EUR angefallen (11 Monate). Der Insolvenzverwalter hat geprüft, ob eine kostengünstigere Lagerung möglich ist. Alternative Angebote lagen vor von: (1) Aktenvernichtung & Lagerung Nord GmbH (95,00 EUR/Monat für 42 Kartons), (2) SelfStorage Kiel (80,00 EUR/Monat, aber ohne Klimatisierung und Versicherung), (3) Verbleib bei Iron Mountain. Der Insolvenzverwalter hat sich für den Verbleib bei Iron Mountain entschieden, da die Preisdifferenz gering ist und Iron Mountain den Vorteil einer professionellen Dokumentenverwaltung mit Zugriff auf Einzelkartons bietet.

Eine Teilvernichtung von Unterlagen, deren Aufbewahrungsfrist abgelaufen ist, wird erstmals Ende 2018 möglich sein (Unterlagen des Geschäftsjahres 2008, sechs-jährige Frist für Buchungsbelege). Die geschätzte Kostenersparnis durch die Reduzierung der Lagermenge beträgt ca. 10-15 EUR monatlich.

h) Gläubigerausschuss – Einrichtung nicht erforderlich

Das Insolvenzgericht hat auf die Einrichtung eines Gläubigerausschusses gemäß § 67 InsO verzichtet. Die Gläubigerversammlung hat im Berichtstermin am 15.08.2013 ebenfalls keinen Antrag auf Einsetzung eines Gläubigerausschusses gestellt. Angesichts der überschaubaren Verfahrensgröße (Insolvenzmasse unter 250.000,00 EUR, weniger als 50 Gläubiger, keine laufende Beschäftigung) erscheint die Einrichtung eines Gläubigerausschusses auch aus Kostengründen nicht angezeigt. Die Kosten eines Gläubigerausschusses (Sitzungsgelder, Auslagenersatz) würden die Masse unnötig belasten.

Der Insolvenzverwalter steht allen Gläubigern für Auskünfte über den Verfahrensstand zur Verfügung. Im Berichtszeitraum wurden ca. 15 telefonische und 8 schriftliche Anfragen von Gläubigern beantwortet. Die häufigste Frage betraf die voraussichtliche Quotenhöhe und den Zeitpunkt der Schlussverteilung.

g) Forderungseinzug – Detailbericht

Der Forderungseinzug konnte im Berichtszeitraum mit dem folgenden Ergebnis fortgesetzt werden: Von den 47 offenen Debitorenforderungen mit einem Gesamtvolumen von EUR 277.675,89 (nach Wertberichtigung) konnten bisher 31 Forderungen mit einem Gesamtbetrag von EUR 189.234,56 eingezogen werden. Dies entspricht einer Realisierungsquote von 68,1 %.

Die größten Einzeleingänge entfallen auf: REWE Markt GmbH (EUR 43.567,89, vollständig bezahlt), Seewind Logistik GmbH (EUR 28.345,12, nach außergerichtlichem Vergleich auf EUR 22.000,00 reduziert), Kaufhaus Hansen KG (EUR 18.234,56, vollständig bezahlt), Kieler Yacht Club e.V. (EUR 12.456,78, vollständig bezahlt) sowie diverse Kleinkunden (zusammen EUR 87.630,21).

Für die verbleibenden 16 offenen Forderungen (Gesamtbetrag EUR 88.441,33) stellt sich die Situation wie folgt dar: Sechs Forderungen (EUR 34.891,23) befinden sich im gerichtlichen Mahnverfahren. Drei Schuldner (EUR 23.456,78) haben Ratenzahlungsvereinbarungen geschlossen, die bisher eingehalten werden. Vier Forderungen (EUR 18.093,32) wurden an einen Forderungskäufer (Fa. Norddeutsche Inkasso AG) zum Preis von EUR 5.427,99 abgetreten (Realisierungsquote 30 %). Die verbleibenden drei Forderungen (EUR 12.000,00) sind als uneinbringlich eingestuft worden, da die Schuldner selbst insolvent sind oder keinen pfändbaren Aufenthalt haben.

Insgesamt ergibt sich ein voraussichtlicher Gesamterlös aus dem Forderungseinzug von EUR 216.662,55, was einer Gesamtrealisierungsquote von 78,0 % (bezogen auf den wertberechtigten Bestand) entspricht. Dieses Ergebnis übertrifft die anfängliche Schätzung des Insolvenzverwalters von 60-65 % deutlich und ist auf die zeitnahe und konsequente Beitreibung zurückzuführen.

h) Protokoll Gläubigerausschuss-Sitzung

Protokoll der 4. Sitzung des Gläubigerausschusses vom 15.06.2015, 14:00 Uhr, in den Räumen der Kanzlei Dr. Hartmann & Kollegen, Holstenstraße 48, 24103 Kiel.

Anwesend: Dr. Michael Brandt (Commerzbank AG), Sabine Müller (Agentur für Arbeit Kiel), Karl-Heinz Weber (Weber Transporte GmbH), Dr. Jens-Peter Hartmann (Insolvenzverwalter).
Protokollführung: RA Thomas Engel (Kanzlei Hartmann).

TOP 1: Bericht des Insolvenzverwalters zum aktuellen Verfahrensstand. Der Insolvenzverwalter berichtete über den Abschluss der übertragenden Sanierung und die vollständige Zahlung des Kaufpreises. Der Gläubigerausschuss nahm den Bericht mit Zufriedenheit zur Kenntnis. Herr Brandt betonte, dass die Commerzbank das Verfahrensergebnis als überdurchschnittlich positiv bewerte.

TOP 2: Stand der Anfechtungsverfahren. Der Insolvenzverwalter informierte über die laufenden Anfechtungsklagen. Er schätzt die Erfolgsaussichten der Klage gegen die Petersen Unternehmensberatung GmbH als hoch ein. Die Klage gegen das Finanzamt sei schwieriger zu beurteilen, da die Finanzverwaltung in solchen Fällen erfahrungsgemäß hartnäckig verhandle.

TOP 3: Genehmigung der Beauftragung einer Steuerberatungsgesellschaft. Der Insolvenzverwalter beantragte die Genehmigung zur Beauftragung der Kanzlei Steuerberater Möller & Partner für die Erstellung der noch ausstehenden Steuererklärungen (Kosten: EUR 5.600,00 netto). Der Gläubigerausschuss genehmigte die Beauftragung einstimmig.

TOP 4: Voraussichtliche Verfahrensdauer und Verteilungsquote. Der Insolvenzverwalter schätzte die voraussichtliche Restdauer des Verfahrens auf 12 bis 18 Monate. Die erwartete Verteilungsquote liegt zwischen 15 % und 20 %, abhängig vom Ausgang der Anfechtungsverfahren. Frau Müller fragte nach dem zeitlichen Rahmen für die Schlussverteilung. Der Insolvenzverwalter teilte mit, dass die Schlussverteilung erst nach Abschluss aller anhängigen Rechtsstreitigkeiten erfolgen könne. Ende der Sitzung: 15:30 Uhr.

i) Zusammenfassung Massebestand

Position	Betrag EUR	Anmerkung
Anderkonto Deutsche Bank	284.658,10	Verfuegbar
Festgeld Sparkasse Kiel	100.000,00	Bis 31.12.2015
Forderungen Anfechtung	131.791,23	Klageweise verfolgt
Ratenzahlungen Debitoren	23.456,78	Laufend
Sonstige Forderungen	5.678,90	Diverse
Gesamt Aktiva	545.585,01	
Massekosten (Rueckstellung)	12.345,67	Festgesetzt
Verguetung IV (Rueckstellung)	105.261,50	Beantragt
Laufende Masseverbindlichkeiten	15.678,90	Steuerberater, RA
Gesamt Passiva	133.286,07	
Verteilbare Masse (voraussichtl.)	412.298,94	

Die voraussichtliche Verteilungsquote beträgt bei einer verteilbaren Masse von EUR 412.298,94 und festgestellten Forderungen von EUR 2.145.678,90 rechnerisch 19,2 %. Diese Prognose steht unter dem Vorbehalt des Ausgangs der noch anhängigen Anfechtungsverfahren. Im günstigsten Fall (vollständige Realisierung aller Anfechtungsansprüche) könnte die Quote auf ca. 21 % steigen. Im ungünstigsten Fall (kein Erfolg bei den Anfechtungen) würde die Quote bei ca. 14,5 % liegen.

Der Insolvenzverwalter empfiehlt den Gläubigern, in ihrer Finanzplanung von einer Quote von 15-20 % auszugehen und den oberen Rand dieser Bandbreite als realistisches Szenario zu betrachten.

j) Stand der Einzelforderungen – Update

Der Insolvenzverwalter gibt folgenden Überblick über den Stand der wesentlichen Einzelforderungen: Die Forderung der Commerzbank AG (EUR 645.000,00) wurde wie berichtet aus den Absonderungsrechten teilweise befriedigt. Der verbleibende ungesicherte Anteil nimmt an der Quotenverteilung teil.

Die Forderung der KfW Bankengruppe (EUR 342.234,56) ist festgestellt. Die Bürgschaft des Landes Schleswig-Holstein in Höhe von EUR 80.000,00 wurde in Anspruch genommen. Der Rückgriffsanspruch des Landes (EUR 80.000,00) ist als weitere Insolvenzforderung angemeldet und festgestellt. Die Forderung der Ocean Harvest A/S (EUR 156.789,12) ist festgestellt. Der Gläubiger hat über seinen Rechtsanwalt mitgeteilt, dass er die Verfahrensführung des Insolvenzverwalters als sachgerecht bewerte.

Die bestrittene Forderung der Allianz Versicherungs-AG (EUR 3.600,00) wurde nach außergerichtlicher Klärung festgestellt. Die Forderung beruhte auf einer rückständigen Prämie für die Sachversicherung, die der Insolvenzverwalter zunächst bestritten hatte, weil der Versicherungsschutz bereits zum Zeitpunkt der Prämienfälligkeit erloschen war. Die Allianz hat nachgewiesen, dass die Prämie für einen Zeitraum vor Erlöschen des Versicherungsschutzes geschuldet war.

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

Brinkmann, Hartmann & Kollegen · Düsternbrooker Weg 45 · 24105 Kiel

Amtsgericht Kiel
Insolvenzgericht
Deliussstraße 22
24114 Kiel

KIEL
Düsternbrooker Weg 45
24105 Kiel
Telefon: +49 (0)431 55 42 80-0
Telefax: +49 (0)431 55 42 80-20
kiel@brinkmann-hartmann.de
www.brinkmann-hartmann.de

15.06.2016

10 IN 127/13

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Firma

Nordlicht Handels GmbH

überreiche ich als **Anlage** meinen turnusgemäßen Bericht.

Dr. Jens-Peter Hartmann

Rechtsanwalt

als Insolvenzverwalter

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

6. Turnusgemäßiger Bericht

des Rechtsanwaltes
Dr. Jens-Peter Hartmann,
Düsternbrooker Weg 45, 24105 Kiel

vom 15.06.2016

in dem Insolvenzverfahren
über das Vermögen der Firma
Nordlicht Handels GmbH,
Bergstraße 14, 24103 Kiel,
vertreten durch die Geschäftsführer
Stefan und Katrin Berger,
wohnhaft: Mühlenkamp 22, 24113 Kiel

10 IN 127/13

Inhaltsverzeichnis

A. Bericht

I. Vorbemerkung

II. Verfahrensfortgang

1. DAK-Berufung: Abgewiesen
2. Vergleich mit Stefan Berger
3. Finanzamt – Nachmeldung USt 2011
4. Berger-Ratenzahlungen
5. Personal – Rückblick

III. Massebestand

IV. Voraussichtliche Quote

V. Berichtsfrist

Anlagen

A. Bericht

I. Vorbemerkung

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Nordlicht Handels GmbH (Az. 10 IN 127/13) erstatte ich hiermit meinen sechsten turnusgemäßen Zwischenbericht für den Berichtszeitraum Dezember 2015 bis Mai 2016.

Im Berichtszeitraum konnten zwei wesentliche Meilensteine erreicht werden: Die Berufung der DAK-Gesundheit wurde vom Landgericht Kiel als unbegründet zurückgewiesen, und es konnte ein Vergleich mit dem ehemaligen Geschäftsführer Stefan Berger geschlossen werden. Darüber hinaus hat das Finanzamt Kiel-Nord eine Nachmeldung vorgenommen.

II. Verfahrensfortgang

1. DAK-Berufung: Abgewiesen

Mit **Urteil vom 15.02.2016** hat das Landgericht Kiel (Az. 4 S 78/15) die Berufung der DAK-Gesundheit gegen das Urteil des Amtsgerichts Kiel als unbegründet zurückgewiesen. Das Urteil ist **rechtskräftig**. Die DAK-Gesundheit hat keine Nichtzulassungsbeschwerde eingelegt.

Das Landgericht hat die Beweiswürdigung des Amtsgerichts im Wesentlichen bestätigt und ausgeführt, dass die DAK-Gesundheit spätestens ab September 2012 positive Kenntnis von der Zahlungsunfähigkeit der Schuldnerin hatte. Das Gericht verwies darauf, dass ein Sozialversicherungsträger, der über mehrere Monate hinweg nur Teilzahlungen erhält und parallel Mahnverfahren betreibt, von der Zahlungsunfähigkeit des Schuldners Kenntnis hat.

Die DAK-Gesundheit hatte den geschuldeten Betrag in Höhe von 6.100,00 EUR nebst aufgelaufenen Zinsen – insgesamt 6.824,00 EUR – bereits im Dezember 2015 geleistet, sodass keine weitere Vollstreckung erforderlich war. Die Angelegenheit ist damit für das hiesige Insolvenzverfahren endgültig abgeschlossen. Der Anfechtungserfolg gegenüber der DAK-Gesundheit trägt unmittelbar zur Erhöhung der Befriedigungsquote für die Insolvenzgläubiger bei.

2. Vergleich mit Stefan Berger

Am 15.06.2016 konnte in der Haftungsklage gegen den ehemaligen Geschäftsführer Stefan Berger (AG Kiel, Az. 113 C 285/14) ein **Vergleich** geschlossen werden. Der Vergleich wurde vor dem Amtsgericht Kiel protokolliert und hat die Wirkung eines vollstreckbaren Titels gemäß § 794 Abs. 1 Nr. 1 ZPO.

Der Vergleich sieht im Wesentlichen Folgendes vor: Herr Berger verpflichtet sich, einen Betrag in Höhe von **18.000,00 EUR** in monatlichen Raten zu je **500,00 EUR** an die Insolvenzmasse zu zahlen. Die Ratenzahlung beginnt am 01.07.2016. Bei Verzug mit mehr als zwei aufeinanderfolgenden Raten wird der gesamte Restbetrag sofort fällig. Die bereits geleistete Teilzahlung von 2.500,00 EUR wird auf den Vergleichsbetrag angerechnet. Der Restbetrag beträgt somit 15.500,00 EUR, zahlbar in 31 monatlichen Raten.

Ich halte den Vergleich für angemessen. Der Vergleichsbetrag von 18.000,00 EUR entspricht ca. 56 % des eingeklagten Betrages von 32.000,00 EUR. Angesichts der begrenzten wirtschaftlichen Verhältnisse des Herrn Berger und des Prozessrisikos einer vollständigen Klageabweisung erscheint der Abschlag vertretbar. Herr Berger ist derzeit Angestellter mit einem monatlichen

Nettoeinkommen von ca. 2.400,00 EUR. Eine höhere Rate wäre wirtschaftlich nicht tragbar gewesen.

3. Finanzamt – Nachmeldung

Das Finanzamt Kiel-Nord hat eine Nachmeldung wegen einer Umsatzsteuer-Korrektur für das Geschäftsjahr 2011 in Höhe von **3.400,00 EUR** vorgenommen. Die Nachforderung resultiert aus einer korrigierten Vorsteuerberechnung. Die Forderung wurde in einem Nachprüfungstermin zur Tabelle festgestellt. Die Gesamtsumme der festgestellten Insolvenzforderungen beträgt nunmehr **508.400,00 EUR**.

4. Berger-Ratenzahlungen

Die ersten Berger-Ratenzahlungen aus dem Vergleich vom 15.06.2016 sind eingegangen. Im Zeitraum Juli bis September 2016 gingen drei Raten zu je 500,00 EUR ein, mithin insgesamt 1.500,00 EUR. Die Zahlungen erfolgten jeweils fristgerecht zum Monatsersten. Herr Berger scheint den Vergleichsverpflichtungen bisher nachzukommen.

5. Personal – Rückblick

Die Schuldnerin hatte seinerzeit 14 Beschäftigte, deren Kündigungen ordnungsgemäß abgewickelt wurden. Seit Einstellung des Geschäftsbetriebes sind alle Arbeitsverhältnisse beendet. Kündigungsschutzklagen wurden nicht erhoben.

III. Massebestand

Im Vorjahr betrug der Massebestand zum 31.12.2015 rund 83.800,00 EUR. Zuzüglich der zwischenzeitlichen Eingänge und abzüglich der Aufwendungen ergibt sich der nachfolgende aktuelle Massebestand.

Der Massebestand zum Stichtag 31.05.2016 beläuft sich auf:

Konto	Betrag (EUR)
Treuhandkonto Kieler Volksbank eG	91.836,00

IV. Voraussichtliche Quote

Die voraussichtliche Befriedigungsquote für die Insolvenzgläubiger liegt bei ca. **8 bis 12 %**. Unter Berücksichtigung der erfolgreichen DAK-Anfechtung und des Berger-Vergleichs könnte die Quote eher am oberen Ende der Bandbreite liegen.

V. Berichtsfrist

Für die Vorlage meines nächsten turnusgemäßen Berichtes habe ich mir vorsorglich den 15.12.2016 vorgemerkt.

Kiel, den 15.06.2016

Dr. Jens-Peter Hartmann

Rechtsanwalt

als Insolvenzverwalter

Einnahmen- / Ausgabenrechnung

Berichtszeitraum: 12/2015 - 05/2016

Position	Einnahmen (EUR)	Ausgaben (EUR)
Vortrag	84.216,00	
Berger-Raten 07-09/2016	1.500,00	
FA-Erstattung (anteilig)	840,00	
Zinsen	12,00	
RA-Kosten Vergleich		1.200,00
Steuerberater		600,00
Porto/Bürokosten		280,00
Bankgebühren		52,00
Archivlager		270,00
Summe Einnahmen	86.568,00	
Summe Ausgaben		2.402,00
Saldo	84.166,00	

Kontoauszug Treuhandkonto

Kieler Volksbank eG · IBAN DE89 2109 0007 0012 3456 78

Berichtszeitraum: 01.12.2015 - 31.05.2016

Datum	Buchungstext	Soll (EUR)	Haben (EUR)	Saldo (EUR)
	Anfangsbestand		84.216,00	84.216,00
01.01.2016	Berger-Rate 01/2016		500,00	84.716,00
01.02.2016	Berger-Rate 02/2016		500,00	85.216,00
01.03.2016	Berger-Rate 03/2016		500,00	85.716,00
15.03.2016	FA-Erstattung (anteilig)		840,00	86.556,00
01.04.2016	Steuerberater	300,00		86.256,00
15.04.2016	RA-Kosten	600,00		85.656,00
01.05.2016	Porto/Bürokosten	140,00		85.516,00
15.05.2016	Bankgebühren Halbjahr	26,00		85.490,00
31.05.2016	Zinsen		12,00	85.502,00
	Endbestand			85.502,00

a) Abschluss des DAK-Berufungsverfahrens

Das Berufungsverfahren vor dem Landgericht Kiel (Az. 4 S 215/15) wurde am 15.02.2016 durch Urteil entschieden. Das Landgericht hat die Berufung der DAK-Gesundheit zurückgewiesen und das erstinstanzliche Urteil des Amtsgerichts Kiel bestätigt. In den Urteilsgründen hat das Landgericht ausgeführt, dass das Amtsgericht den Zeitpunkt der materiellen Insolvenz zutreffend bestimmt habe. Die von der DAK vorgebrachten Einwände seien nicht geeignet, die Überzeugung des Gerichts von der Richtigkeit der erstinstanzlichen Feststellungen zu erschüttern.

Das Landgericht hat die Revision nicht zugelassen. Die DAK hat innerhalb der Beschwerdefrist keine Nichtzulassungsbeschwerde eingelegt, so dass das Urteil am 20.03.2016 rechtskräftig geworden ist. Der Vollstreckungstitel liegt vor. Die DAK-Gesundheit hat den Betrag von 6.100,00 EUR nebst Zinsen in Höhe von insgesamt 487,33 EUR, mithin 6.587,33 EUR, am 08.04.2016 auf das Treuhandkonto des Insolvenzverwalters überwiesen. Die Kostenerstattung für beide Instanzen in Höhe von ca. 3.200,00 EUR wurde ebenfalls überwiesen. Die Angelegenheit ist damit vollständig abgeschlossen.

b) Vergleich mit Stefan Berger

Im Rechtsstreit gegen den ehemaligen Geschäftsführer Stefan Berger (Az. 23 C 1045/15, AG Kiel) konnte am 15.06.2016 ein Vergleich geschlossen werden. Dem Vergleich ging eine umfangreiche mündliche Verhandlung am 20.05.2016 voraus, in der das Gericht beiden Parteien seine vorläufige Rechtsauffassung mitteilte. Das Gericht tendierte dazu, der Klage weitgehend stattzugeben, äußerte jedoch Bedenken hinsichtlich der Position "sonstige nicht dringende Zahlungen" in Höhe von 6.800,00 EUR, da hier die Einordnung als "nicht dringende" Zahlungen im Einzelfall streitig sei.

Der Vergleich sieht vor, dass Herr Berger an die Insolvenzmasse einen Gesamtbetrag von 18.000,00 EUR zahlt. Die Zahlung erfolgt in monatlichen Raten zu je 500,00 EUR, beginnend ab dem 01.07.2016. Bei vollständiger und pünktlicher Zahlung aller Raten wird der Insolvenzverwalter auf die Geltendmachung weitergehender Ansprüche verzichten. Bei Zahlungsverzug von mehr als zwei aufeinanderfolgenden Raten wird die Restforderung sofort fällig.

Rechtsanwalt Oliver Kruse, der Herrn Berger vertritt, hat den Vergleich für seinen Mandanten gebilligt. Herr Berger hat im Rahmen der Verhandlung dargelegt, dass seine wirtschaftliche Situation angespannt sei, er jedoch die monatlichen Raten von 500,00 EUR aus seinem Erwerbseinkommen als angestellter Verkäufer bei einem Kieler Autohaus aufbringen könne. Der Vergleich wird als angemessen erachtet, da er das Risiko einer teilweisen Klageabweisung sowie das Vollstreckungsrisiko vermeidet und der Masse einen regelmäßigen Zufluss sichert. Die Laufzeit des Vergleichs beträgt bei monatlichen Raten von 500,00 EUR insgesamt 36 Monate, mithin bis zum 30.06.2019.

ANMERKUNG: Der Vorjahresmassebestand betrug 83.800,00 EUR. Die Steigerung um ca. 8.000,00 EUR ist im Wesentlichen auf die DAK-Zahlung und erste Berger-Raten zurückzuführen.

c) Gesamtbilanz der Anfechtungsverfahren

Gegner	Streitwert	Erlös	Kosten	Netto
DAK-Gesundheit	8.200,00	6.587,33	0,00 (erstattet)	6.587,33
IKK Nord	5.600,00	4.200,00	0,00	4.200,00
Summe	13.800,00	10.787,33	0,00	10.787,33

Die vorstehende Tabelle zeigt die Gesamtbilanz der Insolvenzanfechtungsverfahren. Aus den Anfechtungsansprüchen gegen DAK-Gesundheit und IKK Nord konnten insgesamt 10.787,33 EUR für die Insolvenzmasse realisiert werden. Die Prozesskosten wurden von den unterlegenen Gegnern erstattet, so dass der Nettoerlös dem Bruttoerlös entspricht. Bezogen auf den Gesamtstreitwert von 13.800,00 EUR beträgt die Realisierungsquote ca. 78 Prozent, was als sehr zufriedenstellendes Ergebnis zu bewerten ist.

Die Anfechtungsverfahren haben insgesamt ca. zweieinhalb Jahre in Anspruch genommen (von der Klageerhebung im Januar 2014 bis zum rechtskräftigen Abschluss der DAK-Berufung im März 2016). Der zeitliche Aufwand des Insolvenzverwalters für die Prozessführung betrug geschätzt ca. 40 Stunden. Weitere Anfechtungsverfahren sind nicht beabsichtigt.

d) Berger-Vergleich – Ratenzahlungsplan

Monat	Fällig	Zahlung	Status
Juli 2016	500,00	500,00	gezahlt 05.07.
August 2016	500,00	0,00	ausstehend
September 2016	500,00	500,00	gezahlt 08.09.
Oktober 2016	500,00	500,00	gezahlt 03.10.
November 2016	500,00	0,00	ausstehend
Dezember 2016	500,00	500,00	gezahlt 12.12.
Summe H2/20163.000,002.000,00			

Wie die Übersicht zeigt, sind von den sechs fälligen Raten im zweiten Halbjahr 2016 lediglich vier Raten eingegangen. Die fehlenden Raten für August und November 2016 wurden trotz schriftlicher Mahnung nicht beglichen. Der Vergleich sieht eine Verfalligkeitsklausel für den Fall vor, dass zwei aufeinanderfolgende Raten ausfallen. Da die ausstehenden Raten nicht aufeinander folgen, ist diese Klausel bislang nicht ausgelöst worden.

Die bisherigen Gesamtzahlungen des Herrn Berger belaufen sich auf 2.000,00 EUR (H2/2016). Dem gegenüber stehen noch 16.000,00 EUR an ausstehenden Raten (Gesamtvergleichssumme 18.000,00 EUR abzüglich 2.000,00 EUR). Bei einer monatlichen Rate von 500,00 EUR beträgt die verbleibende Laufzeit noch 32 Monate, mithin bis ca. Juli 2019. Ob Herr Berger die vollständige Vergleichssumme aufbringen wird, ist angesichts seiner unregelmäßigen Zahlungsmoral fraglich.

e) Analyse der Verfahrenskosten im Zeitverlauf

Jahr	Verw.-Kosten	Prozesskosten	Steuerber.	Sonstige	Summe
H2/2013	1.800,00	0,00	2.400,00	14.280,00	18.480,00
2014	1.440,00	1.200,00	1.500,00	16.400,00	20.540,00
2015	1.440,00	600,00	400,00	2.280,00	4.720,00
H1/2016	720,00	1.800,00	200,00	1.140,00	3.860,00
Gesamt	5.400,00	3.600,00	4.500,00	34.100,00	47.600,00

Die Verfahrenskosten zeigen einen deutlichen Rückgang im Zeitverlauf. In den ersten 18 Monaten (H2/2013 und 2014) fielen die höchsten Kosten an, bedingt durch die Verwertungsmaßnahmen (Mietkosten, Auktionatorhonorar, Personalkosten). Ab 2015 belaufen sich die laufenden Verfahrenskosten auf nur noch ca. 4.000-5.000 EUR jährlich und setzen sich im Wesentlichen aus Aktenlagerung, Prozesskosten und Verwaltungsausgaben zusammen. Die Position "Sonstige" in 2013/2014 umfasst insbesondere die Mietkosten für die Betriebsstätten, die den größten Einzelposten darstellen.

Die Gesamtverfahrenskosten (ohne Verwaltervergütung und Gerichtskosten) belaufen sich auf ca. 47.600,00 EUR. Rechnet man die geschätzte Verwaltervergütung (ca. 23.000,00 EUR) und die Gerichtskosten (ca. 8.000,00 EUR) hinzu, ergeben sich Gesamtkosten von ca. 78.600,00 EUR. Dies entspricht ca. 65 Prozent der Gesamteinnahmen der Masse. Der Kostenanteil wird sich mit zunehmender Verfahrensdauer weiter erhöhen, was die Insolvenzquote belastet.

f) Gesamtmassebestand und Prognose

Der Massebestand beträgt zum Berichtsdatum 15.06.2016 ca. 91.800,00 EUR. Die erwarteten weiteren Einnahmen belaufen sich auf: Berger-Raten (theoretisch 18.000,00 EUR, realistisch 8.000-12.000 EUR), Steuererstattung (Einspruch KSt 2012, ca. 3.000-4.000 EUR), Zinserträge (ca. 500 EUR/Jahr). Die Gesamteinnahmen des Verfahrens werden auf ca. 110.000-120.000 EUR geschätzt.

Nach Abzug der geschätzten Gesamtkosten von ca. 80.000-85.000 EUR verbleibt eine voraussichtlich verteilbare Masse von ca. 30.000-40.000 EUR. Bei festgestellten Insolvenzforderungen von ca. 508.400,00 EUR ergibt sich eine voraussichtliche Quote von ca. 6-8 Prozent. Diese Prognose liegt unter der früher genannten Bandbreite von 8-12 Prozent, was auf die länger als erwartet andauernden Verfahrenskosten zurückzuführen ist. Eine Verbesserung der Quote ist möglich, wenn die Berger-Raten vollständig eingehen und die Steuererstattung realisiert wird.

g) Verhandlungen über übertragende Sanierung

Wie bereits im Vorbericht angekündigt, hat der Insolvenzverwalter ein strukturiertes Bieterverfahren für den Geschäftsbetrieb der Nordlicht Handels GmbH durchgeführt. Hierzu wurde ein Exposee erstellt und an insgesamt 23 potentielle Interessenten versandt, die aus der Branche oder angrenzenden Branchen stammen. Das Exposee enthielt eine Beschreibung des Geschäftsbetriebs, der wesentlichen Vermögensgegenstände, der Kunden- und Lieferantenstruktur sowie der Mitarbeiterstruktur.

Von den 23 angeschriebenen Unternehmen haben 11 Vertraulichkeitserklärungen unterzeichnet und Zugang zum Datenraum erhalten. Der Datenraum wurde bei der Kanzlei Brinkmann & Partner in Kiel eingerichtet und enthält Jahresabschlüsse, Kunden- und Lieferantenlisten (anonymisiert), Mietverträge, Arbeitsverträge und technische Dokumentation. Sechs Unternehmen haben verbindliche Angebote abgegeben.

Die Angebote bewegen sich in einer Bandbreite von EUR 120.000,00 bis EUR 285.000,00 für den Geschäftsbetrieb einschließlich der verbleibenden Betriebsausstattung und der Arbeitnehmerverhältnisse. Das höchste Angebot stammt von der Ostsee Handelskontor GmbH, Hamburg, die bereit ist, den Standort Kiel zu übernehmen und mindestens 10 der noch verbliebenen 11 Mitarbeiter weiterzubeschäftigen. Die Ostsee Handelskontor GmbH hat jedoch Bedingungen formuliert, insbesondere die Übernahme des Mietvertrags zu unveränderten Konditionen und den Ausschluss bestimmter Altlasten.

Der Insolvenzverwalter hat dem Gläubigerausschuss die Angebote vorgestellt und empfohlen, exklusive Verhandlungen mit der Ostsee Handelskontor GmbH aufzunehmen. Der Gläubigerausschuss hat diesem Vorschlag in seiner Sitzung vom 15.09.2014 mit drei zu null Stimmen zugestimmt. Die Verhandlungen werden voraussichtlich bis Ende Oktober 2014 abgeschlossen sein. Der Insolvenzverwalter wird über den Fortgang im nächsten Bericht informieren.

h) Massebericht und Kontenentwicklung

Der Insolvenzverwalter legt den folgenden Massebericht vor, der die Entwicklung des Anderkontos seit Verfahrenseröffnung darstellt:

Zeitraum	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
Jul - Dez 2013	EUR 302.952,25	EUR 228.850,70	EUR 74.101,55
Jan - Jun 2014	EUR 189.456,78	EUR 134.567,89	EUR 128.990,44
Jul - Dez 2014	EUR 312.456,78	EUR 156.789,12	EUR 284.658,10
Jan - Jun 2015	EUR 67.891,23	EUR 34.567,89	EUR 317.981,44

Der deutliche Anstieg im zweiten Halbjahr 2014 resultiert aus dem Eingang des Kaufpreises für die übertragende Sanierung (EUR 265.000,00) sowie den letzten Forderungseingängen. Die Ausgaben umfassen die laufenden Masseverbindlichkeiten (Miete bis Übergabe, Personalkosten bis Betriebsübergang, Verwertungskosten) sowie die Kosten der Rechtsstreitigkeiten.

Das Anderkonto wird bei der Deutsche Bank AG, Filiale Kiel, unter der Kontonummer DE89 2107 0024 0123 4567 89 geführt. Der aktuelle Kontostand zum Berichtsstichtag beträgt EUR 317.981,44. Zusätzlich besteht ein Festgeldkonto bei der Sparkasse Kiel über EUR 100.000,00 (Zinssatz 0,35 % p.a., Laufzeit 6 Monate). Die Anlage des Festgeldes wurde vom Gläubigerausschuss genehmigt.

Der Insolvenzverwalter hat im Berichtszeitraum keine Maßnahmen ergriffen, die einer gesonderten Genehmigung des Gläubigerausschusses gemäß § 160 InsO bedurft hätten. Die laufende Verwaltung der Insolvenzmasse beschränkte sich auf die Verfolgung der Anfechtungsansprüche, die steuerliche Abwicklung und die Vorbereitung der Schlussrechnung.

i) Datenraumanalyse – Bieterverfahren

Der im Rahmen des Bieterverfahrens eingerichtete Datenraum enthielt folgende Dokumentenkategorien:

Kategorie A – Finanzen: Jahresabschlüsse 2009 bis 2012, BWA Januar bis Juni 2013, Steuererklärungen und -bescheide 2009 bis 2012, Betriebsprüfungsbericht, Kontoauszüge Geschäftskonto (12 Monate), Darlehensverträge, Sicherheitenverträge.

Kategorie B – Personal: Anonymisierte Mitarbeiterliste mit Funktionsbeschreibungen und Betriebszugehörigkeit, Betriebsvereinbarungen, Organisationsstruktur, Krankheitsstatistik (anonymisiert), Personalkostenübersicht.

Kategorie C – Verträge: Mietvertrag, Leasingverträge, Wartungsverträge, Versicherungsverträge, wesentliche Kunden- und Lieferantenverträge (anonymisiert, Namen nach Abschluss der Vertraulichkeitserklärung offengelegt).

Kategorie D – Geschäftsbetrieb: Produktsortiment, Preislisten, Kundenstruktur (Top 20 Kunden nach Umsatz), Lieferantenstruktur, Logistikkonzept, Qualitätsmanagement-Dokumentation (IFS Food Zertifikat).

Kategorie E – Immobilie und Technik: Grundrisse, Flächenaufstellung, technische Dokumentation Kühlanlage, Energieverbrauchsdaten, Wartungsprotokolle, Umweltgutachten.

Von den elf Unternehmen, die den Datenraum genutzt haben, haben sechs verbindliche Angebote abgegeben. Die übrigen fünf Unternehmen haben den Prozess aus verschiedenen Gründen nicht weiterverfolgt: Zwei Unternehmen haben die Ertragssituation als nicht ausreichend bewertet, ein Unternehmen hat sich für eine andere Akquisition entschieden, und zwei Unternehmen haben ohne Angabe von Gründen von einem Angebot abgesehen.

j) Anmerkungen zur Verfahrenseffizienz

Der Insolvenzverwalter nimmt die Gelegenheit wahr, einige Anmerkungen zur Verfahrenseffizienz zu machen. Die Gesamtkosten des Verfahrens (Gerichtskosten, Verwaltervergütung, Rechtsanwaltskosten, Sachverständigenkosten, Steuerberaterkosten) belaufen sich auf ca. EUR 180.000,00. Dem stehen Gesamteinnahmen von ca. EUR 690.000,00 gegenüber.

Die Kostenquote von ca. 26 % liegt im Rahmen des für Regelinsolvenzverfahren Üblichen. Der Insolvenzverwalter weist darauf hin, dass die Kostenquote bei Verfahren mit Betriebsfortführung und übertragender Sanierung in der Regel höher ist als bei reinen Liquidationsverfahren, da der zusätzliche Aufwand für die Fortführung und die Verhandlungen mit potentiellen Erwerbern zu berücksichtigen ist.

Die Netto-Verwertungsquote (Verteilungsquote) von ca. 20 % übertrifft den Branchendurchschnitt deutlich. Nach den Statistiken des Statistischen Bundesamtes beträgt die durchschnittliche Befriedigungsquote in Insolvenzverfahren mit Verwertung ca. 5-8 %. In Verfahren mit Betriebsfortführung und übertragender Sanierung liegt der Durchschnitt bei ca. 12-15 %.

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

Brinkmann, Hartmann & Kollegen · Düsternbrooker Weg 45 · 24105 Kiel

Amtsgericht Kiel
Insolvenzgericht
Deliusstraße 22
24114 Kiel

KIEL
Düsternbrooker Weg 45
24105 Kiel
Telefon: +49 (0)431 55 42 80-0
Telefax: +49 (0)431 55 42 80-20
kiel@brinkmann-hartmann.de
www.brinkmann-hartmann.de

15.12.2016

10 IN 127/13

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Firma

Nordlicht Handels GmbH

überreiche ich als **Anlage** meinen turnusgemäßen Bericht.

Dr. Jens-Peter Hartmann

Rechtsanwalt

als Insolvenzverwalter

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

7. Turnusgemäßiger Bericht

des Rechtsanwaltes
Dr. Jens-Peter Hartmann,
Düsternbrooker Weg 45, 24105 Kiel

vom 15.12.2016

in dem Insolvenzverfahren
über das Vermögen der Firma
Nordlicht Handels GmbH,
Bergstraße 14, 24103 Kiel,
vertreten durch die Geschäftsführer
Stefan und Katrin Berger,
wohnhaft: Mühlenkamp 22, 24113 Kiel

10 IN 127/13

Inhaltsverzeichnis

A. Bericht

I. Vorbemerkung

II. Verfahrensfortgang

1. Berger-Ratenzahlungen
2. Vollstreckungsversuche
3. Verfahrensstillstand
4. Steuerliche Angelegenheiten

III. Massebestand

IV. Voraussichtliche Quote

V. Berichtsfrist

Anlagen

A. Bericht

I. Vorbemerkung

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Nordlicht Handels GmbH (Az. 10 IN 127/13) erstatte ich hiermit meinen siebten turnusgemäßen Zwischenbericht für den Berichtszeitraum Juni bis November 2016.

Im Berichtszeitraum haben sich die Berger-Ratenzahlungen als problematisch erwiesen. Von den seit 01.07.2016 fälligen monatlichen Raten sind lediglich vier von sechs Raten eingegangen. Ich musste Mahnungen aussprechen und Vollstreckungsmaßnahmen einleiten.

II. Verfahrensfortgang

1. Berger-Ratenzahlungen

Von den seit 01.07.2016 fälligen monatlichen Raten zu je 500,00 EUR hat Herr Stefan Berger bisher lediglich **4 von 6 Raten** geleistet. Die Raten für Juli, August, September und November 2016 gingen ordnungsgemäß ein. Die Raten für Oktober und Dezember 2016 wurden nicht fristgerecht geleistet. Insgesamt sind damit bisher aus dem Vergleich 4.000,00 EUR eingegangen (1.500,00 EUR im Vorbericht + 2.500,00 EUR aktuell, zuzüglich der Vorabzahlung von 2.500,00 EUR = insgesamt 6.500,00 EUR).

Ich habe Herrn Berger mit Schreiben vom 05.10.2016 und 05.12.2016 zur Zahlung der ausstehenden Raten unter Fristsetzung aufgefordert und Vollstreckungsmaßnahmen angekündigt. Der Rechtsanwalt des Herrn Berger, RA Oliver Kruse, hat mitgeteilt, dass sein Mandant vorübergehende Zahlungsschwierigkeiten habe, die auf eine Erkrankung und damit verbundene Gehaltseinbußen zurückzuführen seien. Er bat um Nachsicht und versicherte, die ausstehenden Raten bis Februar 2017 nachzuzahlen.

2. Vollstreckungsversuche

Aufgrund der verspäteten Zahlungen habe ich vorsorglich eine Titulierung des Vergleichs beantragt und Vollstreckungsmaßnahmen eingeleitet. Der protokollierte Vergleich stellt gemäß § 794 Abs. 1 Nr. 1 ZPO einen vollstreckbaren Titel dar. Ich habe beim Amtsgericht Kiel eine vollstreckbare Ausfertigung des Vergleichs beantragt. Diese wurde am 20.11.2016 erteilt.

Die Durchführung der Vollstreckung werde ich zunächst zurückstellen, um Herrn Berger die Möglichkeit zu geben, die Rückstände freiwillig auszugleichen. Sollte die Zahlung bis Februar 2017 nicht eingehen, werde ich den Gerichtsvollzieher mit der Sachpfändung beauftragen.

3. Verfahrensstillstand

Weitere Verwertungsmaßnahmen sind nicht möglich. Das Verfahren befindet sich in der Phase der Realisierung der noch offenen Ansprüche aus dem Berger-Vergleich. Die Kieler Volksbank eG hatte seinerzeit den Investitionskredit in Höhe von 82.500,00 EUR gewährt, der mittlerweile im Rahmen der Vergleichsvereinbarung geregelt ist. Die Absonderungsrechte sind abgewickelt.

Das Verfahren befindet sich nunmehr im vierten Jahr nach der Eröffnung. Die Verwertung der wesentlichen Vermögenswerte ist seit Längerem abgeschlossen. Die noch offenen Positionen beschränken sich auf die Berger-Ratenzahlungen sowie etwaige Steuererstattungsansprüche. Ich strebe eine zügige Beendigung des Verfahrens an, sofern die Berger-Ratenzahlungen planmäßig

eingehen.

4. Steuerliche Angelegenheiten

Die steuerlichen Angelegenheiten des Insolvenzverfahrens verlaufen ohne besondere Vorkommnisse. Die laufenden Umsatzsteuer-Voranmeldungen werden fristgerecht eingereicht. Aus der Körperschaftsteuer-Veranlagung 2012 ergaben sich keine offenen Forderungen.

III. Massebestand

Der Massebestand zum Stichtag 30.11.2016 beläuft sich auf:

Konto	Betrag (EUR)
Treuhandkonto Kieler Volksbank eG	93.456,00

IV. Voraussichtliche Quote

Die voraussichtliche Befriedigungsquote für die Insolvenzgläubiger liegt weiterhin bei ca. **8 bis 12 %**. Die unregelmäßigen Berger-Zahlungen geben Anlass zur Sorge, dass der vollständige Vergleichsbetrag möglicherweise nicht realisiert werden kann.

V. Berichtsfrist

Für die Vorlage meines nächsten turnusgemäßen Berichtes habe ich mir vorsorglich den 15.11.2017 vorgemerkt, da ich für den Zeitraum bis dahin mit den weiteren Berger-Ratenzahlungen und einer abschließenden Einschätzung der Verfahrensaussichten rechne.

Kiel, den 15.12.2016

Dr. Jens-Peter Hartmann

Rechtsanwalt

als Insolvenzverwalter

Einnahmen- / Ausgabenrechnung

Berichtszeitraum: 06/2016 - 11/2016

Position	Einnahmen (EUR)	Ausgaben (EUR)
Vortrag	91.836,00	
Berger-Raten 10-11/2016	1.000,00	
Zinsen	8,00	
Steuerberater		400,00
Porto/Bürokosten		220,00
Bankgebühren		48,00
Archivlager		270,00
Vollstreckungstitelkosten		180,00
Summe Einnahmen	92.844,00	
Summe Ausgaben		1.118,00
Saldo	91.726,00	

Kontoauszug Treuhandkonto

Kieler Volksbank eG · IBAN DE89 2109 0007 0012 3456 78

Berichtszeitraum: 01.06.2016 - 30.11.2016

Datum	Buchungstext	Soll (EUR)	Haben (EUR)	Saldo (EUR)
	Anfangsbestand		91.836,00	91.836,00
01.07.2016	Berger-Rate 07/2016		500,00	92.336,00
01.08.2016	Berger-Rate 08/2016		500,00	92.836,00
01.09.2016	Berger-Rate 09/2016		500,00	93.336,00
01.11.2016	Berger-Rate 11/2016		500,00	93.836,00
01.10.2016	Steuerberater	200,00		93.636,00
15.10.2016	Porto/Bürokosten	110,00		93.526,00
15.11.2016	Bankgebühren Halbjahr	24,00		93.502,00
30.11.2016	Porto/Bürokosten	110,00		93.392,00
30.11.2016	Zinsen		8,00	93.400,00
	Endbestand			93.400,00

a) Ratenzahlungen Stefan Berger

Die vereinbarten monatlichen Ratenzahlungen des ehemaligen Geschäftsführers Stefan Berger gehen unregelmäßig ein. Von den sechs fälligen Raten für den Zeitraum Juli bis Dezember 2016 sind bis zum Berichtsdatum lediglich vier Raten à 500,00 EUR eingegangen, mithin 2.000,00 EUR statt der geschuldeten 3.000,00 EUR. Die Raten für August und November 2016 wurden nicht gezahlt. Herr Berger wurde am 15.09.2016 und erneut am 20.11.2016 schriftlich an die rückständigen Zahlungen erinnert. Sein Rechtsanwalt, Herr Oliver Kruse, hat mitgeteilt, dass Herr Berger aufgrund einer vorübergehenden Arbeitszeitreduzierung bei seinem derzeitigen Arbeitgeber über ein geringeres Einkommen verfüge und um Verständnis bitte.

Der Insolvenzverwalter hat mit Schreiben vom 25.11.2016 darauf hingewiesen, dass gemäß dem geschlossenen Vergleich bei Zahlungsverzug von mehr als zwei aufeinanderfolgenden Raten die Restforderung sofort fällig wird. Da bislang kein Verzug von zwei aufeinanderfolgenden Raten vorliegt (die fehlenden Raten betreffen August und November), ist die Verfalligkeitsklausel noch nicht ausgelöst. Sollte die Dezember-Rate ebenfalls ausbleiben, würde die Restforderung fällig und müsste zwangsweise vollstreckt werden.

b) Vollstreckungsmöglichkeiten

Parallel zu den laufenden Mahnungen wurde die wirtschaftliche Situation des Herrn Stefan Berger überprüft. Eine Vermögensauskunft gemäß § 802c ZPO liegt nicht vor. Aus den öffentlich zugänglichen Quellen ergibt sich, dass Herr Berger derzeit als angestellter Automobilverkäufer tätig ist. Grundvermögen ist nach Auskunft des Grundbuchamtes nicht vorhanden; die frühere Eigentumswohnung am Mühlenkamp 22 wurde bereits im Vorjahr veräußert. Die Ehefrau und Mitgesellschafterin Katrin Berger ist nach Auskunft des Einwohnermeldeamtes weiterhin unter der gleichen Anschrift wohnhaft.

Sollte eine Zwangsvollstreckung in das Arbeitseinkommen des Herrn Berger erforderlich werden, ist zu berücksichtigen, dass die Pfändungsfreigrenzen gemäß § 850c ZPO einzuhalten sind. Bei einem geschätzten Nettoeinkommen von ca. 2.200,00 EUR und Unterhaltspflichten gegenüber zwei Kindern dürfte der pfändbare Betrag gering sein. Die Vollstreckung wird daher als letztes Mittel betrachtet.

c) Nachmeldung des Finanzamtes

Das Finanzamt Kiel-Nord hat mit Schreiben vom 12.11.2016 eine Nachmeldung zur Insolvenzforderung vorgenommen. Aufgrund einer Betriebsprüfung für die Jahre 2010 und 2011, die im Oktober 2016 abgeschlossen wurde, ergab sich eine Umsatzsteuer-Korrektur für das Jahr 2011 in Höhe von 3.400,00 EUR. Der Insolvenzverwalter hat die nachgemeldete Forderung geprüft und sie in der Forderungstabelle als festgestellt vermerkt, da die zugrunde liegenden Berechnungen des Finanzamtes nachvollziehbar und plausibel erscheinen. Die Gesamtforderung des Finanzamtes Kiel-Nord erhöht sich damit auf 45.780,00 EUR.

Die Nachmeldung hat Auswirkungen auf die Quotenberechnung, da sich die Gesamtsumme der festgestellten Insolvenzforderungen um den nachgemeldeten Betrag erhöht. Die erwartete Quote verringert sich dadurch geringfügig. Eine genaue Neuberechnung wird im nächsten Berichtszeitraum vorgenommen.

d) Gesamtentwicklung der Berger-Zahlungen

Zeitraum	Soll	Ist	Differenz
H2/2016 (Juli-Dez)	3.000,00	2.000,00	-1.000,00
Gesamt bisher	3.000,00	2.000,00	-1.000,00
Ausstehend (Rest)	15.000,00		

Die Zahlungsmoral des Herrn Berger gibt Anlass zur Sorge. Von den bislang sechs fälligen Raten wurden nur vier gezahlt. Der Rückstand beträgt 1.000,00 EUR. Sollte sich dieses Zahlungsverhalten fortsetzen, ist davon auszugehen, dass im Laufe des Jahres 2017 die Verfalligkeitsklausel des Vergleichs ausgelöst wird. In diesem Fall würde die gesamte Restforderung sofort fällig und müsste im Wege der Zwangsvollstreckung beigetrieben werden.

Die Vollstreckungsaussichten sind nach aktueller Einschätzung begrenzt. Herr Berger verfügt über kein nennenswertes Sachvermögen. Sein Einkommen als angestellter Verkäufer liegt nach Schätzung bei ca. 2.000-2.500 EUR netto monatlich. Bei Unterhaltspflichten gegenüber zwei Kindern und der Ehefrau Katrin Berger dürfte der pfändbare Betrag nach den Pfändungstabellen gemäß § 850c ZPO bei ca. 200-350 EUR monatlich liegen.

Es wird erwägt, ob eine Auskunft über die Vermögensverhältnisse des Herrn Berger im Wege der eidesstattlichen Versicherung gemäß § 802c ZPO eingeholt werden sollte. Dies würde Klarheit über die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse schaffen und die Zwangsvollstreckungsoptionen konkretisieren.

e) Zusammenfassung und Ausblick

Das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Nordlicht Handels GmbH dauert nunmehr dreieinhalb Jahre an. Die wesentlichen Verwertungsmaßnahmen sind seit Ende 2014 abgeschlossen. Die Anfechtungsverfahren gegen DAK und IKK sind rechtskräftig abgeschlossen und haben der Masse insgesamt 10.787,33 EUR eingebracht. Der Vergleich mit Stefan Berger über 18.000,00 EUR läuft, die Zahlungen gehen jedoch unregelmäßig ein.

Der aktuelle Massebestand von ca. 95.400,00 EUR (einschließlich der am 12.11.2016 vom FA nachgemeldeten Forderung von 3.400,00 EUR, die den Massebestand nicht erhöht, sondern lediglich die festgestellten Forderungen) bietet eine solide Grundlage für die spätere Schlussverteilung. Die Verfahrensdauer wird voraussichtlich noch mehrere Jahre betragen, da die Ratenzahlungen des Herrn Berger bis mindestens 2019 laufen sollen (vorbehaltlich der vollständigen Zahlung). Der nächste Bericht wird voraussichtlich im November 2017 erstattet.

f) Jahresabschluss des Verwalters 2016

Der Insolvenzverwalter hat für das Kalenderjahr 2016 eine interne Zwischenübersicht erstellt, die dem Insolvenzgericht als Anlage zu diesem Bericht vorgelegt wird. Die Übersicht umfasst sämtliche Einnahmen und Ausgaben des Massezeitraums im Kalenderjahr 2016. Die wesentlichen Einnahmen waren: DAK-Anfechtungserlös einschließlich Zinsen und Kostenerstattung (9.787,33 EUR), Berger-Raten (2.000,00 EUR) sowie Zinserträge auf dem Treuhandkonto (186,00 EUR). Die wesentlichen Ausgaben waren: Aktenlagerung (1.440,00 EUR), Prozesskosten Berufung DAK (anteilig: 1.200,00 EUR), Porto und Büromaterial (420,00 EUR) sowie Kontogebühren (240,00 EUR).

Die Umsatzsteuer-Jahreserklärung 2016 für den Massezeitraum wird bis zum 31.05.2017 eingereicht. Aus der vorläufigen Berechnung ergibt sich ein geringfügiges Vorsteuerguthaben von ca. 120,00 EUR.

g) Ausblick auf 2017

Für das Jahr 2017 sind keine wesentlichen Verwertungsmaßnahmen oder Prozessführungen geplant. Der Fokus liegt auf der Überwachung der Berger-Ratenzahlungen und der Bearbeitung der noch offenen steuerlichen Angelegenheiten. Sollte die Zahlungsmoral des Herrn Berger sich weiter verschlechtern, wird über Vollstreckungsmaßnahmen zu entscheiden sein.

Die Aufbewahrungsfristen für die Buchungsbelege des Geschäftsjahres 2008 laufen Ende 2014 ab (sechs-jährige Frist nach § 257 Abs. 4 HGB). Die entsprechenden Unterlagen können daher im Laufe des Jahres 2018 vernichtet werden. Eine Reduzierung der Lagermenge um ca. 6-8 Kartons wird die monatlichen Lagerkosten geringfügig senken.

Der nächste Bericht wird voraussichtlich im November 2017 erstattet. Sofern sich wesentliche Änderungen im Verfahrensverlauf ergeben, insbesondere im Zusammenhang mit den Berger-Ratenzahlungen oder der steuerlichen Erstattung, wird das Insolvenzgericht vorab informiert.

g) Durchführung der übertragenden Sanierung

Die Verhandlungen mit der Ostsee Handelskontor GmbH konnten im Berichtszeitraum erfolgreich abgeschlossen werden. Der Kaufvertrag wurde am 28.11.2014 notariell beurkundet (Notar Dr. Thomas Friedrichs, Kiel, UR-Nr. 1847/2014). Der vereinbarte Kaufpreis beträgt EUR 265.000,00 und setzt sich wie folgt zusammen: Kundenstamm und Geschäftsbeziehungen: EUR 120.000,00; verbleibende Betriebsausstattung und Kühlanlage: EUR 45.000,00; Firma und Markenrechte: EUR 50.000,00; Warenlager (Restbestand): EUR 50.000,00.

Die Käuferin hat darüber hinaus sämtliche 11 verbliebenen Arbeitsverhältnisse gemäß § 613a BGB übernommen. Die Überleitung erfolgte zum 01.01.2015. Die Mitarbeiter wurden in einer Betriebsversammlung am 05.12.2014 über die Übertragung informiert. Es gab keinen Widerspruch gegen den Betriebsübergang.

Der Mietvertrag für die Räumlichkeiten Am Hafen 17 wurde mit Zustimmung des Vermieters auf die Käuferin übertragen. Die Käuferin hat sich verpflichtet, die laufende Miete ab dem 01.01.2015 zu übernehmen. Der Insolvenzverwalter weist darauf hin, dass durch die übertragende Sanierung Mietforderungen als Masseverbindlichkeiten in Höhe von geschätzt EUR 113.400,00 (Miete bis Vertragsende 31.12.2015) vermieden werden konnten.

Der Kaufpreis von EUR 265.000,00 ist am 15.01.2015 vollständig auf dem Anderkonto des Insolvenzverwalters eingegangen. Unter Berücksichtigung der Notarkosten (EUR 2.345,67), der Kosten für die Erstellung des Datenraums (EUR 4.500,00) und sonstiger Transaktionskosten (EUR 1.234,56) ergibt sich ein Nettoerlös von EUR 256.919,77. Der Gläubigerausschuss hat den Vollzug der übertragenden Sanierung in seiner Sitzung vom 20.01.2015 zur Kenntnis genommen und als wirtschaftlich vorteilhaft bewertet.

h) Bewertung der Absonderungsrechte

Die Commerzbank AG hat als gesicherte Gläubigerin Absonderungsrechte an folgenden Sicherungsgut geltend gemacht: (1) Globalzession der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gemäß Sicherungsabtretungsvertrag vom 15.03.2010. (2) Sicherungsübereignung des Warenlagers gemäß Sicherungsübereignungsvertrag vom 15.03.2010. (3) Sicherungsübereignung des Kühlfahrzeugs Mercedes Sprinter 316 CDI.

Der Insolvenzverwalter hat die Sicherungsrechte geprüft und sie im Wesentlichen als wirksam anerkannt. Im Einzelnen ergibt sich folgende Abrechnung:

Zu (1) Globalzession: Eingezogene Forderungen, die unter die Globalzession fallen: EUR 156.789,12. Hiervon sind abzuziehen: Einziehungskosten des Insolvenzverwalters (Feststellungs- und Verwertungskostenbeiträge gemäß §§ 170, 171 InsO): Feststellungskostenbeitrag 4 % = EUR 6.271,56; Verwertungskostenbeitrag 5 % = EUR 7.839,46; Umsatzsteuer auf die Beiträge: EUR 2.681,09. Auszuzahlender Betrag an die Commerzbank: EUR 139.997,01.

Zu (2) Sicherungsübereignung Warenlager: Die unter die Sicherungsübereignung fallenden Waren wurden mit einem Verwertungserlös von EUR 98.234,56 verwertet. Abzuziehen sind: Feststellungskostenbeitrag 4 % = EUR 3.929,38; Verwertungskostenbeitrag 5 % = EUR 4.911,73; Umsatzsteuer: EUR 1.679,81. Auszuzahlender Betrag: EUR 87.713,64.

Zu (3) Kühlfahrzeug: Verwertungserlös EUR 18.500,00. Feststellungskostenbeitrag 4 % = EUR 740,00; Verwertungskostenbeitrag 5 % = EUR 925,00; Umsatzsteuer: EUR 316,35. Auszuzahlender Betrag: EUR 16.518,65.

Gesamtauszahlung an die Commerzbank aus Absonderungsrechten: EUR 244.229,30. Bei einer gesicherten Forderung von EUR 645.000,00 ergibt sich eine Befriedigungsquote aus dem Sicherungsgut von 37,9 %. Der verbleibende ungesicherte Teil der Forderung in Höhe von EUR 400.770,70 nimmt an der Insolvenzquote teil.

i) Mitarbeiterüberleitung – Detailbericht

Name	Position	Seit	Uebernahme
Lars Thiessen	Lagerleiter	01.08.2005	Ja
Birgit Holm	Sachbearbeiterin Einkauf	15.03.2007	Ja
Peter Kruse	Lagerarbeiter	01.09.2008	Ja
Sandra Jepsen	Lagerarbeiterin	01.04.2010	Ja
Thomas Riedel	Kraftfahrer	15.06.2010	Ja
Heike Vogt	Sachbearbeiterin Vertrieb	01.01.2011	Ja
Jens Paulsen	Lagerarbeiter	15.03.2011	Ja
Anja Frieze	Buero/Verwaltung	01.07.2011	Ja
Marco Schuett	Lagerarbeiter	01.10.2011	Ja
Nina Breede	Qualitaetssicherung	15.02.2012	Ja
Carsten Behrendt	Lagerarbeiter	01.06.2012	Ja

Sämtliche 11 verbliebenen Mitarbeiter wurden zum 01.01.2015 von der Ostsee Handelskontor GmbH im Wege des Betriebsübergangs (§ 613a BGB) übernommen. Die Mitarbeiter behielten ihre bisherigen Arbeitsbedingungen, insbesondere die Betriebszugehörigkeitszeiten, die bisherige Vergütung und den Urlaubsanspruch. Die Käuferin hat zugesagt, für einen Zeitraum von mindestens 12 Monaten keine betriebsbedingten Kündigungen auszusprechen.

Der Insolvenzverwalter hat die Mitarbeiter am 05.12.2014 in einer Betriebsversammlung über den Betriebsübergang informiert. Gemäß § 613a Abs. 5 BGB wurden die Mitarbeiter schriftlich über den Zeitpunkt des Übergangs, den Grund des Übergangs, die rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen sowie die hinsichtlich der Arbeitnehmer in Aussicht genommenen Maßnahmen unterrichtet. Die Widerspruchsfrist von einem Monat ist abgelaufen, ohne dass ein Mitarbeiter widersprochen hat.

Die noch ausstehenden Ansprüche aus den beendeten Arbeitsverhältnissen (gekuendigte Mitarbeiter) sind als Insolvenzforderungen angemeldet und zur Tabelle festgestellt worden. Sämtliche Arbeitnehmer, deren Arbeitsverhältnisse im Insolvenzverfahren beendet wurden, haben Insolvenzgeld (§ 165 SGB III) beantragt und erhalten.

j) Steuerliche Behandlung der übertragenden Sanierung

Die übertragende Sanierung hat folgende steuerliche Konsequenzen: Die Veräußerung des Geschäftsbetriebs stellt einen umsatzsteuerpflichtigen Vorgang dar (kein Umsatz im Rahmen einer Geschäftsveräußerung im Ganzen gemäß § 1 Abs. 1a UStG, da nicht alle wesentlichen Betriebsgrundlagen übertragen wurden). Der Kaufpreis von EUR 265.000,00 zzgl. EUR 50.350,00 Umsatzsteuer (19 %) wurde der Käuferin in Rechnung gestellt.

Die Umsatzsteuer von EUR 50.350,00 wurde an das Finanzamt abgeführt. Die Käuferin hat die Umsatzsteuer als Vorsteuer geltend gemacht. Ertragsteuerlich führt die Veräußerung zu einem Veräußerungsgewinn, der jedoch aufgrund der bestehenden Verlustvträge keine Körperschaftsteuer auslöst.

Der Insolvenzverwalter hat die steuerlichen Auswirkungen der übertragenden Sanierung mit dem Steuerberater Möller & Partner abgestimmt und die erforderlichen Steuererklärungen fristgerecht eingereicht.

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

Brinkmann, Hartmann & Kollegen · Düsternbrooker Weg 45 · 24105 Kiel

Amtsgericht Kiel
Insolvenzgericht
Deliusstraße 22
24114 Kiel

KIEL
Düsternbrooker Weg 45
24105 Kiel
Telefon: +49 (0)431 55 42 80-0
Telefax: +49 (0)431 55 42 80-20
kiel@brinkmann-hartmann.de
www.brinkmann-hartmann.de

15.11.2017

10 IN 127/13

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Firma

Nordlicht Handels GmbH

überreiche ich als **Anlage** meinen turnusgemäßen Zwischenbericht.

Dr. Jens-Peter Hartmann

Rechtsanwalt

als Insolvenzverwalter

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

8. Turnusgemäßiger Zwischenbericht

des Rechtsanwaltes
Dr. Jens-Peter Hartmann,
Düsternbrooker Weg 45, 24105 Kiel

vom 15.11.2017

in dem Insolvenzverfahren
über das Vermögen der Firma
Nordlicht Handels GmbH,
Bergstraße 14, 24103 Kiel,
vertreten durch die Geschäftsführer
Stefan und Katrin Berger,
wohnhaft: Mühlenkamp 22, 24113 Kiel

10 IN 127/13

Inhaltsverzeichnis

A. Bericht

I. Vorbemerkung

II. Verfahrensfortgang

1. Berger-Ratenzahlungen
2. Gerichtsvollzieher-Einsatz
3. Berger beantragt eigene Insolvenz
4. Anmeldung im Berger-Verfahren
5. Steuerliche Angelegenheiten

III. Massebestand

IV. Voraussichtliche Quote

V. Berichtsfrist

Anlagen

A. Bericht

I. Vorbemerkung

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Nordlicht Handels GmbH (Az. 10 IN 127/13) erstatte ich hiermit meinen achten turnusgemäßen Zwischenbericht für den Berichtszeitraum Dezember 2016 bis Oktober 2017.

Der Berichtszeitraum war geprägt von den weiterhin unregelmäßigen Ratenzahlungen des ehemaligen Geschäftsführers Stefan Berger. Besonders gravierend ist die Tatsache, dass Herr Berger im Oktober 2017 selbst einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über sein Vermögen gestellt hat, was erhebliche Auswirkungen auf die Realisierung des Vergleichsanspruchs hat.

II. Verfahrensfortgang

1. Berger-Ratenzahlungen

Im Geschäftsjahr 2017 hat Herr Berger lediglich **4 von 12 fälligen Raten** gezahlt. Die Zahlungen erfolgten in den Monaten Januar, April, Juli und Oktober, mithin in unregelmäßigen Abständen. Pro Quartal ging jeweils nur eine Rate zu 500,00 EUR ein. Insgesamt betrugen die Zahlungen im Jahr 2017 somit 2.000,00 EUR. Bisher sind aus dem Berger-Vergleich insgesamt 5.500,00 EUR eingegangen (2.500,00 EUR Vorabzahlung, 1.500,00 EUR in 2016, 2.000,00 EUR in 2017, abzüglich der Rückstände verbleibt ein offener Rest von 12.500,00 EUR).

Ich habe Herrn Berger mehrfach schriftlich gemahnt und die Zwangsvollstreckung angekündigt. Der Rechtsanwalt des Herrn Berger, RA Oliver Kruse, hat wiederholt um Geduld gebeten und auf die angespannte wirtschaftliche Lage seines Mandanten verwiesen. Die Vergleichsvereinbarung sieht bei Verzug mit mehr als zwei aufeinanderfolgenden Raten die sofortige Fälligkeit des gesamten Restbetrages vor. Diese Voraussetzung ist eingetreten, da Herr Berger die Raten für Februar und März 2017 nicht geleistet hat.

2. Gerichtsvollzieher-Einsatz

Im Juni 2017 habe ich den Gerichtsvollzieher mit der Sachpfändung bei Herrn Berger beauftragt. Der Gerichtsvollzieher hat am 28.06.2017 eine **fruchtlose Pfändung** festgestellt. In der Wohnung des Herrn Berger in der Mühlenkamp 22 befanden sich keine pfändbaren Gegenstände. Der Gerichtsvollzieher hat eine Vermögensauskunft gemäß § 802c ZPO abgenommen. Aus der Vermögensauskunft ergibt sich, dass Herr Berger über keine wesentlichen Vermögenswerte verfügt. Sein monatliches Nettoeinkommen beträgt ca. 2.100,00 EUR. Die gemeinsame Immobilie der Eheleute in der Friedrich-Hebbel-Straße ist mit Grundschulden der Sparkasse Kiel belastet, die den Verkehrswert übersteigen.

3. Berger beantragt eigene Insolvenz

Im Oktober 2017 hat Herr Stefan Berger beim Amtsgericht Kiel einen **Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens** über sein Vermögen gestellt (Az. **12 IN 305/17**). Zum vorläufigen Insolvenzverwalter wurde Rechtsanwalt Thomas Weiß, Kiel, bestellt. Die Eröffnung wird voraussichtlich noch im Jahr 2017 erfolgen.

Diese Entwicklung hat erhebliche Auswirkungen auf die weitere Realisierung der Raten aus dem Berger-Vergleich. Nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Herrn Berger

werden die ausstehenden Raten aus dem Vergleich als Insolvenzforderung im Berger-Verfahren angemeldet werden müssen. Eine direkte Vollstreckung in das Vermögen des Herrn Berger ist nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens gemäß § 89 InsO nicht mehr zulässig.

Herr Berger hat zudem einen Antrag auf Restschuldbefreiung gemäß §§ 286 ff. InsO gestellt. Sofern die Restschuldbefreiung erteilt wird, erlischt der persönliche Anspruch gegen Herrn Berger. Es ist daher damit zu rechnen, dass der ausstehende Restbetrag aus dem Vergleich nur anteilig – im Rahmen der im Berger-Verfahren erzielten Quote – realisiert werden kann.

4. Anmeldung im Berger-Verfahren

Ich habe die ausstehende Restforderung aus dem Berger-Vergleich in Höhe von **12.500,00 EUR** (18.000,00 EUR Vergleichsbetrag abzüglich 5.500,00 EUR bereits gezahlt) im Insolvenzverfahren des Herrn Stefan Berger (Az. 12 IN 305/17) zur Tabelle angemeldet.

5. Steuerliche Angelegenheiten

Das Finanzamt Kiel-Nord hat eine weitere Nachmeldung wegen einer Umsatzsteuer-Korrektur für das Geschäftsjahr 2011 in Höhe von 3.400,00 EUR vorgenommen. Die Forderung war bereits in einem früheren Bericht erwähnt und zur Tabelle festgestellt worden. Die laufenden steuerlichen Verpflichtungen des Insolvenzverfahrens werden weiterhin ordnungsgemäß erfüllt.

III. Massebestand

Der Massebestand beläuft sich auf:

Konto	Betrag (EUR)
Treuhandkonto Kieler Volksbank eG	95.384,00

IV. Voraussichtliche Quote

Die voraussichtliche Befriedigungsquote liegt weiterhin bei ca. **8 bis 12 %**. Die Berger-Insolvenz erschwert die vollständige Realisierung des Vergleichsbetrages und könnte die endgültige Quote negativ beeinflussen.

V. Berichtsfrist

Für die Vorlage meines nächsten turnusgemäßen Berichtes habe ich mir vorsorglich den 15.05.2018 vorgemerkt.

Kiel, den 15.11.2017

Dr. Jens-Peter Hartmann

Rechtsanwalt

als Insolvenzverwalter

Einnahmen- / Ausgabenrechnung

Berichtszeitraum: 12/2016 - 10/2017

Position	Einnahmen (EUR)	Ausgaben (EUR)
Vortrag	93.456,00	
Berger-Raten 2017 (4x500)	2.000,00	
Zinsen	8,00	
Steuerberater		400,00
Porto/Bürokosten		180,00
Bankgebühren		40,00
GV-Kosten		120,00
Archivlager		540,00
Summe Einnahmen	95.464,00	
Summe Ausgaben		1.280,00
Saldo	94.184,00	

Kontoauszug Treuhandkonto

Kieler Volksbank eG · IBAN DE89 2109 0007 0012 3456 78

Berichtszeitraum: 01.12.2016 - 31.10.2017

Datum	Buchungstext	Soll (EUR)	Haben (EUR)	Saldo (EUR)
	Anfangsbestand		93.456,00	93.456,00
01.01.2017	Berger-Rate 01/2017		500,00	93.956,00
01.04.2017	Berger-Rate 04/2017		500,00	94.456,00
01.07.2017	Berger-Rate 07/2017		500,00	94.956,00
01.10.2017	Berger-Rate 10/2017		500,00	95.456,00
01.06.2017	Steuerberater	200,00		95.256,00
15.06.2017	Gerichtsvollzieherkosten	120,00		95.136,00
01.09.2017	Porto/Bürokosten	90,00		95.046,00
15.09.2017	Steuerberater	200,00		94.846,00
31.10.2017	Bankgebühren	40,00		94.806,00
31.10.2017	Porto/Bürokosten	90,00		94.716,00
31.10.2017	Zinsen		8,00	94.724,00
	Endbestand			94.724,00

a) Ratenzahlungen Stefan Berger – Jahresstand 2017

Die Ratenzahlungssituation des ehemaligen Geschäftsführers Stefan Berger hat sich im Berichtsjahr 2017 weiter verschlechtert. Von den zwölf fälligen Raten à 500,00 EUR für den Zeitraum Januar bis Dezember 2017 sind lediglich vier Raten eingegangen, mithin 2.000,00 EUR statt der geschuldeten 6.000,00 EUR. Die eingegangenen Raten betreffen die Monate Februar, Mai, August und November 2017. Die übrigen acht Raten blieben trotz mehrfacher Mahnung und anwaltlicher Aufforderung unbezahlt.

Am 15.07.2017 wurde ein Vollstreckungsversuch gegen Herrn Berger unternommen. Der Gerichtsvollzieher berichtete, dass Herr Berger seit dem 01.04.2017 nicht mehr bei dem Kieler Autohaus beschäftigt sei und stattdessen eine neue Tätigkeit als selbständiger Handelsvertreter im Bereich Kfz-Zubehör aufgenommen habe. Die Vollstreckung in Sachvermögen blieb weitgehend fruchtlos, da die in der Wohnung vorgefundenen Gegenstände den Pfändungsschutz nach § 811 ZPO genießen. Es konnte lediglich ein hochwertiges Fernsehgerät (Samsung, Neupreis ca. 1.200,00 EUR) gepfändet werden, das bei einer Versteigerung einen Erlös von ca. 350,00 EUR erzielen dürfte.

Es zeichnet sich ab, dass die vollständige Erfüllung des Vergleichs über 18.000,00 EUR durch Herrn Berger zweifelhaft ist. Bislang sind insgesamt 6.000,00 EUR eingegangen (4 Raten in 2016: 2.000,00 EUR + 4 Raten in 2017: 2.000,00 EUR + 2 Raten Dez-Nachtrag: ca. 2.000 EUR = 6.000 EUR). Es bleibt abzuwarten, ob sich die wirtschaftliche Situation des Herrn Berger durch die neue selbständige Tätigkeit verbessert.

b) Finanzamt – Umsatzsteuerkorrektur 2011

Die im Vorbericht dargestellte Nachmeldung des Finanzamtes Kiel-Nord in Höhe von 3.400,00 EUR aufgrund der Umsatzsteuer-Korrektur für 2011 wurde in der Forderungstabelle berücksichtigt. Der Insolvenzverwalter hat die Forderung im nachträglichen Prüfungstermin am 20.03.2017 festgestellt. Einwendungen gegen die Feststellung wurden nicht erhoben.

Darüber hinaus hat der Insolvenzverwalter beim Finanzamt Kiel-Nord einen Erstattungsanspruch aus der Umsatzsteuer-Jahreserklärung 2013 (Rumpfgeschäftsjahr) in Höhe von voraussichtlich ca. 2.800,00 EUR geltend gemacht. Der Erstattungsanspruch resultiert aus Vorsteuerbeträgen im Zusammenhang mit den Verwertungsmaßnahmen und Masseausgaben. Das Finanzamt hat die Bearbeitung des Erstattungsantrages zugesagt, ein Bescheid steht jedoch noch aus. Es wird erwartet, dass die Erstattung im nächsten Berichtszeitraum erfolgt.

c) Verfahrensaussichten und Quotenprognose

Der Massebestand beläuft sich zum Berichtsdatum auf ca. 95.400,00 EUR. Die wesentlichen noch ausstehenden Einnahmen sind: Restliche Berger-Raten (theoretisch noch 12.000,00 EUR, realistisch geschätzt 4.000-6.000 EUR), Steuererstattung (ca. 2.800,00 EUR) sowie Zinserträge. Dem stehen noch ausstehende Massekosten gegenüber: Verwaltervergütung (Vorschuss: 5.000 EUR bereits ausgezahlt, Restvergütung geschätzt ca. 18.000-22.000 EUR), Gerichtskosten (Restbetrag ca. 3.000 EUR), Steuerberatung (noch ca. 1.500 EUR), Aktenlagerung (laufend 120 EUR/Monat). Die voraussichtlich verteilbare Masse nach Abzug aller Massekosten wird auf ca. 50.000-60.000 EUR geschätzt.

Bei festgestellten Insolvenzforderungen von nunmehr ca. 510.200,00 EUR (nach Nachmeldung FA und Korrektur Fashion Forward) ergibt sich eine voraussichtliche Quote von ca. 10-12 Prozent. Die Bandbreite hängt vom weiteren Eingang der Berger-Raten sowie vom Ausgang der steuerlichen Erstattungsansprüche ab.

d) Berger – Gesamtzahlungsübersicht

Zeitraum	Soll	Ist	Fehlbetrag
H2/2016 (Jul-Dez)	3.000,00	2.000,00	1.000,00
H1/2017 (Jan-Jun)	3.000,00	1.000,00	2.000,00
H2/2017 (Jul-Nov)	2.500,00	1.000,00	1.500,00
Gesamt	8.500,00	4.000,00	4.500,00

Die Übersicht zeigt die dramatische Verschlechterung der Zahlungsmoral des Herrn Berger. Von den insgesamt fälligen 8.500,00 EUR wurden lediglich 4.000,00 EUR gezahlt. Der Gesamtfehlbetrag beläuft sich auf 4.500,00 EUR. Im zweiten Halbjahr 2017 sind nur noch sporadische Zahlungen eingegangen. Es ist davon auszugehen, dass die finanzielle Situation des Herrn Berger sich weiter verschlechtert hat, möglicherweise im Zusammenhang mit der Aufgabe der unselbständigen Tätigkeit und dem Wechsel in die Selbständigkeit.

Angesichts der desolaten Zahlungssituation erscheint es wahrscheinlich, dass Herr Berger in absehbarer Zeit einen Insolvenzantrag über sein Privatvermögen stellen wird. In diesem Fall würde die Restforderung aus dem Vergleich als Insolvenzforderung im Berger-Verfahren anzumelden sein. Die Realisierungsaussichten würden sich dann auf die Insolvenzquote im Berger-Verfahren reduzieren.

e) Steuerliche Situation – Zusammenfassung

Die steuerlichen Angelegenheiten der Schuldnerin sind weitgehend abgewickelt. Die Jahresabschlüsse für sämtliche relevanten Zeiträume (2008 bis 2013) liegen vor. Die Steuererklärungen wurden eingereicht. Die Umsatzsteuer-Erstattung für 2013 in Höhe von 2.800,00 EUR wurde vereinnahmt. Ein Einspruchsverfahren wegen der Körperschaftsteuer 2012 läuft noch. Die mögliche Erstattung wird auf ca. 3.000-4.000 EUR geschätzt. Die Bearbeitung durch das Finanzamt steht noch aus.

Die steuerlichen Verpflichtungen des Insolvenzverwalters für den Massezeitraum (ab 01.06.2013) umfassen lediglich die jährliche Umsatzsteuer-Erklärung für die Verwaltungseinnahmen und -ausgaben. Diese Erklärungen wurden regelmäßig eingereicht. Für die Jahre 2014 bis 2016 ergaben sich Umsatzsteuer-Überschüsse zugunsten der Masse in Höhe von insgesamt ca. 680,00 EUR, die bereits vereinnahmt wurden.

f) Prüfung der Berger-Privatinsolvenz

Angesichts der sich verschlechternden Zahlungssituation des Herrn Stefan Berger hat der Insolvenzverwalter Erkundigungen über dessen wirtschaftliche Verhältnisse eingezogen. Eine Anfrage beim Amtsgericht Kiel (Vollstreckungsgericht) hat ergeben, dass gegen Herrn Berger mehrere Vollstreckungstitel vorliegen, darunter auch solche aus dem Rechtsstreit mit der Kieler Volksbank eG (persönliche Bürgschaft). Es ist daher davon auszugehen, dass Herr Berger in absehbarer Zeit einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über sein Privatvermögen stellen wird.

Für den Fall der Eröffnung eines Privatinsolvenzverfahrens über das Vermögen des Herrn Berger ist die Restforderung aus dem Vergleich (18.000,00 EUR abzüglich bisheriger Zahlungen von 4.000,00 EUR = 14.000,00 EUR) als Insolvenzforderung im Berger-Verfahren anzumelden. Darüber hinaus könnten die bislang nicht geltend gemachten Ansprüche aus den Gesellschafter-Entnahmen (ca. 57.600,00 EUR anteilig auf Stefan Berger) ebenfalls angemeldet werden, sofern sie nicht verjährt sind. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus § 64 GmbHG a.F. beträgt fünf Jahre ab Entstehung, mithin bis spätestens Ende 2017 für die Zahlungen aus 2012.

Der Insolvenzverwalter wird die Forderungsanmeldung im Berger-Verfahren umgehend vorbereiten, sobald die Eröffnung des Verfahrens bekannt gegeben wird.

g) Vernichtung abgelaufener Unterlagen

Im Berichtszeitraum wurde die erstmalige Vernichtung von Unterlagen vorbereitet, deren Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind. Betroffen sind Buchungsbelege und Geschäftsbriefe des Geschäftsjahres 2008, deren sechs-jährige Aufbewahrungsfrist gemäß § 257 Abs. 4 HGB Ende 2014 abgelaufen ist. Die Firma Iron Mountain wurde mit der ordnungsgemäßen Vernichtung gemäß DIN 66399 (Stufe P-3) beauftragt. Die Vernichtung umfasst ca. 6 Kartons und wird voraussichtlich im Januar 2018 durchgeführt.

Die Vernichtung wird durch ein Vernichtungsprotokoll dokumentiert, das dem Insolvenzgericht vorgelegt wird. Die monatlichen Lagerkosten bei Iron Mountain verringern sich durch die Reduzierung der Lagermenge voraussichtlich um ca. 15,00 EUR auf ca. 105,00 EUR monatlich.

g) Nachträgliche Forderungsanmeldungen

Im Berichtszeitraum sind vier nachträgliche Forderungsanmeldungen eingegangen, die gemäß § 177 InsO im schriftlichen Verfahren geprüft wurden:

(1) Fa. Scandinavian Fish Export AB, Goeteborg/Schweden: Forderung aus Warenlieferung in Höhe von EUR 23.456,78 zzgl. Zinsen. Die Forderung ist durch Lieferscheine und Rechnungen belegt und wurde festgestellt. Die Gläubigerin hatte die Verfahrenseröffnung erst verspätet erfahren, da die Veröffentlichung im schwedischen Insolvenzregister nicht erfolgt war.

(2) Finanzamt Kiel-Nord: Nachforderung Umsatzsteuer 2012 in Höhe von EUR 12.345,67 aufgrund einer zwischenzeitlich abgeschlossenen Betriebsprüfung. Der Insolvenzverwalter hat die Forderung nach Prüfung des Betriebsprüfungsbeschieds festgestellt.

(3) Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gastgewerbe: Beitragsforderung 2012/2013 in Höhe von EUR 4.567,89. Die Forderung wurde festgestellt.

(4) Herr Sven Holgersson (ehemaliger Mitarbeiter): Forderung auf Urlaubsabgeltung in Höhe von EUR 3.456,78. Der Insolvenzverwalter hat die Forderung teilweise bestritten, da nach den vorliegenden Personalunterlagen nur 7 (nicht 12) Urlaubstage als offener Anspruch bestanden. Die anerkannte Teilforderung beträgt EUR 2.012,34.

Nach Berücksichtigung der nachträglichen Anmeldungen ergibt sich eine Gesamtforderungssumme (festgestellt) von EUR 2.145.678,90. Die bestrittenen Forderungen belaufen sich auf EUR 156.234,56. Die Gesamtverbindlichkeiten einschließlich der Masseverbindlichkeiten betragen EUR 2.487.345,12.

h) Verfahrenskosten – Übersicht

Die im Insolvenzverfahren angefallenen Verfahrenskosten stellen sich zum Berichtsstichtag wie folgt dar:

Kostenposition	Betrag EUR	Anmerkung
Gerichtskosten (§ 54 InsO)	12.345,67	Festgesetzt
Verguetung vorl. Insolvenzverwalter	23.456,78	Festgesetzt
Verguetung Insolvenzverwalter	89.234,56	Beantragt
Auslagen Insolvenzverwalter	4.882,23	Beantragt
Rechtsanwaltskosten	34.567,12	Angefallen
Sachverstaendigenkosten	8.128,90	Bezahlt
Steuerberaterkosten	5.600,00	Bezahlt
Sonstige Verfahrenskosten	3.456,78	Diverse
Gesamt	181.672,04	

Die Verfahrenskosten liegen im Rahmen des für ein Verfahren dieser Größe Üblichen. Der Anteil der Verfahrenskosten an den Gesamteinnahmen beträgt ca. 26,4 %, was nach Auffassung des Insolvenzverwalters angemessen ist, insbesondere unter Berücksichtigung der umfangreichen Anfechtungsverfahren und der Betriebsfortführung.

Der Insolvenzverwalter weist darauf hin, dass ohne die Betriebsfortführung und die übertragende Sanierung die Gesamteinnahmen erheblich niedriger und damit auch die Verteilungsquote deutlich geringer ausgefallen wären. Die durch die Betriebsfortführung verursachten Mehrkosten (insbesondere Personal und Miete) haben sich durch den höheren Kaufpreis bei der übertragenden Sanierung mehr als amortisiert.

i) Zusammenfassung der Verfahrenschonologie

Datum	Ereignis
15.06.2013	Insolvenzantrag durch Geschaeftsfuehrer
17.06.2013	Bestellung vorlaeufiger Insolvenzverwalter
01.07.2013	Eroeffnung des Insolvenzverfahrens
15.08.2013	Glaeubigerversammlung, Einsetzung Glaeubigerausschuss
Sep-Dez 2013	Verwertung verderblicher Waren
Jan-Maerz 2014	Verwertung Anlagevermoegen
Feb 2014	Personalreduzierung (2 Mitarbeiter)
Jun-Sep 2014	Bieterverfahren uebertragende Sanierung
28.11.2014	Kaufvertrag Ostsee Handelskontor GmbH
01.01.2015	Betriebsuebergang auf Kaeuferin
2014-2017	Anfechtungsverfahren (Gerichte)
Jan 2018	Abschluss letztes Anfechtungsverfahren
Jan 2019	Verguetungsantrag Insolvenzverwalter
Mar 2019	Verteilungsverzeichnis genehmigt
Jun 2019	Schlussstermin, Schlussverteilung
2020-2023	Nachtragsverteilungen, Restabwicklung
Mar 2024	Aufhebung des Insolvenzverfahrens

Die Gesamtverfahrensdauer von knapp elf Jahren liegt über dem Durchschnitt für Regelinsolvenzverfahren, der nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bei ca. 3 bis 5 Jahren liegt. Die überdurchschnittliche Dauer ist auf die langwierigen Anfechtungsprozesse und die nachträgliche Betriebsprüfung zurückzuführen. Die hierdurch erzielten Mehreinnahmen (ca. EUR 130.000,00) rechtfertigen die längere Verfahrensdauer jedoch vollauf.

j) Vergleich mit Branchenkennzahlen

Zum Vergleich der Verfahrensergebnisse mit branchenspezifischen Kennzahlen hat der Insolvenzverwalter die folgenden Daten herangezogen: Nach einer Studie des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn wurden im Jahr 2013 insgesamt 26.300 Insolvenzverfahren in Deutschland eröffnet. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 3,7 Jahre. Die durchschnittliche Befriedigungsquote lag bei 4,2 % (Median). Bei Verfahren mit übertragender Sanierung stieg die Quote auf durchschnittlich 13,8 %.

Im Bereich Groß- und Einzelhandel mit Nahrungsmitteln lag die durchschnittliche Quote bei 6,1 %. Die im vorliegenden Verfahren erzielte Quote von 20,18 % übertrifft diesen Branchendurchschnitt um den Faktor 3,3. Der Insolvenzverwalter führt dies auf die frühzeitige Einleitung der Betriebsfortführung, das professionelle Bieterverfahren und die konsequente Verfolgung der Anfechtungsansprüche zurück.

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

Brinkmann, Hartmann & Kollegen · Düsternbrooker Weg 45 · 24105 Kiel

Amtsgericht Kiel
Insolvenzgericht
Deliussstraße 22
24114 Kiel

KIEL
Düsternbrooker Weg 45
24105 Kiel
Telefon: +49 (0)431 55 42 80-0
Telefax: +49 (0)431 55 42 80-20
kiel@brinkmann-hartmann.de
www.brinkmann-hartmann.de

15.05.2018

10 IN 127/13

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Firma

Nordlicht Handels GmbH

überreiche ich als **Anlage** meinen turnusgemäßen Zwischenbericht.

Dr. Jens-Peter Hartmann

Rechtsanwalt

als Insolvenzverwalter

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

9. Turnusgemäßiger Zwischenbericht

des Rechtsanwaltes
Dr. Jens-Peter Hartmann,
Düsternbrooker Weg 45, 24105 Kiel

vom 15.05.2018

in dem Insolvenzverfahren
über das Vermögen der Firma
Nordlicht Handels GmbH,
Bergstraße 14, 24103 Kiel,
vertreten durch die Geschäftsführer
Stefan und Katrin Berger,
wohnhafte: Mühlenkamp 22, 24113 Kiel

10 IN 127/13

Inhaltsverzeichnis

A. Bericht

I. Vorbemerkung

II. Verfahrensfortgang

1. Katrin Berger-Insolvenz
2. Stefan Berger-Insolvenz
3. Steuererstattung
4. Auswirkungen auf das hiesige Verfahren

III. Massebestand

IV. Voraussichtliche Quote

V. Berichtsfrist

Anlagen

A. Bericht

I. Vorbemerkung

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Nordlicht Handels GmbH (Az. 10 IN 127/13) erstatte ich meinen neunten turnusgemäßen Zwischenbericht für den Berichtszeitraum November 2017 bis April 2018.

II. Verfahrensfortgang

1. Katrin Berger-Insolvenz

Auch die Gesellschafterin Katrin Berger hat im Februar 2018 einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über ihr Vermögen gestellt (Az. **12 IN 88/18** AG Kiel). Zur Insolvenzverwalterin wurde Frau **Dr. Monika Wiesner**, Kiel, bestellt. Frau Berger hat ebenfalls einen Antrag auf Restschuldbefreiung gestellt. Die Vermögenslage der Frau Berger ist ähnlich angespannt wie die ihres Ehemannes.

Die Insolvenz beider Gesellschafter bestätigt die bereits bei Verfahrenseröffnung im Jahr 2013 erkennbare Persönlichkeitshaftung der Geschäftsführer. Die Immobilie in der Friedrich-Hebbel-Straße 11 wurde zwischenzeitlich zwangsversteigert. Aus dem Erlös konnten nach Befriedigung der Grundschnldgläubigerin (Sparkasse Kiel) keine Überschüsse erzielt werden.

2. Stefan Berger-Insolvenz

Das Insolvenzverfahren über das Vermögen des Stefan Berger (Az. 12 IN 305/17) wurde am 15.12.2017 eröffnet. Die Treuhandperiode gemäß § 287 Abs. 2 InsO hat begonnen. Inwieweit aus dem Verfahren Quotenzahlungen an die hiesige Insolvenzmasse zu erwarten sind, kann derzeit noch nicht abschließend beurteilt werden. Der Insolvenzverwalter RA Thomas Weiß hat mitgeteilt, dass die Befriedigungsquote im Berger-Verfahren voraussichtlich im niedrigen einstelligen Prozentbereich liegen wird.

3. Steuererstattung

Das Finanzamt Kiel-Nord hat einen korrigierten Steuerbescheid für das Geschäftsjahr 2011 erlassen. Hieraus ergab sich eine Erstattung in Höhe von **2.800,00 EUR**, die zwischenzeitlich auf dem Treuhandkonto eingegangen ist. Die Erstattung resultiert aus einer nachträglichen Korrektur der Vorsteuerabzugsbeträge.

4. Auswirkungen auf das hiesige Verfahren

Die Insolvenzen beider Gesellschafter haben zur Folge, dass sämtliche persönlichen Haftungsansprüche gegen die Geschäftsführer nunmehr als Insolvenzforderungen in den jeweiligen Verfahren geltend zu machen sind. Eine direkte Vollstreckung gegen die Geschäftsführer ist nicht mehr möglich. Die Realisierung der ausstehenden Vergleichsbeträge hängt von den Befriedigungsquoten in den Gesellschafter-Insolvenzverfahren ab.

Die Kieler Volksbank eG hatte seinerzeit den Investitionskredit in Höhe von 82.500,00 EUR gewährt, der zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung noch mit rund 78.000,00 EUR valutierte. Die Absonderungsrechte der Bank sind bereits durch den Vergleich aus 2014 geregelt. Aus den Berger-Insolvenzverfahren wird die Bank als Gläubigerin der persönlichen Bürgschaften der Gesellschafter auftreten.

III. Massebestand

Konto	Betrag (EUR)
Treuhandkonto Kieler Volksbank eG	100.172,00

IV. Voraussichtliche Quote

Die voraussichtliche Befriedigungsquote liegt bei ca. **8 bis 12 %**.

V. Berichtsfrist

Nächster Bericht: 15.05.2019.

Kiel, den 15.05.2018

Dr. Jens-Peter Hartmann

Rechtsanwalt

als Insolvenzverwalter

Einnahmen- / Ausgabenrechnung

Berichtszeitraum: 11/2017 - 04/2018

Position	Einnahmen (EUR)	Ausgaben (EUR)
Vortrag	95.384,00	
Steuererstattung 2011	2.800,00	
Berger-Rate (letzte)	500,00	
Zinsen	8,00	
Steuerberater		400,00
Porto/Bürokosten		160,00
Bankgebühren		40,00
Archivlager		540,00
Summe Einnahmen	98.692,00	
Summe Ausgaben		1.140,00
Saldo	97.552,00	

Kontoauszug Treuhandkonto

Kieler Volksbank eG · IBAN DE89 2109 0007 0012 3456 78

Berichtszeitraum: 01.11.2017 - 30.04.2018

Datum	Buchungstext	Soll (EUR)	Haben (EUR)	Saldo (EUR)
	Anfangsbestand		95.384,00	95.384,00
15.01.2018	Steuererstattung FA 2011		2.800,00	98.184,00
01.02.2018	Berger-Rate (letzte vor Insolvenz)		500,00	98.684,00
01.03.2018	Steuerberater	200,00		98.484,00
15.03.2018	Porto/Bürokosten	80,00		98.404,00
01.04.2018	Steuerberater	200,00		98.204,00
30.04.2018	Bankgebühren	40,00		98.164,00
30.04.2018	Porto/Bürokosten	80,00		98.084,00
30.04.2018	Zinsen		8,00	98.092,00
	Endbestand			98.092,00

a) Insolvenz des Geschäftsführers Stefan Berger

Am 15.12.2017 hat Stefan Berger beim Amtsgericht Kiel einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über sein Vermögen verbunden mit dem Antrag auf Erteilung der Restschuldbefreiung gestellt. Das Verfahren wurde unter dem Aktenzeichen 12 IN 305/17 geführt. Zum Insolvenzverwalter im Berger-Verfahren wurde Rechtsanwalt Thomas Weiss, Kiel, bestellt. Die Eröffnung des Verfahrens erfolgte am 15.02.2018.

Die Eröffnung des Privatinsolvenzverfahrens über das Vermögen des Herrn Berger hat unmittelbare Auswirkungen auf die Vergleichsforderung der hiesigen Insolvenzmasse. Die restliche Vergleichsforderung in Höhe von noch ca. 12.000,00 EUR (18.000,00 EUR abzüglich bisheriger Zahlungen von ca. 6.000,00 EUR) wurde als Insolvenzforderung im Berger-Verfahren angemeldet. Die Erfüllungsaussichten sind abhängig vom Verlauf des Berger-Verfahrens und einer etwaigen Restschuldbefreiung.

Der Insolvenzverwalter im Berger-Verfahren, Rechtsanwalt Thomas Weiss, hat mitgeteilt, dass das Vermögen des Herrn Berger im Wesentlichen aus seinem Einkommen als Handelsvertreter besteht. Sachvermögen von nennenswertem Wert sei nicht vorhanden. Die erwartete Quote im Berger-Verfahren wurde vorläufig auf ca. 5-8 Prozent geschätzt. Für die hiesige Insolvenzmasse bedeutet dies, dass aus der Vergleichsforderung von ca. 12.000,00 EUR voraussichtlich ein Betrag von ca. 600-960 EUR zu erwarten ist.

b) Insolvenz der Gesellschafterin Katrin Berger

Am 15.03.2018 hat auch die Mitgesellschafterin und ehemalige Geschäftsführerin Katrin Berger, geb. Lohmann, beim Amtsgericht Kiel einen Insolvenzantrag gestellt. Das Verfahren wurde unter dem Aktenzeichen 12 IN 88/18 eröffnet. Zur Insolvenzverwalterin wurde Rechtsanwältin Dr. Monika Wiesner, Kiel, bestellt.

Gegen Katrin Berger bestehen keine unmittelbaren Ansprüche der hiesigen Insolvenzmasse aus dem Vergleich, da der Vergleich lediglich mit Stefan Berger geschlossen wurde. Es ist jedoch zu prüfen, ob Ansprüche aus den Gesellschafter-Entnahmen in Höhe von ca. 48.000,00 EUR (anteilig auf Katrin Berger entfallend: ca. 19.200,00 EUR entsprechend ihrem Gesellschaftsanteil von 40%) im Berger-Verfahren als Insolvenzforderung angemeldet werden können. Die Prüfung dieser Ansprüche ist noch nicht abgeschlossen. Vorsorglich wurde die Forderung im Katrin-Berger-Verfahren angemeldet.

Die Doppelinsolvenz beider Gesellschafter zeigt die Schwere der wirtschaftlichen Situation, in die das gescheiterte Engagement bei der Nordlicht Handels GmbH die persönlich haftenden Personen gebracht hat. Beide Gesellschafter hatten persönliche Bürgschaften zugunsten der Kieler Volksbank eG übernommen, die nunmehr in ihren jeweiligen Insolvenzverfahren zur Tabelle angemeldet wurden.

c) Steuererstattung

Das Finanzamt Kiel-Nord hat mit Bescheid vom 12.02.2018 die Umsatzsteuer-Erstattung für das Rumpfgeschäftsjahr 2013 in Höhe von 2.800,00 EUR festgesetzt. Der Betrag wurde am 28.02.2018 auf das Treuhandkonto des Insolvenzverwalters überwiesen. Der Erstattungsbetrag setzt sich zusammen aus Vorsteuern aus Verwertungsmaßnahmen (Auktionatorhonorar, Mietnebenkosten, Steuerberatung, diverse Dienstleistungen) und liegt damit im erwarteten Rahmen.

Weiterhin läuft ein Einspruchsverfahren gegen den Körperschaftsteuerbescheid 2012, in dem der Insolvenzverwalter höhere Verlustvorträge geltend macht. Das Finanzamt hat den Einspruch bislang nicht beschieden. Die mögliche Erstattung wird auf ca. 3.000-4.000 EUR geschätzt, ist jedoch unsicher.

d) Verfahrensübersicht nach fünf Jahren

Das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Nordlicht Handels GmbH dauert nunmehr knapp fünf Jahre an (Eröffnung 01.06.2013). Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind sämtliche Verwertungsmaßnahmen abgeschlossen. Die Insolvenzmasse wurde durch konsequente Verwertung der Betriebsmittel, erfolgreiche Anfechtungsverfahren und den Haftungsvergleich mit dem Geschäftsführer auf ca. 100.200,00 EUR aufgebaut. Die wesentlichen noch offenen Positionen sind: die Ratenzahlungen aus dem Berger-Vergleich (Restforderung ca. 14.000,00 EUR, Realisierung ungewiss aufgrund der Privatinsolvenz), die Körperschaftsteuer-Erstattung (ca. 3.000-4.000,00 EUR, Einspruch läuft) und die Quotenzahlungen aus den Berger-Privatinsolvenzverfahren.

Die Verfahrensdauer hat die anfängliche Prognose von 5-7 Jahren bereits erreicht. Es ist absehbar, dass das Verfahren noch mindestens 2-3 weitere Jahre dauern wird, da die Privatinsolvenzverfahren der Gesellschafter Stefan und Katrin Berger erst kürzlich eröffnet wurden und die Wohlverhaltensperiode von drei bzw. sechs Jahren noch bevorsteht. Das Verfahren wird voraussichtlich erst nach Erteilung der Restschuldbefreiung in beiden Berger-Verfahren abgeschlossen werden können.

Der Insolvenzverwalter weist darauf hin, dass die verbleibende Verfahrensdauer ausschließlich auf externe Faktoren zurückzuführen ist (Dauer der Berger-Privatinsolvenzverfahren, Bearbeitungszeiten des Finanzamtes). Aus Sicht des Verwalters ist das Verfahren im Übrigen schlussreif. Die laufenden Verwaltungskosten (Aktenlagerung 120,00 EUR/Monat, Kontogebühren ca. 20,00 EUR/Monat, Porto/Büro ca. 30,00 EUR/Monat) sind minimal und belasten die Masse nur geringfügig.

e) Kommunikation mit dem Insolvenzgericht

Der Insolvenzverwalter hat dem Insolvenzgericht (Richter am Amtsgericht Dr. Thomas Wendt) in einer persönlichen Besprechung am 12.04.2018 den aktuellen Verfahrensstand erläutert und die voraussichtliche weitere Verfahrensdauer dargelegt. Das Gericht hat die Fortführung des Verfahrens genehmigt und dem Insolvenzverwalter aufgegeben, die Berichterstattung im bisherigen Turnus fortzusetzen.

Das Gericht hat insbesondere nachgefragt, ob eine vorzeitige Schlussverteilung unter Einbehalt eines Betrages für die noch offenen Positionen in Betracht komme. Der Insolvenzverwalter hat dies geprüft, hält eine solche Abschlagsverteilung gemäß § 187 Abs. 2 InsO derzeit jedoch nicht für zweckmäßig, da die Höhe der noch ausstehenden Einnahmen zu unsicher ist und der Verwaltungsaufwand für eine Abschlagsverteilung den Nutzen übersteigen würde.

f) Chronologie der Berger-Zahlungen – Gesamtstand

Zeitraum	Soll kum.	Ist kum.	Rückstand kum.
H2/2016	3.000,00	2.000,00	1.000,00
2017	9.000,00	4.000,00	5.000,00
H1/2018	12.000,00	6.000,00	6.000,00
Prognose Gesamt	18.000,00	6.000,00	12.000,00

Die Gesamtzahlungen des Herrn Berger aus dem Vergleich belaufen sich auf lediglich 6.000,00 EUR bei einem Soll von 12.000,00 EUR (24 Monate x 500 EUR). Der kumulierte Rückstand beträgt 6.000,00 EUR. Mit der Eröffnung des Privatinsolvenzverfahrens über das Vermögen des Herrn Berger am 15.02.2018 ist die Restforderung von 12.000,00 EUR (18.000,00 EUR Vergleichssumme abzüglich 6.000,00 EUR Zahlungen) als Insolvenzforderung im Berger-Verfahren anzumelden. Weitere Ratenzahlungen direkt an die hiesige Masse sind nicht mehr zu erwarten.

Der Insolvenzverwalter hat die Forderungsanmeldung im Berger-Verfahren (12 IN 305/17) am 28.02.2018 vorgenommen. Die Forderung wurde in Höhe von 12.000,00 EUR angemeldet und vom Insolvenzverwalter im Berger-Verfahren, Rechtsanwalt Thomas Weiss, vorläufig festgestellt.

g) Künftige Berichterstattung

Angesichts der Tatsache, dass die wesentlichen offenen Positionen nunmehr von der Dauer der Berger-Privatinsolvenzverfahren abhängen, schlägt der Insolvenzverwalter vor, den Berichtsturnus von halbjährlich auf jährlich umzustellen. Die verbleibenden Verfahrenshandlungen (Forderungsanmeldung im Berger-Verfahren, Überwachung der Berger-Wohlverhaltensperiode, steuerliche Angelegenheiten) erfordern keine halbjährliche Berichterstattung. Das Insolvenzgericht wird um Zustimmung zu dieser Umstellung gebeten.

Der nächste Bericht wird voraussichtlich im Mai 2019 erstattet. Sofern sich wesentliche Änderungen ergeben, wird das Gericht vorab informiert.

g) Steuerliche Abwicklung

Der Insolvenzverwalter hat die steuerlichen Erklärungspflichten der Insolvenzschuldnerin für die Zeiträume bis zur Verfahrenseröffnung und für die laufende Insolvenzmasse erfüllt. Im Einzelnen wurden folgende Steuererklärungen erstellt und eingereicht:

Körperschaftsteuererklärung 2013 (Rumpfgeschäftsjahr 01.01. - 30.06.2013): Das zu versteuernde Einkommen beträgt EUR 0,00 aufgrund der erlittenen Verluste. Der vortragsfähige Verlustvortrag beträgt EUR 234.567,89. Gewerbesteuererklärung 2013: Der Gewerbeertrag beträgt ebenfalls EUR 0,00. Umsatzsteuererklärung 2013: Der Insolvenzverwalter hat das Insolvenzverfahren als Unternehmensfortführung behandelt und die Umsatzsteuer für die Verwertungshandlungen ordnungsgemäß abgeführt.

Für den Zeitraum der Betriebsfortführung (Juli 2013 bis Dezember 2014) hat der Insolvenzverwalter monatliche Umsatzsteuer-Voranmeldungen eingereicht. Die an das Finanzamt abgeführte Umsatzsteuer aus Verwertungshandlungen beträgt insgesamt EUR 67.891,23. Diesem Betrag stehen Vorsteuererstattungsansprüche von EUR 23.456,78 gegenüber, so dass per Saldo EUR 44.434,45 an das Finanzamt abgeführt wurden.

Die Anfechtung der vor Verfahrenseröffnung geleisteten Steuerzahlungen (siehe Bericht 4) wird gesondert verfolgt. Das Finanzamt hat den Anspruch des Insolvenzverwalters zunächst zurückgewiesen. Eine Klageerhebung wird derzeit geprüft. Die Erfolgsaussichten werden als überwiegend positiv eingeschätzt, da die Rechtsprechung des BGH zu Steueranfechtungen mittlerweile gefestigt ist (vgl. BGH, Urt. v. 12.02.2015, IX ZR 180/12).

h) Haftungsprüfung Organe

Der Insolvenzverwalter hat die Haftung der Organe der Insolvenzschuldnerin geprüft. Im Einzelnen wurde untersucht, ob Ansprüche gegen den ehemaligen Geschäftsführer Herrn Rolf Petersen und den ehemaligen Gesellschafter Herrn Magnus Petersen bestehen.

Gegenüber dem Geschäftsführer Rolf Petersen kommen folgende Ansprüche in Betracht: (1) Haftung gemäß § 64 GmbHG a.F. (jetzt § 15b InsO) wegen Zahlungen nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit bzw. Überschuldung. Nach den Feststellungen des Insolvenzverwalters lag die Zahlungsunfähigkeit spätestens seit Februar 2013 vor. In der Zeit zwischen Februar und Juni 2013 hat der Geschäftsführer Zahlungen von insgesamt EUR 234.567,89 geleistet. Von diesen Zahlungen entfallen EUR 87.234,56 auf Zahlungen, die nicht durch die Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmanns gedeckt sind (Zahlungen an nahestehende Personen, Tilgung unbesicherter Altverbindlichkeiten).

(2) Haftung gemäß § 15a InsO wegen verspäteter Insolvenzantragstellung. Der Insolvenzantrag wurde am 15.06.2013 gestellt. Die Zahlungsunfähigkeit bestand nach Feststellung des Insolvenzverwalters spätestens seit Februar 2013, möglicherweise sogar seit Dezember 2012. Der Geschäftsführer hat die Antragspflicht somit um mindestens drei Monate, möglicherweise sechs Monate verletzt.

Der Insolvenzverwalter hat Herrn Petersen außergerichtlich zur Zahlung von EUR 87.234,56 aufgefordert. Herr Petersen hat die Ansprüche zurückgewiesen. Die Erfolgsaussichten einer gerichtlichen Geltendmachung werden derzeit gutachtlich geprüft. Die Werthaltigkeit des Anspruchs ist unklar, da Herr Petersen nach Angaben seines Rechtsanwalts über kein nennenswertes Privatvermögen verfügt.

i) Gutachtliche Stellungnahme zur Insolvenzursache

Der Insolvenzverwalter hat die Ursachen der Insolvenz der Nordlicht Handels GmbH abschließend analysiert. Die wesentlichen Faktoren waren:

(1) Abhängigkeit von wenigen Großkunden: Die Maritim Fischhandel OHG und die Küstenfisch Vertriebs GmbH machten zusammen ca. 40 % des Umsatzes aus. Als die Maritim Fischhandel OHG selbst insolvent wurde, entfiel schlagartig ein wesentlicher Umsatzträger. Die fehlende Risikostreuung ist als unternehmerisches Versäumnis zu werten.

(2) Unzureichende Eigenkapitalausstattung: Die Eigenkapitalquote lag zum 31.12.2012 bei lediglich 3,2 %. Ein Unternehmen im Lebensmittelhandel mit hohen Schwankungen bei den Einkaufspreisen (Fisch, Meeresfrüchte) benötigt eine höhere Risikopuffer. Branchenexperten empfehlen eine Eigenkapitalquote von mindestens 15 %.

(3) Investitionsstau: Die Betriebsausstattung, insbesondere die Kühlanlage und die EDV-Systeme, waren teilweise veraltet. Die erforderlichen Ersatzinvestitionen wurden aufgrund der angespannten Liquiditätslage nicht getätigt.

(4) Marktumfeld: Der Wettbewerbsdruck im Fisch- und Meeresfruechtegrosshandel hat in den letzten Jahren zugenommen. Insbesondere die Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel hat zu einem erheblichen Preisdruck geführt. Darüber hinaus sind die Einkaufspreise für Frischfisch durch die Quotenregelungen der EU und die gestiegene Nachfrage aus Asien deutlich gestiegen.

Der Insolvenzverwalter stellt fest, dass die Insolvenz bei rechtzeitigem Handeln des Geschäftsführers – insbesondere durch Diversifizierung der Kundenbasis und Stärkung des Eigenkapitals – wahrscheinlich hätte vermieden werden können.

j) Gesellschaftsrechtliche Folgen

Mit der Aufhebung des Insolvenzverfahrens enden die Beschränkungen der Befugnisse der Gesellschaftsorgane. Da die Nordlicht Handels GmbH jedoch kein Vermögen mehr besitzt und der Geschäftsbetrieb auf die Käuferin übertragen wurde, ist die Gesellschaft vermögenslos.

Gemäß § 394 FamFG wird das Registergericht nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens von Amts wegen die Löschung der Gesellschaft im Handelsregister veranlassen, sofern kein Vermögen vorhanden ist. Der Insolvenzverwalter hat dem Handelsregister Kiel (HRB 12345 KI) die Aufhebung des Insolvenzverfahrens und die Vermögenslosigkeit der Gesellschaft mitgeteilt. Die Löschung wird voraussichtlich innerhalb von drei Monaten erfolgen.

Der ehemalige Geschäftsführer Rolf Petersen unterliegt nach der Löschung der Gesellschaft keinen weiteren gesellschaftsrechtlichen Pflichten. Die strafrechtliche Verjährungsfrist für den Tatbestand der Insolvenzverschleppung (§ 15a Abs. 4 InsO) beträgt drei Jahre und ist mittlerweile abgelaufen.

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

Brinkmann, Hartmann & Kollegen · Düsternbrooker Weg 45 · 24105 Kiel

Amtsgericht Kiel
Insolvenzgericht
Deliusstraße 22
24114 Kiel

KIEL
Düsternbrooker Weg 45
24105 Kiel
Telefon: +49 (0)431 55 42 80-0
Telefax: +49 (0)431 55 42 80-20
kiel@brinkmann-hartmann.de
www.brinkmann-hartmann.de

15.05.2019

10 IN 127/13

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Firma

Nordlicht Handels GmbH

überreiche ich als **Anlage** meinen turnusgemäßen Zwischenbericht.

Dr. Jens-Peter Hartmann

Rechtsanwalt

als Insolvenzverwalter

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

10. Turnusgemäßiger Zwischenbericht

des Rechtsanwaltes
Dr. Jens-Peter Hartmann,
Düsternbrooker Weg 45, 24105 Kiel

vom 15.05.2019

in dem Insolvenzverfahren
über das Vermögen der Firma
Nordlicht Handels GmbH,
Bergstraße 14, 24103 Kiel,
vertreten durch die Geschäftsführer
Stefan und Katrin Berger,
wohnhaft: Mühlenkamp 22, 24113 Kiel

10 IN 127/13

Inhaltsverzeichnis

A. Bericht

- I. Vorbemerkung
- II. Verfahrensfortgang
 - 1. Erstmalige Teilungsmasseberechnung
 - 2. Steuererstattung 2012
 - 3. Spätanmeldungen
 - 4. Berger-Verfahren
 - 5. Katrin Berger-Verfahren
- III. Aktualisierte Forderungstabelle
- IV. Massebestand
- V. Quote und Verfahrensaussichten
- VI. Berichtsfrist

Anlagen

A. Bericht

I. Vorbemerkung

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Nordlicht Handels GmbH (Az. 10 IN 127/13) erstatte ich meinen zehnten turnusgemäßen Zwischenbericht für den Berichtszeitraum Mai 2018 bis April 2019.

II. Verfahrensfortgang

1. Erstmalige Teilungsmasseberechnung

Aufgrund des fortgeschrittenen Verfahrensstandes ist nunmehr erstmalig eine vorläufige Teilungsmasseberechnung möglich. Bei einer verfügbaren Teilungsmasse von ca. 60.000,00 EUR (Massebestand abzüglich geschätzter Verfahrenskosten von ca. 45.000,00 EUR) und festgestellten Insolvenzforderungen von ca. **509.800,00 EUR** ergibt sich eine voraussichtliche Quote von ca. **10 bis 12 %** für die nicht nachrangigen Insolvenzgläubiger.

Die Verfahrenskosten setzen sich zusammen aus der geschätzten Verwaltervergütung (ca. 35.000,00 EUR), Gerichtskosten (ca. 8.000,00 EUR) und Auslagen (ca. 2.000,00 EUR). Die endgültige Verwaltervergütung wird erst bei Vorlage der Schlussrechnung beantragt und vom Gericht festgesetzt.

2. Steuererstattung 2012

Die Umsatzsteuererstattung für das Geschäftsjahr 2012 wurde endgültig festgesetzt. Die Erstattung beträgt **4.200,00 EUR** und ist auf dem Treuhandkonto eingegangen. Die Erstattung resultiert aus einem Überhang der Vorsteuerbeträge aus den letzten Warenlieferungen vor Verfahrenseröffnung.

3. Spätmeldungen

Zwei Gläubiger haben Forderungen nachträglich gemäß § 177 InsO angemeldet. Die Firma **Bürobedarf Schleswig GmbH** hat eine Forderung in Höhe von 1.400,00 EUR für Büromateriallieferungen angemeldet. Die Firma **Textildruck Nord e.K.** hat eine Forderung in Höhe von 2.400,00 EUR für Druckleistungen angemeldet. Beide Forderungen wurden in einem Nachprüfungstermin geprüft und zur Tabelle festgestellt. Die Gesamtsumme der festgestellten Insolvenzforderungen beträgt nunmehr **509.800,00 EUR**.

4. Berger-Verfahren

Aus dem Insolvenzverfahren des Herrn Stefan Berger (Az. 12 IN 305/17) und dem Berger-Vergleich sind bisher insgesamt 14.000,00 EUR an die hiesige Masse gezahlt worden. Die Zahlungen stammen aus der Treuhandperiode des Berger-Verfahrens sowie den vor Berger-Insolvenz geleisteten Raten.

Die Investitionen in den Online-Shop hatten sich seinerzeit auf rund 80.000,00 EUR belaufen. Diese Investition amortisierte sich nicht und trug wesentlich zur Insolvenz der Schuldnerin bei. Die fehlgeschlagene Online-Strategie ist rückblickend als Hauptursache für die Überschuldung anzusehen.

5. Katrin Berger-Verfahren

Das Insolvenzverfahren der Frau Katrin Berger (Az. 12 IN 88/18) läuft. Quotenzahlungen werden erwartet, können aber noch nicht beziffert werden. Die Insolvenzverwalterin Dr. Monika Wiesner hat mitgeteilt, dass die Befriedigungsquote im Verfahren der Frau Berger voraussichtlich ebenfalls im niedrigen einstelligen Prozentbereich liegen wird.

III. Aktualisierte Forderungstabelle

Forderungstabelle

Die nachfolgende aktualisierte Forderungstabelle berücksichtigt die Spätmeldungen und die Nachmeldung des Finanzamts. Die Gesamtsumme der festgestellten Insolvenzforderungen beträgt nunmehr 509.800,00 EUR.

Nr.	Gläubiger	Forderung EUR	§	Status	Bemerkung
1	Kieler Volksbank eG	248.500,00	38	festgestellt	teilw. besichert; Globalzession, SÜ
2	Finanzamt Kiel-Nord	45.780,00	38	festgestellt	USt, LSt, Nachmeldung USt 2011
3	DAK-Gesundheit	18.740,00	38	festgestellt	SV-Beiträge 07-12/2012
4	IKK Nord	12.450,00	38	festgestellt	SV-Beiträge 09-12/2012
5	Modewelt Großhandel GmbH	34.200,00	38	festgestellt	Warenlieferungen
6	Fashion Forward KG	24.800,00	38	festgestellt	Vergleich; festgestellt
7	Tatenberger Immobilien GmbH	38.400,00	38	festgestellt	Mietrückstand Hafen 03-12/2012
8	Hausverwaltung Petersen OHG	12.600,00	38	festgestellt	Mietrückstand Modehaus
9	Stadt Kiel (Gewerbesteuer)	8.200,00	38	festgestellt	GewSt 2011/2012
10	BARMER	6.340,00	38	festgestellt	SV-Beiträge
11	DHL Paket GmbH	4.800,00	38	festgestellt	Versandkosten Online-Shop
12	Telekom Deutschland GmbH	3.200,00	38	festgestellt	Telefon/Internet 08-12/2012
13	Stadtwerke Kiel AG	5.100,00	38	festgestellt	Strom/Gas alle Standorte
14	Hansen & Partner StB	8.400,00	38	festgestellt	Steuerberaterhonorar 2012
15	Versicherungskammer Nord	4.200,00	38	festgestellt	Betriebshaftpflicht
16	Berufsgenossenschaft Handel	3.800,00	38	festgestellt	BG-Beiträge 2012
17	Norddeutsche Textil AG	12.400,00	38	festgestellt	Warenlieferungen
18	Schmidt Verpackungen GmbH	2.800,00	38	festgestellt	Verpackungsmaterial
19	IT-Service Kiel GbR	6.200,00	38	festgestellt	Shopify-Anpassungen, Wartung

Nr.	Gläubiger	Forderung EUR	Sect	Status	Bemerkung
20	Werbeatelier Frisch	3.400,00	38	festgestellt	Werbemaßnahmen 2012
21	Sicherheitsdienst Küste GmbH	2.100,00	38	festgestellt	Objektbewachung Modehaus
22	Reinigungsdienst Sauber OHG	1.800,00	38	festgestellt	Gebäudereinigung
23	Hausverwaltung Wellsee	4.800,00	38	festgestellt	Mietrückstand Lager
24	Bürobedarf Möller e.K.	1.200,00	38	festgestellt	Büromaterial
25	Deutsche Rentenversicherung Nord	9.800,00	38	festgestellt	RV-Beiträge
26	Agentur für Arbeit Kiel	14.200,00	38	festgestellt	Insolvenzgeld-Rückforderung
27	UPS Deutschland Inc.	1.600,00	38	festgestellt	Versandkosten
28	Hermes Versand GmbH	2.200,00	38	festgestellt	Versandkosten
29	GLS Paketdienst GmbH	1.400,00	38	festgestellt	Versandkosten
30	Allianz Versicherung AG	3.600,00	38	bestritten	Sachversicherung; bestritten
31	Druckerei Nordlicht GmbH	2.400,00	38	festgestellt	Druckkosten Katalog
32	Rechtsanwalt Oliver Kruse	4.800,00	38	bestritten	Beratungskosten; bestritten
33	Messe- und Congress Kiel	1.800,00	38	festgestellt	Messestand Kieler Woche 2012
34	Schleswig-Holst. Sparkasse	6.400,00	38	festgestellt	Kreditkartenforderungen
35	Diverse Kleingläubiger (Sammelpos.)	15.380,00	38	festgestellt	unter 1.000 EUR je Gläubiger
36	Bürobedarf Schleswig GmbH	1.400,00	38	festgestellt	Spätanmeldung
37	Textildruck Nord e.K.	2.400,00	38	festgestellt	Spätanmeldung

IV. Massebestand

Konto	Betrag (EUR)
Treuhandkonto Kieler Volksbank eG	106.772,00

V. Quote und Verfahrensaussichten

Die voraussichtliche Befriedigungsquote liegt bei ca. **10 bis 12 %**.

VI. Berichtsfrist

Nächster Bericht: 15.11.2020.

Kiel, den 15.05.2019

Dr. Jens-Peter Hartmann
Rechtsanwalt
als Insolvenzverwalter

Einnahmen- / Ausgabenrechnung

Berichtszeitraum: 05/2018 - 04/2019

Position	Einnahmen (EUR)	Ausgaben (EUR)
Vortrag	100.172,00	
Steuererstattung 2012	4.200,00	
Berger-Quotenzahlungen	2.000,00	
Zinsen	12,00	
Steuerberater		400,00
Porto/Bürokosten		160,00
Bankgebühren		52,00
Summe Einnahmen	106.384,00	
Summe Ausgaben		612,00
Saldo	105.772,00	

Kontoauszug Treuhandkonto

Kieler Volksbank eG · IBAN DE89 2109 0007 0012 3456 78

Berichtszeitraum: 01.05.2018 - 30.04.2019

Datum	Buchungstext	Soll (EUR)	Haben (EUR)	Saldo (EUR)
	Anfangsbestand		100.172,00	100.172,00
15.06.2018	Steuererstattung FA 2012		4.200,00	104.372,00
01.09.2018	Quotenzahlung aus Berger-Insolvenz		1.000,00	105.372,00
01.01.2019	Quotenzahlung aus Berger-Insolvenz		1.000,00	106.372,00
01.03.2019	Steuerberater	200,00		106.172,00
15.03.2019	Porto/Bürokosten	80,00		106.092,00
01.04.2019	Steuerberater	200,00		105.892,00
30.04.2019	Bankgebühren	52,00		105.840,00
30.04.2019	Porto/Bürokosten	80,00		105.760,00
30.04.2019	Zinsen		12,00	105.772,00
	Endbestand			105.772,00

a) Teilungsmasseberechnung

Erstmals seit Verfahrenseröffnung kann eine belastbare Teilungsmasseberechnung vorgelegt werden. Der aktuelle Massebestand beläuft sich auf 106.800,00 EUR. Hiervon sind folgende Massekosten und Masseforderungen in Abzug zu bringen: Vergütung des Insolvenzverwalters einschließlich Auslagen (voraussichtlich ca. 25.000,00 EUR, vorbehaltlich der gerichtlichen Festsetzung), Gerichtskosten (Restbetrag ca. 2.500,00 EUR), laufende Kosten Aktenlagerung Iron Mountain (ca. 1.440,00 EUR p.a., voraussichtlich noch ca. 2 Jahre, mithin ca. 2.880,00 EUR), Steuerberatungskosten (Resthonorar ca. 800,00 EUR), sonstige Masseverbindlichkeiten (Porto, Kontogebühren, Versicherung ca. 1.200,00 EUR). Die Gesamtmassekosten werden auf ca. 32.000-35.000 EUR geschätzt.

Die verteilbare Masse nach Abzug aller Massekosten beträgt demnach ca. 72.000-75.000 EUR. Hinzu kommen noch ausstehende Einnahmen: Erwartete Quotenzahlung aus dem Berger-Verfahren (ca. 600-960 EUR), mögliche Quotenzahlung aus dem Katrin-Berger-Verfahren (noch unklar), Steuererstattung aus laufendem Einspruch (ca. 3.000-4.000 EUR), Zinserträge (ca. 500 EUR p.a.). Insgesamt könnte die verteilbare Masse auf ca. 78.000-82.000 EUR anwachsen.

Bei bisher insgesamt 14.000,00 EUR eingegangenen Ratenzahlungen von Stefan Berger und festgestellten Insolvenzforderungen von ca. 509.800,00 EUR ergibt sich eine voraussichtliche Quote von ca. 8-12 Prozent. Die Bandbreite wird sich voraussichtlich im weiteren Verfahrensverlauf präzisieren lassen, insbesondere nach Eingang der letzten offenen Positionen.

b) Nachträgliche Forderungsanmeldungen

Im Berichtszeitraum sind zwei Späthanmeldungen eingegangen. Die Firma Bürobedarf Schmidt GmbH, Kiel, hat eine Forderung in Höhe von 1.850,00 EUR aus Lieferungen von Büromaterial und Verpackungsmaterial angemeldet. Die Forderung wurde überprüft und als berechtigt anerkannt. Dem Gläubiger wurde mitgeteilt, dass gemäß § 177 InsO die Kosten des nachträglichen Prüfungstermins zu seinen Lasten gehen.

Ferner hat die Firma Werbeagentur Brandeis & Partner GbR, Hamburg, eine Forderung in Höhe von 4.200,00 EUR aus Gestaltungsleistungen für den Online-Shop (Erstellung von Produktfotos und Werbetexten im Jahre 2012) angemeldet. Diese Forderung wird noch geprüft. Der Insolvenzverwalter hat Unterlagen angefordert, die den Bestand der Forderung belegen sollen. Bis zum Abschluss der Prüfung bleibt die Forderung vorläufig bestritten.

c) Steuererstattung 2012

Das Einspruchsverfahren gegen den Körperschaftsteuerbescheid 2012 konnte im Berichtszeitraum abgeschlossen werden. Das Finanzamt Kiel-Nord hat dem Einspruch mit Änderungsbescheid vom 20.02.2019 teilweise stattgegeben. Der Erstattungsbetrag beträgt 4.200,00 EUR und wurde am 15.03.2019 auf das Treuhandkonto überwiesen. Der Erstattungsbetrag setzt sich aus höheren Verlustvorträgen und einer Korrektur der Gewerbesteuermesszahl zusammen. Das Finanzamt hat den darüber hinausgehenden Teil des Einspruchs abgelehnt. Ein Klageverfahren erscheint angesichts des geringen Streitwerts und der damit verbundenen Kosten nicht sinnvoll.

d) Gläubigerverzeichnis – Aktueller Stand

Das Gläubigerverzeichnis umfasst zum Berichtsdatum insgesamt 37 Gläubiger (35 aus der ursprünglichen Anmeldung plus 2 Spätmeldungen). Die Gesamtsumme der festgestellten Insolvenzforderungen beträgt 509.800,00 EUR. Bestrittene Forderungen bestehen in Höhe von ca. 66.100,00 EUR. Keine der bestrittenen Forderungen wurde bislang im Wege der Feststellungsklage verfolgt.

Im Einzelnen stellt sich die aktuelle Forderungslage der Hauptgläubiger wie folgt dar: Die Kieler Volksbank eG hält die größte Einzelforderung in Höhe von 248.500,00 EUR. Unter Berücksichtigung der Verwertung der Sicherungsgüter (Vergleich über 18.000,00 EUR Massebeitrag) beträgt die ungedeckte Restforderung der Volksbank ca. 195.000,00 EUR. Das Finanzamt Kiel-Nord hält die zweitgrößte Einzelforderung in Höhe von 45.780,00 EUR (einschließlich Nachmeldung). Die Tatenberger Immobilien GmbH folgt mit 38.400,00 EUR (davon 5.600,00 EUR bestritten). Die übrigen Gläubiger halten Einzelforderungen zwischen 480,00 EUR (IHK zu Kiel) und 34.200,00 EUR (Modewelt Großhandel GmbH).

Die erwartete Schlussquote von ca. 8-12 Prozent bedeutet für den größten Gläubiger, die Kieler Volksbank eG, eine voraussichtliche Zahlung von ca. 15.600-19.500 EUR auf die ungedeckte Restforderung von 195.000,00 EUR. Für die Kleingläubiger mit Forderungen unter 5.000,00 EUR ergeben sich Beträge zwischen ca. 40,00 und 600,00 EUR.

e) Voraussichtliche Struktur der Schlussrechnung

Die Schlussrechnung gemäß § 66 InsO wird folgende Struktur aufweisen: Teil 1 – Darstellung des Verfahrensverlaufs (Chronologie, Verwertungsmaßnahmen, Prozessführung, steuerliche Angelegenheiten), Teil 2 – Einnahmen- und Ausgabenrechnung (tabellarisch nach Halbjahren), Teil 3 – Schlussverzeichnis mit Forderungsübersicht und Quotenberechnung, Teil 4 – Vergütungsantrag des Insolvenzverwalters gemäß § 63 InsO i.V.m. InsVV.

Die Erstellung der Schlussrechnung wird voraussichtlich einen Zeitaufwand von ca. 20-30 Stunden erfordern. Es wird angestrebt, die Schlussrechnung innerhalb von sechs Monaten nach Eingang der letzten offenen Position beim Insolvenzgericht einzureichen.

f) Vorbereitung einer möglichen Abschlagsverteilung

Der Insolvenzverwalter hat geprüft, ob eine Abschlagsverteilung gemäß § 187 Abs. 2 InsO in Betracht kommt. Eine Abschlagsverteilung setzt voraus, dass ein angemessener Betrag für die noch zu erwartenden Massekosten und die noch strittigen Forderungen zurückbehalten wird. Bei einem aktuellen Massebestand von 106.800,00 EUR und geschätzten Restmassekosten von ca. 30.000-35.000 EUR wäre eine Abschlagsverteilung von ca. 50.000-60.000 EUR grundsätzlich möglich.

Der Insolvenzverwalter sieht jedoch derzeit von einer Abschlagsverteilung ab. Die Gründe sind: (1) Die Höhe der noch ausstehenden Einnahmen ist unsicher (Berger-Insolvenzquoten, Steuererstattung). (2) Die bestrittenen Forderungen in Höhe von ca. 66.100,00 EUR müssten bei der Abschlagsverteilung ausgespart werden, was den Verwaltungsaufwand erhöht. (3) Die Kosten der Abschlagsverteilung (Erstellung des Verteilungsverzeichnisses, Benachrichtigung aller Gläubiger, Durchführung der Zahlung) stehen in keinem angemessenen Verhältnis zum Nutzen, da die endgültige Schlussverteilung voraussichtlich in ca. 2-3 Jahren erfolgen kann.

Das Insolvenzgericht hat der Entscheidung des Insolvenzverwalters, von einer Abschlagsverteilung abzusehen, in der Besprechung am 20.03.2019 zugestimmt. Das Gericht hat den Insolvenzverwalter aufgefordert, die Schlussverteilung so bald wie möglich nach Eingang aller ausstehenden Positionen vorzunehmen.

g) Gläubigeranfragen und -korrespondenz 2018/2019

Im Berichtszeitraum gingen vermehrt Anfragen von Gläubigern zum Verfahrensstand ein. Insgesamt wurden 22 telefonische und 11 schriftliche Anfragen bearbeitet. Die häufigsten Fragen betrafen: die voraussichtliche Quotenhöhe (68% der Anfragen), den voraussichtlichen Zeitpunkt der Schlussverteilung (22% der Anfragen) und die Möglichkeit einer Abschlagsverteilung (10% der Anfragen).

Besonders häufig hat sich die Kieler Volksbank eG nach dem Verfahrensstand erkundigt. Rechtsanwalt Dr. Friedrichs hat am 15.11.2018 und am 28.02.2019 telefonisch den aktuellen Stand erfragt. Der Insolvenzverwalter hat die Volksbank über die Eröffnung der Berger-Privatinsolvenzverfahren und die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Verfahrensdauer informiert. Die Volksbank hat mitgeteilt, dass sie die Restforderung im eigenen Buchwerk bereits vollständig wertberichtigt habe und mit keiner nennenswerten Zahlung aus dem Insolvenzverfahren mehr rechne. Gleichwohl bittet die Volksbank um die Schlussverteilung, sobald diese möglich ist.

Das Finanzamt Kiel-Nord hat mit Schreiben vom 12.01.2019 nach der Forderungstabelle angefragt und eine aktuelle Übersicht erbeten. Der Insolvenzverwalter hat die angeforderten Unterlagen am 28.01.2019 übersandt.

g) Schlussrechnung – Vorbereitung

Der Insolvenzverwalter hat mit der Vorbereitung der Schlussrechnung begonnen. Die Schlussrechnung umfasst gemäß § 66 InsO eine vollständige Rechenschaftslegung über die Einnahmen und Ausgaben der Insolvenzmasse, die Verwertung der Massegegenstände und die Verteilung des Verwertungserlöses. Der Insolvenzverwalter hat hierzu ein Verzeichnis sämtlicher Einnahmen und Ausgaben seit Verfahrenseröffnung erstellt.

Die Einnahmen der Insolvenzmasse setzen sich wie folgt zusammen: Erlöse aus der Verwertung des Warenlagers: EUR 135.802,45; Erlöse aus der Verwertung von Fuhrpark und Betriebsausstattung: EUR 30.600,00; Kaufpreis übertragende Sanierung: EUR 265.000,00; Forderungseinzug: EUR 216.662,55; Erlöse aus Betriebsfortführung (Deckungsbeitrag): EUR 36.323,78; Zinserträge Anderkonto: EUR 1.234,56; Sonstige Einnahmen (Kautionsrückzahlung etc.): EUR 3.456,78. Gesamteinnahmen: EUR 689.080,12.

Die Ausgaben der Insolvenzmasse umfassen: Massekosten (§ 54 InsO, Gerichtskosten): EUR 12.345,67; Vergütung des Insolvenzverwalters (vorläufig berechnet): EUR 89.234,56; Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters: EUR 23.456,78; Kosten der Betriebsfortführung (Masseverbindlichkeiten): EUR 198.567,45; Kosten der Verwertung: EUR 14.567,89; Rechtsanwalts- und Prozesskosten: EUR 34.567,12; Sachverständigenkosten: EUR 5.678,90; Sonstige Masseverbindlichkeiten: EUR 8.901,23. Gesamtausgaben: EUR 387.319,60.

Die zur Verteilung an die Insolvenzgläubiger zur Verfügung stehende Masse beträgt somit EUR 301.760,52. Bei festgestellten Forderungen von EUR 2.145.678,90 ergibt sich eine voraussichtliche Verteilungsquote von ca. 14,1 %. Unter Berücksichtigung der noch ausstehenden Anfechtungserlöse (potentiell EUR 67.891,23 aus der Steueranfechtung und EUR 45.000,00 aus der Anfechtung gegen die Petersen Unternehmensberatung) könnte die Quote auf ca. 19,3 % steigen.

h) Rechnungslegung Insolvenzmasse

Die Rechnungslegung für die Insolvenzmasse wurde zum Stichtag 30.06.2018 aktualisiert. Die Bilanz der Insolvenzmasse weist folgende Positionen aus:

Aktiva	EUR	Passiva	EUR
Anderkonto Deutsche Bank	317.981,44	Massekosten (Rueckstellung)	12.345,67
Festgeld Sparkasse	100.350,00	Verguetung IV (Rueckst.)	105.261,50
Ford. Anfechtung Petersen	48.234,56	Verfahrenskosten sonstige	34.567,12
Ford. Anfechtung Finanzamt	67.891,23	Steuerverbindlichkeiten	44.434,45
Sonstige Forderungen	5.678,90		
		Verteilbare Masse	343.527,39
Summe	540.136,13	Summe	540.136,13

Die Bilanz der Insolvenzmasse zeigt, dass die wesentlichen Vermögenswerte in liquider Form vorliegen. Die Forderungen aus Anfechtungsverfahren sind zum Nennwert bilanziert, da der Insolvenzverwalter von der vollständigen Realisierbarkeit ausgeht. Die Rückstellungen für Verfahrenskosten decken die erwarteten Restvergütungen und -kosten ab.

Die verteilbare Masse von EUR 343.527,39 liegt über der im Vorbericht genannten Prognose von EUR 301.760,52, da die Anfechtungserlöse noch nicht berücksichtigt waren. Der Insolvenzverwalter erwartet, dass sich die verteilbare Masse nach Eingang aller Anfechtungserlöse und Abzug aller Kosten auf ca. EUR 420.000,00 belaufen wird.

i) Ausblick und verbleibende Aufgaben

Für die verbleibende Verfahrensdauer stehen folgende Aufgaben an: (1) Abschluss des Anfechtungsprozesses gegen das Finanzamt: Die außergerichtliche Einigung steht unmittelbar bevor. Der Insolvenzverwalter erwartet den Zahlungseingang innerhalb der nächsten zwei Monate. (2) Fertigstellung der Schlussrechnung: Die Schlussrechnung ist weitgehend erstellt und muss nur noch um die letzten Zahlungseingänge aktualisiert werden.

(3) Antrag auf Festsetzung der Vergütung: Der Vergütungsantrag wird nach Fertigstellung der Schlussrechnung beim Insolvenzgericht eingereicht. (4) Erstellung des Verteilungsverzeichnisses und Durchführung der Schlussverteilung. (5) Beantragung der Aufhebung des Insolvenzverfahrens.

Der Insolvenzverwalter geht davon aus, dass das Verfahren innerhalb der nächsten 12 Monate abgeschlossen werden kann, sofern keine unerwarteten Hindernisse auftreten. Die wesentlichen Verwertungsmaßnahmen sind abgeschlossen, und die verbleibenden Aufgaben sind überwiegend buchhalterischer und verfahrensrechtlicher Natur.

Der Insolvenzverwalter wird dem Gläubigerausschuss und dem Insolvenzgericht kontinuierlich berichten und die Gläubiger über den Fortgang des Verfahrens informieren. Der nächste Zwischenbericht ist für das Ende des ersten Quartals 2019 vorgesehen.

j) Dokumentenverzeichnis

Der Insolvenzverwalter hat im Rahmen des Verfahrens folgende Dokumentenkategorien geführt und archiviert: (1) Verfahrensakten (Korrespondenz mit dem Insolvenzgericht, Beschlüsse, Protokolle): 3 Leitzordner. (2) Gläubigerakten (Forderungsanmeldungen, Prüfungsergebnisse, Korrespondenz): 4 Leitzordner. (3) Verwertungsakten (Angebote, Verträge, Abrechnungen): 2 Leitzordner.

(4) Buchführung und Rechnungslegung (Buchhaltungsunterlagen, Kontoauszüge, Steuererklärungen): 5 Leitzordner. (5) Personalakten (Arbeitsverträge, Kündigungen, Betriebsrats-Protokolle): 2 Leitzordner. (6) Prozessakten (Klageschriften, Schriftsätze, Urteile): 3 Leitzordner.

Die Unterlagen werden gemäß den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen (§ 257 HGB: 10 Jahre für Buchführungsunterlagen, 6 Jahre für Handelsbriefe) aufbewahrt. Die Aufbewahrung erfolgt in den Räumen der Kanzlei Dr. Hartmann & Kollegen, Holstenstraße 48, 24103 Kiel. Gläubiger können nach Voranmeldung Einsicht in die sie betreffenden Unterlagen nehmen.

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

Brinkmann, Hartmann & Kollegen · Düsternbrooker Weg 45 · 24105 Kiel

Amtsgericht Kiel
Insolvenzgericht
Deliussstraße 22
24114 Kiel

KIEL
Düsternbrooker Weg 45
24105 Kiel
Telefon: +49 (0)431 55 42 80-0
Telefax: +49 (0)431 55 42 80-20
kiel@brinkmann-hartmann.de
www.brinkmann-hartmann.de

15.11.2020

10 IN 127/13

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Firma

Nordlicht Handels GmbH

überreiche ich als **Anlage** meinen turnusgemäßen Zwischenbericht.

Dr. Jens-Peter Hartmann

Rechtsanwalt

als Insolvenzverwalter

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

11. Turnusgemäßer Zwischenbericht

des Rechtsanwaltes
Dr. Jens-Peter Hartmann,
Düsternbrooker Weg 45, 24105 Kiel

vom 15.11.2020

in dem Insolvenzverfahren
über das Vermögen der Firma
Nordlicht Handels GmbH,
Bergstraße 14, 24103 Kiel,
vertreten durch die Geschäftsführer
Stefan und Katrin Berger,
wohnhafte: Mühlenkamp 22, 24113 Kiel

10 IN 127/13

Inhaltsverzeichnis

A. Bericht

I. Vorbemerkung

II. Verfahrensfortgang

1. COVID-19-Pandemie
2. Berger-Insolvenz: Treuhandperiode
3. Katrin Berger-Insolvenz
4. Rückblick auf die Verwertung

III. Massebestand

IV. Voraussichtliche Quote

V. Berichtsfrist

Anlagen

A. Bericht

I. Vorbemerkung

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Nordlicht Handels GmbH (Az. 10 IN 127/13) erstatte ich meinen elften turnusgemäßen Zwischenbericht. Der Berichtszeitraum umfasst Mai 2019 bis Oktober 2020.

II. Verfahrensfortgang

1. COVID-19-Pandemie

Die COVID-19-Pandemie hat das Verfahren erheblich verzögert. Insbesondere waren die Gerichte und Behörden im Zeitraum März bis Juni 2020 nur eingeschränkt erreichbar. Die geplante Schlussrechnungslegung konnte daher nicht wie vorgesehen vorangetrieben werden. Auch die Kommunikation mit den Insolvenzverwaltern der Gesellschafter-Verfahren war erschwert.

Die Auswirkungen der Pandemie auf den Textileinzelhandel bestätigen rückblickend, dass eine Fortführung des Geschäftsbetriebes der Schuldnerin nicht möglich gewesen wäre. Der stationäre Textileinzelhandel verzeichnete in den Jahren 2020/2021 bundesweit Umsatzrückgänge von 20-30 %. Die Räumung des Modehauses in der Holstenstraße war seinerzeit Ende September 2013 erfolgt. Die Kieler Innenstadt hat sich seitdem weiter gewandelt; mehrere ehemalige Nachbargeschäfte stehen leer.

2. Berger-Insolvenz: Treuhandperiode

Das Insolvenzverfahren des Stefan Berger (Az. 12 IN 305/17) befindet sich in der Treuhandperiode gemäß § 287 Abs. 2 InsO. Die Zahlungen aus dem pfaendbaren Einkommen des Herrn Berger an den Treuhaender waren gering. Die Restschuldbefreiung wird voraussichtlich im Laufe des Jahres 2021 erteilt. Ich rechne mit einer abschließenden Quotenzahlung aus dem Berger-Verfahren in Höhe von ca. 3.000,00 bis 4.000,00 EUR.

3. Katrin Berger-Insolvenz

Das Insolvenzverfahren der Frau Katrin Berger (Az. 12 IN 88/18) läuft. Quotenzahlungen werden erwartet, können aber noch nicht beziffert werden.

4. Rückblick auf die Verwertung

Rückblickend konnte die Verwertung der Vermögenswerte der Schuldnerin insgesamt zufriedenstellend durchgeführt werden. Die wesentlichen Verwertungserlöse stammen aus den Räumungsverkaufen (ca. 30.800,00 EUR), der Auktion der Geschäftsausstattung (14.200,00 EUR), der Warenverwertung im Lager (22.400,00 EUR), der VB-Vergleichspauschale (18.000,00 EUR), den Anfechtungserlösen (DAK 6.824,00 EUR, IKK 4.200,00 EUR) und dem Berger-Vergleich (bisher ca. 14.000,00 EUR). Dem standen Massekosten von ca. 50.000,00 EUR gegenüber.

III. Massebestand

Konto	Betrag (EUR)
Treuhandkonto Kieler Volksbank eG	108.412,00

IV. Voraussichtliche Quote

Die voraussichtliche Befriedigungsquote dürfte bei ca. **10 bis 12 %** liegen.

V. Berichtsfrist

Nächster Bericht: 15.05.2022.

Kiel, den 15.11.2020

Dr. Jens-Peter Hartmann

Rechtsanwalt

als Insolvenzverwalter

Einnahmen- / Ausgabenrechnung

Berichtszeitraum: 05/2019 - 10/2020

Position	Einnahmen (EUR)	Ausgaben (EUR)
Vortrag	106.772,00	
Berger-Quotenzahlungen	1.200,00	
Zinsen	8,00	
Steuerberater		200,00
Porto/Bürokosten		120,00
Bankgebühren		48,00
Summe Einnahmen	107.980,00	
Summe Ausgaben		368,00
Saldo	107.612,00	

Kontoauszug Treuhandkonto

Kieler Volksbank eG · IBAN DE89 2109 0007 0012 3456 78

Berichtszeitraum: 01.05.2019 - 31.10.2020

Datum	Buchungstext	Soll (EUR)	Haben (EUR)	Saldo (EUR)
	Anfangsbestand		106.772,00	106.772,00
01.08.2019	Quotenzahlung Berger-Treuhänder		600,00	107.372,00
01.02.2020	Quotenzahlung Berger-Treuhänder		600,00	107.972,00
01.06.2020	Steuerberater	100,00		107.872,00
01.09.2020	Steuerberater	100,00		107.772,00
31.10.2020	Porto/Bürokosten	120,00		107.652,00
31.10.2020	Bankgebühren	48,00		107.604,00
31.10.2020	Zinsen		8,00	107.612,00
	Endbestand			107.612,00

a) Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf das Verfahren

Die COVID-19-Pandemie hat das Insolvenzverfahren im Berichtszeitraum in mehrfacher Hinsicht verzögert. Die Gerichte waren in der ersten Jahreshälfte 2020 in ihrer Arbeitsfähigkeit erheblich eingeschränkt. Der für Mai 2020 geplante Gläubigerbericht musste aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen auf November 2020 verschoben werden. Die Kommunikation mit dem Insolvenzgericht erfolgte überwiegend schriftlich und telefonisch. Präsenztermine beim Amtsgericht Kiel waren nur eingeschränkt möglich.

Auch die Bearbeitung der steuerlichen Angelegenheiten wurde durch die Pandemie verzögert. Das Finanzamt Kiel-Nord hat Bearbeitungszeiten von bis zu sechs Monaten für Erstattungsanträge und Einspruchsverfahren kommuniziert. Die laufenden Steuererklärungen für die insolvenzrechtlichen Besteuerungszeiträume konnten daher noch nicht abschließend bearbeitet werden.

b) Stand der Berger-Insolvenzverfahren

Im Insolvenzverfahren des Stefan Berger (12 IN 305/17) läuft die Wohlverhaltensperiode. Die Treuhandverwaltung wird durch den bisherigen Insolvenzverwalter Rechtsanwalt Thomas Weiss als Treuhänder fortgeführt. Die Zahlungen aus dem Berger-Verfahren an die Gläubiger sind gering. Herr Berger erzielt als selbständiger Handelsvertreter unregelmäßige Einkünfte, deren pfändbarer Anteil quartalsweise an den Treuhänder abgeführt wird. Die Erteilung der Restschuldbefreiung wird voraussichtlich im September 2021 erfolgen (sechs Jahre nach Antrag bei Alt-Regelung gemäß § 287 InsO in der bis 30.09.2020 geltenden Fassung).

Im Insolvenzverfahren der Katrin Berger (12 IN 88/18) läuft das Verfahren unter der Verwaltung von Rechtsanwältin Dr. Monika Wiesner. Frau Berger ist als Teilzeitkraft im Einzelhandel tätig. Die erwartete Restschuldbefreiung wird für Mitte 2022 prognostiziert. Quotenzahlungen aus beiden Verfahren an die hiesige Insolvenzmasse werden nach Abschluss der Verfahren erwartet, dürften aber insgesamt überschaubar ausfallen.

Anmerkung: Der Massebestand des Vorjahres betrug 83.800,00 EUR. Die aktuelle Masse von 108.400,00 EUR reflektiert die kumulierten Eingänge aus Steuererstattungen, Zinsen und geringfügigen Berger-Zahlungen.

c) Auswirkungen der COVID-19-Gesetzgebung

Der Gesetzgeber hat als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie das Gesetz zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht und zur Begrenzung der Organhaftung bei einer durch die COVID-19-Pandemie bedingten Insolvenz (COVInsAG) erlassen. Dieses Gesetz hat auf das vorliegende, bereits seit 2013 laufende Insolvenzverfahren keine unmittelbaren materiell-rechtlichen Auswirkungen, da die Regelungen des COVInsAG primär auf die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht und die Begrenzung der Organhaftung bei pandemiebedingt insolventen Unternehmen abzielen.

Mittelbar wirkt sich die Pandemie jedoch auf die Verfahrensdauer aus, da die Gerichte und Behörden in ihrer Arbeitsfähigkeit eingeschränkt sind. Insbesondere die Bearbeitung steuerlicher Angelegenheiten durch das Finanzamt Kiel-Nord hat sich um mehrere Monate verzögert. Auch die Kommunikation mit dem Insolvenzverwalter im Berger-Verfahren, Rechtsanwalt Thomas Weiss, und der Insolvenzverwalterin im Katrin-Berger-Verfahren, Dr. Monika Wiesner, wurde durch die pandemiebedingten Einschränkungen erschwert. Präsenztermine konnten über Monate nicht stattfinden und wurden durch Telefon- und Videokonferenzen ersetzt.

d) Massebestand – Langfristige Entwicklung

Stichtag	Massebestand	Wesentl. Veränderung
01.06.2013	12.400,00	Eröffnung
31.12.2013	38.700,00	+Verwertungserlöse
31.12.2014	72.500,00	+Waren, VB-Vergleich, IKK
31.12.2015	84.200,00	+DAK, Mietkaution, Raten
31.12.2016	91.800,00	+Berger-Raten, DAK-Zinsen
31.12.2017	95.400,00	+wenige Raten, FA-Korrektur
31.12.2018	100.200,00	+Steuererstattung
31.12.2019	106.800,00	+KSt-Erstattung 2012
15.11.2020	108.400,00	COVID-Verzögerung

Die langfristige Entwicklung des Massebestandes zeigt ein stetiges Wachstum von 12.400,00 EUR bei Verfahrenseröffnung auf aktuell 108.400,00 EUR. Das stärkste Wachstum war in den ersten beiden Jahren zu verzeichnen (2013/2014), als die wesentlichen Verwertungsmaßnahmen durchgeführt wurden. Ab 2015 flachte das Wachstum ab und resultiert seither vornehmlich aus Anfechtungserlösen, Steuererstattungen und geringfügigen Berger-Zahlungen. Die laufenden Massekosten (Aktenlagerung, Kontogebühren, Porto) belaufen sich auf ca. 2.000,00 EUR jährlich und sind damit überschaubar.

e) Verfahrensdauer – Einordnung

Das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Nordlicht Handels GmbH dauert zum Berichtsdatum 15.11.2020 bereits siebeneinhalb Jahre an. Eine solche Verfahrensdauer ist im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes beträgt die durchschnittliche Dauer eines Regelinsolvenzverfahrens ca. 3,5 bis 4 Jahre. Die überdurchschnittliche Dauer des vorliegenden Verfahrens ist auf die Verflechtung mit den Privatinsolvenzverfahren der ehemaligen Gesellschafter zurückzuführen.

Der Insolvenzverwalter weist darauf hin, dass eine frühere Beendigung des Verfahrens nicht möglich gewesen wäre, ohne auf die Quotenzahlungen aus den Berger-Verfahren zu verzichten. Bei einem geschätzten Quotenzufluss von ca. 3.000-5.000 EUR aus den Berger-Verfahren und laufenden Verwaltungskosten von ca. 2.000 EUR jährlich war das Abwarten wirtschaftlich sinnvoll.

Die Pandemie hat das Verfahren zusätzlich um ca. 6-12 Monate verzögert. Der Insolvenzverwalter geht davon aus, dass die Berger-Privatinsolvenzverfahren bis spätestens Mitte 2022 abgeschlossen sein werden. Im Anschluss daran kann die Schlussrechnung erstellt und das Verfahren beendet werden.

f) Laufende Kosten – Minimierung

Die laufenden Verfahrenskosten wurden auf das absolut notwendige Maß reduziert. Die aktuellen monatlichen Kosten betragen: Aktenlagerung Iron Mountain: 105,00 EUR (nach Teilvernichtung), Kontogebühren Treuhandkonto: 18,50 EUR, Porto und Büromaterial: ca. 25,00 EUR. Die Gesamtkosten belaufen sich damit auf ca. 148,50 EUR monatlich bzw. ca. 1.782,00 EUR jährlich. Dieser Betrag liegt deutlich unter den Zinserträgen des Treuhandkontos, die bei einem Massebestand von ca. 108.000 EUR und einem Zinssatz von 0,01% allerdings nur noch ca. 10,80 EUR jährlich betragen. Die Niedrigzinsphase belastet die Masse daher faktisch, da die Verwaltungskosten die Zinserträge übersteigen.

g) Prüfung der Vergütung des Insolvenzverwalters

Der Insolvenzverwalter hat den Antrag auf Festsetzung seiner Vergütung gemäß §§ 63, 64 InsO i.V.m. InsVV beim Insolvenzgericht eingereicht. Die Berechnung erfolgt auf Grundlage der Berechnungsgrundlage gemäß § 1 InsVV. Die Berechnungsgrundlage umfasst die Insolvenzmasse im Zeitpunkt der Beendigung des Verfahrens, einschließlich der verwerteten und der zur Verteilung stehenden Massegegenstände.

Die Berechnungsgrundlage beträgt EUR 689.080,12 (Gesamteinnahmen). Hieraus ergibt sich eine Regelvergütung nach der degressiven Staffel des § 2 InsVV: Für die ersten EUR 25.000,00: 40 % = EUR 10.000,00; für EUR 25.000,01 bis EUR 50.000,00: 25 % = EUR 6.250,00; für EUR 50.000,01 bis EUR 689.080,12: abnehmender Prozentsatz gemäß der Staffelung. Die Regelvergütung beträgt insgesamt EUR 56.234,89.

Der Insolvenzverwalter beantragt folgende Zuschläge: (1) Zuschlag für Betriebsfortführung (6 Monate): 25 % = EUR 14.058,72. Die Betriebsfortführung war mit erheblichem Aufwand verbunden, da der Lebensmittelhandel besondere Anforderungen an Kühltette und Hygienestandards stellt. (2) Zuschlag für übertragende Sanierung: 15 % = EUR 8.435,23. Die Durchführung des Bieterverfahrens und die Vertragsverhandlungen erforderten einen erheblichen zeitlichen und organisatorischen Aufwand. (3) Zuschlag für anfechtungsrechtliche Verfolgung: 10 % = EUR 5.623,49. Die Prüfung und Verfolgung der Anfechtungsansprüche war umfangreich.

Die beantragte Gesamtvergütung beträgt somit EUR 84.352,33 netto zzgl. Umsatzsteuer (19 %) von EUR 16.026,94, insgesamt brutto EUR 100.379,27. Die Auslagen des Insolvenzverwalters belaufen sich auf EUR 4.882,23 (Reisekosten, Porto, Telekommunikation, Büromaterial). Der Gesamtanspruch beträgt EUR 105.261,50.

Das Insolvenzgericht hat den Gläubigern eine Frist von zwei Wochen zur Stellungnahme zum Vergütungsantrag gesetzt. Einwendungen sind bisher nicht eingegangen. Der Insolvenzverwalter erwartet die Festsetzung der Vergütung innerhalb der nächsten vier Wochen.

h) Korrespondenz mit dem Insolvenzgericht

Im Berichtszeitraum fand folgender Schriftverkehr mit dem Insolvenzgericht statt:

15.01.2019: Einreichung des Vergütungsantrags gemäß §§ 63, 64 InsO. Das Insolvenzgericht hat den Antrag an die Gläubiger zur Stellungnahme übermittelt und eine Frist von zwei Wochen gesetzt.
05.02.2019: Anfrage des Insolvenzgerichts zum Stand der Anfechtungsverfahren und zur voraussichtlichen Verfahrensdauer. Der Insolvenzverwalter hat mit Schreiben vom 12.02.2019 ausführlich Stellung genommen und eine Restlaufzeit von 6 bis 12 Monaten prognostiziert.

28.02.2019: Festsetzungsbeschluss des Insolvenzgerichts über die Vergütung des Insolvenzverwalters. Das Gericht hat die beantragte Vergütung in voller Höhe festgesetzt (EUR 105.261,50 brutto einschließlich Auslagen). Einwendungen der Gläubiger sind nicht eingegangen.
15.03.2019: Genehmigung des Verteilungsverzeichnisses durch das Insolvenzgericht. Die Einwendungsfrist ist abgelaufen, ohne dass Einwendungen erhoben wurden.

01.04.2019: Der Insolvenzverwalter hat die Anhörung zum Schlusstermin gemäß § 197 InsO beantragt. Das Insolvenzgericht hat den Schlusstermin auf den 15.06.2019 anberaumt. Die Ladung der Gläubiger erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung und gesonderte Benachrichtigung der bekannten Gläubiger.

i) Prüfung etwaiger Insolvenzplanverfahren

Der Insolvenzverwalter hat geprüft, ob ein Insolvenzplanverfahren gemäß §§ 217 ff. InsO für die Nordlicht Handels GmbH in Betracht gekommen wäre. Im Ergebnis wurde ein Insolvenzplan nicht vorgelegt, da die Voraussetzungen für eine wirtschaftlich sinnvolle Plansanierung nicht vorlagen.

Die Gründe hierfür sind: (1) Der Geschäftsbetrieb wurde bereits durch übertragende Sanierung auf die Ostsee Handelskontor GmbH übertragen. Eine Fortführung der Rechtsform der Nordlicht Handels GmbH war daher nicht mehr sinnvoll. (2) Der ehemalige Gesellschafter und Geschäftsführer hat kein Interesse an einer Plansanierung geäußert und keinen Planbeitrag angeboten.

(3) Die Gläubiger haben ebenfalls kein Interesse an einem Insolvenzplan bekundet. Insbesondere die Commerzbank AG hat als größte Gläubigerin frühzeitig signalisiert, dass sie eine Liquidation mit anschließender Verteilung einer Plansanierung vorzieht. (4) Die erzielte Verteilungsquote von ca. 20 % überschreitet den Betrag, der bei einem typischen Insolvenzplan als Mindestquote angeboten wird (branchenabhängig 5-10 %). Ein Plan hätte den Gläubigern daher keinen wirtschaftlichen Vorteil gebracht.

j) Danksagung und Hinweise

Der Insolvenzverwalter dankt dem Vorsitzenden Richter am Amtsgericht Dr. Hans-Werner Krause für die stets konstruktive und sachkundige Begleitung des Verfahrens. Die regelmäßigen Abstimmungen mit dem Insolvenzgericht haben wesentlich dazu beigetragen, das Verfahren effizient zu gestalten.

Besonderer Dank gilt den Mitgliedern des Gläubigerausschusses, die über den gesamten Verfahrenszeitraum verantwortungsvoll und engagiert mitgewirkt haben. Die Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Brandt (Commerzbank), Frau Müller (Agentur für Arbeit) und Herrn Weber (Weber Transporte) war von gegenseitigem Respekt und einem gemeinsamen Ziel – der bestmöglichen Gläubigerbefriedigung – geprägt.

Der Insolvenzverwalter weist abschließend darauf hin, dass Anfragen zum Verfahren weiterhin an die Kanzlei Dr. Hartmann & Kollegen gerichtet werden können. Die Erreichbarkeit ist gewährleistet unter Telefon +49 (0)431 55 42 80-0 und per E-Mail unter kiel@brinkmann-hartmann.de. Die Bürozeiten sind Montag bis Freitag, 09:00 bis 17:00 Uhr.

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

Brinkmann, Hartmann & Kollegen · Düsternbrooker Weg 45 · 24105 Kiel

Amtsgericht Kiel
Insolvenzgericht
Deliusstraße 22
24114 Kiel

KIEL
Düsternbrooker Weg 45
24105 Kiel
Telefon: +49 (0)431 55 42 80-0
Telefax: +49 (0)431 55 42 80-20
kiel@brinkmann-hartmann.de
www.brinkmann-hartmann.de

15.05.2022

10 IN 127/13

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Firma

Nordlicht Handels GmbH

überreiche ich als **Anlage** meinen turnusgemäßen Zwischenbericht.

Dr. Jens-Peter Hartmann

Rechtsanwalt

als Insolvenzverwalter

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

12. Turnusgemäßiger Zwischenbericht

des Rechtsanwaltes
Dr. Jens-Peter Hartmann,
Düsternbrooker Weg 45, 24105 Kiel

vom 15.05.2022

in dem Insolvenzverfahren
über das Vermögen der Firma
Nordlicht Handels GmbH,
Bergstraße 14, 24103 Kiel,
vertreten durch die Geschäftsführer
Stefan und Katrin Berger,
wohnhaft: Mühlenkamp 22, 24113 Kiel

10 IN 127/13

Inhaltsverzeichnis

A. Bericht

I. Vorbemerkung

II. Verfahrensfortgang

1. Stefan Berger: Restschuldbefreiung
2. Katrin Berger: Restschuldbefreiung
3. Berger-Quotenzahlungen
4. Schlussrechnung in Vorbereitung
5. Finanzamt – Einspruch

III. Massebestand

IV. Verfahrensaussichten

V. Berichtsfrist

Anlagen

A. Bericht

I. Vorbemerkung

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Nordlicht Handels GmbH (Az. 10 IN 127/13) erstatte ich meinen zwölften Zwischenbericht. Berichtszeitraum: November 2020 bis April 2022.

II. Verfahrensfortgang

1. Stefan Berger: Restschuldbefreiung

Dem Gesellschafter Stefan Berger wurde mit Beschluss des AG Kiel vom **15.09.2021** die Restschuldbefreiung gemäß § 300 InsO erteilt. Das Insolvenzverfahren (Az. 12 IN 305/17) ist damit beendet. Aus dem Berger-Verfahren ist eine letzte Quotenzahlung in Höhe von **3.200,00 EUR** an die hiesige Insolvenzmasse geflossen.

2. Katrin Berger: Restschuldbefreiung

Der Gesellschafterin Katrin Berger wurde mit Beschluss des AG Kiel vom **12.06.2022** die Restschuldbefreiung erteilt. Aus dem Verfahren (Az. 12 IN 88/18) ist eine Quotenzahlung in Höhe von **1.800,00 EUR** an die hiesige Masse geflossen.

3. Berger-Quotenzahlungen

Aus der Treuhandperiode des Stefan Berger-Verfahrens gingen weitere 3.200,00 EUR an die Masse. Insgesamt sind aus dem Berger-Komplex (Vergleichsraten + Quotenzahlungen) damit ca. 20.400,00 EUR an die Masse geflossen.

4. Schlussrechnung in Vorbereitung

Die Schlussrechnung wird derzeit vorbereitet. Es besteht noch ein offener Erstattungsanspruch gegenüber dem Finanzamt Kiel-Nord. Ein Einspruch gegen den Steuerbescheid 2012 läuft. Erst nach Abschluss dieses Einspruchsverfahrens kann die Schlussrechnung erstellt werden.

5. Finanzamt – Einspruch

Gegen den Körperschaftsteuerbescheid 2012 habe ich Einspruch eingelegt, da der Bescheid einen Verlustabzug nicht berücksichtigt hat. Der Einspruch ist beim Finanzamt Kiel-Nord anhängig. Die erwartete Erstattung beträgt ca. 1.250,00 EUR.

III. Massebestand

Konto	Betrag (EUR)
Treuhandkonto Kieler Volksbank eG	117.212,00

IV. Verfahrensaussichten

Das Verfahren steht kurz vor dem Abschluss. Nach Eingang der FA-Erstattung kann die Schlussrechnung erstellt werden. Die voraussichtliche Quote liegt bei **10 bis 14 %**.

V. Berichtsfrist

Nächster Bericht: 15.05.2023.

Kiel, den 15.05.2022

Dr. Jens-Peter Hartmann
Rechtsanwalt
als Insolvenzverwalter

Einnahmen- / Ausgabenrechnung

Berichtszeitraum: 11/2020 - 04/2022

Position	Einnahmen (EUR)	Ausgaben (EUR)
Vortrag	108.412,00	
Berger-RSB Quotenzahlung	3.200,00	
Berger-Treuhandperiode (Rest)	3.200,00	
K.Berger-Quotenzahlung	1.800,00	
Zinsen	12,00	
Steuerberater		600,00
Verwaltervorschuss 5. Rate		2.000,00
Porto/Bürokosten		180,00
Bankgebühren		52,00
Summe Einnahmen	116.624,00	
Summe Ausgaben		2.832,00
Saldo	113.792,00	

Kontoauszug Treuhandkonto

Kieler Volksbank eG · IBAN DE89 2109 0007 0012 3456 78

Berichtszeitraum: 01.11.2020 - 30.04.2022

Datum	Buchungstext	Soll (EUR)	Haben (EUR)	Saldo (EUR)
	Anfangsbestand		108.412,00	108.412,00
15.09.2021	Berger-RSB Quotenzahlung		3.200,00	111.612,00
01.01.2022	Berger-Treuhandperiode (Rest)		3.200,00	114.812,00
15.06.2022	K.Berger-Quotenzahlung		1.800,00	116.612,00
01.07.2021	Steuerberater	300,00		116.312,00
01.01.2022	Steuerberater	300,00		116.012,00
01.03.2022	Verwaltervorschuss 5. Rate	2.000,00		114.012,00
30.04.2022	Porto/Bürokosten	180,00		113.832,00
30.04.2022	Bankgebühren	52,00		113.780,00
30.04.2022	Zinsen		12,00	113.792,00
	Endbestand			113.792,00

a) Restschuldbefreiung Stefan Berger

Im Insolvenzverfahren des ehemaligen Geschäftsführers Stefan Berger (12 IN 305/17, AG Kiel) wurde am 15.09.2021 die Restschuldbefreiung erteilt. Der Beschluss ist seit dem 15.10.2021 rechtskräftig. Mit der Erteilung der Restschuldbefreiung erlischt die persönliche Haftung des Herrn Berger für die aus dem Vergleich noch offenen Forderungen. Die letzte Quotenzahlung aus dem Berger-Verfahren in Höhe von 3.200,00 EUR wurde am 20.12.2021 an die Gläubiger des Berger-Verfahrens ausgeschüttet.

Auf die hiesige Insolvenzmasse entfiel eine anteilige Quotenzahlung in Höhe von 3.200,00 EUR. Dieser Betrag wurde am 15.01.2022 auf dem Treuhandkonto gutgeschrieben. Die Quote im Berger-Verfahren betrug insgesamt ca. 6,8 Prozent. Weitere Zahlungen aus dem Berger-Verfahren sind nicht zu erwarten. Die Restforderung gegen Herrn Berger wird als uneinbringlich ausgebucht.

Rückblickend hat die hiesige Insolvenzmasse aus der Haftungsklage bzw. dem Vergleich mit Herrn Berger sowie aus den Quotenzahlungen des Berger-Insolvenzverfahrens insgesamt ca. 9.200,00 EUR erhalten (6.000,00 EUR Raten + 3.200,00 EUR Quote). Bei einer ursprünglichen Klageforderung von 32.000,00 EUR und einer Vergleichssumme von 18.000,00 EUR ist dies ein enttäuschendes Ergebnis, das jedoch angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse des Herrn Berger nicht unerwartet kam. Immerhin beschäftigte die Schuldnerin seinerzeit 14 Mitarbeiter, deren Insolvenzgeldansprüche durch die Bundesagentur für Arbeit gesichert wurden.

b) Restschuldbefreiung Katrin Berger

Im Insolvenzverfahren der Katrin Berger (12 IN 88/18, AG Kiel) wurde am 12.06.2022 die Restschuldbefreiung erteilt. Insolvenzverwalterin Dr. Monika Wiesner hat die Schlussverteilung im Katrin-Berger-Verfahren durchgeführt. Die auf die hiesige Insolvenzmasse entfallende Quotenzahlung beträgt 1.800,00 EUR. Der Betrag wurde am 08.07.2022 auf dem Treuhandkonto gutgeschrieben.

Damit sind beide ehemaligen Gesellschafter-Geschäftsführer restschuldbefreit. Weitere Ansprüche der hiesigen Insolvenzmasse gegen die Bergers bestehen nicht mehr. Die Gesamteinnahmen aus den Berger-Verfahren (einschließlich Vergleichsraten und Quotenzahlungen) belaufen sich auf insgesamt ca. 11.000,00 EUR.

c) Vorbereitung der Schlussrechnung

Mit dem Abschluss der Berger-Verfahren ist nunmehr die letzte wesentliche offene Position im Insolvenzverfahren der Nordlicht Handels GmbH erledigt. Der Insolvenzverwalter bereitet daher die Erstellung der Schlussrechnung gemäß § 66 InsO vor. Die Schlussrechnung wird eine vollständige Darstellung aller Einnahmen und Ausgaben des Insolvenzverfahrens seit Eröffnung am 01.06.2013 bis zum Schlusstermin enthalten.

Vor Erstellung der Schlussrechnung ist noch der Eingang einer Steuererstattung des Finanzamtes Kiel-Nord abzuwarten. Derzeit läuft noch ein Einspruchsverfahren gegen einen Umsatzsteuer-Änderungsbescheid, aus dem sich eine Erstattung in Höhe von ca. 1.250,00 EUR ergeben könnte. Das Finanzamt hat eine Bearbeitung bis Ende 2022 zugesagt. Es wird angestrebt, die Schlussrechnung im ersten Halbjahr 2023 beim Insolvenzgericht einzureichen und den Schlusstermin zu beantragen.

d) Rückblick: Ergebnisse der Haftungsverfolgung

Anspruch	Streitwert	Realisiert	Quote
Vergleich Stefan Berger	32.000,00	6.000,00 (Raten)	18,8%
Insolvenzquote St. Berger		3.200,00	
Insolvenzquote K. Berger		1.800,00	
Summe	32.000,00	11.000,00	34,4%

Die Gesamtbilanz der Haftungsverfolgung gegen die ehemaligen Gesellschafter-Geschäftsführer zeigt, dass von der ursprünglichen Klageforderung in Höhe von 32.000,00 EUR insgesamt 11.000,00 EUR realisiert werden konnten. Dies entspricht einer Realisierungsquote von ca. 34,4 Prozent. Unter Berücksichtigung des Prozess- und Vollstreckungsrisikos sowie der angespannten finanziellen Verhältnisse beider Gesellschafter ist dieses Ergebnis als zufriedenstellend zu bewerten.

Im Vergleich dazu haben die Anfechtungsverfahren gegen DAK und IKK einen Erlös von 10.787,33 EUR erbracht. Die gesamten Einnahmen aus Rechtsstreitigkeiten und Anfechtungen belaufen sich damit auf ca. 21.787,33 EUR, was ca. 18 Prozent des Gesamtmassebestandes von ca. 117.200,00 EUR ausmacht.

e) Voraussichtliche Schlussquote – Aktualisierte Berechnung

Auf Basis des aktuellen Massebestandes von 117.200,00 EUR und der geschätzten noch ausstehenden Massekosten lässt sich die voraussichtliche Schlussquote wie folgt berechnen: Massebestand 117.200,00 EUR, abzüglich Verwaltervergütung (geschätzt 24.000,00 EUR einschließlich Auslagen und USt), abzüglich Gerichtskosten (Restbetrag ca. 2.500,00 EUR), abzüglich Steuerberatung (ca. 800,00 EUR), abzüglich Aktenlagerung bis Verfahrensende (ca. 2.400,00 EUR), abzüglich sonstige Verwaltungskosten (ca. 1.000,00 EUR). Die Summe der Massekosten beträgt demnach ca. 30.700,00 EUR.

Die voraussichtlich verteilbare Masse beträgt nach Abzug der Massekosten ca. 86.500,00 EUR. Bei festgestellten Insolvenzforderungen von ca. 510.200,00 EUR ergibt sich eine voraussichtliche Schlussquote von ca. 17,0 Prozent. Unter Berücksichtigung der noch möglichen Steuererstattung und weiterer Zinserträge könnte die Quote auf bis zu 17,5 Prozent steigen. Dieses Ergebnis liegt deutlich über der zuletzt genannten Bandbreite von 8-12 Prozent und ist im bundesweiten Vergleich als überdurchschnittlich zu bewerten.

f) Verfahrensdauer – Neun Jahre nach Eröffnung

Mit der Erstattung dieses 12. turnusgemäßen Zwischenberichts blickt das Verfahren auf neun Jahre seit der Eröffnung zurück. Die Gesamtbilanz des Verfahrens fällt trotz der langen Dauer positiv aus. Aus einer anfänglichen Masse von lediglich 12.400,00 EUR konnte durch konsequente Verwertung, Prozessführung und Forderungsbeitreibung ein Massebestand von 117.200,00 EUR aufgebaut werden – eine Verzehnfachung des Ausgangswerts.

Die wesentlichen Meilensteine des Verfahrens waren: (1) Verwertung des Anlagevermögens und der Warenvorräte (2013/2014, Erlös ca. 66.000 EUR), (2) Vergleich mit der Kieler Volksbank über Absonderungsrechte (2014, Massebeitrag 18.000 EUR), (3) Erfolgreiche Anfechtungsverfahren gegen DAK und IKK (2014-2016, Erlös ca. 10.800 EUR), (4) Haftungsvergleich mit dem Geschäftsführer Stefan Berger (2016, teilweise realisiert: 6.000 EUR), (5) Quotenzahlungen aus den Berger-Privatinsolvenzverfahren (2021/2022, ca. 5.000 EUR).

Der Insolvenzverwalter ist zuversichtlich, dass das Verfahren innerhalb der nächsten 18 bis 24 Monate abgeschlossen werden kann. Die verbleibenden Aufgaben beschränken sich auf die Klärung der letzten steuerlichen Fragen und die Erstellung der Schlussrechnung.

g) Aktualisierung der Verfahrensaussichten

Die aktualisierte Prognose für die Schlussverteilungsquote liegt bei ca. 17,0-17,5 Prozent und damit deutlich über den früheren Schätzungen von 8-12 Prozent. Die Verbesserung der Prognose ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Massekosten niedriger ausgefallen sind als zunächst veranschlagt und einzelne Einnahmepositionen (insbesondere die Anfechtungserlöse und die Steuererstattungen) höher als erwartet ausfielen.

Die endgültige Quote hängt noch von der abschließenden Festsetzung der Verwaltervergütung und der Gerichtskosten ab. Sollte das Gericht Zuschläge auf die Regelvergütung gewähren (was angesichts der Prozessführung und der überdurchschnittlich langen Verfahrensdauer wahrscheinlich ist), würde sich die Quote entsprechend verringern.

g) Ergebnis der Anfechtungsprozesse

Im Berichtszeitraum konnten die wesentlichen Anfechtungsprozesse abgeschlossen werden. Der Insolvenzverwalter berichtet über den Ausgang wie folgt:

(1) Anfechtungsklage gegen die Petersen Unternehmensberatung GmbH (LG Kiel, Az. 5 O 123/14): Das Landgericht hat mit Urteil vom 23.04.2017 der Klage in voller Höhe stattgegeben und die Beklagte zur Zahlung von EUR 45.000,00 nebst Zinsen seit Rechtshängigkeit verurteilt. Das Gericht hat festgestellt, dass die Zahlung in Gläubigerbenachteiligungsabsicht erfolgte und die Beklagte als dem Geschäftsführer nahestehende Person Kenntnis hiervon hatte. Die Beklagte hat gegen das Urteil Berufung eingelegt (OLG Schleswig, Az. 3 U 89/17). Der Insolvenzverwalter hat die Berufung verteidigt. Das OLG hat die Berufung mit Beschluss vom 12.09.2017 zurückgewiesen. Das Urteil ist damit rechtskräftig.

(2) Die Vollstreckung des Urteils gegen die Petersen Unternehmensberatung GmbH hat einen Betrag von EUR 48.234,56 (einschließlich Zinsen und Kosten) ergeben. Der Betrag wurde am 03.11.2017 auf dem Anderkonto gutgeschrieben.

(3) Anfechtung gegen das Finanzamt Kiel-Nord: Nach Erhebung der Klage hat sich das Finanzamt außergerichtlich bereit erklärt, die angefochtenen Zahlungen in Höhe von EUR 67.891,23 als Insolvenzforderung zur Tabelle anzumelden und den bereits eingezogenen Betrag an die Insolvenzmasse zurückzuzahlen. Die Rückzahlung erfolgte am 15.01.2018 in voller Höhe.

(4) Die Anfechtung gegen den Vermieter (Mietrückstände EUR 18.900,00) wurde im Wege eines Vergleichs beigelegt. Der Vermieter hat EUR 12.000,00 an die Insolvenzmasse gezahlt. Im Gegenzug hat der Insolvenzverwalter auf die weitergehende Forderung verzichtet. Der Gläubigerausschuss hat dem Vergleich zugestimmt.

Insgesamt hat der Insolvenzverwalter aus Anfechtungsverfahren EUR 128.125,79 für die Insolvenzmasse realisiert. Damit erhöht sich die zur Verteilung stehende Masse erheblich. Die voraussichtliche Verteilungsquote steigt von ca. 14,1 % auf ca. 20,0 %.

h) Schlusstermin und Schlussverteilung

Der Schlusstermin gemäß § 197 InsO fand am 15.06.2019 vor dem Amtsgericht Kiel statt. An dem Termin nahmen teil: Der Insolvenzverwalter, Vertreter der Commerzbank AG und des Finanzamtes Kiel-Nord sowie drei weitere Gläubiger.

Der Insolvenzverwalter erstattete Schlussbericht und legte die Schlussrechnung vor. Einwendungen gegen die Schlussrechnung oder das Verteilungsverzeichnis wurden nicht erhoben. Das Insolvenzgericht stellte fest, dass die Voraussetzungen für die Schlussverteilung vorliegen.

Die Schlussverteilung wurde am 01.07.2019 durchgeführt. Die Verteilungsquote beträgt 19,8 % der festgestellten Insolvenzforderungen. Die Verteilung erfolgte durch Überweisung auf die von den Gläubigern mitgeteilten Bankverbindungen. Insgesamt wurden EUR 424.804,42 an 37 Insolvenzgläubiger verteilt. Die Verteilung an die drei größten Gläubiger: KfW Bankengruppe (EUR 67.762,44), Finanzamt Kiel-Nord (EUR 46.444,44), Commerzbank AG ungesicherter Teil (EUR 26.265,56).

Der Insolvenzverwalter hat dem Insolvenzgericht den Vollzug der Schlussverteilung angezeigt und die Aufhebung des Verfahrens beantragt. Die Rückstellungen für Nachtragsverteilungen belaufen sich auf EUR 8.500,00 für den Fall, dass nach Aufhebung noch Zahlungseingänge aus streitigen Forderungen erfolgen.

i) Stellungnahme zu Gläubigereinwendungen

Im Rahmen des Verfahrens sind vereinzelte Einwendungen und Anfragen von Gläubigern eingegangen, zu denen der Insolvenzverwalter wie folgt Stellung nimmt:

Einwendung der Ocean Harvest A/S (vertreten durch RA Dr. Stefan Brix) vom 12.03.2018: Die Gläubigerin rügt, dass der Insolvenzverwalter die Forderung gegen die Elbe Spedition GmbH (EUR 43.892,00) zu früh als uneinbringlich abgeschrieben habe. Der Insolvenzverwalter weist darauf hin, dass die Elbe Spedition GmbH seit April 2016 im Insolvenzverfahren ist (AG Hamburg, Az. 67c IN 234/16) und die dort prognostizierte Quote bei maximal 3 % liegt. Eine weitere Verfolgung der Forderung wäre unwirtschaftlich gewesen.

Anfrage des Finanzamtes Kiel-Nord vom 28.06.2019 betreffend die steuerliche Behandlung der Schlussverteilung: Der Insolvenzverwalter hat bestätigt, dass die Schlussverteilung keine umsatzsteuerlichen Auswirkungen hat, da es sich um die Auszahlung von Insolvenzquoten und nicht um Entgelte für Leistungen handelt.

Einwendung der DAK Gesundheit vom 15.04.2019 gegen die Höhe der festgestellten Forderung: Die DAK hat geltend gemacht, dass ihre Forderung um EUR 2.345,67 höher sei als im Verteilungsverzeichnis angegeben. Die Überprüfung ergab, dass die Differenz auf eine Nachberechnung von Säumniszuschlägen zurückzuführen ist. Der Insolvenzverwalter hat die Korrektur vorgenommen und das Verteilungsverzeichnis entsprechend angepasst.

Der Insolvenzverwalter hat sämtliche Prozessführungsentscheidungen in enger Abstimmung mit dem Gläubigerausschuss getroffen. Dies betrifft insbesondere die Entscheidung über die Erhebung und Fortführung der Anfechtungsklagen, die Vergleichsbereitschaft gegenüber dem Vermieter und die Entscheidung, keine Organhaftungsklage gegen den ehemaligen Geschäftsführer zu erheben. Letztere Entscheidung wurde getroffen, weil die Kosten eines Rechtsstreits in keinem angemessenen Verhältnis zu den Realisierungsaussichten standen.

Die Prozesskostenhilfe-Entscheidungen des Landgerichts Kiel im Rahmen der Anfechtungsklagen waren für den Insolvenzverwalter positiv. In beiden Verfahren wurde der Insolvenzmasse Prozesskostenhilfe bewilligt, was die Prozesskostenbelastung der Masse erheblich reduziert hat.

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

Brinkmann, Hartmann & Kollegen · Düsternbrooker Weg 45 · 24105 Kiel

Amtsgericht Kiel
Insolvenzgericht
Deliussstraße 22
24114 Kiel

KIEL
Düsternbrooker Weg 45
24105 Kiel
Telefon: +49 (0)431 55 42 80-0
Telefax: +49 (0)431 55 42 80-20
kiel@brinkmann-hartmann.de
www.brinkmann-hartmann.de

15.05.2023

10 IN 127/13

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Firma

Nordlicht Handels GmbH

überreiche ich als **Anlage** meinen turnusgemäßen Zwischenbericht.

Dr. Jens-Peter Hartmann
Rechtsanwalt
als Insolvenzverwalter

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

13. Turnusgemäßer Zwischenbericht

des Rechtsanwaltes
Dr. Jens-Peter Hartmann,
Düsternbrooker Weg 45, 24105 Kiel

vom 15.05.2023

in dem Insolvenzverfahren
über das Vermögen der Firma
Nordlicht Handels GmbH,
Bergstraße 14, 24103 Kiel,
vertreten durch die Geschäftsführer
Stefan und Katrin Berger,
wohnhaft: Mühlenkamp 22, 24113 Kiel

10 IN 127/13

Inhaltsverzeichnis

A. Bericht

I. Vorbemerkung

II. Verfahrensfortgang

1. Finanzamt: Änderungsbescheid
2. Katrin Berger – letzte Quotenzahlung
3. Schlussrechnungsvorbereitung
4. Rückblick und Zusammenfassung

III. Massebestand

IV. Voraussichtliche Schlussverteilung

V. Berichtsfrist

Anlagen

A. Bericht

I. Vorbemerkung

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Nordlicht Handels GmbH (Az. 10 IN 127/13) erstatte ich meinen dreizehnten Zwischenbericht. Berichtszeitraum: Mai 2022 bis April 2023.

II. Verfahrensfortgang

1. Finanzamt: Änderungsbescheid

Das Finanzamt Kiel-Nord hat den Änderungsbescheid für das Geschäftsjahr 2012 erlassen. Die Erstattung beträgt **1.250,00 EUR**. Der Einspruch ist damit erledigt. Die Erstattung ist allerdings noch nicht auf dem Treuhandkonto eingegangen. Ich habe das Finanzamt um zeitnahe Auszahlung gebeten.

2. Katrin Berger – letzte Quotenzahlung

Die letzte Quotenzahlung aus dem Insolvenzverfahren der Katrin Berger ist in Höhe von 800,00 EUR eingegangen. Damit sind alle Ansprüche aus den Gesellschafter-Insolvenzverfahren realisiert. Weitere Zahlungen sind nicht zu erwarten.

3. Schlussrechnungsvorbereitung

Die Schlussrechnung wird vorbereitet. Sobald die Finanzamt-Erstattung eingeht, kann die endgültige Schlussrechnung erstellt und beim Gericht eingereicht werden. Die voraussichtliche Verwaltervergütung beträgt ca. **38.000,00 EUR** (einschließlich Auslagen und Umsatzsteuer). Die voraussichtliche Verteilungsmasse nach Abzug der Verfahrenskosten beträgt ca. **72.000,00 EUR**.

4. Rückblick und Zusammenfassung

Das Insolvenzverfahren befindet sich nunmehr im zehnten Jahr nach der Eröffnung. Die Verwertung der Vermögenswerte der Schuldnerin konnte insgesamt zufriedenstellend abgewickelt werden. Der Nettoerlös der Warenverwertung betrug 18.900,00 EUR. Die Anfechtungsklagen gegen die Sozialversicherungsträger waren überwiegend erfolgreich. Der Berger-Vergleich und die nachfolgenden Berger-Insolvenzverfahren erbrachten insgesamt ca. 20.400,00 EUR.

Die lange Verfahrensdauer ist im Wesentlichen auf die Berger-Insolvenzverfahren und die damit verbundenen Treuhandperioden zurückzuführen. Ohne diese Komplikation hätte das Verfahren voraussichtlich bereits 2017/2018 abgeschlossen werden können.

III. Massebestand

Konto	Betrag (EUR)
Treuhandkonto Kieler Volksbank eG	119.492,00

IV. Voraussichtliche Schlussverteilung

Position	Betrag (EUR)
Massebestand (aktuell)	119.492,00
+ FA-Erstattung (ausstehend)	1.250,00
= Gesamtmasse	120.742,00
- Verwaltervergütung (gesch.)	38.000,00
- Gerichtskosten (Restbetrag)	3.500,00
- Sonstige Massekosten	7.242,00
= Verteilungsmasse	ca. 72.000,00
Festgestellte Forderungen	509.800,00
Voraussichtliche Quote	ca. 14,1 %

Die voraussichtliche Quote von ca. 10 bis 14 % liegt über der ursprünglichen Schätzung von 8 bis 12 %.

V. Berichtsfrist

Nächster Bericht: 15.03.2024.

Kiel, den 15.05.2023

Dr. Jens-Peter Hartmann

Rechtsanwalt

als Insolvenzverwalter

Einnahmen- / Ausgabenrechnung

Berichtszeitraum: 05/2022 - 04/2023

Position	Einnahmen (EUR)	Ausgaben (EUR)
Vortrag	117.212,00	
K.Berger (letzte Quotenzahlung)	800,00	
Zinsen	8,00	
Steuerberater		400,00
Porto/Bürokosten		100,00
Bankgebühren		28,00
Summe Einnahmen	118.020,00	
Summe Ausgaben		528,00
Saldo	117.492,00	

Kontoauszug Treuhandkonto

Kieler Volksbank eG · IBAN DE89 2109 0007 0012 3456 78

Berichtszeitraum: 01.05.2022 - 30.04.2023

Datum	Buchungstext	Soll (EUR)	Haben (EUR)	Saldo (EUR)
	Anfangsbestand		117.212,00	117.212,00
01.08.2022	K.Berger (letzte Quotenzahlung)		800,00	118.012,00
01.10.2022	Steuerberater	200,00		117.812,00
01.03.2023	Steuerberater	200,00		117.612,00
30.04.2023	Porto/Bürokosten	100,00		117.512,00
30.04.2023	Bankgebühren	28,00		117.484,00
30.04.2023	Zinsen		8,00	117.492,00
	Endbestand			117.492,00

a) Finanzamt – Abschluss des Einspruchsverfahrens

Das Finanzamt Kiel-Nord hat mit Änderungsbescheid vom 20.01.2023 dem Einspruch gegen den Umsatzsteuer-Änderungsbescheid teilweise stattgegeben. Die festgesetzte Erstattung beträgt 1.250,00 EUR. Der Erstattungsbetrag resultiert aus einer Korrektur der Vorsteuerbeträge im Zusammenhang mit den in späteren Jahren angefallenen Masseausgaben (Aktenlagerung, Steuerberatung, Versicherung). Der darüber hinausgehende Teil des Einspruchs wurde als unbegründet zurückgewiesen.

Der Erstattungsbetrag wurde am 15.02.2023 auf das Treuhandkonto des Insolvenzverwalters überwiesen. Ein Klageverfahren gegen die teilweise Zurückweisung des Einspruchs wird nicht eingeleitet, da der noch streitige Betrag von ca. 800,00 EUR in keinem angemessenen Verhältnis zu den Prozesskosten steht.

b) Stand der Schlussrechnungsvorbereitung

Die Vorbereitung der Schlussrechnung ist weit fortgeschritten. Die Schlussrechnung umfasst den gesamten Verfahrenszeitraum vom 01.06.2013 bis voraussichtlich Ende 2023. In der Schlussrechnung werden sämtliche Einnahmen und Ausgaben des Verfahrens chronologisch und systematisch dargestellt. Die wesentlichen Einnahmepositionen sind: Verwertung Geschäftsausstattung (14.200 EUR), Verwertung Domain/Kundenstamm (5.500 EUR), Räumungsverkauf (8.500 EUR), Warenverwertung Lager (22.400 EUR + 1.480 EUR), VB-Vergleich Massebeitrag (18.000 EUR), IKK-Anfechtung (4.200 EUR), DAK-Anfechtung (6.100 EUR + 487 EUR Zinsen), Kostenerstattung DAK (3.200 EUR), Berger-Vergleich/Raten (6.000 EUR), Berger-Insolvenzquote (3.200 EUR), K.Berger-Quote (1.800 EUR), Steuererstattungen (2.800 + 4.200 + 1.250 EUR), Mietkaution (3.200 EUR), Onlineshop-Abwicklung (2.100 EUR), Bankguthaben Eröffnung (12.400 EUR) sowie Zinserträge (ca. 2.000 EUR).

Die Investition in den Onlineshop hatte seinerzeit rund 80.000,00 EUR betragen, hiervon konnten lediglich die Domain und der Kundenstamm zu einem Bruchteil verwertet werden. Auf der Ausgabenseite stehen die Masseverbindlichkeiten, insbesondere Mietkosten (ca. 48.000 EUR für alle Standorte), Vergütung und Auslagen des Insolvenzverwalters, Gerichtskosten, Steuerberatung, Prozesskosten, Versicherungen, Aktenlagerung und sonstige Verwaltungskosten.

Die voraussichtliche Insolvenzquote wird auf ca. 10-12 Prozent geschätzt. Die endgültige Quote wird im Schlussverzeichnis ausgewiesen. Es ist beabsichtigt, die Schlussrechnung im Herbst 2023 beim Insolvenzgericht einzureichen und den Schlusstermin für Anfang 2024 zu beantragen.

c) Verwaltervergütung – Vorläufige Berechnung

Die Vergütung des Insolvenzverwalters wird gemäß § 63 InsO in Verbindung mit der InsVV berechnet. Die Berechnungsgrundlage ist die Insolvenzmasse zum Zeitpunkt der Beendigung des Verfahrens. Bei einer voraussichtlichen Schlussmasse von ca. 119.500,00 EUR beträgt die Regelvergütung gemäß § 2 Abs. 1 InsVV: Für die ersten 25.000,00 EUR: 40% = 10.000,00 EUR, für die nächsten 25.000,00 EUR: 25% = 6.250,00 EUR, für die nächsten 50.000,00 EUR: 7% = 3.500,00 EUR, für die übrigen 19.500,00 EUR: 3% = 585,00 EUR. Die Regelvergütung beträgt somit ca. 20.335,00 EUR.

Zuschläge gemäß § 3 InsVV kommen in Betracht für: die Verwertung von Absonderungsgut (VB-Sicherheiten, Verwertung durch den Verwalter), die erhebliche Prozessführung (DAK in zwei Instanzen, Haftungsklage Berger), sowie die überdurchschnittlich lange Verfahrensdauer von mehr als zehn Jahren. Der geschätzte Zuschlag beträgt ca. 15-25 Prozent der Regelvergütung, mithin ca. 3.050-5.084 EUR. Die Gesamtvergütung wird voraussichtlich bei ca. 23.000-25.500 EUR liegen, zuzüglich Auslagen (geschätzt ca. 1.000 EUR) und 19% Umsatzsteuer.

Der Vorschuss von 5.000,00 EUR, der bereits im Jahre 2013 an den Insolvenzverwalter ausgezahlt wurde, wird auf die Schlussvergütung angerechnet. Die endgültige Festsetzung der Vergütung obliegt dem Insolvenzgericht gemäß § 64 Abs. 1 InsO.

d) Aufbewahrung der Verfahrensakte nach Verfahrensende

Nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens enden die Pflichten des Insolvenzverwalters im Grundsatz. Allerdings verbleiben Aufbewahrungspflichten hinsichtlich der Verfahrensakte und der Geschäftsunterlagen der Schuldnerin. Die Schuldnerin, die Nordlicht Handels GmbH, wird nach Abschluss des Insolvenzverfahrens im Handelsregister gelöscht. Die Pflicht zur Aufbewahrung der Geschäftsunterlagen geht in diesem Fall gemäß § 257 Abs. 1 HGB i.V.m. der einschlägigen Rechtsprechung auf den letzten Insolvenzverwalter über.

Die noch bei Iron Mountain eingelagerten 42 Kartons müssen bis zum Ablauf der längsten Aufbewahrungsfrist aufbewahrt werden. Die längste Frist betrifft den Jahresabschluss 2013 (zehnjährige Frist ab Ende 2013, mithin bis Ende 2023). Da die Frist für die ältesten Unterlagen (Gründungsjahr 2008) bereits Ende 2018 abgelaufen ist, können die Unterlagen der Jahre 2008 und 2009 voraussichtlich im Laufe des Jahres 2024 vernichtet werden, was die Lagerkosten reduzieren wird.

e) Zeitplan bis zur Verfahrensbeendigung

Maßnahme	Zeitraum	Status
FA-Einspruch abschließen	Jan-Feb 2023	erledigt
Schlussrechnung erstellen	H2/2023	in Arbeit
Schlussverzeichnis erstellen	H2/2023	in Arbeit
Schlussrechnung beim Gericht einreichen	H1/2024	geplant
Schlusstermin (§ 197 InsO)	H1/2024	beantragt
Einwendungsfrist ablaufen lassen	H1/2024	geplant
Schlussverteilung durchführen	H2/2024	geplant
Aufhebung des Verfahrens (§ 200 InsO)	H2/2024	geplant
Löschung im Handelsregister	Ende 2024	geplant

Der vorstehende Zeitplan zeigt die geplanten Verfahrensschritte bis zur Beendigung des Insolvenzverfahrens. Die Erstellung der Schlussrechnung und des Schlussverzeichnisses ist bereits angelaufen und wird voraussichtlich bis zum Jahresende 2023 abgeschlossen sein. Die Einreichung beim Insolvenzgericht soll im ersten Quartal 2024 erfolgen. Vorbehaltlich der Terminierung durch das Gericht wird der Schlusstermin voraussichtlich im Mai oder Juni 2024 stattfinden.

Nach dem Schlusstermin haben die Gläubiger gemäß § 197 Abs. 1 Satz 2 InsO eine Frist von zwei Wochen, um Einwendungen gegen die Schlussrechnung und das Schlussverzeichnis zu erheben. Nach Ablauf der Einwendungsfrist und Entscheidung über etwaige Einwendungen wird die Schlussverteilung vorgenommen. Die Auszahlung der Schlussquote an die Gläubiger wird voraussichtlich im dritten Quartal 2024 erfolgen.

Im Anschluss an die Schlussverteilung wird das Insolvenzverfahren gemäß § 200 InsO aufgehoben. Die Aufhebung wird im Bundesanzeiger und in der Tagespresse veröffentlicht. Die Schuldnerin, die Nordlicht Handels GmbH, wird auf Antrag des Insolvenzverwalters im Handelsregister des Amtsgerichts Kiel gelöscht. Damit endet das Insolvenzverfahren nach einer Gesamtdauer von voraussichtlich ca. elf Jahren.

g) Verteilungsverzeichnis

Der Insolvenzverwalter hat das Verteilungsverzeichnis gemäß § 188 InsO erstellt und beim Insolvenzgericht zur Niederlegung eingereicht. Das Verzeichnis enthält sämtliche festgestellten Forderungen mit den auf sie entfallenden Verteilungsquoten. Die endgültige Verteilungsquote beträgt 19,8 %.

Die zehn größten Gläubiger und ihre Verteilungsbeträge sind: (1) Commerzbank AG: Festgestellte Forderung EUR 645.000,00, abzgl. Absonderungsrecht EUR 512.345,67, ungesicherter Teil EUR 132.654,33, Verteilung EUR 26.265,56. (2) Finanzamt Kiel-Nord: EUR 234.567,89, Verteilung EUR 46.444,44. (3) KfW Bankengruppe: EUR 342.234,56, Verteilung EUR 67.762,44. (4) Ocean Harvest A/S: EUR 156.789,12, Verteilung EUR 31.044,25. (5) Baltic Trading KG: EUR 89.234,56, Verteilung EUR 17.668,44.

(6) Nordkap Fischerei GmbH: EUR 78.345,67, Verteilung EUR 15.512,44. (7) Weber Transporte GmbH: EUR 67.234,56, Verteilung EUR 13.312,44. (8) Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel: EUR 45.678,90, Verteilung EUR 9.044,43. (9) DAK Gesundheit (Sozialversicherung): EUR 34.567,89, Verteilung EUR 6.844,44. (10) Diverse Kleingläubiger (27 Gläubiger): EUR 297.025,75, Verteilung insgesamt EUR 58.811,10.

Das Insolvenzgericht hat den Gläubigern eine Frist von zwei Wochen zur Einsichtnahme in das Verteilungsverzeichnis und zur Erhebung von Einwendungen gesetzt. Nach Ablauf der Frist am 15.03.2019 wird der Insolvenzverwalter die Schlussverteilung vornehmen.

Der Insolvenzverwalter weist darauf hin, dass die Quote von 19,8 % über dem Durchschnitt für Regelinsolvenzverfahren in der Lebensmittelbranche liegt. Nach den Statistiken des Instituts für Mittelstandsforschung beträgt die durchschnittliche Befriedigungsquote in Insolvenzverfahren mit Betriebsfortführung und übertragender Sanierung ca. 12-15 %. Das überdurchschnittliche Ergebnis ist auf die erfolgreiche übertragende Sanierung und die vollständige Durchsetzung der Anfechtungsansprüche zurückzuführen.

h) Nachtragsverteilung und offene Posten

Nach der Schlussverteilung sind folgende Nachträge zu berichten: (1) Aus der Ratenzahlungsvereinbarung mit dem Schuldner Hafenrestaurant Kapitaen GmbH sind weitere EUR 2.345,67 eingegangen. Dieser Betrag wird gemäß § 203 InsO im Rahmen einer Nachtragsverteilung an die Gläubiger ausgekehrt.

(2) Die Vollstreckung gegen den ehemaligen Geschäftsführer Rolf Petersen wegen des Haftungsanspruchs gemäß § 64 GmbHG a.F. hat einen Teilbetrag von EUR 5.000,00 ergeben (Pfändung einer Lebensversicherung). Der Gesamtanspruch von EUR 87.234,56 konnte damit nur zu einem geringen Teil realisiert werden. Weitere Vollstreckungsmöglichkeiten bestehen nach gegenwärtigem Kenntnisstand nicht.

(3) Die steuerliche Betriebsprüfung für die Jahre 2010-2012 wurde abgeschlossen. Es ergaben sich keine wesentlichen Änderungen gegenüber den eingereichten Steuererklärungen. Eine Erstattung von EUR 1.234,56 (Körperschaftsteuer 2011) steht noch aus und wird voraussichtlich im nächsten Quartal eingehen.

Der Insolvenzverwalter beantragt die Genehmigung einer Nachtragsverteilung über den Gesamtbetrag von EUR 8.580,23. Nach Abzug der anteiligen Verfahrenskosten (Vergütung für Nachtragsverteilung: EUR 500,00) verbleiben EUR 8.080,23 für die Gläubiger. Die Nachtragsquote beträgt 0,38 %, so dass die Gesamtquote auf 20,18 % steigt.

i) Endabrechnung Absonderungsrechte

Die Endabrechnung der Absonderungsrechte stellt sich abschließend wie folgt dar:

Position	Bruttoerl.	Festst.-Kosten	Verwert.-Kosten	USt	Netto an CB
Globalzession	156.789,12	6.271,56	7.839,46	2.681,09	139.997,01
Warenlager	98.234,56	3.929,38	4.911,73	1.679,81	87.713,64
Kuehlfahrzeug	18.500,00	740,00	925,00	316,35	16.518,65
Gesamt	273.523,68	10.940,94	13.676,19	4.677,25	244.229,30

Die Commerzbank AG hat die Endabrechnung anerkannt und die Restsaldierung bestätigt. Die ungesicherte Restforderung der Commerzbank AG in Höhe von EUR 400.770,70 nimmt an der Insolvenzquote von 19,8 % teil, was einem Verteilungsbetrag von EUR 79.352,60 entspricht. Die Gesamtbefriedigung der Commerzbank AG aus Absonderungsrechten und Insolvenzquote beträgt somit EUR 323.581,90 bei einer Gesamtforderung von EUR 645.000,00 (Befriedigungsquote 50,2 %).

Der Insolvenzverwalter hat die Feststellungs- und Verwertungskostenbeiträge gemäß §§ 170, 171 InsO ordnungsgemäß erhoben und der freien Masse zugeführt. Die Gesamtkosten von EUR 29.294,38 (einschließlich Umsatzsteuer) stehen allen Insolvenzgläubigern zugute und erhöhen die Verteilungsmasse entsprechend.

Die Erfahrungen aus dem vorliegenden Insolvenzverfahren bestätigen die Bedeutung einer frühzeitigen und professionellen Verfahrensführung für die Gläubigerbefriedigung. Insbesondere hat sich gezeigt, dass die Betriebsfortführung trotz der damit verbundenen Kosten und Risiken in geeigneten Fällen erhebliche Mehrwerte für die Gläubiger generieren kann. Im vorliegenden Fall hat die sechsmonatige Betriebsfortführung den Wert des Unternehmens als Ganzes erhalten und den Kaufpreis im Rahmen der übertragenden Sanierung deutlich erhöht.

Die Kosten der Betriebsfortführung (ca. EUR 200.000,00) wurden durch den Deckungsbeitrag aus dem laufenden Geschäft (ca. EUR 36.000,00) und den höheren Kaufpreis (geschätzter Mehrwert gegenüber einer reinen Liquidation: ca. EUR 150.000,00 bis EUR 200.000,00) mehr als kompensiert.

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

Brinkmann, Hartmann & Kollegen · Düsternbrooker Weg 45 · 24105 Kiel

Amtsgericht Kiel
Insolvenzgericht
Deliusstraße 22
24114 Kiel

KIEL
Düsternbrooker Weg 45
24105 Kiel
Telefon: +49 (0)431 55 42 80-0
Telefax: +49 (0)431 55 42 80-20
kiel@brinkmann-hartmann.de
www.brinkmann-hartmann.de

15.03.2024

10 IN 127/13

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Firma

Nordlicht Handels GmbH

überreiche ich als **Anlage** meinen turnusgemäßen Zwischenbericht.

Dr. Jens-Peter Hartmann
Rechtsanwalt
als Insolvenzverwalter

BRINKMANN HARTMANN
RECHTSANWÄLTE

14. Turnusgemäßer Zwischenbericht

des Rechtsanwaltes
Dr. Jens-Peter Hartmann,
Düsternbrooker Weg 45, 24105 Kiel

vom 15.03.2024

in dem Insolvenzverfahren
über das Vermögen der Firma
Nordlicht Handels GmbH,
Bergstraße 14, 24103 Kiel,
vertreten durch die Geschäftsführer
Stefan und Katrin Berger,
wohnhaft: Mühlenkamp 22, 24113 Kiel

10 IN 127/13

Inhaltsverzeichnis

A. Bericht

I. Vorbemerkung

II. Verfahrensfortgang

1. FA-Erstattung eingegangen
2. Kein offener Posten mehr
3. Schlussrechnung und Schlussbericht
4. Zusammenfassung des Verfahrens

III. Massebestand

IV. Voraussichtliche Schlussverteilung

Anlagen

A. Bericht

I. Vorbemerkung

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Nordlicht Handels GmbH (Az. 10 IN 127/13) erstatte ich meinen vierzehnten und voraussichtlich letzten turnusgemäßen Zwischenbericht.

II. Verfahrensfortgang

1. FA-Erstattung eingegangen

Die Erstattung des Finanzamts Kiel-Nord in Höhe von **1.250,00 EUR** ist am 12.01.2024 auf dem Treuhandkonto eingegangen. Damit ist die letzte offene Position geklärt.

2. Kein offener Posten mehr

Es bestehen keine offenen Forderungen, Rechtsstreitigkeiten oder sonstigen ungeklärten Positionen mehr. Sämtliche Verwertungsmaßnahmen sind abgeschlossen. Alle Absonderungsrechte sind geregelt. Die Gesellschafter-Insolvenzverfahren sind beendet. Das Verfahren ist schlussreif.

3. Schlussrechnung und Schlussbericht

Die Schlussrechnung und der Schlussbericht befinden sich in Vorbereitung. Ich gehe davon aus, dass die Vorlage des Schlussberichtes beim Insolvenzgericht binnen der nächsten sechs Monate erfolgen kann. Nach Prüfung der Schlussrechnung durch das Gericht und Festsetzung der Verwaltervergütung wird die Schlussverteilung gemäß §§ 196, 199 InsO vorgenommen.

4. Zusammenfassung des Verfahrens

Das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Nordlicht Handels GmbH erstreckte sich über einen Zeitraum von nahezu elf Jahren (Eröffnung 01.06.2013 bis voraussichtliche Beendigung 2024). Die Hauptursachen für die Insolvenz waren die überambitionierte Expansion der Schuldnerin in den Jahren 2010/2011, die Fehlinvestition in den Online-Handel, der zunehmende Wettbewerbsdruck durch Online-Händler und die daraus resultierende Umsatzerosion im stationären Einzelhandel.

Die wesentlichen Massezuflüsse stammten aus der Verwertung der Geschäftsausstattung und Warenvorräte (ca. 67.000,00 EUR), den Anfechtungserlösen (ca. 11.000,00 EUR), dem Berger-Komplex (ca. 20.400,00 EUR) und Steuererstattungen (ca. 8.250,00 EUR). Unter Berücksichtigung der Bankguthaben bei Eröffnung und sonstiger Zuflüsse ergab sich ein Gesamtmassebestand von ca. 120.000,00 EUR.

Der aktuelle Massebestand ermöglicht nach Abzug der voraussichtlichen Verfahrenskosten eine Verteilung an die Insolvenzgläubiger. Die voraussichtliche Quote wird bei ca. **10 bis 14 %** liegen. Damit wurde ein akzeptables Ergebnis für die Gläubiger erzielt, das insbesondere auf die erfolgreichen Anfechtungsklagen und den Berger-Vergleich zurückzuführen ist.

III. Massebestand

Konto	Betrag (EUR)
Treuhandkonto Kieler Volksbank eG	120.632,00

IV. Voraussichtliche Schlussverteilung

Position	Betrag (EUR)
Massebestand	120.632,00
- Verwaltervergütung (gesch.)	38.000,00
- Gerichtskosten (Restbetrag)	3.500,00
- Auslagen	2.000,00
- Reserve	5.132,00
= Verteilungsmasse	ca. 72.000,00
Festgestellte Forderungen	509.800,00
Voraussichtliche Quote	ca. 14,1 %

Kiel, den 15.03.2024

Dr. Jens-Peter Hartmann
Rechtsanwalt
als Insolvenzverwalter

Einnahmen- / Ausgabenrechnung

Berichtszeitraum: 05/2023 - 02/2024

Position	Einnahmen (EUR)	Ausgaben (EUR)
Vortrag	119.492,00	
FA-Erstattung	1.250,00	
Zinsen	4,00	
Steuerberater		200,00
Porto/Bürokosten		60,00
Bankgebühren		24,00
Summe Einnahmen	120.746,00	
Summe Ausgaben		284,00
Saldo	120.462,00	

Kontoauszug Treuhandkonto

Kieler Volksbank eG · IBAN DE89 2109 0007 0012 3456 78

Berichtszeitraum: 01.05.2023 - 29.02.2024

Datum	Buchungstext	Soll (EUR)	Haben (EUR)	Saldo (EUR)
	Anfangsbestand		119.492,00	119.492,00
12.01.2024	FA-Erstattung 2012 (Änderungsbescheid)		1.250,00	120.742,00
01.09.2023	Steuerberater	100,00		120.642,00
01.01.2024	Steuerberater	100,00		120.542,00
29.02.2024	Porto/Bürokosten	60,00		120.482,00
29.02.2024	Bankgebühren	24,00		120.458,00
29.02.2024	Zinsen		4,00	120.462,00
	Endbestand			120.462,00

a) Eingang der letzten offenen Positionen

Sämtliche noch offenen Einnahmepositionen sind nunmehr eingegangen. Die letzte Position war die Steuererstattung des Finanzamtes Kiel-Nord in Höhe von 1.250,00 EUR, die bereits im Februar 2023 einging und im Vorbericht dargestellt wurde. Seither sind lediglich noch Zinserträge in Höhe von ca. 180,00 EUR aufgelaufen. Weitere Einnahmen werden nicht erwartet.

Der aktuelle Massebestand beläuft sich zum 15.03.2024 auf ca. 120.000,00 EUR. Hiervon sind die ausstehenden Massekosten in Abzug zu bringen: Vergütung des Insolvenzverwalters einschließlich Auslagen (beantragt: 26.500,00 EUR, vorbehaltlich gerichtlicher Festsetzung), restliche Gerichtskosten (ca. 2.800,00 EUR), laufende Aktenlagerung bis Ende 2024 (ca. 1.200,00 EUR), Steuerberatung Schlussrechnung (ca. 600,00 EUR), Porto und Kontogebühren (ca. 400,00 EUR). Die Gesamtmassekosten werden auf ca. 31.500,00 EUR geschätzt.

b) Erwartete Schlussverteilung

Die voraussichtlich verteilbare Masse beträgt nach Abzug aller Massekosten ca. 88.500,00 EUR. Die festgestellten Insolvenzforderungen belaufen sich auf insgesamt ca. 508.400,00 EUR. Hieraus ergibt sich eine voraussichtliche Schlussverteilungsquote von ca. 17,4 Prozent. Dies liegt über der zuletzt prognostizierten Bandbreite von 10-12 Prozent, was im Wesentlichen darauf zurückzuführen ist, dass die Massekosten geringer ausgefallen sind als zunächst veranschlagt und einzelne Einnahmepositionen höher als erwartet ausfielen.

Die Schlussrechnung gemäß § 66 InsO wurde erstellt und liegt beim Insolvenzgericht zur Prüfung vor. Das Schlussverzeichnis gemäß § 188 InsO wurde ebenfalls eingereicht. Das Insolvenzgericht hat einen Schlusstermin gemäß § 197 InsO für den 15.06.2024 in Aussicht gestellt. Zum Schlusstermin werden die Gläubiger geladen und können Einwendungen gegen die Schlussrechnung und das Schlussverzeichnis erheben.

Nach dem Schlusstermin und Ablauf der Einwendungsfrist wird die Schlussverteilung gemäß § 196 InsO vorgenommen. Die Auszahlung der Schlussquote an die Gläubiger wird voraussichtlich im August 2024 erfolgen. Im Anschluss daran wird das Insolvenzverfahren gemäß § 200 InsO aufgehoben.

c) Zusammenfassende Würdigung des Verfahrens

Das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Nordlicht Handels GmbH hat insgesamt über elf Jahre gedauert (Eröffnung 01.06.2013, voraussichtliche Aufhebung Herbst 2024). Die Dauer des Verfahrens ist im Wesentlichen auf drei Faktoren zurückzuführen: Erstens die Haftungsklage gegen den Geschäftsführer Stefan Berger und den anschließenden Vergleich mit langfristiger Ratenzahlung, zweitens die Insolvenzverfahren beider Gesellschafter-Geschäftsführer, deren Abschluss abgewartet werden musste, und drittens die COVID-19-bedingte Verzögerung im Jahre 2020.

Insgesamt kann die Verfahrensführung als ordnungsgemäß und erfolgreich bewertet werden. Die erzielte Schlussquote von voraussichtlich ca. 17,4 Prozent liegt deutlich über dem statistischen Durchschnitt deutscher Insolvenzverfahren, der bei ca. 3-5 Prozent liegt. Dies ist insbesondere auf die erfolgreiche Anfechtung gegenüber DAK und IKK, den VB-Vergleich, die Haftungsklage gegen den Geschäftsführer sowie die sorgfältige Verwertung der Betriebsmittel zurückzuführen.

Der Insolvenzverwalter dankt dem Insolvenzgericht, insbesondere dem zuständigen Richter am Amtsgericht Dr. Thomas Wendt, für die konstruktive Zusammenarbeit und die zügige Bearbeitung der Anträge und Berichte während der gesamten Verfahrensdauer.

d) Gesamtbilanz des Insolvenzverfahrens

Einnahmeposition	Betrag EUR	Anteil
Verwertung Anlagevermögen	14.200,00	11,8%
Verwertung Domain/Kundenstamm	5.500,00	4,6%
Raumungsverkauf Outlet	8.500,00	7,1%
Onlineshop-Abwicklung	2.100,00	1,8%
Warenverwertung Lager	23.880,00	19,9%
Forderungseinzug	12.400,00	10,3%
VB-Vergleich Massebeitrag	18.000,00	15,0%
Anfechtungserlöse (DAK+IKK)	10.787,33	9,0%
Haftungsvergleich/Berger-Quoten	11.000,00	9,2%
Steuererstattungen	8.250,00	6,9%
Bankguthaben Eröffnung	12.400,00	
Mietkaution	3.200,00	2,7%
Zinserträge	ca. 2.000,00	1,7%
Summe Einnahmen	~132.217,33	100%

Ausgabeposition	Betrag EUR
Mietkosten (alle Standorte)	ca. 48.000,00
Verwaltervergütung + Auslagen	ca. 26.500,00
Gerichtskosten	ca. 8.000,00
Steuerberatung	ca. 5.300,00
Prozesskosten (netto, nach Erstattung)	ca. 1.200,00
Auktionatorhonorar	1.800,00
Aktenlagerung	ca. 12.000,00
Versicherungen	ca. 3.500,00
Sozialabfindung (Fr. Müller)	2.500,00
Porto, Telefon, Büro, Bank	ca. 3.500,00
Summe Ausgaben	ca. 112.300,00

Die Gesamteinnahmen des Insolvenzverfahrens betragen ca. 132.000,00 EUR. Die Gesamtausgaben belaufen sich auf ca. 112.000,00 EUR. Der Differenzbetrag von ca. 20.000,00 EUR ergibt zusammen mit dem noch nicht vollständig verrechneten Massebestand den erwarteten Schlussbestand von ca. 120.000,00 EUR (Differenzen resultieren aus zeitlichen Verschiebungen und noch nicht abschließend festgesetzten Positionen wie der Verwaltervergütung).

Die voraussichtliche Schlussverteilung von ca. 88.500,00 EUR bei festgestellten Insolvenzforderungen von ca. 508.400,00 EUR ergibt eine Schlussquote von ca. 17,4 Prozent. Dieses Ergebnis ist deutlich über dem statistischen Durchschnitt deutscher Regelinsolvenzverfahren, der nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bei ca. 3-5 Prozent liegt.

Das Verfahren kann als Beispiel für eine effiziente Verfahrensführung im Textileinzelhandel dienen. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren waren: die frühzeitige und konsequente Verwertung der Betriebsmittel, die erfolgreiche Prozessführung in den Anfechtungsverfahren, der sachgerechte Vergleich mit der Hauptsicherungsgläubigerin (Kieler Volksbank eG) sowie die konsequente Verfolgung der Geschäftsführerhaftung.

e) Schlussbemerkung

Mit der Erstattung dieses 14. turnusgemäßen Zwischenberichts wird voraussichtlich die letzte Zwischenberichterstattung in diesem Verfahren erfolgen. Der nächste Bericht an das Gericht wird die Schlussrechnung gemäß § 66 InsO sein, die voraussichtlich im Sommer 2024 eingereicht werden wird. Im Anschluss daran wird das Insolvenzgericht den Schlusstermin gemäß § 197 InsO bestimmen. Nach dem Schlusstermin und Ablauf der Einwendungsfrist wird die Schlussverteilung gemäß § 196 InsO vorgenommen.

Der Insolvenzverwalter bittet das Gericht, die Berichterstattung wie dargelegt zur Kenntnis zu nehmen und die Fortführung des Verfahrens bis zur Schlussrechnungslegung zu genehmigen. Für Rückfragen steht der Insolvenzverwalter selbstverständlich jederzeit zur Verfügung.

Abschließend möchte der Insolvenzverwalter dem Insolvenzgericht für die stets konstruktive Zusammenarbeit über die gesamte Verfahrensdauer von mehr als zehn Jahren danken. Insbesondere die pragmatische Handhabung der Berichtstermine und die zügige Bearbeitung der Vergütungsanträge haben wesentlich zur reibungslosen Verfahrensdurchführung beigetragen.

f) Lehren für künftige Verfahren

Das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Nordlicht Handels GmbH hat verschiedene Erkenntnisse für die Verfahrensführung in ähnlich gelagerten Fällen erbracht. Erstens hat sich gezeigt, dass die zügige Verwertung der Betriebsmittel unmittelbar nach Verfahrenseröffnung den höchsten Erlös erzielt. Der Wertverfall von Textilware ist aufgrund der schnellen Modewechsel besonders hoch, so dass jede Verzögerung zu erheblichen Erlösminderungen führt.

Zweitens hat die konsequente Verfolgung der Insolvenzanfechtungsansprüche wesentlich zum Ergebnis beigetragen. Die Erlöse aus den Anfechtungsverfahren (ca. 10.800 EUR) machten ca. 9 Prozent der Gesamteinnahmen aus. Die Erfolgsquote bei den verfolgten Anfechtungsansprüchen lag bei ca. 78 Prozent, was die wirtschaftliche Sinnhaftigkeit dieser Maßnahmen bestätigt.

Drittens hat die Haftungsklage gegen den Geschäftsführer trotz der letztlich geringen Realisierungsquote (ca. 34 Prozent der Vergleichssumme) eine wichtige präventive Signalwirkung. Die konsequente Verfolgung von Organhaftungsansprüchen dient der Generalprävention und dem Schutz der Gläubigerinteressen.

Viertens hat die Verflechtung des Unternehmensinsolvenzverfahrens mit den Privatinsolvenzverfahren der Gesellschafter die Verfahrensdauer erheblich verlängert. In künftigen Fällen sollte frühzeitig geprüft werden, ob eine parallele Einleitung der Privatinsolvenzverfahren die Gesamtdauer verkürzen könnte.

g) Zusammenfassung und Schlussbetrachtung

Das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Nordlicht Handels GmbH, Kiel, hat sich über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren erstreckt. Der Insolvenzverwalter hat in dieser Zeit die Verwertung der Insolvenzmasse vollständig abgeschlossen und die Schlussverteilung an die Insolvenzgläubiger vorgenommen.

Rückblickend lässt sich festhalten, dass die wesentlichen Ziele des Insolvenzverfahrens erreicht werden konnten: Die bestmögliche Befriedigung der Gläubiger durch die übertragende Sanierung und die konsequente Verfolgung von Anfechtungsansprüchen, der Erhalt von Arbeitsplätzen durch den Betriebsübergang auf die Ostsee Handelskontor GmbH sowie die ordnungsgemäße Abwicklung sämtlicher steuerlicher und sozialversicherungsrechtlicher Verpflichtungen.

Die Gesamtdauer des Verfahrens ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen: Die Anfechtungsprozesse erforderten Gerichtsverfahren über mehrere Instanzen. Die nachträgliche Betriebsprüfung durch das Finanzamt verzögerte die steuerliche Abwicklung. Die Schlussrechnung musste mehrfach angepasst werden, da laufend Einnahmen aus Anfechtungsverfahren und Forderungseinzug eingingen.

Der Insolvenzverwalter dankt dem Insolvenzgericht, dem Gläubigerausschuss und den Gläubigern für die konstruktive Zusammenarbeit im Rahmen dieses Verfahrens. Ein besonderer Dank gilt den Mitarbeitern der Nordlicht Handels GmbH, die während der Phase der Betriebsfortführung durch ihren Einsatz wesentlich zum Erfolg der übertragenden Sanierung beigetragen haben.

Der Insolvenzverwalter beantragt die Aufhebung des Insolvenzverfahrens gemäß § 200 Abs. 1 InsO nach vollzogener Schlussverteilung. Die Aufhebung soll nach Rechtskraft des Festsetzungsbeschlusses über die Vergütung des Insolvenzverwalters und nach Bestandskraft des Verteilungsverzeichnisses erfolgen. Der Insolvenzverwalter erwartet die Aufhebung des Verfahrens für das zweite Quartal 2024.

h) Aufhebung des Verfahrens und Restabwicklung

Das Insolvenzgericht hat mit Beschluss vom 15.03.2024 das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Nordlicht Handels GmbH, Kiel, aufgehoben (§ 200 Abs. 1 InsO). Die Aufhebung wurde am 18.03.2024 im Insolvenzbekanntmachungsportal veröffentlicht.

Die Restabwicklung umfasst folgende Maßnahmen: (1) Auflösung der Rückstellung für Nachtragsverteilungen. Der verbliebene Betrag von EUR 419,77 wird im Rahmen einer letzten Nachtragsverteilung an die Gläubiger ausgekehrt. (2) Schließung des Anderkontos bei der Deutsche Bank AG nach Abwicklung aller Zahlungen. (3) Übermittlung der Schlussunterlagen an das Insolvenzgericht.

Die Gesellschaft ist nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens vermögenslos und wird von Amts wegen im Handelsregister gelöscht. Die Löschung wird voraussichtlich innerhalb von drei Monaten nach Aufhebung erfolgen.

Der Insolvenzverwalter stellt abschließend fest, dass das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Nordlicht Handels GmbH ordnungsgemäß durchgeführt und abgeschlossen wurde. Die erreichte Gesamtquote von 20,18 % liegt deutlich über dem Branchendurchschnitt und belegt die wirtschaftlich sinnvolle Verfahrensführung. Der Insolvenzverwalter sieht seine Aufgabe mit Vorlage dieses letzten Berichts als beendet an.

Kiel, den 30.06.2024. Dr. Jens-Peter Hartmann, Rechtsanwalt und Insolvenzverwalter.

i) Abschließende Feststellungen

Der Insolvenzverwalter trifft abschließend folgende Feststellungen:

(1) Die Insolvenzmasse ist vollständig verwertet. Sämtliche Vermögensgegenstände der Insolvenzschuldnerin sind entweder veräußert, eingezogen oder als wertlos ausgesondert worden. Es bestehen keine weiteren verwertbaren Vermögenswerte.

(2) Sämtliche Masseverbindlichkeiten (§ 55 InsO) und Verfahrenskosten (§ 54 InsO) sind vollständig beglichen. Eine Masseunzulänglichkeit gemäß § 208 InsO ist zu keinem Zeitpunkt des Verfahrens eingetreten.

(3) Die Schlussverteilung und die Nachtragsverteilungen sind vollständig durchgeführt. Alle Gläubiger haben die auf sie entfallenden Beträge erhalten. Die Gesamtverteilungsquote beträgt 20,18 %.

(4) Die Buchführung über die Insolvenzmasse ist ordnungsgemäß geführt und kann jederzeit vom Insolvenzgericht eingesehen werden. Die Belege werden gemäß den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die Dauer von zehn Jahren aufbewahrt.

(5) Der Insolvenzverwalter hat keine Kenntnis von strafrechtlich relevanten Handlungen des ehemaligen Geschäftsführers, die über die bereits bekannten Pflichtverletzungen (verspätete Antragstellung, Zahlungen nach Insolvenzreife) hinausgehen. Eine Strafanzeige wurde mangels hinreichenden Tatverdachts nicht erstattet.

(6) Das Verfahren kann aufgehoben werden. Der Insolvenzverwalter hat dem Insolvenzgericht die vollständigen Schlussunterlagen übermittelt und bittet um Aufhebung des Verfahrens gemäß § 200 Abs. 1 InsO.

Diesem letzten Bericht ist als Anlage ein Verzeichnis der wesentlichen Verfahrensschritte und -entscheidungen beigelegt (siehe Chronologie in Bericht 9). Der Insolvenzverwalter empfiehlt den Gläubigern, dieses Verzeichnis zu ihren Unterlagen zu nehmen, da es eine vollständige Übersicht über den Verfahrensablauf bietet.

Der Insolvenzverwalter stellt seine Tätigkeit in diesem Verfahren mit Vorlage dieses letzten Berichts ein. Etwaige Nachfragen können weiterhin an die Kanzlei Dr. Hartmann & Kollegen gerichtet werden. Für die gewährte Zusammenarbeit und das entgegengebrachte Vertrauen bedankt sich der Insolvenzverwalter bei allen Beteiligten.

Kiel, den 30. Juni 2024

Dr. Jens-Peter Hartmann
Rechtsanwalt
Insolvenzverwalter